Chr. Paulmann

Die Sozialdemokratie in Bremen

1964
1864

1964
1864

CHRISTIAN PAULMANN

DIE SOZIALDEMOKRATIE IN BREMEN

1964
1864

VERLAG J. H. SCHMALFELDT & CO., BREMEN

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Ortsverein Bremen
Umschlag: Wolfgang Jarchow
Herstellung: Druckhaus Schmalfeldt, Bremen 1964

Vorwort

Das Buch erscheint aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Ortsvereins Bremen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Dokumentation, obwohl es auf manche Dokumente zurückgreift. Es ist viel eher eine Chronik des politischen Geschehens – soweit es die Arbeiterbewegung betrifft – auf dem Hintergrunde Bremens und seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Es handelt infolgedessen nicht von Kaufleuten und Industriellen, sondern von Arbeitern und Handwerkern und denen, die ihnen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene, um ihre Menschenwürde und Freiheit zur Seite standen. Daß in einer Stadtrepublik, die zugleich Handels- und Schiffahrtsstadt ist, andere Bedingungen für die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegeben waren als in einer Stadt, die vorwiegend Industrie beherbergt, muß der Darstellung eine besondere Note geben. Trotzdem bleibt sie der deutschen Arbeiterbewegung eng verbunden und ist ohne sie nicht zu verstehen.

Was in diesen hundert Jahren an theoretischen Auseinandersetzungen, was an Erfolgen und Mißerfolgen sich ergab, beweist die innere Spannkraft der Partei. Sie wird auch hinfort nur dann gegenwartsnah sein, wenn sie immer erneut ihren politischen und gesellschaftlichen Standort überprüft. Sie ist als einzige Partei des deutschen Parlamentarismus über hundert Jahre lebenskräftig geblieben, während alle übrigen Parteien dieses Zeitabschnittes vergessen sind oder zum mindesten ihren Namen wechseln. Die Programme der Sozialdemokratischen Partei haben gewechselt. Programme sind keine Dogmen, sie sind Wegweiser in die Zukunft. Sie werden auch in Zukunft sich ändern. Die Sozialdemokratische Partei wird ihre Lebenskraft erhalten, wenn sie jung bleibt, dem Werdenden geöffnet, um dem Menschen zu dienen.

Abschließend danke ich den alten Parteimitgliedern für die Bereitstellung von Büchern und Schriften, von mündlichen und schriftlichen Berichten aus den früheren Jahren der sozialdemokratischen Bewegung. Ich danke den Mitarbeitern des Staatsarchivs und der Staatsbibliothek für ihre Hilfe. Insbesondere danke ich u. a. Dr. Günther und Ursula Schulz und den Parteifreunden, die die Herausgabe des Buches ermöglichten.
Möge es eine Erinnerung für die Alten sein, die über Jahrzehnte der Sozialdemokratischen Partei die Treue hielten und möge es die Jugend lehren, daß der Kampf für Recht, Frieden und Freiheit dem Leben einen tieferen Sinn zu geben vermag.

Christian Paulmann

I Die Lebensverhältnisse in Bremen vor 1848

Wer heute durch die Straßen der Stadt Bremen wandert, spürt den Rhythmus einer Großstadt. Niemand denkt daran, daß Bremen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts erst eine Bevölkerungszahl von nicht mehr als 50 000 Menschen hatte. Zwar war Bremen auch unter den damaligen Verhältnissen eine große Stadt, aber mit den Begriffen des Menschen von heute betrachtet, vor 100 Jahren eine Kleinstadt. Und so war auch das Leben im damaligen Bremen. Es war eben doch eine schlafende Stadt.

Die Größe der alten Stadt

Seit den Tagen der Hanse hatte sich die Einwohnerzahl nicht wesentlich verändert. Sie schwankte um die 40 000 herum, stieg und fiel, wie es die Zeitumstände mit sich brachten. Das Regiment der Stadt lag in den Händen einer aristokratischen Oberschicht, die den Senat bildete. Der besaß die volle Regierungsgewalt, oder – wie es derzeit hieß – „vollmächtig" war. Seine Macht beruhte auf einer Verfassung, die nach den Auseinandersetzungen mit den Zünften seit 1534 unverändert bestand und als „Neue Eintracht" die Stürme der Zeit bis in das Jahr 1848, also mehr als 300 Jahre unangefochten überstand.

Ökonomische Verhältnisse

Diese Tatsache deutet zugleich darauf hin, wie gering sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse im Laufe der Jahrhunderte geändert hatten. Das Handelskapital beherrschte die Stadt. Die in den verschiedenen Zünften organisierten Handwerker waren praktisch von der Regierung ausgeschlossen. Ein Proletariat im modernen Sinne gab es nicht. Handel und Schiffahrt waren die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt seit altersher geblieben. Der Handel verlief über Jahrhunderte hinweg in den gleichen Bahnen und beschränkte sich auf den Warenaustausch mit den europäischen Ländern. Die bremische Handelsflotte bestand wie in früheren Jahrhunderten aus hölzernen Segelschiffen, deren Bauart und Größenverhältnisse über lange Zeiträume fast unverändert geblieben waren. Sie löschten an der Schlachte ihre Waren, und Frachtfuhrleute oder Frachtkähne beförderten sie ins Hinterland, wobei die Zerrissenheit des deutschen Reiches in eine Unzahl von Kleinstaaten sich hemmend auf jede fortschrittliche Entwicklung auswirkte. Dazu kamen die Stapelrechte der Länder, Zölle und Wegegelder oder Frachtabgaben, die den Handel durch eine Vielzahl von Bestimmungen einengten. So war die Stadt räumlich in den Grenzen des Mittelalters geblieben, die einstmals durch Stadtgräben, Verteidigungswerke und Stadtmauer gegeben waren.

Gewiß waren inzwischen die Mauern gefallen, die Tore der Stadt zu einem großen Teil abgerissen. Als letztes Tor fiel 1854 das Ostertor dem Abbruch zum Opfer, und aus den die Stadt umgebenden Verteidigungsanlagen waren die Wallanlagen im Entstehen begriffen. Aber bis in das Jahr 1848 hinein blieb der abendliche Torschluß

erhalten. Nur auf dem linken Weserufer waren neue Ansiedlungen entstanden. Sonst lagen vor der eigentlichen Stadt verstreut Bauerngehöfte, und um die Mitte des Jahrhunderts entstanden die ersten Arbeiterhäuser vor den Toren der Stadt.

Beginn der Neuzeit

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann in der Stadt eine neue Entwicklung, die recht eigentlich erst die Neuzeit einleitete. Von England auf das Festland Europas übergreifend, setzte – zögernd zuerst – dann in immer schnellerem Tempo eine neue Art des Wirtschaftens ein, die wir als die erste industrielle Revolution zu bezeichnen pflegen. Ihre Grundlage war eine Reihe von Erfindungen, die die Produktivkraft in einem bisher unbekannten Maße steigerten. So führte die Verwendung der Kraft des Dampfes zur Konstruktion der ersten Dampfmaschinen. Maschinenarbeit trat immer mehr an die Stelle der menschlichen Arbeitskraft. Die ersten Dampflokomotiven entstanden und führten das schwierige Transportsystem einer Lösung entgegen. Die Hungersnöte, die nach Jahren der Mißernte oft eintraten, wurden allmählich überwunden, da es nunmehr möglich war, das erforderliche Getreide von ferner gelegenen Gebieten rechtzeitig heranzuführen.

Eisen, das gewiß seit Jahrtausenden bekannt war, wurde nun in größerem Umfange gebraucht. Es führte zur Anlage von neuen Bergwerken und Eisenhütten. Es wurde in größeren Formaten und besonderen Härtegraden benötigt. Stahl wurde erfunden und gleichzeitig auch Metallegierungen, die widerstandsfähiger und leichter waren als Eisen. Die herkömmlichen Heizstoffe, wie Holz oder Torf, reichten zu der erforderlichen Dampferzeugung nicht aus. Kohle und später Öl traten an ihre Stelle. Der Bedarf zwang zu immer stärkerer Förderung. Ein Suchen nach Bodenschätzen setzte ein, und es ist kein Zufall, daß in denjenigen Ländern und Gegenden, in denen Kohle und Erz gefunden wurden, neue Produktionsstätten entstanden. Aus Dörfern wurden in wenigen Jahren Städte. Neue Städte wurden gegründet, die in kurzer Zeit alte Städte des Mittelalters an Größe und Einwohnerzahl überragten. In späteren Jahrzehnten gesellte sich zur metallfördernden und metallverarbeitenden Industrie die chemische Industrie.

Auflösung der mittelalterlichen Arbeitsverfassung

Diese auf fast allen Wirtschaftsgebieten sich zeigende Entwicklung zerstörte gleichzeitig die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse. Sie führte zur Auflösung der mittelalterlichen Arbeitsverfassung der Zünfte, zur Vernichtung von herkömmlichen Produktionen und zugleich zu einem Arbeitsverhältnis, das dem Arbeiter zwar theoretisch die völlige Freiheit seiner Berufswahl und ein Arbeitsverhältnis als freien Arbeitsvertrag gab, aber gleichzeitig damit ein völlig neues Verhältnis zu seinem Arbeitgeber schuf. Es war ein Verhältnis ohne alle Sicherungen, wie es die Zunftverfassung noch kannte, ein Arbeitsverhältnis mit unbeschränkter Arbeitszeit, mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses von Tag zu Tag, ein Verhältnis, in dem der Arbeiter völlig dem Willen des jeweiligen Unternehmers ausgesetzt war und das letztlich zur Ausbeutung seiner Arbeitskraft und damit ins Elend führte.

In Bremen, das seit Hunderten von Jahren in der Hauptsache von Handel und Schiffahrt gelebt hatte, in dem es außer einigen Verarbeitungsbetrieben ausländischer Rohstoffe, wie Tabak oder Rohrzucker, nur für den begrenzten Bedarf seiner Bewohner im wesentlichen zünftlerische Betriebe gab, wirkte sich diese neue Wirtschaftsentwicklung vorerst nur indirekt aus, indem die für den Markt produzierende ortsfremde Industrie ihre Waren über Bremen in andere Länder verfrachtete. Immerhin zeichnete sich schon um die Mitte des Jahrhunderts die Brüchigkeit des Zunftbetriebes ab und führte 1851/52 zu einer ersten Reform des Zunftwesens, wobei die Befürworter dieser

Reform die liberalen Kreise des Handels, die Gegner der Reform jedoch in der Hauptsache die Zünftler selbst waren, die eifersüchtig auf ihren überkommenen Privilegien beharrten.

Die Vereinigten Staaten

Entscheidende Impulse erhielt der bremische Handel durch die Entstehung und Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie hatten sich in heftigen und langjährigen Kämpfen aus der kolonialen Vorherrschaft Englands befreit und als selbständiger neuer Staat die Unabhängigkeit auch des Handels erkämpft. Sie schufen sich eine eigene Flotte, um den Handel insbesondere mit dem europäischen Festland zu betreiben, und öffneten ihre Häfen für Schiffe fremder Flaggen, ein Recht, das sich die Engländer bisher durch die Navigationsakte vorbehalten hatten.

Die Gründung Bremerhavens

Bremen, das bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den Handel und die Schiffahrt vorwiegend im Bereich der Ostseeküste und der Nordseeküste Europas betrieben hatte, fand nun Anschluß an den immer stärker anwachsenden transatlantischen Handel, insbesondere nach den Vereinigten Staaten. Die Schwierigkeit, daß die fast hoffnungslos versandete Weser die Erreichung der Stadt Bremen durch Seeschiffe nahezu unmöglich machte (man konnte bei niedrigem Wasserstand die Weser bei Vegesack häufig durchwaten), führte zu dem Gedanken, an der Wesermündung einen bremischen Hafen zu gründen, um dem Stillstand oder gar dem Rückgang des bremischen Handels vorzubeugen. Das Schicksal Brügges konnte auch Bremen drohen. So nahm der bremische Bürgermeister Johann Smidt mit Hannover Verhandlungen auf, um ein entsprechendes Landstück an der Geestemündung für Bremen zu erwerben.

Die Verhandlungen, die Smidt im Auftrage des Senats führte, hatten den Erfolg, daß Hannover sich bereit fand, eine geeignete Fläche von 100 Morgen zur Verfügung zu stellen. Hannover wurde dafür durch die Abtretung eines Teiles des bremischen Staatsgebietes entschädigt, das hinfort ganz der Souveränität des Königreiches Hannover eingegliedert wurde, während Bremen über den an der Geestemündung erworbenen Landstrich ebenfalls die volle Souveränität zugestanden bekam. So wurde der Vertrag am 11. Januar 1827 unterzeichnet, und am 1. Mai 1827 wurde auf dem neu erworbenen Gebiet die bremische Flagge gehißt.

Mit dem Bau des ersten Hafens wurde sofort begonnen, und schon drei Jahre später lief als erstes Schiff der amerikanische Schoner „Draper“ in den neu geschaffenen Hafen ein.

Die Weitsicht und Zukunftsgläubigkeit Smidts zeigten sich auch darin, daß in diesem Vertrag schon der Bau einer Eisenbahn von Bremen nach Bremerhaven vorgesehen war, die allerdings noch durch Pferde betrieben werden sollte. Mit der Errichtung des Hafens an der Geestemündung hatte Bremen einen mutigen Schritt in die Zukunft getan. Schon die nächsten Jahre zeigten ein beträchtliches Anwachsen der bremischen Handelsflotte, um dem sich immer stürmischer entwickelnden Freihandel gerecht zu werden. So stieg die bremische Handelsflotte in den beiden Jahrzehnten von 1826 bis 1846 von 95 Schiffen im Jahre 1826 auf 225 Schiffe im Jahre 1846. Mit der Zahl der neuen Schiffe stieg auch ihre Größe und damit ihre Ladefähigkeit. Während die 95 Schiffe im Jahre 1826 eine Tragfähigkeit von 14 500 t besaßen, konnten mit den 225 Schiffen im Jahre 1846 schon rund 50 000 t befördert werden.

Tabak und Baumwolle

Der Hauptartikel in den amerikanisch-bremischen Handelsbeziehungen war der Tabak, dessen Verbrauch im Binnenlande stetig anstieg, zumal der Tabak durch die Ausdehnung der amerikanischen Anbaufläche und die damit verbundene Mehrproduktion im Preise sank. Bremen wurde der größte Tabakmarkt Europas und „Bremer Zigarren“

hatten überall den besten Ruf. In der Zeit von 1821 bis 1851 stieg die Einfuhr an amerikanischen Tabaken von 70 000 Zentner auf 420 000 Zentner, wozu noch rund 100 000 Zentner Stengel kamen. Außerdem wurde Tabak aus Südamerika (Brasilien) und Westindien eingeführt und verarbeitet. Als zweites wichtiges Handelsgut bezog man aus den Vereinigten Staaten die Baumwolle, die zwar in Bremen nicht verarbeitet wurde, aber Bremen in der Folgezeit zu dem größten Baumwollhafen und Handelsplatz für Baumwolle auf dem Festland werden ließ.

Beide Artikel trugen zur Festigung des bremischen Handels entscheidend bei und stärkten zugleich die politische Stellung Bremens im Rahmen Gesamtdeutschlands. Der wachsende Handel und die damit verbundenen Betriebe sprengten den Rahmen der Stadt, die Bevölkerung vermehrte sich. Während noch zur Franzosenzeit Bremen nur 36 000 Seelen zählte, hatte sich bis 1863 die Bevölkerung der Stadt auf 70 000 Menschen erhöht und damit innerhalb eines halben Jahrhunderts verdoppelt.

Auswanderung über Bremen

Immerhin war Bremen in der Hauptsache Einfuhrhafen. Sein Hinterland war industriell noch nicht entwickelt genug, um ausreichend Frachten für die bremische Flotte zu stellen. Dieser Umstand zwang den Reeder oft, seine Schiffe mit Ballast ausfahren zu lassen, so daß die Frachtraten für die Rückfahrt die Kosten der Ausfahrt nur zu oft decken mußten. Aber auch dieser Punkt wurde ausgeglichen. Durch die Aufhebung der Leibeigenschaft in den europäischen Ländern, insbesondere des Ostens, sowie durch Erbgesetze und damit verbundene Bodensperre wurden viele Menschen, vor allem Bauernsöhne und Bauerntöchter, gezwungen, sich nach neuen Erwerbsmöglichkeiten umzusehen, zumal Krisen und Mißernten zu Preisen führten, die für die ärmere Bevölkerung unerträglich hoch waren. Dadurch stieg die Zahl der Auswanderungswilligen erheblich an. Hinzu kam der Rückschlag nach der Märzrevolution, der viele Vorkämpfer demokratischer Freiheit zwang, das Vaterland zu verlassen.

Das Ziel der Auswanderer war vorwiegend Nordamerika, das durch besonders günstige Bedingungen den Strom der Auswanderer anlockte, das ihnen billig oder sogar unentgeltlich gute Böden zur Verfügung stellte, um seine großen Räume zu besiedeln und die eigene Wirtschaftskraft zu stärken. Von den 375 000 Menschen, die zwischen 1832 und 1851 Deutschland über Bremen verließen, gingen allein 360 000 nach den Vereinigten Staaten. Bremen wurde dadurch in immer stärkerem Maße Auswandererhafen, zumal der Senat durch entsprechende Bedingungen dafür sorgte, daß die Auswanderer, sowohl was die Verpflegung anbetraf, als auch hinsichtlich Sicherheit und Unterkunft größeren Schutz erhielten als in anderen Häfen. So füllten die Auswanderer die Schiffe für die Fahrt über den Ozean, bezahlten ihre Passage für Fahrt und Verpflegung und machten damit das Frachtgeschäft für den Reeder so rentabel, daß bremische Schiffe die billigsten Frachten für die Beförderung der Einfuhrgüter anbieten konnten. Die höchste Auswandererzahl erreichte Bremen im Jahre 1854, wo allein 76 875 Auswanderer die Heimat über Bremen verließen. Die Passage für die Überfahrt betrug dabei etwa 25 Taler, was für die Reeder eine Einnahme von rund 1,9 Millionen Taler erbrachte.

Der Schiffbau in Bremen

Der Bedarf an Schiffsraum für den stetig steigenden Handel führte andererseits zur Entwicklung einer leistungsfähigen Werftindustrie. Während in früheren Jahren der Reeder seine Schiffe an der Ostseeküste oder in Holland bauen ließ, liefen nunmehr seine Schiffe an der Weser vom Stapel. Die neugegründeten Werften machten sich gleichzeitig die Vorteile zunutze, die die Amerikaner beim Aufbau ihrer Handelsflotte durch andere Schiffsformen und andere Takelage den seit altersher gebräuchlichen

Schiffsformen gegeben hatten. Sie führten zu schnelleren Seglern mit größerem Laderaum. Die solide Bauart und die guten Qualitäten des verarbeiteten Materials, das den Schiffen größere Seetüchtigkeit gab, förderten den Ruf des Schiffbaus an der Weser. Seine Preiswürdigkeit tat ein Übriges, da Eisen aus England, Holz aus Skandinavien, Tauwerk aus Rußland, fast unbelastet von Zöllen blieb und die niedrigeren Löhne den Unternehmungen eine günstige Preisgestaltung ermöglichten. 1842 gründete Carsten Waltjen die erste Werft für Eisenschiffe, aus der die Atlas-Werke sowie die AG Weser hervorgingen, während die Lange'sche Werft bei Vegesack schon um die Jahrhundertmitte 600 Arbeiter beschäftigte. So wurde der Schiffbau neben der Tabakverarbeitung der zweite Industriezweig Bremens.

Neue Handelswege

Die traditionelle Eigenart der Stadt Bremen als Schiffahrts- und Seehandelsstadt wurde durch die Entwicklung nicht angetastet. Bremen blieb auch in der Folgezeit seiner bisherigen Aufgabe als Ein- und Ausfuhrhafen treu. Die in anderen Teilen Deutschlands einsetzende Industrialisierung wurde bewußt zurückgehalten, dagegen alles getan, um die Aufgabe zu erfüllen, den Einfuhrhafen für das deutsche Hinterland auszubauen und zu verstärken. Zwar wirkte die sich im Hinterland entwickelnde Industrie durch eine größere Vielfalt und Menge der Güter, die ins Ausland gingen, wesentlich auf seinen Handel ein, entscheidender aber für seine Entwicklung war der fortschreitend sich durchsetzende Freihandel und die Aufnahme der Verbindung im transatlantischen Verkehr, der sich nach und nach auf alle Erdteile erweiterte. Verstärkte Ausfuhr und wachsende Einfuhr schufen neue Arbeitsmöglichkeiten und weiteten alte aus. Damit wuchs die Stadt und die Zahl ihrer Bevölkerung. Seit altersher war die Kaufmannschaft der das Schicksal der Stadt bestimmende Teil gewesen. Häufig waren die Handelshäuser gleichzeitig auch Reedereien, die ihre eigenen Schiffe einsetzten.

Handwerker und Zigarrenarbeiter

Daneben gab es seit Jahrhunderten die zünftlerisch organisierte Handwerkerschaft, deren Einfluß auf das Stadtregiment aber sehr gering war. Sie produzierte für den Bedarf der Stadt und ihre Umgebung, nicht aber für den weiteren Markt. Was an sonstigen Arbeitnehmern in der Stadt tätig war, beschränkte sich in der Hauptsache auf die an der Schlachte, dem Anlegeplatz der Schiffe in Bremen, beschäftigten Arbeitsmänner, die das Löschen und Beladen der ankommenden und abgehenden Schiffe besorgten, und die zugleich für die Stapelung der Waren in den an der Weser und den benachbarten Straßen gelegenen Packhäusern beschäftigt waren. Sie entsprachen in ihrer Arbeitsfunktion den heutigen Hafenarbeitern.

Den wesentlichsten Teil der Arbeitnehmer in der Stadt stellten damals die Zigarrenarbeiter. Bei einer Bevölkerungszahl von etwa 60 000 Bewohnern in Bremen war ihr Anteil so groß, daß rund ein Sechstel der derzeit hier wohnenden Menschen in der Tabakverarbeitung beschäftigt war. Die Tabakverarbeitung hatte im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertmitte stark zugenommen. Das Zigarrenrauchen hatte sich stärker durchgesetzt. Auch das Rauchen auf der Straße war in Mode gekommen. Dadurch wuchs der Bedarf an Zigarren und führte zu einer steigenden Produktion und damit auch der Arbeiterzahl. Diese stieg in den Jahren 1841 bis 1850 von 2017 auf 5601. Von diesen 5601 Beschäftigten in der Tabakverarbeitung waren 1209 weibliche Arbeitnehmer und 747 Kinder, die noch schulpflichtig waren. Die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren hatte der Senat 1841 verboten. Die Zigarrenmacher – wie man sie in Bremen nannte – galten in der Stadt als ein unruhiges und unsolides Element, bei dem das Wirtshauslaufen und der Verbrauch von Branntwein sowie das Randalieren auf Straßen und Plätzen und das Feiern des „Blauen Montags" besonders

unangenehm vermerkt wurde. Ich erinnere mich an die Erzählungen meiner Großmutter, die schon als Kind in diesem Berufszweig als „Wickelmakersche" tätig sein mußte, daß sie fast täglich von einer in der Nähe ihrer Arbeitsstätte gelegenen Brennerei den Branntwein flaschenweise habe holen müssen. Die Zigarrenmacher verteidigten diese Angewohnheit mit dem Hinweis, daß beim Zigarrenmachen die Luft sehr staubig sei und deshalb getrunken werden müsse.

Bezeichnend und bemerkenswert aber war, daß ihr Arbeitsverhältnis sich grundsätzlich von dem anderer Berufe unterschied. Die Zigarrenmacher kannten nicht das damals allgemein übliche Meister–Gesellenverhältnis, wie es in den Zünften vorherrschte. Bei ihnen finden wir erstmalig in Bremen das reine Lohnverhältnis ohne jegliche soziale Sicherung und deshalb ohne Bindung an den Arbeitgeber oder gar an den Arbeitsplatz. Ihnen gegenüber hatte der Arbeitgeber außer der Lohnzahlung keinerlei Verpflichtungen. Er kümmerte sich nicht um ihr Privatleben. Sie blieben sich selbst überlassen. Ihre Arbeit vollzog sich entweder in den Fabriken des jeweiligen Zigarrenfabrikanten oder als Heimarbeit bei dem Tabakarbeiter selbst, wobei die Arbeit in der Regel im Wohnzimmer der betreffenden Familie vollzogen wurde. Bei der Heimarbeit wurde das Material (der Tabak) von dem Fabrikanten, für den gearbeitet wurde, zur Verfügung gestellt, und die fertiggestellten Zigarren wurden an ihn abgeliefert. Der Lohnsatz für je 1000 Zigarren schwankte nach der Art der Verarbeitung.

Die Zigarrenmacherkrankheit

Die beengten Wohnverhältnisse, bei denen das Wohnzimmer bis in die späten Abend- und oft auch Nachtstunden der Arbeitsraum war, die Schlafräume, oft lichtlose Mittelräume, führten zu Krankheiten, bei denen die Tuberkulose am häufigsten war. Sie wurde in Bremen lange Jahre als „Zigarrenmacherkrankheit" bezeichnet. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Zigarrenmacher nicht im gleichen Ansehen wie die anderen Handwerker standen, die in „ordentlichen" Verhältnissen lebten, wobei das Unordentliche der Zigarrenmacher sich nicht zuletzt auf das Ungesicherte ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse bezog. Die allgemeine Nichtachtung, der die Zigarrenarbeiter als Berufsstand ausgesetzt waren, der Druck, den der Senat auf sie ausübte, erzeugte in ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Klasse. Bei ihnen zeigten sich schon früh Ansätze zu einem besonderen Klassenbewußtsein.

„Zucht und Ordnung"

Der Senat versuchte schon 1842, durch eine Fabrikordnung in die „unordentlichen Betriebe" der Zigarrenmacher „Zucht und Ordnung" zu bringen. Er verfügte nicht zuletzt auf eine Empfehlung der Zigarrenfabrikanten, daß bei mehr als 10 Arbeitern von den Fabrikanten Aufseher einzusetzen seien, die die Aufgabe hatten, die Arbeitsstätten zu kontrollieren und Übertretungen dem Senat zu melden. Dadurch, daß der Senat diesem Berufsstand gewissermaßen als Gegner gegenübertrat, war das Ergebnis das Gegenteil dessen, was er erreichen wollte. Die Zigarrenmacher empfanden diesen Schritt des Senats als eine gegen sie gerichtete Ausnahmegesetzgebung. Was er erreichte, war eine wachsende Auflehnung gegen den durch den Senat vertretenen Staat. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in den Märztagen des Jahres 1848 die Zigarrenmacher das Gros der Demonstranten stellten, die eine Änderung der Verfassung durch demokratische Einrichtungen forderten, deren Grundlage das allgemeine gleiche Wahlrecht sein sollte. Der Druck, der auf sie in dieser Zeit ausgeübt wurde, die Nichtachtung, der sie sich gegenübersahen, das Mißtrauen, das man ihnen in ihrer Gesamtheit entgegenbrachte, führte bei den Zigarrenmachern selbst zu einem engeren Zusammenstehen. Sie diskutierten in Zirkeln und auf den Arbeitsstätten ihre besondere Lage. In ihren Arbeitsstätten ließen sie sich durch einen „Vorleser" unterrichten, der ihnen aus

Zeitschriften und Flugblättern vorlas und sie mit neuen Ideen vertraut machte, die bei ihnen auf fruchtbaren Boden fielen. Jeder Gedanke aber, der ihnen Gleichwertigkeit als Mitglied der menschlichen Gesellschaft bringen konnte, wurde bei ihnen besonders freudig aufgenommen.
Dietrich Schäfer, der als Arbeiterjunge in Bremen großgeworden war und später als Historiker bekannt wurde, spricht in seinen Erinnerungen davon, daß solche Unterhaltungen, die in den „Arbeitsräumen geradezu herausgefordert" wurden, die Ausbreitung sozialistischer Ideen förderten. Diese Feststellung deckt sich mit den Erinnerungen und Erzählungen alter Tabakarbeiter. Das Vorlesen zu verhindern, gehörte auch zu den Obliegenheiten der Aufseher. Aber die Tabakarbeiter wußten auch Mittel und Wege, sich gegen diese Aufpasser zu sichern. Es wird berichtet, daß sie zu diesem Zweck einen Beobachter benannten, der auf das Kommen des Aufsehers zu achten hatte. Merkte er sein Herannahen, so mußte er den Arm heben. Die Lektüre hörte auf, das Buch oder die Zeitung verschwand, und man begann mit dem Singen von Liedern, so daß der Aufseher keinen Anlaß zu einer Meldung wegen Übertretung der Verordnung des Senats fand.

Lokale Organisationen

Durch das starke Ansteigen der Zigarren-Produktion wuchs auch der Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften, der aus der bremischen Bevölkerung nicht befriedigt werden konnte. Da obendrein die Lohnverhältnisse zu dieser Zeit günstig waren, zog man fremde Zigarrenmacher nach Bremen. Manche von ihnen waren an ihrer bisherigen Arbeitsstätte oder auf der Wanderschaft mit sozialistischen Gedanken vertraut worden, die sie nun unter den bremischen Tabakarbeitern verbreiteten. Frühzeitig entstanden Organisationen, die den Zusammenhalt zwischen den Tabakarbeitern verstärkten oder der Selbsthilfe dienten. Dazu gehörten Krankenkassen, Unterstützung durchziehender Berufskollegen, aber auch Bildungsvereine, Gesanggruppen und sogenannte Geselligkeitsveranstaltungen. In Deutschland und in Bremen hatte sich um die Jahrhundertmitte eine Trennung zwischen den liberal-demokratischen Kreisen des Bürgertums und der im Entstehen begriffenen modernen Arbeiterschaft noch nicht vollzogen. Man war für eine demokratische Verfassung mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht, für eine deutsche Einigung und Überwindung der Kleinstaaterei, man haßte das Polizeiregiment der absolutistischen Staaten und war gegen die ständischen Bindungen und Privilegien, die der freien Entwicklung der Wirtschaft hemmende Schranken setzten. Das alles galt auch für Bremen.

Erste Ansätze politischer und gewerkschaftlicher Organisationen

Als die Märzrevolution sich durchzusetzen schien und die alten Gewalten ins Wanken geraten waren, zeigten sich die ersten Ansätze zum Aufbau von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb der Arbeiterschaft, die über den lokalen Rahmen hinausgriffen. In Bremen war es wieder die Gruppe der Zigarrenmacher, die sich als erste zu einem „Zweigverein der Zigarrenarbeiter-Assoziation Deutschlands" zusammenschloß. Voraufgegangen war ein Aufruf zur Teilnahme an einem Kongreß der Zigarrenarbeiter, der in Berlin stattfinden sollte. An ihm sollten Vertrauensleute der Tabakarbeiter teilnehmen. Die führende Kraft bei dem Zustandekommen einer zentralen Organisation war der Berliner Wenzel Kohlweck, der als Werkführer in einer Zigarrenfabrik dort tätig war.

Wenzel Kohlweck

Man beschloß vorerst die Einberufung eines zweiten Kongresses, der in Leipzig stattfinden und auf dem Programm und Organisationsstatut der Assoziation (Vereinigung) verabschiedet werden sollten. Als Zweck der neuen Organisation wurde festgelegt, das „moralische und materielle Wohl der vereinigten Arbeiter auf geeigneten Wegen durch

gegenseitige Unterstützung oder vielmehr geeinte Kraft zu erzielen und zu fördern". Auf diesem Leipziger Kongreß, der 1848 stattfand, waren die Bremer Tabakarbeiter durch den Abgeordneten Schierholz vertreten. Wenzel Kohlweck wurde zum hauptamtlichen Präsidenten gewählt mit einem Monatsgehalt von 35 Talern. Der Sitz der Organisation wurde Bremen, wohin dann Kohlweck auch seine Wohnung verlegte. Einen Weg, die materiellen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter zu verbessern, sah Kohlweck in der Gründung von Assoziationsfabriken, in denen neben dem Arbeitslohn auch ein Teil des Unternehmergewinnes den Arbeitern zugute kommen sollte. Ein bestimmter Prozentsatz des Gewinnes sollte vorweg für Investitionszwecke abgesetzt werden. Es ist nicht bekannt, ob in Bremen eine solche Assoziationsfabrik entstanden ist. Dagegen wurde in Hamburg 1848, nachdem der Senat zögerte, die erste Produktiv-Assoziation ohne Staatshilfe von Zigarrenarbeitern errichtet. Sie bestand bis 1862 und ist nach 13jährigem Bestehen durch Zwistigkeiten mit dem Geschäftsführer eingegangen. Sie verfügte seinerzeit über drei Verkaufsläden. Organisatorisch vertrat Kohlweck den Gedanken des Zusammenschlusses von Fachverbänden (Gewerken), die in etwa den einzelnen Säulen des heutigen Deutschen Gewerkschaftsbundes entsprechen und deren jeweilige Vorsitzende dann eine Zentralkommission deutscher Arbeiter bilden sollten. Für diese weitschauenden Ideen waren zu jenem Zeitpunkt die Voraussetzungen aber noch nicht gegeben. Es gab lediglich zwei Fachverbände: den der Zigarrenarbeiter und den der Buchdrucker. Kohlweck stieß mit diesem Vorschlag auch auf Widerstände in den Reihen der Arbeiterschaft selbst, bei der noch immer ein größerer Teil materielle Sicherung und gesellschaftliches Ansehen in zünftlerischen Organisationsordnungen sah und für neue Gedanken, wie Kohlweck sie vortrug und vertrat, noch nicht aufgeschlossen war. Eine Verbindung aller Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Beruf erstrebte die Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, an die sich anzuschließen nach Ansicht Kohlwecks „das einzige Mittel zur Erringung der menschlichen Würde" sei, oder, wie es in einem nicht von Kohlweck verfaßten offenen „Sendschreiben" an alle Zigarrenarbeiter Deutschlands vom 22. Januar 1850 hieß, „das Streben nach Selbständigkeit und der Kampf um die eigenen Rechte der Arbeiter sich verwirklichen würde". Zu einem solchen Eintritt der Assoziation der Zigarrenarbeiter ist es jedoch nicht gekommen. Auf dem Leipziger Kongreß lehnte auch der bremische Delegierte Schierholz einen solchen Schritt ab. Er trat für das Verbot der Frauenarbeit ein, während die „Verbrüderung" sich für die Gleichberechtigung der Frau einsetzte. Die Frage des Beitritts der Zigarrenarbeiter blieb offen.

Soziale Forderungen der Arbeiterverbrüderungen

Das Programm, das sich die „Verbrüderung" gab, bezeichnete Friedrich Engels als ein Gemisch von politischen, sozialen, zünftlerischen und mittelständischen Forderungen, aber es läßt zugleich deutlich soziale Forderungen erkennen und zwar:

1. die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht;
2. Die Forderung nach der Freizügigkeit der Arbeiter;
3. die Abschaffung aller gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetze;
4. das Verbot der Kinderarbeit;
5. Begrenzung der Arbeitszeit;
6. die Einrichtung allgemeiner Volksschulen;
7. Unentgeltlichkeit des Unterrichts vom 5. bis 14. Lebensjahr;
8. Lehr- und Lernmittelfreiheit;
9. obligatorischer Fortbildungsunterricht.

Die Bedeutung der Arbeiterverbrüderung bestand darin, daß sie den Arbeiter als

Klasse zum selbständigen politischen Handeln erstmals organisatorisch zusammenfaßte, wie es Lipinsky in seinem Werk „Die Sozialdemokratie“ ausgedrückt hat. Alle diese Forderungen wurden auch in Bremen durch die Verbreitung der Zeitschrift der Verbrüderung bekannt. Sie wurde so eine der Voraussetzungen für die spätere Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Bremen.

Die Arbeiterverbrüderung wurde 1850 durch die Staatsanwaltschaft aufgelöst. An Stelle der zentralen Organisation traten wieder lokale Vereinigungen.

II Der Kampf um die bremische Verfassung 1848-1863

Die „Freie Hansestadt Bremen“ nach 1815

Schon nach dem Kriege gegen die napoleonische Vorherrschaft in Europa, der die Wiederherstellung auch der Selbständigkeit Bremens brachte, und das sich seit diesem Zeitpunkt „Freie Hansestadt Bremen“ nannte, hatte der Senat der bremischen Bevölkerung eine „Reinigung“ der Verfassung versprochen. Aber es blieb bei dem Versprechen. Die Vollmächtigkeit des Senats wurde nicht angetastet. Zwar gab der Ausbruch der Juli-Revolution in Frankreich einen erneuten Anstoß für eine zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung. Nach jahrelangen Verzögerungen legte der Senat, dem es darauf ankam, Zeit zu gewinnen, einen Verfassungsentwurf vor, den Ferdinand Donandt in die Worte zusammenfaßte: „Souveränität des Senats, in einzelnen Zweigen der Staatsgewalt durch die bürgerliche Aristokratie beschränkt“.
Das Volk wurde in der Unbildung gehalten, seine Bedürfnisse materieller und kultureller Art blieben beschränkt. Die politischen Privilegien der herrschenden Schicht, der der Senat entstammte, wurden nicht angetastet. Es blieb bei der seit alters her auferlegten Unmündigkeit. Der wachsende Wohlstand kam nur der herrschenden Schicht zugute. Doch die Unzufriedenheit mit den reaktionären Zuständen in der alten Hansestadt kam nicht zur Ruhe, im Gegenteil, sie wuchs. An dem wachsenden Wohlstand der Stadt hatte die Bevölkerung kaum Anteil. Das Jahr 1847 brachte in Deutschland Mißernten und damit eine Verteuerung des Lebensunterhalts, die weitere Unruhe in große Kreise der Bevölkerung brachte und das Gefühl der Unzufriedenheit steigerte.

Gründung des „Vereins Vorwärts“ 1846

Das Bedürfnis nach einer besseren Bildung führte zur Gründung eines Bildungsvereins. Seine Gründer waren zwölf Zigarrenarbeiter, die diesem Verein den Namen „Vorwärts“ gaben. Der Senat erteilte die zu einer Vereinsgründung erforderliche Genehmigung. Die Gründung dieses Vereins darf als Ausdruck des immer stärker anwachsenden Gefühls der Selbständigkeit in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter gewertet werden, die ihre weitgehende Unwissenheit als einen Hemmschuh in ihrem Drange nach Gleichberechtigung und einer würdigen Stellung in der Gesellschaft empfanden. Wenn auch der Verein neben allgemein bildenden Vorträgen und elementarer Wissensvermittlung, wobei die Überwindung des Analphabetentums eine nicht unwesentliche Rolle spielte, seine wesentliche Aufgabe sah, so hat er doch im Vorfeld der freiheitlichen Bestrebungen, die in der März-Revolution 1848 sichtbar wurden, für Bremen eine bemerkenswerte Bedeutung erhalten. Kurze Zeit darauf wurde in der Martini-Bierhalle ein weiterer Verein gegründet, der sich „Bürgerverein“ nannte. Seine Gründer waren linksgerichtete Männer, die demokratisch gesinnt, dem Bürgertum, der Handwerkerschaft und dem Arbeiterstand entstammten. Im Gegensatz zu dem Verein „Vorwärts“ beschäftigte sich der „Bürgerverein“ mit politischen Fragen. Der äußere

Anlaß zur Gründung waren neue Steuern, die der Senat den Bürgern auferlegte. Sie wurden neben der Teuerung besonders drückend empfunden und steigerten die allgemeine Unzufriedenheit in breiten Schichten der bremischen Bevölkerung. Daß der Verein einem bestehenden Bedürfnis entsprach, bewies der starke Zustrom, den schon die ersten Veranstaltungen hatten, und der den Verein zwang, seine Tagungen in den Saal des „Krameramthauses" (des heutigen Gewerbehauses) zu verlegen. Da sich der Verein der steten Gefahr der Auflösung durch den Senat gegenüber sah, waren die Themen der Versammlungen die politischen Vorgänge in den außer- und innerdeutschen Staaten. Man referierte über die revolutionären Vorgänge in Italien oder Sizilien, über die Verfassungsbestrebungen im benachbarten Hamburg, die von lauter Zustimmung begleitet wurden. Man meinte aber Bremen und die eigene Lage in der Verfassungswirklichkeit.

Die das ganze 19. Jahrhundert durchziehenden Fragen nach nationaler Einigung gegenüber der Vielfalt der Kleinstaaterei und das Streben nach einer freiheitlichen Verfassung, das allerorts lebendig war, griffen auch nach Bremen über. Am 27. Februar 1848 kam die erste Nachricht von der Februar-Revolution in Paris nach Bremen. Sie wurde noch am gleichen Abend gegen 10 Uhr durch ein Extrablatt der „Weserzeitung" bekannt und verbreitete sich rasch in der ganzen Stadt. Wie in anderen Städten löste sie auch in Bremen große Erregung aus. Sie führte zu politischen und verfassungsrechtlichen Bestrebungen in vielen europäischen Staaten, bis sie an der Grenze des russischen Zarenreiches zum Stillstand kam. Träger dieser Umwälzungen waren liberal-demokratische Kreise, denen sich die Arbeiter allerorts anschlossen.

Die Volksbewegung von 1848

Auch in Bremen machte sich die vorhandene Unzufriedenheit Luft. Zwar versuchte der Senat, die Volksbewegung einzudämmen. Es war zu spät! Die Ereignisse überstürzten sich. Die Zeit des Redens war vorbei. Die Zeit des Handelns war gekommen. Am 1. März schrieb die „Weserzeitung", die stets zum Senat stand: „Wir nehmen keinen Anstand, zu gestehen, daß wir einer wesentlichen Umgestaltung unserer Verfassung, die sich in vielen Punkten zweckmäßig bewährt hat, daß wir namentlich der Einführung des Repräsentativsystems abgeneigt sind" (gemeint war das allgemeine, gleiche Wahlrecht). Aber auch die „Weserzeitung" spürte nach einigen Tagen, daß sie nicht mehr gegen den Strom schwimmen konnte. Die Geschwindigkeit, mit der sie ihre bisherige Treue zum Senat und seinen Anschauungen zugunsten einer Fürsprache für die veränderte politische Situation aufgab, mußte jeden überraschen, der am 6. März in der gleichen Zeitung lesen mußte, zu welchen neuen Erkenntnissen sie über Nacht gekommen war. Sie forderte nun: Nationale Einigung und ein deutsches Parlament in Frankfurt, Geistesfreiheit und keine Zensur. Völlige Pressefreiheit. Keine Geheimjustiz sondern Geschworenengerichte. Gleichheit aller vor dem Gesetz. Durchführung eines echt deutschen Prinzips der Selbstverwaltung wie in England und keinen Polizeistaat. Der Staat muß Arbeit und Brot für alle sichern. – Sie forderte also ein aufrichtiges konstitutionelles System mit wahrer Volksvertretung.

So schnell wie die „Weserzeitung" wollte der Senat aber nicht nachgeben. Zwar gewährte er, nachdem der deutsche Bundesrat am 3. März den damaligen deutschen Bundesstaaten empfohlen hatte, die Zensur aufzuheben und Pressefreiheit zu gewähren, diese Freiheit und versuchte durch diese Zugeständnisse die bremische Bevölkerung zu beruhigen. Auch das war vergebens, zumal er am 7. März den Demokratischen Verein aufgelöst hatte. Diese Handlung war nicht nur psychologisch höchst unklug, weil sie die vorhandene Mißstimmung nur noch steigerte, sondern sie war auch

wirkungslos. Zwar löste sich der Demokratische Verein gemäß der Senatsverordnung auf, gründete aber in der gleichen Versammlung, in der er sich auflöste, einen neuen Verein: den Verein republikanischer Bürger, dem alle Mitglieder des soeben aufgelösten Vereins sofort beitraten.

Der Verein republikanischer Bürger

In dieser Gründungsversammlung wurde eine Adresse an den Senat verlesen und angenommen. Die Verfasser dieser Adresse waren zwei bremische Lehrer, August Kotzenberg und Friedrich Christian Feldmann, die auch in der Folgezeit, Kotzenberg als 1. Präsident der Bürgerschaft und Feldmann als Senator, eine Rolle spielten. Am Schlusse dieser Resolution heißt es:

„Wir stellen daher an den Hohen Senat folgende dringliche Anträge:

1. derselbe wolle unverzüglich zur definitiven Feststellung unserer Verfassung eine auf den Grundlagen gleicher Wählbarkeit und Wahlfähigkeit aller Staatsbürger beruhende Vertretung einleiten . . .
2. Öffentlichkeit der Sitzung des Konvent und vollständigen Druck der Verhandlungen desselben mit Namensnennung der Redner verfügen . . .
3. Sofort die Presse unbeanstandet freigeben . . .“

Die Adresse schloß mit den Worten:

„Wir machen diese Anträge dem Hohen Senat unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen umsomehr zur dringenden Aufgabe, als die Zufriedenheit der großen Mehrzahl der Bürger wesentlich davon abhängt.“

Am nächsten Tage wurden noch folgende Forderungen hinzugefügt:

„Öffentlichkeit und Mündlichkeit aller Gerichtsverhandlungen.
Vollständige Trennung der Justiz von der Verwaltung.
Geschworenengerichte bei politischen, kriminellen und Presse-Vergehen.
Verlangen der Unterstützung nach einem deutschen Parlament durch den Senat.“

Diese Resolution wurde von 2064 Bürgern unterzeichnet und am 8. März vormittags in einem gemeinsamen Zug dem Senat im Rathaus überreicht. Bei der Ankunft des Zuges vor dem Rathaus trat die Wache salutierend unters Gewehr.

Nach vierstündigen Verhandlungen, nachdem inzwischen die Stimmung bei der wartenden Bevölkerung bedrohlich geworden war, bewilligte der Senat alle aufgestellten Forderungen. Am Abend war die ganze Stadt illuminiert. Selbst getreue Anhänger des Senats wagten es nicht, sich auszuschließen, und in den Fenstern der ärmsten Bevölkerung brannten die Lichter. Alles Volk war auf den Straßen. Es war eine unblutige Revolution, getragen von jenen Kräften, deren Bestreben es war, am gesamten staatlichen Leben teilzunehmen. Jener Bürger, der nach einer Notiz im „Courier“ am Abend des 8. März zu einer Gruppe von Bürgersleuten die Bemerkung machte: „Nun, der Pöbel hat nun endlich gesiegt“, erhielt von einem Zuhörer die treffende Antwort: „Mein Herr, schämen Sie sich, dergleichen zu sagen. Unter denen, die Sie Pöbel nennen, sind mehr redliche und kluge Leute, als unter denen, die sich wegen ihres Geldes berufen glauben, die ärmeren Mitglieder zu verachten.“

Die Rückschläge

Das Volk hatte über einen aristrokratischen Senat und das ihn tragende Handelskapital gesiegt. Aber es vergaß im Überschwang des errungenen Erfolges, daß ein Augenblickserfolg auch für die Dauer gesichert werden muß, um späteren Rückschlägen vorzubeugen. Es war von seiner gerechten Sache so überzeugt, daß es an eine solche Möglichkeit nicht dachte. Anstatt nun die Regierungsgewalt fest in die Hand zu nehmen und den bisherigen Senat durch einen neuen zu ersetzen, begnügte es sich damit, ihn im Amt zu belassen. Es glaubte, durch eine Änderung der Senatswahl eine ausreichende Siche-

rung geschaffen zu haben. Der Senat sollte sich hinfort nicht mehr selbst ergänzen, wie es früher üblich gewesen war. Zwar hatte er auch zuvor den sogenannten Bürgerkonvent zur Beratung hinzugezogen. Aber die Mitglieder des Bürgerkonvents hatte der Senat selbst berufen, und keiner wurde zu den geheimen Sitzungen zugelassen, der dem Senat nicht genehm war.

Die Bürgerschaft

Von nun an sollte die Volksvertretung, die sich die umfassendere Bezeichnung „Bürgerschaft" gab, einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl der Senatoren ausüben. Es blieben also die bisherigen Senatoren in ihrem Amte, und es verblieb auch bei der Wahl auf Lebenszeit. Auch die später angenommene Verfassung kannte nicht das Abberufungsrecht durch die Bürgerschaft. Schon allein durch diese Unterlassung sicherte man die unsicher gewordene Position des alten Senates. Er behielt damit eine entscheidende Machtposition, und es hat sich in den folgenden Jahren gezeigt, daß er diese verbliebene Stellung auch zu nutzen bereit und gewillt war. Schon wenige Jahre später, nachdem der erste Freiheitsrausch verflogen war, sollte es spüren, was diese Versäumnisse in der Stunde des ersten Erfolges für das Volk bedeuteten.

Annahme der Verfassung 1849

In jenen Monaten nach den Märztagen waren nicht nur die liberalen Kreise, sondern auch die Arbeiter davon überzeugt, daß sich die Ideen von Freiheit und Gleichheit endgültig durchgesetzt hatten. Kaum einer aus der Klasse der Besitzenden hatte den Mut, sich konservativ zu nennen. Sie alle waren über Nacht Demokraten geworden. Aber sie hatten nur das Hemd, nicht aber ihre Gesinnung geändert. Am 8. März des Jahres 1849 wurde die demokratische Verfassung in der Bürgerschaft angenommen. In einem feierlichen Zuge begaben sich Senat und Bürgerschaft zu einem Dankgottesdienst in den Dom, wobei man einleitend den Choral: „Bis hierher hat uns Gott gebracht" sang. Am Abend war die Stadt, wie am 8. März des Vorjahres, festlich beleuchtet. Doch schon zu diesem Zeitpunkt hatten die vor Jahresfrist stumm gewordenen Konservativen ihre Sprache wiedergefunden. „Ein Jahr des Unheils", das war das Urteil dieser Kreise, während die Demokraten das Volk zur Wachsamkeit aufriefen und vor Vertrauensseligkeit und Gefühlsduselei warnten. So hieß es in den „Bremer Wöchentlichen Nachrichten": „Kehrt Euch nicht an die Drohungen, nicht an die Schmeicheleien der Aristrokraten, laßt Euch ihre Mettwurst, ihren Schinken und Wein gut schmecken, aber behaltet Eure Gesinnungen. Laßt Euch um Gotteswillen nicht verleiten, den Aristrokraten Ehrenwort und Zusicherung auf Bürgereid zu geben, es möchte Euch bitter gereuen.

Offen und ehrlich ist der Demokrat,
voll Tücke Kroat und Aristokrat."

Das Wiedererstehen der Reaktion

In Frankfurt hatte die Nationalversammlung den Versuch zu einer deutschen Einigung gemacht. Sie hatte eine gesamtdeutsche Verfassung ausgearbeitet. Der Versuch der deutschen Einigung aber mißlang. Die Enttäuschung, die sich langsam in den deutschen Staaten breit machte, führte zu einem Wiedererstarken der Regierungen und Machthaber in den deutschen Kleinstaaten. Sie begannen, die 1848 gebilligten Zugeständnisse zu revidieren und die früheren absolutistischen Formen wieder herzustellen. Dieses Bemühen griff auch auf Bremen über, wo sich das „harmonische Verhältnis" seit 1849 zu trüben begonnen hatte. Der Senat bemühte sich unter der Führung des Bürgermeister Smidt, die vor kurzem erst in Kraft getretene Verfassung, die durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht die politischen Machtverhältnisse in Bremen wesentlich geändert hatte, mit dem Ziel zu bekämpfen, die frühere Macht des Senates wieder herzustellen. In einer Senatsmitteilung vom 19. April 1851 gab der Senat der Bürger-

schaft kund, daß er zwar die Bedenken, welcher der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der reinen Kopfzahlwahl auch bei uns sich entgegenstellten, überwunden habe. Aber er wies zugleich in der Senatsmitteilung darauf hin, daß die Verhältnisse der übrigen deutschen Staaten mit den bremischen nicht im Widerspruch stehen dürften. Weil das aber so sei, kam der Senat zu dem Schluß, daß das allgemeine Wahlrecht, wie er es 1848 im Druck der Verhältnisse zugestanden hatte, sich in Bremen nicht bewährt habe.

Die Zusammensetzung des Wahlausschusses

Die Bürgerschaft bezeichnete diese Äußerung des Senates als eine dem Senat nicht zustehende Beurteilung und verwahrte sich entschieden gegen die in der Senatsmitteilung zum Ausdruck gebrachte Stellung des Senats. Da eine Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Senatsmitglied bevorstand, nahm der Senat Anlaß, hier den Hebel anzusetzen und sich gegen die Zusammensetzung des Wahlausschusses zu wehren. Der Senat erklärte, er müsse das Recht haben, Personen zurückzuweisen, die nach seiner Auffassung den Erfordernissen nicht entsprächen, ohne „die eine heilsam wirkende Regierung nicht gedacht werden" könne. Die Bürgerschaft könne das im gleichen Maße nicht beurteilen, denn ihr sei „das Urteil über Persönlichkeiten durch Parteileidenschaften getrübt". In dieser Situation kam es dem Senat gerade recht, daß die Bundesversammlung einen Beschluß faßte, der „eine Revision der Verfassung" betreffend, die Regierungen aufforderte, dafür Sorge zutragen, „daß in keinem Bundesstaate Institutionen und Zustände bestehen, welche für die innere Ordnung und dadurch für die allgemeine Sicherheit des Bundes bedrohlich sind". Und daß „alle hohe Regierungen diese Übereinstimmungen durch alle gesetzlichen Mittel herzustellen bemüht sein werden."

Der Bund sprach hier von gesetzlichen Mitteln. Die Bürgerschaft warf ihm vor, sich damit über die Bestimmungen der Wiener Schlußakte hinwegzusetzen, in der festgelegt war, daß eine Verfassungsänderung nur auf verfassungsmäßigem Wege gestattet sei. Aber der Senat dachte nicht mehr an die von ihm selbst beschworene Verfassung, sondern nur an sein Interesse, die alten Machtverhältnisse soweit wie möglich wieder einzuführen. Es können hier die Phasen des Kampfes zwischen Senat und Bürgerschaft beiseite gelassen werden, zumal es ein Kampf war, der zwar vornehmlich auf der politischen Ebene ausgefochten wurde, der aber gleichzeitig eine Auseinandersetzung auf der religiösen Ebene war.

Der demokratische Verein und der Arbeiterverein

An diesen Auseinandersetzungen nahm auch die bremische Bevölkerung lebhaften Anteil. Man diskutierte in Vereinen und Zirkeln, man besprach sich auf den Arbeitsplätzen und scharte sich um die Persönlichkeiten, die in Versammlungen und auf der Kanzel gegen die erstarkende Reaktion auftraten. Insbesondere waren es die Arbeiter und die unzünftlerischen Handwerksgesellen, die ihre Gefolgschaft bildeten. Neben den linksliberalen Führern waren es vornehmlich zwei Vereinigungen, die in dieser Periode vor der eigentlichen Parteigründung eine bemerkenswerte Rolle spielten. Schon frühzeitig hatte sich neben dem „Demokratischen Verein" ein „Allgemeiner Arbeiterverein" gebildet, von dem es hieß, daß sich hier die Anhänger des Kommunismus zusammenfänden. Nach seinem Statut hatte er sich „die Hebung und Förderung des geistigen und materiellen Wohles aller Arbeiter" zur Aufgabe gesetzt, und er suchte dieses Ziel durch „Besprechung und Förderung der sozialen Verhältnisse insbesondere der materiellen Interessen der Mitglieder in Verbindung und Zusammenwirken mit anderen derartigen Vereinen" zu erreichen. Vorsitzender dieses Vereins wurde G. A. Köttgen.

G. A. Köttgen und die „Vereinigung"

Köttgen war Kunstmaler und lebte seit 1847 mit seiner Frau in Bremen auf

„Fremdenkarte". Seine Zeitgenossen beschreiben ihn als einen Mann von imposanter Figur, von edlem Pathos und großer Beredsamkeit. Für die Behauptung, er sei von Wilhelm Weitling, einem früheren Vorkämpfer des Sozialismus und dessen Ideen beeinflußt, gibt es keinen eindeutigen Beweis. Köttgen vertrat in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Vereinigung" mit dem Untertitel „Zeitung für sämtliche Arbeiter" Forderungen, die den Senat auf ihn aufmerksam werden ließen. Sein Frühlingslied, das er in seiner Zeitung abdruckte, läßt den Geist spüren, der ihn leitete:

„Ein großer Freiheitskampf beginnt,
ein schwerer Bürgerkrieg der glückberaubten Schmach und Not
verkündet Blut als Morgenrot, verheißt gewissen Sieg.
Nachdem erblüht ein schöner Bund,
befreit von Mißgeschick:
die Glieder gelten alle gleich
und Brot für Arbeit liefert reich
die rote Republik."

Dieses dem Stil der Zeit entsprechende pathetische Gedicht gab Anlaß zu einer Anklage des Köttgen durch den Senat. Sie lautete auf „Preßvergehen, namentlich Aufreizung zum gewaltsamen Umsturz bestehender staatlicher und sozialer Einrichtungen oder Teilnahme an solchen Vergehen."

Das Urteil lautete auf zwei Monate „einsamer Haft und Ausweisung aus Bremen". In der Urteilsverkündung heißt es „abgesehen von den Aufreizungen einer Volkspartei gegen die andere werde in dem Blatte der gewaltsame Umsturz nicht nur aller bestehenden deutschen Regierungen, sondern auch der bisherigen Grundlagen des gesellschaftlichen Verbandes namentlich des Eigentums gepredigt." Eine solche Predigt sah das Gericht auch in dem Abdruck des Weberliedes von Heinrich Heine. An anderer Stelle der Urteilsbegründung heißt es: „Das bloße Veröffentlichen sozialistischer und communistischer Ideen und Ansichten in so fern es auf dem Wege der bloßen Doktrin und der ruhigen Förderung geschieht, kann allerdings nicht strafbar sein. Etwas ganz anders aber ist es, wenn das Volk aufgefordert wird, solche Grundsätze gewaltsam ins Leben zu rufen, wie es in den fraglichen Blättern geschehen ist." In der letzten Nummer der „Vereinigung" verabschiedete sich Köttgen von den Arbeitern Bremens: „Ich habe gekämpft und geduldet in der freudigen Überzeugung durch meine Tätigkeit Euch zu wecken aus Gleichgültigkeit und Unwissenheit, Euch zu bilden, daß Ihr einst Eure Selbsterlösung vollzieht." Diese letzte Ausgabe wurde in roten Lettern gedruckt nach dem „löblichen Vorbild" der kurz vorher eingestellten „Neuen Rheinischen Zeitung", deren Herausgeber Karl Marx und Friedrich Engels waren. Nach Beendigung seiner Haft verließ Köttgen am 8. Dezember 1849 Bremen. Zahlreiche seiner Anhänger brachten ihn zum Bahnhof und etwa hundert begleiteten ihn bis Hamburg, seinem neuen Wohnsitz.

Das Vorgehen des Senats zeigt somit schon wenige Monate nach der 1849 verabschiedeten und vom Senat beschworenen Verfassung, wie wenig der Senat bereit war, sie zu achten, wenn seine eigenen Anschauungen ihr entgegenstanden, er schreckte auch vor Verfassungsverletzungen nicht zurück. Es ist nicht verwunderlich, daß unter solchen Verhältnissen die Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft und in der Öffentlichkeit immer schärfere Formen annahmen. Hinzu kam, daß wegen der steigenden Teuerung und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit eine starke Unruhe in den minderbemittelten Kreisen um sich griff, die zwar durch Bürgerschaft und Senat mit Notstandsarbeiten

Forderung nach Arbeitslosenunterstützung

gemildert wurde, aber nicht überwunden werden konnte. Zum ersten Male in der bremischen Geschichte wurde in der Bürgerschaft die Frage der Arbeitslosenunterstützung aufgeworfen. Die Verbote der Versammlungen mehrten sich, das Erscheinen von Zeitungen wurde verhindert, Redakteure wurden trotz der garantierten Pressefreiheit vor Gericht gestellt und verurteilt und Redner in öffentlichen Versammlungen überwacht und angeklagt. Fast alle mußten wie Köttgen mit dem Gefangenenhaus am Ostertor Bekanntschaft machen. Doch alle diese harten Maßnahmen des Senates konnten weder die Ruhe in der Bevölkerung herstellen noch den steigenden Unwillen zum Schweigen bringen.

Rudolf Dulon, der „Jakobiner im Talar“

Der heftigste Streit, an dem fast die ganze Bevölkerung Anteil nahm, entzündete sich an der Person des Pastors der St. Liebfrauenkirche, Rudolf Dulon. Dulon stammte aus Stendal und war bereits ordinierter Prediger, als er von der St. Liebfrauengemeinde gewählt wurde. Er trat sein Amt ohne Probepredigt und ohne Ablegung eines Bekenntnisses an. Er fühlte sich nur auf Gottes Wort verpflichtet. Das Kirchenministerium in Bremen erklärte sich mit seiner Wahl einverstanden. Wir wollen auf das theologische Gezänk, das mit dem Auftreten Dulons in der bremischen Kirche entstand, nicht eingehen. Es sei nur soviel gesagt, daß mit Dulon ein durch die Ideen seiner Zeit innerlich aufgewühlter Christ auf die Kanzel einer bremischen Kirche kam. Dulon zog nicht nur die Arbeiter durch sein Drängen nach sozialen Reformen an, sondern auch weite Kreise des Bürgerstandes durch seine freiheitlichen, aufklärenden Ideen. Sein Bekenntnis zum Christentum blieb die Grundlage seines kirchlichen Wirkens, aber er hörte auf die Stimme der Zeit und sah die Verelendung der unteren Schichten der Bevölkerung. Das machte ihn zum Prediger der Demokratie, die er von der Kanzel herab und in seiner 1850 gegründeten Zeitschrift: „Der Wecker“ verkündete.

In der ersten Ankündigung des Blattes verspricht er „mitzustreiten an dem großen priesterlichen Kampf der Völkerfreiheit, den unsere Zeit zu Ende zu führen von Gott verordnet ist.“ Darum will er die geplagte Menschheit erlösen aus den Ketten des Wahns und des priesterlichen Aberglaubens, er will die Völker vom Joch der Minister und Diplomaten befreien, und das religiöse Bewußtsein von den Hirngespinsten vergangener Jahrhunderte reinigen. Das ist für Dulon „der sicherste Weg zur politischen und sozialen Erlösung der Völker“. Diese Ideen zu wecken war für ihn heiligste Pflicht. „Stehet auf vom Schlaf, die Stunde ist da“ ruft der „Wecker“ der bremischen Bevölkerung zu. Schonungslos griff er die bremische Kirche an, die damals in den Banden des Pietismus lag und weder die neuen Ideen begriff, noch die Not des Volkes spürte. In seiner radikalen Stellungnahme nannte er die Kirche einen „Tummelplatz heulender Pietisten“ oder einen „Hörsaal herzloser Heuchler“. Er stimmte darin überein mit Friedrich Engels, der 1839 nach Bremen gekommen war, um sich kaufmännisch weiterzubilden und in einem Brief an seine Freunde von dem „verdammt schwindsüchtigen ofenhöckrigen Pietismus“ in Bremen geschrieben hatte. Die bürgerlichen Kreise in Bremen nannten Dulon wegen seiner Radikalität einen „Jacobiner im Talar“.

Das Rumoren in der bremischen Bevölkerung weckte den Argwohn des Senates, zog doch Dulon auch gegen ihn und die bestehende Ordnung zu Felde. Auch andere Bundesstaaten zeigten sich besorgt, daß die bremische Bewegung auch auf ihr Gebiet übergreifen könnte und erhoben beim Senat Vorstellungen. Am 1. März 1852 suspendierte darauf der Senat Dulon von seinem Amt als Prediger. Nachdem Dulon die Einspruchsfrist gegen den Spruch des Senates hatte verstreichen lassen, wurde er am 19. April regelrecht abgesetzt, obwohl die Bürgerschaft mit 150 gegen 31 und der

Konvent der Liebfrauengemeinde mit 101 zu 52 Stimmen dagegen protestierten. Weitere 6000 Mitbürger der Stadt traten diesen Protesten bei. Der Senat begründete seinen Beschluß damit, daß das verderbliche Wirken Dulons mit seinen sozialistischen Bestrebungen und seinem Einfluß auf Gleichgesinnte im In- und Auslande zu dieser Maßnahme Anlaß gegeben hätte. Dulon mußte nach Helgoland fliehen und wanderte später nach Amerika aus.
Seine Wirkung auf breite Schichten der minderbemittelten Bevölkerung aber blieb unvergessen. Sein Bild fand man noch in späteren Jahrzehnten in vielen Stuben der Zigarrenmacher und Handwerksgesellen. Mit welchen Mitteln reaktionäre Kreise des Bürgertums in diese Auseinandersetzung eingriffen, ergibt sich aus zwei Veröffentlichungen des „Bremer Courier" aus dem Jahre 1852. Dort heißt es „Ein Kaufmann erfuhr, daß einer seiner Arbeiter sich auch zu dem Proteste im Betreff Dulon unterzeichnet habe, und sofort erklärte er diesem, daß er ferner keine Arbeit bei ihm erhalten werde, falls er nicht eine Bescheinigung brächte, daß sein Name aus den Listen des Protestes gestrichen sei". Eine Hausfrau fragte das bei ihr in Stellung befindliche Mädchen, das sich zum Kirchgang anschickte, zu welchem Prediger es wolle. Als das Mädchen wahrheitsgemäß sagte, sie ginge zu Liebfrauen, zu Dulon, erwartete die Frau die Heimkehr des Mädchens, teilte ihm mit, daß es entlassen sei und gab dem Mädchen den rückständigen Lohn. Als das Mädchen, das 10 Jahre dort gedient hatte, den Lohn bis Ostern forderte, gab sie ihm auch den Lohn bis zu diesem Zeitpunkt. Um diese Zeit lief eine Glosse in der Stadt um, die auf den Streit Dulon Bezug hatte:

> Willst du dem Herrn gefällig sein,
> Schreib nicht von Ruge und Kinkel.
> Du könntest längst Senator sein,
> Schriebst du von Kohl und Pinkel.

Der Haß der Bürger und ihre Verunglimpfung Dulons ging so weit, daß sie seinen Namen als Kennzeichen des Bösen überhaupt gebrauchten. Noch bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts bezeichnete man einen Menschen, der sich etwas zuschulden kommen ließ, in Bremen als einen „bösen Dulon".

Aufhebung der Verfassung

In der Auseinandersetzung zwischen Senat und Bürgerschaft, zwischen den Besitzbürgern und den demokratisch gesinnten Volksteilen brachte das Jahr 1852 die Entscheidung. Der Senat hatte an die Bürgerschaft das Verlangen nach einer Änderung der Verfassung von 1849 gestellt. Die Bürgerschaft sprach dem Senat das Recht ab, auch unter Berufung auf die Bundesrats-Verfügung eine Änderung vorzunehmen. Dieses Recht, so antwortete die Bürgerschaft, stehe der Legislative zu und das sei verfassungsmäßig die Bürgerschaft. Daß aber Verfassungsfragen Machtfragen sind – wie Lassalle es später ausdrückte – sollten die bremische Bevölkerung und die bürgerschaftlichen Vertreter bald merken. Schon im Jahre 1851 hatte der Senat alle politischen Vereine für die Dauer eines Jahres aufgelöst und zugleich eine stärkere Aufsicht über die Presse beschlossen. In der Folgezeit mehrten sich die Übergriffe der Polizei. Vorversammlungen der Bürgerschaftsmitglieder wurden verboten und im August wurden bremische Bürger wegen ihrer politischen Stellungnahme vor das Kriminalgericht gestellt.
Als der Senat einsah, daß er auf dem bisher beschrittenen Wege nicht zu seinem Ziele der Aufhebung der Verfassung kommen würde, wandte er sich unter Führung des Bürgermeister Smidt am 28. Januar 1852 an den politischen Ausschuß der Bundesversammlung in Frankfurt. Er verlangte Bundeshilfe, um die Aufhebung der bestehenden

Verfassung durchzusetzen. Nachdem die Zusage erteilt worden war, verkündete er am 19. März 1852, daß alle Bestimmungen der Verfassung aufgehoben seien, deren Änderung er von der Bürgerschaft gefordert hatte, und daß vom Bund beschlossen worden sei, einen Bundeskommissar nach Bremen zu entsenden.

Am folgenden Tage trat zum letzten Male die nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählte bremische Bürgerschaft zusammen. Der Senat verlangte, die Bürgerschaft solle seiner Bekanntmachung, die Aufhebung der Verfassung betreffend, zustimmen. Die Bürgerschaft lehnte ab. Nach dem Verhandlungsprotokoll dieser Sitzung erklärte ein Redner: „Ich erkenne vollkommen an, daß wahrscheinlich die Bürgerschaft hier zum letzten Male beisammen ist. Ich begrüße nicht den Kommissar, ich hätte ihn gern fern von meiner Vaterstadt gesehen. Wenn ich aber doch nur eins von beiden wählen kann, entweder die Unterdrückung der Demokratie, zu der ich gehöre . . . oder soll der Bundeskommissar kommen, dann entscheide ich mich für den zweiten Fall. Mag er kommen. Mit schwerem Herzen sehe ich ihm entgegen. Ich denke, der Senat wird die Initiative ergreifen und die Bürgerschaft nach Hause schicken. Mag er das, mag er für kurze Zeit unter der Protektion des Bundes Diktator von Bremen sein! Gut! Aber legal machen, legal machen kann und werde ich es nicht!“ Hier verzeichnet das Protokoll „lebhaftes Bravo“.

Der Bundeskommissar und die Gleichschaltung

Am 24. März 1852 erschien dann in Bremen der hannoversche Generalmajor Jacobi und stieg im Lindenhof am Domshof ab. Zu seiner Unterstützung waren 10 000 Mann hannoverscher Truppen aufmarschiert und hatten in der Umgegend Bremens Quartier bezogen. Ihre Vorhut lag in Arsten. Durch diesen Staatsstreich wurde die Demokratie in Bremen vernichtet. Der Senat hatte gesiegt. Was nun folgte, war eine Periode der Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte. Sie traf insbesondere neben den linksliberalen Kräften die ersten Ansätze einer Organisation der Arbeiterschaft. Wenige Tage nach dem Eintreffen des Bundeskommissars setzte der Senat die bisherige Verfassung außer Kraft, erließ ein Verbot aller bestehenden politischen Vereine und verbot zugleich politische Versammlungen. Was als politische Versammlung anzusehen war, bestimmte der Senat, der diesen Begriff sehr weit auslegte.

In Verfolg dieser Aktion wurden verboten und aufgelöst u. a.:

Die Vereine und Hilfseinrichtungen (Krankenkassen, Sterbekassen etc.) der Zigarrenmacher.

Der Verein der Schlachterarbeiter.

Der Tagelöhnerverein.

Die Zusammenschlüsse der nicht zünftlerischen Handwerksgesellen-Vereinigungen, wie der Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Maurer und ähnliche.

Damit zerschlug er die in der Zeit nach 1848 gegründeten Ansätze der Arbeitervereine in Bremen, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, neben der Wahrung der materiellen Interessen ihre Anerkennung als gleichberechtigte Bürger zu erringen. Er vernichtete damit zugleich die organisatorischen Grundlagen, die ein organisches Hineinwachsen in den Staat und eine aktive Mitarbeit an seiner Weiterentwicklung ermöglicht hätten. Anstatt ihnen diesen Weg vorausschauend zu ebnen, drängte er die Arbeiter in die Opposition. Er förderte damit die Entstehung eines Klassenbewußtseins, das sich bald zum Klassenkampf steigerte.

Der Geheimbund und der Totenbundprozeß

Zu allen Zeiten haben Verbote legaler Tätigkeit zum Ausweichen und zur Flucht in die Illegalität geführt. An die Stelle offener Vereinstätigkeit trat folgerichtig auch in Bremen die Geheimbündelei. Man traf sich an verschwiegenen Orten oder vereinigte

sich in loser Form unter meist harmlosen Tarnbezeichnungen. Aber sie führte auch zu Formen, wie sie in dem in ganz Deutschland bekannt gewordenen „Totenbundprozeß“ sichtbar wurden. In den „Untersuchungen in Sachen Kolby und Konsorten“ ist dieser Prozeß, der eine seltsame Mischung von Räuberromantik und Umstürzlerei offenbart, festgehalten worden. Nach den Akten erfolgte die Entdeckung des „Totenbundes“ am 23. Mai 1852 mitten in der Zeit des durch Senat und Bundeskommissar veranlaßten anti-demokratischen Verfassungsumsturzes. In dem offiziellen Bericht heißt es: „Die Polizei erhielt Kunde von dem Bestehen eines nahezu 100 Mitglieder zählenden, mit Waffen versehenen Geheimbundes von einer gefährlich revolutionären Tendenz. Sie schritt sofort zu einer Reihe von Haussuchungen und Verhaftungen und überlieferte dem Kriminalgericht am 26. Mai das von ihr erhobene Material zur Untersuchung, nachdem alle Verhafteten bis auf 7 wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren“.
Als Oberhaupt der Verschwörung war der Polizei der Zigarrenmacher N. H. Kolby bezeichnet worden, in dessen Wohnung man die Statuten des „Totenbundes“ und die Statuten der Krankenkasse „Die treue Brüderschaft“ (deren Anfangsbuchstaben mit denen des Totenbundes DTB übereinstimmten) gefunden wurden. Außerdem fand man eine Anzahl Waffen, namentlich Dolche und Brustharnische. Zur Vorgeschichte wird berichtet, daß Kolby die erste Anregung zur Stiftung des „Totenbundes“ in einem kleinen Kreise von Zigarrenmachern erhielt, die sich unregelmäßig in dem Schanklokal des früheren Zigarrenmachers Christian Frohböse trafen. Die Gründung vollzog Kolby im November 1851. Die Mitglieder waren zumeist ebenfalls Zigarrenmacher. Wie stark die Revolutionsromantik im Totenbund zu Hause war, ergibt sich aus nachstehender aktenmäßiger Schilderung: Der Zigarrenmacher Daniel Wiegmeyer hatte eine Abteilung des Totenbundes auf eigene Faust gegründet. Wiegmeyer richtete auf dem Boden eines seiner Mutter gehörenden Gebäudes in der Plantage eine förmliche Verschwörerhöhle ein. Die Wände waren mit Draperien verhangen, der Raum schwach beleuchtet. Totenkopf und Dolche lagen auf den Tischen. Die Mitglieder mußten sich auf Geheimwegen heranschleichen.“ In den Satzungen des Totenbundes heißt es in Artikel 1 I: „Der Zweck der Gesellschaft des Totenbundes besteht darin, hülfreiche Hand an dem großen Werk der bevorstehenden Revolution zu legen.“ Und im Schlußartikel hieß es:

> „Für alle Mitglieder gilt das Motto:
> Dulde alle Schmach,
> Dulde selbst den Tod,
> Werde nie ein Verräter.“

Der Plan, der im Kreise des Totenbundes entwickelt wurde, sah vor, den Senat in einer Sitzung „über den Haufen zu rennen“. Bei der Ausführung müsse man sich unkenntlich machen. Benötigt würden zur Durchführung des Planes 16 bis 18 entschlossene Männer. In den Plan eingeweiht war der Uhrmacher Emil Meier, der an der Herrlichkeit wohnte. Er gehörte zu den Überreichern der Resolution vom 8. März 1848, war als Archivar der Bürgerschaft, deren Mitglied er gewesen war, in der Börse tätig. Sein Arbeitsraum lag unter dem Sitzungssaal des Senates. Meier erklärte, daß er die Absicht gehabt habe, den Senat in der Börse während einer Sitzung mittels eines Pulverfasses in die Luft zu sprengen. Auf die Durchführung des Planes habe er verzichten müssen, weil er mit dem Hereinbringen des Pulverfasses nicht habe fertig werden können. In dem Prozeß wurden insgesamt 41 Jahre Zuchthaus und 13 Jahre, 7 Monate Gefängnis verhängt. 7 Jahre Zuchthaus entfielen auf Kolby, 6 Jahre Zuchthaus

auf Meier. Das Urteil hebt hervor, daß für eine Verbindung mit dem Kommunistenbund in London, wie ursprünglich behauptet wurde, keinerlei Beweise gefunden worden sind.

Würdigt man die Geschehnisse der Jahre 1848 bis 1852, so ist zuerst darauf zu verweisen, daß selbst ein in wirtschaftlichen Fragen so vorausschauender Mann wie Bürgermeister Smidt nicht erkannt hat, daß in den bisher von jeder Staatsverantwortung und Mitwirkung ausgeschlossenen Schichten der bremischen Bevölkerung das berechtigte Streben sichtbar wurde, an dem staatlichen Leben teilzuhaben, daß im Gegenteil der von ihm geführte Senat durch seine Handlungsweise den Gegensatz, statt ihn aufzuheben oder zu mildern, noch verschärfte, und daß er sich damit gegen eine Entwicklung wehrte, die, wie die Folgezeit lehrte, selbst mit brutalen Mitteln nicht aufzuhalten war. Otto Gildemeisters Wort: „Die Herrschaft einer einzigen Klasse, mag dieselbe noch so patriotisch, weise und human sein, dünkt dem Geist des Jahrhunderts als ein Unrecht, das durch kein Wohlleben aufgewogen wird", das er 1847 schrieb, hat für die Zukunft seine Gültigkeit bewiesen.

In den Jahren 1852 bis 1863 ist von einer politischen oder gar organisatorischen Tätigkeit in der damaligen bremischen Arbeiterschaft nichts Wesentliches zu berichten. Der Senat hatte bei der Niederschlagung der demokratischen Bewegung alle Machtmittel angewandt, aber sein Verhalten und die Erlebnisse in dieser Periode blieben in der Arbeiterschaft lebendig. Rückblickend auf diese erste Periode des Entstehens der Arbeiterbewegung in Bremen läßt sich zusammenfassend sagen:

1. Sie war gekennzeichnet durch das Bestreben, die Rechtlosigkeit ihrer Lage und das Ausgeschlossensein von jedem politischen Einfluß zu überwinden.
2. Die Arbeiterschaft bekannte sich zur politischen Demokratie und trat für die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands ein.
3. Sie kämpfte in enger Gemeinschaft mit links-demokratischen Kreisen, vorwiegend unter deren Führung.
4. Sie hatte kein einheitliches und zukunftsweisendes Programm. Einflüsse von Marx, wie sie durch das Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes" hätten ausgelöst werden können, sind denkbar, aber nicht nachweisbar.
5. Ansätze für eine einheitliche Organisation der Arbeiter, wie sie in der „Zigarrenmacher-Assoziation" und in der „Verbrüderung" versucht wurden, vermochten sich auf die Dauer nicht durchzusetzen.

Die Verfassung von 1854

Immerhin gelang es dem Senat nicht, die alte „Vollmächtigkeit", die er seit mehr als 300 Jahren besessen hatte, wieder herzustellen. Er verabschiedete im Jahre 1854 eine neue Verfassung, die ihm die Sicherheit gab, allzu starke Einflüsse aus der Bevölkerung unmöglich zu machen, indem er sie in acht Wählerklassen aufteilte. Von einem allgemeinen gleichen Wahlrecht konnte nun nicht mehr die Rede sein. Zugleich verminderte er die Zahl der Mitglieder der neuen Bürgerschaft auf 150, die für sechs Jahre gewählt wurden, wobei alle drei Jahre die Hälfte ausscheiden mußte. Wiederwahl war möglich. Wahlberechtigt waren nicht alle männlichen Einwohner des Staatsgebietes, sondern nur diejenigen, die den Bürgereid abgelegt hatten und damit „Geschworene Bremer Bürger" waren. Das Gesetz, die Wahl zur Bürgerschaft betreffend, teilte die Wahlberechtigten wie folgt auf:

Die acht Klassen

1. Klasse:	Wähler mit akademischer Vorbildung	16 Mitglieder
2. Klasse:	Kaufleute zur Handelskammerwahl berechtigt	48 Mitglieder
3. Klasse:	Gewerbetreibende zur Gewerbekammerwahl berechtigt	24 Mitglieder

4. Klasse:	Alle übrigen Wähler des Stadtgebietes Unterteilung	
	a) Wähler mit Einkommen von über 500 Taler	10 Mitglieder
	b) Wähler mit Einkommen von 250 bis 500 Taler	10 Mitglieder
	c) Wähler mit Einkommen unter 250 Taler	10 Mitglieder
5. Klasse:	Wähler in Vegesack wohnhaft	6 Mitglieder
6. Klasse:	Wähler in Bremerhaven wohnhaft	6 Mitglieder
7. Klasse:	Wähler zur Landwirtschaftskammer wahlberechtigt	10 Mitglieder
8. Klasse:	Alle übrigen im Landgebiet wohnenden Wähler	10 Mitglieder

Das geänderte Wahlrecht, das die Wählerschaft nach Vorbildung und Einkommen klassifizierte, sorgte dafür, daß das zahlenmäßige und politische Übergewicht bei denen verblieb, die bisher schon entscheidenden Einfluß auf die Geschicke der Stadt hatten. Im Laufe der Jahre ist dieses Wahlrecht zwar verschiedentlich abgeändert worden, doch seine Grundstruktur blieb bis zum Jahre 1918 erhalten. Bei der letzten Änderung am 1. Januar 1894 war die Aufteilung der Wähler zur 4. Klasse nach Einkommen weggefallen und die Vertretungszahlen der einzelnen Klassen abgeändert worden. Sie lauteten nach dieser Änderung des Wahlgesetzes wie folgt:

1. Klasse:	14 Vertreter
2. Klasse:	40 Vertreter
3. Klasse:	20 Vertreter
4. Klasse:	48 Vertreter
5. Klasse:	4 Vertreter
6. Klasse:	8 Vertreter
7. Klasse:	8 Vertreter
8. Klasse:	8 Vertreter

Auch die Wahl für den Senat, die weiterhin auf Lebenszeit erfolgte, war so geregelt, daß der Einfluß des größten Bevölkerungsteils, der zur 4. Klasse gehörte, auf ein Minimum beschränkt blieb. So blieb der Senat der Herr der Stadt und mittels des neuen Wahlrechtes war die Herrschaft der Privilegierten, vorsichtig verschleiert, wieder hergestellt. Dieses Wahlrecht war in der Folgezeit ein ewiger Gegenstand des Kampfes der minderbemittelten Kreise, vornehmlich der Arbeiterschaft.

Um die Jahrhundertmitte beschrieb ein süddeutscher Reisender die Stadt mit leichter Ironie: „Bremen", so schrieb er, „ist eine ernste gescheuerte Stadt mit Lindenbäumen vor den Häusern, sonst ziemlich nackt und kahl gelegen in einer Sandwüste unter Rüben und Braunkohl. Die Einwohner sind ruhige, bedachte Leute. Sie leben den Tag über ihren Geschäften, schließen abends um 10 Uhr die Haustür, gehen alljährlich wenigstens einmal zum Abendmahl und sorgen dafür, daß jeden Sonnabend Haus und Hof von unten bis oben gereinigt werden. Unter den Einwohnern gibt es angesehene und unangesehene, nämlich solche, die von Rechts wegen ein jeder Bremer ansehen und vor denen er den Hut ziehen muß, und solche, die man füglich unangesehen lassen kann. Zu den ersten gehört insbesondere der Senat. Zu den Unangesehenen gehören alle Leute, die keinem armen Teufel durch eine Empfehlung helfen können."

Aber mochte auch der Senat bestrebt sein, die Klassenscheidung aufrecht zu erhalten, und das war ihm durch den Staatsstreich weitgehend geglückt – die fortschreitende ökonomische Entwicklung, wie sie das Maschinenzeitalter und die Liberalisierung des Handels auslösten, ließ sich nicht aufhalten.

III Die sozialen Verhältnisse in Bremen nach 1848

Das Wachstum der Stadt

Die Stadt Bremen wuchs. Man zählte 1856 in Bremen 60 087 Einwohner. Die Stadtgrenze verschob sich. An die Stelle der Befestigung mit höckerigen Feldsteinen traten behauene Pflastersteine, und neben den Steinwegen traten Straßen, die man vornehm Chausseen nannte, eine Bezeichnung, die bis 1914 gegolten hat. Im Osten rückte die Stadt bis an den Dobben vor, einem alten Wasserzug, der 1861 kanalisiert wurde, im Norden bebaute man das Gebiet bis zur Weide und im Westen schob sich die Stadt bis zum Panzenberg und dem Kumpgraben am Haferkamp vor. Im Jahre 1848 war die Torsperre gefallen, und am 31. Dezember 1848 konnten die Altstädter und die Neustädter erstmalig gemeinsam Silvester feiern. Der Eisenbahnbau hatte begonnen. Er war weitgehend privater Initiative entsprungen. Als erste Eisenbahn wurde 1847 die Strecke nach Hannover gebaut, die von dort Anschluß nach Hamburg und dem Rheinland fand. Die Bahnen nach Osnabrück, Oldenburg, Bremerhaven und Vegesack folgten sowie die direkte Bahn nach Hamburg. An die Stelle der bisher üblichen Öllampen trat Gas, und bei den Minderbemittelten das Petroleum. 1854 war die Gasanstalt hinter dem Hauptbahnhof fertig geworden. Die Bahnhofstraße und Georgstraße (heute Bürgermeister-Smidt-Straße) waren neben dem Domshof die ersten Straßen Bremens, die Gasbeleuchtung erhielten. Sonst war die Stadt in Dunkelheit gehüllt, so daß man bei abendlichen Besuchen eine Lampe mitnehmen mußte.
Auch der Verkehr in der Innenstadt belebte sich. In der Obernstraße, die seit altersher eine Privatstraße bremischer Patrizier war, siedelte sich das erste Ladengeschäft an. Es war das erste Geschäft mit einer großen Spiegelscheibe, die als Sehenswürdigkeit einen Strom von Neugierigen anzog. Die Kaufleute verlegten allmählich ihren Wohnsitz aus der Innenstadt, bauten sich außerhalb des Walles an der Contrescarpe neue prächtige Wohnhäuser mit gepflegten Gärten, während die ärmeren Bevölkerungsteile in den engen, fast lichtlosen Wohnungen der Höfe und Gänge der Altstadt und der Neustadt wohnhaft blieben. Diese Wohnungen sind bis auf geringe Reste erst im 2. Weltkriege durch Bomben zerstört worden.

Die Wohnungsverhältnisse

Dietrich Schäfer, der als Professor der Geschichte und Geheimrat 1929 in Berlin starb – er war 1845 in Bremen geboren – schilderte diese Wohnungen in seinen Lebenserinnerungen: „Im Herbst 1842 sind die Eltern in die Stadt gezogen. Als Kornstecher war mein Vater viel beschäftigt worden von dem Kornhändler Weihausen, der das Haus an der Schlachte 29, obere Etage, bewohnte. Unter dem Hause war ein Wohnkeller. Herr Weihausen bewog meinen Vater, diesen Keller von ihm zu mieten. Es erscheint mir heute ein Rätsel, daß ich in dieser Wohnung gesund und fröhlich aufgewachsen bin. In der Kellerwohnung sind meinen Eltern noch vier Kinder geboren,

eine Tochter und drei Söhne, von denen ich der Älteste war. Sie sind alle, außer mir, früh gestorben. Die Überanstrengung der Mutter und dann auch das Ungesunde der Wohnung sind wohl schuld daran gewesen. Hinter der Diele und der Wirtsstube lagen eine größere und eine kleinere Schlafstube. Zur Diele führten 20 Stufen, die unter der Straßenhöhe lagen. Die Schlafstube und die hinter der Diele liegende Küche erhielten kein direktes Licht, sondern wurden nur durch das Fenster der Wirtsstube und der Diele, von der aus man – nach oben blickend – nur die Beine der Passanten sehen konnte, spärlich beleuchtet. Hinter der Küche war dann noch ein Lagerraum für Feuerung, dort befand sich auch die Einrichtung, den menschlichen Bedürfnissen zu genügen. Es bestand damals und noch viele Jahre später in Bremen ein Abfuhrsystem, daß die Eimer abends vor die Tür gestellt und der Inhalt nachts abgeholt wurde."

Daß diese Schilderung kein Sonderfall war, beweist eine Untersuchung des Statistischen Amtes in Bremen, die im Jahrbuch des Statistischen Amtes unter dem Titel „Höfe und Gänge der Neustadt" 1902 veröffentlicht wurde. Alle diese Wohnungen waren bis 1850 entstanden. Sie wurden neben den Höfen und Gängen der Altstadt als die Arbeiterhäuser der damaligen Zeit bezeichnet. Am 1. Dezember 1900 betrug die Zahl der Wohnungen in der Neustadt nach dieser Untersuchung 262, die in 49 Gängen belegen waren. Diese Gänge gingen von den Straßen ab und die Häuser lagen an einem etwa 80 cm breiten Gang, der zumeist in einer Sackgasse endete. Im Durchschnitt betrug die Breite der Häuser vier Meter, ihre Tiefe meist sechs Meter, so daß eine Grundfläche von 24 qm entstand. Die Häuser waren durchweg einstöckig gebaut. Ihre Wände waren vielfach auf Fachwerk errichtet. Sie waren nicht unterkellert, die Grundmauern waren meist ohne Fundamentierung auf den Boden gesetzt. Der Hausboden war durch eine Leiter zu erreichen und gegen die Nachbarhäuser durch eine Holzverschalung abgegrenzt. Dieser Bodenraum diente als Schlafraum für die Familie. Unten befand sich ein gedieltes Zimmer, selten zwei. Der Hausflur bestand entweder aus gestampftem Lehm oder war mit Platten belegt. Im Hausflur befand sich ein offener Herd. Gas und Wasserleitung waren um 1900 noch nicht vorhanden. Die Abwässer wurden auf den Gang gegossen, wo sie dann offen zur Kanalisation abflossen. Die Aborte befanden sich in den meisten Familien unter der Bodenstiege, die auf den Dachboden führte, oder waren für sämtliche Bewohner des Ganges in einem Verschlag auf einer Seite des Ganges untergebracht. Die Häuser waren Mietshäuser. Die Durchschnittsmiete betrug jährlich 133 Mark. Das bedeutet für einen Quadratmeter Wohnfläche ohne Dachboden 0,45 Mark monatlich.

In dem Bericht bezeichnet der Verfasser Wilhelm Böhmert den baulichen Zustand der Häuser als schlecht, mit feuchten Wänden und undichten Dielen. Es fehle an Licht und frischer Luft. Infolge der ungünstigen Wohnverhältnisse, so heißt es in dem Bericht, war die Sterblichkeitsziffer der Gangbewohner erheblich höher als sie in Bremen normalerweise war.

Hohe Sterblichkeitsziffer

In der Zeit von 1875 bis 1900 ergab sich ein Absinken der Sterblichkeitsziffer von 215 auf 156 je 10 000 Lebenden. Sie blieb aber in diesem Zeitabschnitt bei den Bewohnern der Gänge fast gleich. Sie sank lediglich von 264,9 auf 260,9. Dabei war die Sterblichkeit bei den Kindern zwischen 1 bis 5 Jahren besonders hoch. Auch bei den anderen Altersgruppen war sie weitaus höher als bei Bewohnern einwandfreierer Wohnungen. So betrugen sie in der Altersgruppe zwischen 31 und 50 Jahren das Zweieinhalbfache des Normalen.

Die Besserung der Gesundheitsverhältnisse in der Stadt hatte die Bewohner der Gänge

nicht erreicht. Als Todesursache spielten die Tuberkulose und Erkrankungen der Atmungsorgane eine bedeutende Rolle. Der Bericht illustriert damit die unwürdigen Wohnungsverhältnisse jener Zeit, von denen nicht mit Unrecht gesagt wurde, daß man den Menschen mit einer Wohnung ebenso erschlagen könnte wie mit einer Axt. Insgesamt zählte man in Bremen um 1870 160 Gänge.

Arbeitslöhne

Über die Höhe der Arbeitslöhne und über die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu jener Zeit liegen nur wenige zuverlässige Angaben vor. Es steht fest, daß infolge der Nachfrage nach Arbeitskräften, wie sie durch die Aufwärtsbewegung von Handel und Schiffahrt entstanden war, in Bremen höhere Löhne gezahlt wurden als es anderswo üblich war. So betrug die „amtliche Lohntaxe" der Handwerksgesellen in den 60er Jahren wöchentlich 4 Thaler, während bei den Arbeitern der Silberfabrik und der Waltjenschen Maschinenfabrik Löhne von 6 bis 8 Thalern bezahlt wurden. Bremen galt damals als eine reiche Stadt, aber auch als eine teuere Stadt, was die Preise für Lebensbedürfnisse betraf.

Eine anschauliche Schilderung gibt wieder der schon zitierte Dietrich Schäfer. Er berichtet, daß, nachdem der Vater früh gestorben war, die Mutter als Reinmache- und Waschfrau für den Unterhalt der Familie sorgen mußte. Wörtlich schreibt er: „Ich weiß noch ganz genau, was sie verdiente und wie der Haushalt sich stellte. Sie erhielt als Reinmachefrau einen Tagelohn von 18 Groten, für Waschen einen solchen von 20 Groten (83,4 bzw. 92,66 Pfennig) dazu die volle Kost. Es ergab einen gewöhnlichen Wochenverdienst von 1 Thaler 40 Groten, macht für das Jahr 80 Thaler, 64 Groten. So belief sich das Einkommen auf etwa 270 Mark. Von dem Einkommen war die Hälfte, 41 Thaler, von vornherein in Ausgaben festgelegt: 30 Thaler Miete, 4 Thaler Schulgeld und 7 Thaler für einen Hunt Torf. So mußte mit 135 Mark jährlich der Bedarf an Nahrung, Kleidung und sonstigen Notwendigkeiten des Lebens gedeckt werden, mit täglich noch nicht 40 Pfennig. Die Mutter war nur sonntags und nachts zu Hause. Ich war von morgens 6½ Uhr bis abends 8½ Uhr völlig auf mich allein angewiesen. Sonntags kochte Mutter für einige Tage, so daß ich nur aufzuwärmen brauchte. Sonst bestand mein Mittagessen ganz überwiegend aus Kartoffeln, die ich morgens oder abends vorher schälte. Ich habe sie dann mittags gekocht und etwas angebraten in Speck oder zerlassenem Schweineschmalz und eine zerschnittene Zwiebel darübergeschüttet, nicht ohne Essig oder Wasser dazu zu gießen, um das Gericht weniger trocken zu machen. Ein Festessen war es, wenn 2 Groten erübrigt werden konnten, um bei dem Schlachter Kohl in der Molkenstraße eine Grützwurst zu kaufen. Die Fleischerfrau war sehr freundlich und schenkte mir manchmal eine Scheibe Leberwurst, die mir prächtig mundete."

Ich würde nicht wagen, diese Schilderung niederzuschreiben, wenn sie nicht von einem namhaften Historiker stammte, dessen Verpflichtung zu historischer Wahrheit nicht anzuzweifeln ist.

Die Jahreseinkünfte

Aus der Zeit der Jahrhundertmitte gibt es ein anderes Dokument über die Frage der Jahreseinkünfte. Lassalle hat es in seinem „Offenen Antwortschreiben" zitiert. Der königlich- preußische Geheimrat Prof. Dieterici, der damals das amtliche statistische Büro Preußens leitete, veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerliste in Preußen eine Berechnung, wie sich in dem damaligen Preußen die Einkommen verteilten: „Hiernach besaßen von der Bevölkerung des preußischen Staates die Einkommen von über 1000 Thaler ½ Prozent der Bevölkerung, ein Jahreseinkommen von 400 bis 1000 Thaler 3¼ Prozent der Bevölkerung. Von 200 bis 400 Thalern 7¼ Pro-

zent der Bevölkerung, von 100 bis 200 Thalern 16 3/4 Prozent der Bevölkerung und 72 1/4 Prozent der Bevölkerung hatten ein Einkommen unter 100 Thalern. („72 1/4 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 100 Thalern, also in der elendsten Lage". So Lassalle in seinem offenen Antwortschreiben.)
Man darf wohl mit Fug und Recht annehmen, daß diese von Lassalle zitierten Einkommensverhältnisse auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten ähnlich waren.

Der Handel wächst

Dabei war die Zeit nach 1850 eine Zeit der Aufwärtsbewegung des bremischen Handels. Der Wert der Einfuhr nach bremischen Häfen stieg von 67 710 000 Thalern im Jahre 1850 auf 136 614 000 Thalern im Jahre 1857. Das war eine Verdoppelung in 7 Jahren. Auch die Zahl der Beschäftigten stieg, so bei der Maschinenfabrik von Waltjen von 169 auf 383 in der gleichen Zeit. Neben die hölzernen Segelschiffe traten in immer stärkerem Maße die eisernen Raddampfer, an die Stelle der von Pferden weseraufwärts gezogenen Weser-Lastkähne traten Schleppschiffe, der vom Kaufmann H. H. Meier gegründeten Unterweser-Schleppschiffahrt, wofür die empörten Fuhrleute ihm dann auch prompt nachts die Fensterscheiben seines Hauses einwarfen und den Eingang mit rosa Farbe bemalten. Im Jahre 1857 wurde der Norddeutsche Lloyd gegründet, der Weser-Bahnhof wurde gebaut, der Neustadtsbahnhof wurde 1860 in Betrieb genommen. Auch in Bremerhaven mußten die Hafenanlagen vergrößert werden, der neue Hafen entstand. Für die Regelung des nun immer stärker ansteigenden Geld- und Kreditwesens wurde die Bremer Bank gegründet, wobei das Aktienkapital von der bremischen Kaufmannschaft aufgebracht wurde und in ihren Händen verblieb.

Freier Arbeitsvertrag

In einer so veränderten Zeit konnten sich die alten Formen des Wirtschaftens wie des Zunftwesens nicht halten. Eine Verordnung des Senates vom 4. 4. 1861 räumte den alten Zopf aus. Der Senat verkündete den 1. Artikel der Verordnung: „Die Privilegien, der in der Gewerbeordnung vom 6. Oktober 1851 genannten Innungen und Gewerbetreibenden, sowie die Privilegien des Krameramtes, der Tuchmachersozietät und der Bierbrauersozietät sind aufgehoben." Und im Artikel 4 heißt es: „Die Annahme von Arbeitsgehilfen beruht hinfort auf freier Übereinkunft. Alle Vorschriften und Gebräuche, welche die Dienstzeit, den Lohn, die Kündigung des Dienstverhältnisses und die Wanderjahre betreffen, sind nicht mehr verbindlich." Damit trat an die Stelle der bisherigen Arbeitsabkommen der Innungen und Zünfte der freie Arbeitsvertrag. Es gab nur noch eine Arbeiterschaft, die unter rechtlichen und sozialen Arbeitsverhältnissen lebte. Der Unterschied, der bisher bestand, war gefallen, damit war der Weg zu einem einheitlichen Arbeiterstand frei.

IV Ferdinand Lassalle: Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins 1863

Bismarcks Maßnahmen gegen die Arbeitervereine

Ebenso wie in Bremen hatten sich auch in den anderen deutschen Bundesstaaten die Regierungen gefestigt. Die Furcht, daß sich der Geist der demokratischen Bewegungen wieder regen könnte, veranlaßte Bismarck als preußischen Gesandten bei der Bundesversammlung in Frankfurt am 14. April 1853 zu beantragen, gemeinsame Maßnahmen gegen die Arbeitervereine durchzuführen. Sein Antrag führte zu einer Bundesverordnung vom 13. Juli 1854, der in Artikel 8 folgendes bestimmte: „Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen, die in ihrem Gebiete etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildungen solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten." Es war Bismarcks erster Versuch, die Bestrebungen der Arbeiter unter Einsatz der Staatsgewalt völlig zu unterbinden. Der Versuch sollte auf die Dauer ebenso wenig zum Ziele führen, wie seine spätere Absicht, die Sozialdemokratische Partei zu verbieten.
Aber selbst das damalige Deutschland war nicht von den Geschehnissen der übrigen Welt abzuriegeln. Das Wiederaufflammen demokratischer Bewegungen im Ausland wirkte auch nach Deutschland hinein. Neben die politische Frage, die seit 1848 die Gemüter bewegt hatte, trat nun die soziale Frage immer stärker in den Vordergrund und beschäftigte die arbeitenden Menschen. Krisen setzten große Arbeitermassen frei. Die Arbeitslosigkeit nahm erheblichen Umfang an, und die durch Mißernten verursachten Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse verschlechterten die Lage der Arbeiter. Die Verelendung der Arbeiterschaft wuchs. Zwar hatte die Verordnung der Bundesversammlung Vereinigungen der Arbeiter bei Strafe verboten, aber es bildeten sich vielerorts, insbesondere in Sachsen, Bildungsvereine, oft in Anlehnung an linksliberale Vereinigungen und unter deren Führung. Die Erkenntnis, daß ohne entsprechendes Wissen der Kampf der Arbeiter um ihre Selbstbefreiung ein Kampf ohne Macht bleiben mußte, war eine Frucht ihrer ersten Niederlage. In den Bildungsvereinen suchten die Arbeiter neben ausreichender Allgemeinbildung die geistigen Waffen für den politischen und sozialen Befreiungskampf, der ihnen die Gleichberechtigung bringen und damit ihre menschliche Würde sichern sollte.

Die Arbeiter-Marseillaise

Jacob Audorf, Schlosser in Hamburg, schrieb damals die deutsche Arbeiter-Marseillaise, in der es hieß:

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht."

Er gab damit dem Gedanken dichterischen Ausdruck.

Lassalles „offenes Antwortschreiben“

Obwohl die Bundesversammlung durch ihre Verordnung vom 13. Juli 1854 jede Verbindung bestehender Arbeitervereine mit denen in anderen Bundesstaaten unter Strafe gestellt hatte, traten Anfang der sechziger Jahre die Arbeiter-Bildungsvereine von Berlin und Leipzig miteinander in Verbindung, um die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses vorzubereiten. Man wandte sich am 11. Februar 1863 an Ferdinand Lassalle, der auf einer Versammlung in Berlin unter dem Thema: „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, gesprochen und sich dadurch eine Anklage der Staatsanwaltschaft zugezogen hatte. (In der Gerichtsverhandlung wurde Lassalle in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil „der Angeklagte der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß und zur Verachtung gegeneinander schuldig“ sei. In der zweiten Instanz wurde er freigesprochen.) Auf die an ihn vom Vorbereitungskomitee gerichtete Anfrage, ob er bereit sei, auf dem geplanten Leipziger Kongreß den Vortrag zu übernehmen, antwortete er mit einem „offenen Antwortschreiben“, in dem er seine Gedanken darlegte und sich schroff gegen die Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter wandte, wie sie damals Schulze-Delitzsch gemacht hatte.

In diesem für die Arbeiterbewegung historischen Dokument legte Ferdinand Lassalle gleichzeitig die Grundlage für eine eigenständige Politik des Arbeiterstandes. Seine wichtigsten Gesichtspunkte waren:

Aufgabe: „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands – dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen könne. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür ist mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

Das „eherne Lohngesetz“

Lassalles ehernes Lohngesetz: „Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt zur Fristung der Existenz und der Fortpflanzung beschränkt bleibt. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen – das ist das Mittel, durch welches – und durch welches allein – jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmte! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt die Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt die Vergütung der Arbeit: der Arbeitsertrag.“

Die Lösung: „Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates ihnen (den Arbeitern) dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördern und entwickeln, in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligen Pflicht zu machen, ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.“

Vom Staate: „Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Und hier wird nun sofort die Antwort vor ihrer aller Augen stehen: Dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, dann

– und nur dann – werden sie den Staat bestimmen können, sich dieser Pflicht zu unterziehen. Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur ihr politisches, es ist auch ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern."

Schlußfolgerung: „Organisieren Sie sich als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein zu diesem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen und unablässigen Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht in allen deutschen Ländern! Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen! Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie."

Geburtsstunde der SPD

Der Kongreß fand am 22. und 23. Mai 1863 in Leipzig statt. Er gilt als die Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am Abend des 23. Mai fand die Gründungsfeier statt. Arbeitervereine aus zehn deutschen Städten (Bremen war nicht darunter) hatten Vertretungen geschickt. In dem angenommenen Statut lautet der Artikel 1:

> „Unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung des sozialen Interesses des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu wirken."

Als Sitz des Vereins, dem alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehören, wurde Leipzig bestimmt. Präsident des Vereines wurde Ferdinand Lassalle.

Der frühe Tod Lassalles

Es bleibt das Verdienst Ferdinand Lassalles, nach einer Zeit der Resignation die Arbeiterbewegung zu neuem Leben wachgerufen zu haben. Vielerorts begann eine lebhafte Tätigkeit, unermüdlich war Lassalle selbst als Kämpfer für die Sache der Arbeiterschaft tätig. Seine mitreißende Redekunst und die Klarheit seiner Gedanken, der Umfang seines Wissens brachten ihm überfüllte Versammlungen. Aber dennoch war damals die Trägheit der Arbeiterschaft größer als Lassalle sie sich gedacht hatte. Sein kühnes Wort: „Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in unseren Verein eintreten, und unsere Reaktion ist nicht mehr", sollte sich so schnell nicht erfüllen. Berlin z. B. ließ sich für seine Gedanken nicht gewinnen, aber seine Agitation in Berlin brachte ihm die Mitgliedschaft Wilhelm Liebknechts, der seit 1848 in der Emigration in London gewesen war und mit Karl Marx Verbindung hielt.

Lassalles Leben fand ein frühes Ende. 15 Monate nach dem Leipziger Kongreß, als die erste Saat seiner Bemühungen aufging, fiel er am 31. August 1864 in einem Duell. „Er starb jung – im Triumph – als Achilles", schrieb damals Karl Marx. Bei der Trauerfeier der Hamburger Arbeiter wurde zum ersten Male Audorfs Arbeiter-Marseillaise gesungen, die Lassalles Namen in der Arbeiterbewegung lebendig hielt:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unserer Fahne steh' zuhauf;
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
Bald steigt der Morgen hell herauf!
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Zahllos ist unsrer Feinde Schar,
Doch ob wie Flammen die Gefahr
Mög' über uns zusammenschlagen.
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all',
Der Bahn, der kühnen folgen wir, die uns geführt Lassalle.

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.
Ist erst dies Bollwerk überstiegen,
Wer will uns dann noch widersteh'n?
Dann werden bald auf allen Höh'n
Der wahren Freiheit Banner fliegen.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen, nun wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für jedermann.
Die Lieb' soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten!

Von uns wird einst die Nachwelt zeugen,
Schon blickt auf uns die Gegenwart,
Frisch auf, beginnen wir den Reigen!
Ist auch der Boden rauh und hart.
Schließt die Phalanx in dichten Reihen!
Je höher uns umrauscht die Flut,
Je mehr mit der Begeist'rung Glut
Dem heil'gen Kampfe wir uns weihen!

Auf denn, Gesinnungskameraden,
Bekräftigt heut' aufs neu den Bund,
Daß nicht die grünen Hoffnungssaaten
Geh'n vor dem Erntefest zugrund'.
Ist auch der Säemann gefallen,
In guten Boden fiel die Saat,
Uns aber bleibt die kühne Tat,
Heil'ges Vermächtnis sei sie allen!
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all',
Der Bahn, der kühnen folgen wir, die uns geführt Lassalle.

Jakob Audorf

V Die neue Arbeiterbewegung in Bremen

Gustav Deckwitz

Lassalles Gedanken breiteten sich in der Arbeiterschaft aus. Sie in Bremen zum Ausgangspunkt einer neuen Periode der Arbeiterbewegung gemacht zu haben, ist das Verdienst des jungen Tischlergesellen Gustav Deckwitz, der am 3. August 1863 von Hamburg nach Bremen kam. Er war damals 26 Jahre alt. In Hamburg, dessen Arbeiterschaft zu den Mitbegründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gehörte, war er mit den Gedanken Lassalles bekannt geworden und bemühte sich nun, in Bremen Anhänger für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gewinnen.

Die erste sozialdemokratische Versammlung

Nachdem es ihm im Verein Vorwärts nicht gelungen war, arbeitete er um so eifriger im Stillen. Am 6. November 1863 berief er die erste sozialdemokratische Versammlung in Bremen ein, die von 23 Personen besucht war. Seine Propaganda war nicht ohne Erfolg. Schon die nächsten Versammlungen waren überfüllt, so daß es notwendig wurde, in ein größeres Lokal zu gehen. Der Erfolg ermutigte Deckwitz am Neujahrstag 1864 zur Gründung einer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aufzurufen. Er schrieb deswegen an Lassalle. Ferdinand Lassalle antwortete ihm im April mit der Ernennung zum Bevollmächtigten:

> „Ich ernenne hierdurch Herrn G. Deckwitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Bremen. Berlin, 6. April 1864. Der Präsident Ferdinand Lassalle."

Lassalle über die Bremer

In seiner Ronsdorfer Rede vom 22. Mai 1864, in der Lassalle einen Bericht über das erste Jahr nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gab, machte Lassalle folgende Bemerkung über die Situation in Bremen: „Rührend fast ist ein Hergang in Bremen gewesen. Vor kurzem erhalte ich einen Brief aus dieser Stadt, dessen 43 Schreiber mir anzeigen, daß sie bereits vor zwei Monaten als eine Gemeinde auf eigene Faust bestehen, dies aber nicht bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hätten anzeigen wollen und sich mit ihm verschmelzen wollen, bis sie doch wenigstens eine einigermaßen nennenswerte Anzahl erreicht hätten. Jetzt gäben sie von ihrer Existenz Kunde und bäten um die Einsetzung eines Bevollmächtigten." Nach der Aufnahme Bremens in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete Gustav Deckwitz ein Gesuch um Genehmigung des Vereins an den Senat, der aufgrund der Bundesverordnung von 1854 und anderer gesetzlicher Bestimmungen das Gesuch ablehnte, weil der Verein „auf politische und soziale Zwecke gerichtet" sei. Aber er hinderte in der Folgezeit die Tätigkeit des Vereins nicht, zumal Sachsen schon 1861 das Koalitionsverbot aufgehoben hatte und andere Bundesstaaten dem Vorgehen Sachsens gefolgt waren. Die Versammlungen des Vereins wurden öffentlich in den Bremer Zeitungen angezeigt, ohne daß der Senat dagegen einschritt.

In der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins Bremen befanden sich, wie wir aus einer Veröffentlichung von Heinrich Schulz, dem späteren Staatssekretär in Preußen, entnehmen, Urkunden aus jener Zeit. Sie sind heute nicht mehr auffindbar. Sie werden der Bilderstürmerei des Dritten Reiches zum Opfer gefallen sein. Interessant ist die Zusammensetzung der damaligen Mitgliedschaft wie sie Heinrich Schulz in seinem Aufsatz 1904 schildert. Das Hauptkontingent der Mitgliedschaft im Vereinsjahr 1864, die mit 239 Mitgliedern angegeben wird, stellen die Schuhmacher (78 Mitglieder) und die Schneider (72 Mitglieder), dazu kamen 16 Tischler, 9 Fabrikarbeiter, der Rest verteilte sich auf verschiedene Berufsgruppen. Auffallend ist die geringe Zahl der Zigarrenarbeiter (2 Mitglieder), obwohl auch zu diesem Zeitpunkt Bremen in der Tabakverarbeitungsindustrie an erster Stelle steht.

Die Zusammensetzung der SPD von 1864

Die Hoffnung von Gustav Deckwitz, in Bremen eine starke Partei ins Leben rufen zu können, hat sich ebenso wenig erfüllt wie die Hoffnung Lassalles. Der frühe Tod Lassalles war ein schwerer Schlag für die noch junge Bewegung. Die autoritäre Stellung, die er als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins inne hatte, führte schon bald zu heftigen Kämpfen um seine Nachfolge, bei denen oft weniger sachliche Meinungsverschiedenheiten als persönlicher Ehrgeiz eine Rolle spielten. In diese Auseinandersetzungen wurde auch die junge Bewegung in Bremen hineingezogen. In den Streitigkeiten spielte die Freundin Ferdinand Lassalles, die Gräfin Hatzfeld, eine führende Rolle. Sie fühlte sich als Bewahrerin und Vollstreckerin des Lassalleschen Gedankengutes und hatte die Bewegung durch Zuwendung von Geldmitteln unterstützt.

Die Spaltung

Unmittelbar nach der vierten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 27. Dezember 1866 in Erfurt stattfand, besuchte sie auch Bremen. Auf ihrer Reise nach Erfurt begleitete Gustav Deckwitz als Delegierter Bremens die Gräfin. Da in Erfurt und auch auf der nächsten Generalversammlung eine Einigung nicht zustande kam, trat die Gräfin mit ihrer Anhängerschaft aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus und gründete mit den ihr verbliebenen Anhängern einen neuen Verein, den „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, so daß es nunmehr zwei Richtungen gab, den Allgemeinen und den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Präsident dieser neuen Gründung wurde Fritz Mende, während der alte Verein von J. B. von Schweitzer als Präsidenten geführt wurde. Man sprach deshalb von nun an von der „Hatzfeld-Mendeschen“ und von der „Schweitzerischen“ Richtung.

Die Spaltung griff auch auf Bremen über. Die Gruppe, die von dem Bevollmächtigten Gustav Deckwitz geführt wurde, bekannte sich hinfort zum Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, also zur Hatzfeld-Mendeschen Richtung. Gustav Deckwitz sah in den programmatischen Erklärungen Ferdinand Lassalles den einzig richtigen Weg. In einer Versammlung am 7. September 1867 erklärte er nach einem Bericht im „Bremer Courier“: „Die Mitglieder erkennen Lassalles Grundsätze und Prinzipien ohne Veränderung eines einzigen ‚tz‘ als die richtigen an, durch deren Befolgung die gute Sache einst zum Ziele geführt werden könne.“ Er verwies aber auch auf den Umstand, daß Mitglieder ausgeschieden seien, welche Lassalles Prinzipien in einigen Punkten nicht hätten anerkennen wollen. Diese Mitglieder haben sich dann in der Folgezeit zu einer Gruppe der Schweitzerischen Richtung zusammengeschlossen.

Es stellte sich schon sehr bald heraus, daß der Buchstaben-Dogmatismus von Deckwitz und seinen Anhängern die Gruppe eher zu einem Sektierertum als zu einer lebendigen

Partei führte und das um so mehr, als das wesentliche Interesse weiter Arbeitergruppen in Bremen und Umgegend darauf gerichtet war, durch Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ihren durch Wirtschaftskrisen und Teuerung abgesunkenen Lebensstandard zu verbessern. So forderten die Schneider eine Lohnerhöhung von 33⅓ Prozent, die Schuhmacher um die gleiche Zeit eine solche um 30 Prozent, die Barbiere eine Erhöhung von 50 Prozent, was nur verständlich erscheint, wenn bekannt ist, daß ihr täglicher Lohn 24 Grote = 1,10 Mark betrug. Die nachfolgenden Jahre brachten Lohnforderungen insbesondere der Arbeiter in der Werftindustrie an der Unterweser, die zu heftigen Arbeitskämpfen führten. Sie zogen sich bis in das Jahr 1870 hinein und finden erst ein Ende beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges (1870/71).

Die Mendesche und die Schweitzerische Richtung: Die Stellung zum Streik

Während die Mendesche Richtung gemäß der Ansicht Lassalles Streiks als ein geeignetes Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter ablehnte, sah die Schweitzerische Richtung in der Anwendung des Streikes ein gerechtfertigtes Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Diese verschiedenartige Stellung zum Problem des Streikes war für die Arbeiterschaft derzeit bedeutungsvoller als die programmatischen Streitereien, die nur zur Verwirrung und damit zur Schwächung der politischen Arbeiterbewegung führte. So fiel auch nach der Spaltung in Bremen die Zahl der Deckwitzgruppe auf 69 Mitglieder zurück. Zwar wurde in Gesamtdeutschland versucht, die bestehenden Gegensätze zwischen den beiden Gruppen auszugleichen. Es kam auch vorübergehend zu einer Vereinigung beider Richtungen. Aber schon nach wenigen Monaten brachen vor allem die persönlichen Gegensätze wieder auf und schwächten erneut die Aktivität der noch ungefestigten Bewegung.

Im Gegensatz zu der von Gustav Deckwitz geführten Mendeschen Richtung entwickelte sich die Schweitzerische Richtung in Bremen in aufsteigender Linie. Ihr kam gegenüber dem Buchstabenglauben von Deckwitz ihre größere Beweglichkeit zugute, die insbesondere durch ihre Stellung zum Streik das Vertrauen der Arbeiterschaft in zunehmendem Maße gewinnen konnte. Sie hat bis zur Vereinigung mit den übrigen sozialdemokratischen Gruppen in Gotha 1875 das Fundament für die Weiterführung und die aufsteigende Entwicklung der bremischen Arbeiterbewegung gelegt, während die Deckwitz-Gruppe allmählich zur Bedeutungslosigkeit herabsank.

Mag es auch nach dem bisherigen Verlauf so scheinen, als sei die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei nach dem frühen Tode Lassalles eine Periode des persönlichen Haders und der ideologischen Streitigkeiten gewesen, so sorgte doch die stetig fortschreitende gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung dafür, daß sich in immer stärkerem Maße die Erkenntnis durchsetzte, daß nur durch eine einige, einheitliche und geschlossene Arbeiterbewegung das Ziel der Befreiung aus der unwürdigen gesellschaftlichen Lage möglich sei. „Meinungskämpfe sind keiner Arbeiterbewegung erspart geblieben“, schrieb August Bebel in einer Festschrift der Leipziger Arbeiter, die aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1903 erschien. „Sie konnten ihr am allerwenigsten in Deutschland erspart bleiben.“

Die Internationale Arbeiter-Assoziation

Einen neuen Anstoß erhielt die sozialistische Arbeiterbewegung durch die Gründung der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ am 28. September 1864 in London, also kurz nach dem Tode Ferdinand Lassalles. Unter ihren Gründern befand sich Karl Marx, der, nach der März-Revolution 1848 aus Deutschland vertrieben, in London lebte. Er wurde auf der Gründungsversammlung zum korrespondierenden Sekretär für Deutschland ernannt. Marx entwarf im Auftrage der Arbeiter-Assoziation eine

Schrift, die als „Inauguraladresse“ den sozialistischen Bestrebungen in Deutschland neue Anregungen brachte. Er analysierte die Lage der Arbeiterschaft seit 1848, zeigte die Bedeutsamkeit ihres Ringens und ihrer Aufgabe, verwies auf die Bedeutung der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit und stellte der Arbeiterschaft die Aufgabe, die politische Macht zu erringen. Er betonte gleichzeitig, daß die Überwindung des kapitalistischen Systems nur durch die Arbeiterschaft und nur international möglich sei und begründete damit die Notwendigkeit der internationalen Vereinigung. Diese Inauguraladresse wurde im Dezember 1864 in der von Schweitzer herausgegebenen Zeitung „Sozialdemokrat“ erstmalig in Deutschland veröffentlicht. Sie wurde zu einer der klassischen Schriften der Arbeiterbewegung.

Die Eisenacher

Anders als in Norddeutschland und dem Rheinland, wo Lassalle mit seinen politischen Ideen das Ohr der Arbeiterschaft fand, entwickelte sich die Arbeiterbewegung in Süddeutschland, vor allem in Sachsen. Auch hier waren in den 50er Jahren alle Ansätze zu einer selbständigen Arbeiterbewegung von der Reaktion zerschlagen worden. Auch hier waren die fünfziger Jahre „Jahre der politischen Reaktion und Kirchhofsruhe“, so August Bebel. Aber mit dem Beginn der sechziger Jahre begann in den Ländern, besonders aber in Sachsen, die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen. Sie wurden, wie auch in Bremen der „Verein Vorwärts“, auf den als Vorbild verwiesen wurde, mit linksbürgerlicher Hilfe gegründet und fanden in der Arbeiterschaft starken Zulauf. Aber sie führten von der Gründung an zu Auseinandersetzungen über Ziel und Aufgabe einer Arbeiterbildung. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Lösung der Vereine von linksbürgerlicher Führung und letztlich die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich 1869 in Eisenach ein selbständiges Programm gab. So gab es am Ausklang der sechziger Jahre drei Parteigruppen, die nebeneinander marschierten und sich nur allzu oft gegenseitig bekämpften. Was aber allen drei Parteigruppen gemeinsam war, war die Loslösung von linksbürgerlicher Führung. Sie waren reine Arbeiterparteien und erstrebten, wenn auch auf verschiedenen Wegen, die Befreiung der Arbeiterschaft aus den unwürdigen Lebensverhältnissen ihrer Gegenwart.
Auf der politischen Ebene brachte das Jahr 1866 die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich. Der Traum einer großdeutschen Staatsbildung mit Einschluß Österreichs, wie er seit 1848 die Gemüter bewegt hatte, wurde durch Bismarcks Politik von „Blut und Eisen“ zerschlagen. Der nächste Schritt, der dem Friedensschluß mit Österreich folgte, war die durch Bismarck herbeigeführte Gründung des Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung. Neben einem Bundesrat der Fürsten schuf Bismarck eine Volksvertretung, den Norddeutschen Bundestag, der auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts geheim gewählt wurde. Die Lassalleaner fanden sich, obgleich sie im Prinzip für eine großdeutsche Lösung waren, mit der vollzogenen Tatsache ab, während die Gruppe der Eisenacher unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht an dem Ziel einer großdeutschen Lösung festhielt.

Die Programmpunkte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte sich schon am 4. Februar 1865 auf folgende Programmpunkte festgelegt:

> „Wir bekämpfen jede Gestaltung des Europäischen Staatensystems, welche unnatürlich die Völker trennend und verbindend, aus dem feudalen Mittelalter in das 19. Jahrhundert sich herübergeschleppt haben, wir wollen die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssachen durch die ganze zivilisierte Welt! Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Deutschland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern.

Das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, in einem freien Volksstaat!
Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital.
Wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere!"

Wilhelm Liebknechts Forderungen

Im Gegensatz dazu hatte Wilhelm Liebknecht als Redakteur des am 1. Januar 1866 erstmals erschienenen „Demokratischen Volksstaat" – Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – seine abweichenden Thesen verfochten. Sie forderten: „Die Schaffung einer zukünftigen proletarischen Arbeiterpartei, die aus den bestehenden Arbeitervereinen entwickelt werden sollte. Die Schaffung einer großen deutschen Republik, welche durch diese zu schaffende Arbeiterpartei verwirklicht werden sollte und die Rückgängigmachung und Zerstörung des Werkes Bismarcks und der Partei, welche die neue Ordnung der Dinge in Deutschland als vollzogene Tatsache anerkannte ...", also der Lassalleaner beider Richtungen. Wilhelm Liebknechts Kampf richtete sich besonders gegen Joh. B. von Schweitzer, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zugleich auch gegen den Kanzler des Norddeutschen Bundes Bismarck.

Wahlen zum Norddeutschen Reichstag

Der Senat in Bremen hatte sich in der kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich und den süddeutschen Staaten auf die Seite Preußens gestellt und ihn auch als einer der ersten norddeutschen Staaten militärisch unterstützt. Er war nunmehr auch Mitglied des Norddeutschen Bundes. Am 12. Februar 1867 fanden die Wahlen zum „Verfassunggebenden Norddeutschen Reichstag" statt. Zu dieser Wahl stellten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Bremen keine Kandidaten auf. Sie unterstützten vielmehr die Kandidatur des Achtundvierziger-Demokraten Wilhelm Brandt. Gewählt wurde mit überwiegender Mehrheit der Gründer des Norddeutschen Lloyd, der Kaufmann H. H. Meier.

Die Wahl zur ersten Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstags fand im Herbst des gleichen Jahres statt. Für diese Wahl stellte in Bremen der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Deckwitz als Kandidaten auf. Bei der Wahl erhielt er jedoch nur 116 Stimmen. Immerhin zeigte sich bei diesen Wahlen erstmalig die Stärke der sozialistischen Bewegung. Schwerpunkte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lagen vor allem im bergisch-märkischen Industrie- und Bergwerksrevier. Hier zählte man 18 000 Stimmen. von Schweitzer selbst bekam in Elberfeld-Barmen 4668 Stimmen, und gute Stimmergebnisse zählte man in Hamburg und Braunschweig. Dagegen bekamen die Sozialdemokraten in Berlin nur 75 und in Frankfurt a. M. 150 Stimmen. Günstiger war das Wahlergebnis in Sachsen, wo Bebel und Liebknecht und in einer Nachwahl auch Wilhelm Hasenclever, der später in Bremen tätig war, gewählt wurden. Aber die Verfeindung der einzelnen politischen Arbeiterorganisationen, die besonders bei den Wahlkämpfen nach außen in Erscheinung trat, der Streit um die Richtigkeit dieses oder jenes Grundsatzes, konnten auf die Dauer die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Der Ruf nach der Vereinigung der getrennt marschierenden Gruppen wurde immer deutlicher und dringender.

Der Einigungskongreß 1869

Im Juni 1869 erfolgte der erste Aufruf, der von Mitgliedern der deutschen Arbeitervereine unterzeichnet war, zu einem Einigungskongreß der sozialdemokratischen Arbeiter, und wenige Wochen später forderte ein zweiter Aufruf, der von 60 Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, von Vertretern des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und von 100 Mitgliedern des „Verbandes deutscher Arbeitervereine" unterzeichnet war, die Partei der gesamten deutschen sozialdemokratischen Arbeiter. Wie schwer die endgültige Einigung zu erreichen war, zeigt ein Vorgang, der sich in Bremen abspielte.

Kühns „Offener Brief“

August Kühn, ein alter Lassalleaner, veröffentlichte 1870 im Selbstverlage einen „Offenen Brief an die deutschen Arbeiter“ unter dem Titel: „Die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter zum Zwecke der Wahlagitation“. Diese Schrift, die vielerwärts große Erregung und eine lebhafte Diskussion auslöste, ist zugleich eine lebendige Darstellung der zerfleischenden Kämpfe zwischen den einzelnen Gruppen. August Kühn, ein junger Schneidergeselle, später sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, hatte Kämpfe zwischen den beiden Richtungen der Lassalleaner mitgemacht. Er war ein klassenbewußter Arbeiter, dem die Sache der Bewegung als Ganzes höher stand, als die kleinlichen Streitereien zwischen den verschiedenen Gruppen. In dem Vorwort forderte er alle Arbeiter, welche „noch einen Funken der sozialdemokratischen Idee in sich tragen“ auf, „die Kämpfe um Personenfragen zu vergessen und das Interesse an der Sache, der wir alle dienen, darunter nicht länger leiden zu lassen“. Was ihm vorschwebte, war der Gedanke einer einheitlichen Arbeiterpartei, vorerst nur eine solche für eine einheitliche Wahlkampfführung, für die Folge jedoch „eine gänzliche Verschmelzung aller jetzt in Deutschland bestehenden Parteien“.
„Denn jetzt wird von Führern, welche nur zu sehr ihre eigenen Interessen verfolgen, alles hervorgesucht und aufgeboten, um uns wie wilde Bestien aneinander zu hetzen. Leider gelingt es nur allzu häufig, wie ich es nur zu sehr an mir selbst erfahren habe. Und blicken wir uns um, fast vergeht keine Woche, wo sich nicht die Arbeiter der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien wie Rasende zusammenhauen, und dies alles wegen einiger Personen, die da herrschen wollen und herrschen und von denen die Arbeiter größtenteils ohne daß sie es merken, systematisch gegeneinander gehetzt werden ...“ Ja, wären die Personen nicht so wie sie sind, selbst dann erforderte es das Interesse der Sache, daß sie fallengelassen werden, denn hoch über allen anderen Rücksichten, wären sie noch so edel und menschlich, steht gebieterisch das Interesse der Sache. Und er fährt an anderer Stelle fort, in der er sich auf die Stellung der Lassalleaner zu der im Vorjahre gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei, derzeit „Eisenacher“ genannt, bezieht, „Eines möchte ich von Euch, meine engeren Parteigenossen, daß Ihr ferner nicht in jedem, der an dem Eisenacher Programm hält, ein Ungeheuer oder einen Verräter sehen solltet, sondern vielmehr einen uns nahestehenden Kampfgenossen“. Und er schloß mit der Mahnung: „Arbeiter! Wir sind es, die wir Deutschland, unser Vaterland, stark, einig und frei machen wollen! Fangen wir dies nicht damit an, daß wir uns selbst zerreißen!“
Das waren sicher ernste und richtige Worte, aber die Zeit war noch nicht reif. Die scharfe Kritik, die Kühn an den führenden Personen übte, bezog sich speziell auf die Lassalleschen Richtungen, aber seine Mahnung zur Einigkeit, die er zuerst einmal bei den Wahlkämpfen forderte, trafen einen entscheidenden Punkt: Nur eine große, in sich geschlossene, einheitliche Partei konnte die Gewähr für die Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen geben. August Kühn wurde wegen seines offenen Briefes scharf angegriffen. Ihm wurde das Wort zur Verteidigung verweigert und er wurde schließlich ausgeschlossen. Er gründete eine eigene Mitgliedschaft des sozialdemokratischen Parteivereins. Der Senat erteilte ihm am 5. Juli 1870 die Genehmigung, denn ihm konnte es nur recht sein, wenn sich die Arbeiterschaft durch Uneinigkeit und Zersplitterung politisch selbst entmachtete.

VI Der Krieg von 1870-71 und Bismarcks Arbeiterverfolgungen

Die Kriegskredite

Mitten in diese Auseinandersetzung und die immer dringlicher werdenden Mahnungen der Arbeiter, die Vereinigung der nebeneinander marschierenden Gruppen herbeizuführen, kam es zum Krieg mit Frankreich. Er stellte die Abgeordneten des Reichstags und zugleich auch die noch uneinigen Arbeiterparteien vor eine harte Probe und zwang sie zu einer Stellungnahme zum Kriege selbst und den von Bismarck beantragten Kriegskrediten. Am 21. Juli 1870, unmittelbar nach Kriegsausbruch, trat der Reichstag zusammen, um über die geforderten Kriegskredite zu entscheiden. Bebel und Liebknecht gaben eine Erklärung ab, in der es hieß: „Die zur Führung des Krieges abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebenso wenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn dies könnte als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden.“ Mit dieser Erklärung enthielten sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht der Stimme, während die Abgeordneten der Lassalleaner für die Kriegsanleihe stimmten. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der in Braunschweig seinen Sitz hatte, protestierte gegen die Stimmenthaltung seiner beiden Abgeordneten, indem er darauf hinwies, daß Deutschland unschuldig am Kriege sei, und daß es die Aufgabe der Partei sei, bei der Geburt dieses ganz Deutschland umfassenden Staates mitzuwirken.

Ehe jedoch eine Übereinstimmung zwischen dem Parteiausschuß und seinen beiden Abgeordneten erzielt werden konnte, führte die Schlacht bei Sedan zur Kapitulation und Gefangennahme Napoleons III. In Frankreich selbst wurde die Republik ausgerufen.

Die neue Lage: Der Friede mit Frankreich

Damit war eine neue Situation entstanden, zu der der Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in einem Manifest vom 5. September 1870 Stellung nahm. In diesem Manifest hieß es unter anderem: „Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonische Söldnerschar Deutschland bedrohte, war es unsere Pflicht als Deutsche, den Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands zu führen.“ Nachdem diese Gefahr nun nicht mehr bestand, forderte das Manifest, der französischen Republik einen „ehrenvollen Frieden zu gewähren“. Fortfahrend führt es aus: „Im Interesse Deutschlands liegt ein ehrenvoller Frieden mit Frankreich, denn ein schimpflicher Friede würde nichts sein als ein Waffenstillstand, geschlossen bis dahin, wo Frankreich sich wieder stark genug fühlt, den Schimpf von sich abzuwälzen ...“ Mit diesem Manifest wehrten sich die Sozialdemokraten gegen die Weiterführung des Krieges als eines Eroberungskrieges mit dem Ziele der Annexion von Elsaß-Lothringen. Das

Manifest sieht in der Annexion „das unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren, zumal die Möglichkeit bestände, daß Frankreich mit dem zaristischen Rußland sich zu einem Revanchekrieg verbünden könnte . . ."

Wer die spätere deutsche Geschichte verfolgt, wird zugeben müssen, daß dem deutschen Volke in der Folgezeit viel Elend erspart geblieben wäre, wenn man diesen Vorschlägen gefolgt wäre, den Frieden gewährt und auf die Einverleibung von Elsaß-Lothringen verzichtet hätte. Diese Stellungnahme, der sich auch die Lassalleaner anschlossen, führte zu einer Verfolgungspolitik gegenüber beiden Parteigruppen durch den Staat. Schon kurz nach der Veröffentlichung des Manifestes ließ der Generalgouverneur der Küstenlande die Unterzeichner des Manifestes verhaften und – wie es im Bremer Courier hieß – „an den Händen geschlossen" in die ostpreußische Festung Boyen bei Lötzen überführen. Als der sozialdemokratische Stadtverordnete Jacoby in Königsberg gegen jede gewaltsame Annexion protestierte, geschah ihm das gleiche. Kommentar des Bremer Courier zur Stellungnahme Jacobys: „Es muß auch solche Käuze geben".

Verbot des „Volksstaates"

Am 25. September 1870 las man in der gleichen Zeitung das Verbot der von Wilhelm Liebknecht redigierten Zeitung „Der demokratische Volksstaat", wobei der Bremer Courier kommentierte, „daß das genannte Blatt des überspannten Liebknecht im Norden nur von wenigen Leuten gelesen wird". Zu einem echten Protest gegen die Unterdrückung der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit rang sich das Bremer Blatt jedoch nicht durch. Am 27. September 1870 wurde durch den Generalgouverneur auch die Abhaltung von Volksversammlungen und ihre Teilnahme daran verboten und unter Strafe gestellt. Das gleiche geschah zwei Tage später auch in Sachsen. Zwar mußte der Generalgouverneur Vogel von Falckenstein das Versammlungsverbot aufheben, aber er drohte zugleich: „Leute, die den Kriegszielen entgegenstehende Propaganda machen, für die Dauer des Kriegszustandes unschädlich zu machen."

Bismarcks Verfolgungspolitik

Alle diese Maßnahmen trafen die Arbeiterbewegung sehr hart, aber sie hatten zugleich die Wirkung, daß das Braunschweiger Manifest den Streit zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung zum Schweigen brachte und einer späteren Verschmelzung den Weg ebnete. Auch als der Krieg beendet war, wurden die Verfolgungen gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer fortgesetzt. Wilhelm Liebknecht und August Bebel wurden, nachdem der Norddeutsche Reichstag auseinandergegangen war, angeklagt, des Hochverrats beschuldigt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In seinem Schlußwort in diesem Prozeß sagte August Bebel: „Dieser Prozeß hat soviel für die Ausbreitung unserer Prinzipien gewirkt, daß wir gern ein paar Jahre Gefängnis hinnehmen, die sie über uns verhängt haben." Der Versuch, die Führer der Arbeiterbewegung auf diese Weise zu behindern, gelang nicht. Bei der Reichstagswahl im Januar 1874 zerschlugen die sächsischen Arbeiter diese Absicht Bismarcks, indem sie August Bebel erneut als Kandidaten aufstellten, obgleich er noch seine Strafe verbüßte. Er siegte in dieser Wahl mit 10 740 Stimmen. Sein Gegner konnte lediglich 4240 Stimmen auf sich vereinigen. Das Stimmenergebnis für Bebel zeigte eine Zunahme von mehr als 3000 Stimmen!

Noch während des Krieges war in Versailles das Deutsche Reich gegründet worden und der preußische König zum deutschen Kaiser ausgerufen worden. Das Reich umfaßte nun alle deutschen Länder mit Ausnahme von Österreich. An die Stelle des bisherigen Norddeutschen Reichstages trat der Deutsche Reichstag. Er wurde nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht geheim gewählt.

Auch nachdem der Krieg mit Frankreich beendet war, setzte Bismarck seine Verfolgungspolitik gegen die Arbeiterparteien fort. Er führte diesen Kampf mit allen Mitteln des Staates: Durch polizeiliche Schikanen, durch ministerielle Anweisungen an die Staatsanwaltschaften, härtere Strafen zu verhängen, durch Denunzierung der sozialdemokratischen Arbeiter als „vaterlandslose Gesellen“ und ihre Herabwürdigung als Hochverräter. Alle seine Maßnahmen aber machten den Arbeitern deutlich, daß nun auch, neben die Unternehmerschaft, der neugeschaffene Staat als ihr offener Feind in Erscheinung trat. Die Arbeiter erkannten, daß dringender als jede theoretische Meinungsstreitigkeit, die bisher eine Einigung verhindert hatte, ein Zusammenschluß zu einer einigen Arbeiterpartei das Wichtigste war. Sie hatten zu oft erleben müssen, daß die Zersplitterung in ihren eigenen Reihen ihnen nur Nachteile gebracht hatte. So waren in Wahlbezirken nur deshalb bürgerliche Kandidaten gewählt worden, weil jede Gruppe der Arbeiterparteien ihren eigenen Kandidaten aufstellte und damit dem bürgerlichen Bewerber zum Siege verhalf. Hinzu kam, daß durch die Krise, die in ganz Deutschland um das Jahr 1873 einsetzte, die soziale Lage der Arbeiter sich laufend verschlechterte. Im Spätherbst des Jahres 1874 kam es erstmalig zu einem Treffen der Abgeordneten beider Gruppen, auf dem die ersten Vorbereitungen zu einer Verschmelzung der verschiedenen Richtungen besprochen wurden. Am 14. und 15. Februar 1875 traten dann je neun Vertrauensmänner beider Gruppen zusammen, die einen Programmentwurf für die Einigung vorbereiteten. Nachdem er in den einzelnen Ortsgruppen zur Diskussion gestanden hatte, fand vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha ein Kongreß statt, auf dem endlich die Einigung vollzogen wurde.

Der Kongreß in Gotha

Die neue Partei nannte sich Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ein Name, der sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die Zeit der Uneinigkeit war überwunden. Das in Gotha verabschiedete Programm, kurz „Gothaer Programm“ genannt, war nun für alle Sozialdemokraten die Grundlage ihres politischen Wirkens.

Die neue Entwicklung in Bremen

Bremens Entwicklung wurde auch durch den Krieg mit Frankreich nur wenig gestört. Zwar hatten die ersten Monate eine Stockung des Handels und der Schiffahrt mit sich gebracht. Französische Kriegsschiffe blockierten die Weser- und Elbmündung. Auf der Weser wurden die Leuchtfeuer gelöscht, die Seezeichen eingezogen, und Landwehrbataillone wurden in den Küstengebieten zusammengezogen, um eine mögliche Landung französischer Truppen zu verhindern. Aber nach der Kapitulation Napoleons III. wurden die französischen Flotteneinheiten zurückgezogen, so daß eine Behinderung der bremischen Schiffahrt nicht mehr zu befürchten war.

In der Stadt selbst ging das Leben während des Krieges seinen gewohnten Gang weiter. Hilfsaktionen zugunsten der Familien der Einberufenen wurden von allen Kreisen der Bevölkerung unterstützt. Das gesellige Leben erfuhr kaum eine Einschränkung. Der Freimarkt wurde wie seit alters her im Zentrum der Stadt abgehalten. Konzerte und auch Bälle wurden durchgeführt, und das Verhältnis zu den Kriegsgefangenen beleuchtet eine redaktionelle Meldung des Bremer Courier vom 18. Oktober 1870, die ankündet, daß bei der Aufführung von Meyerbeers Oper „Die Afrikanerin“ eine Anzahl von Zuaven (französisch-marokkanische Truppen) mitwirken werde. Der Krieg wurde eben in dieser Zeit allein durch das Militär geführt. Die aufgelegte Bundeskriegsanleihe in Höhe von 100 Millionen Talern wurde zu einem Kurs von 88 Prozent bei fünfprozentiger Verzinsung auch in Bremen gezeichnet und erwies sich nach der Zahlung der französischen Kriegsentschädigung in Höhe von vier Milliarden Goldmark bei der Rückzahlung als ein gutes Geschäft. 1871 wurde eine bremische Hypo-

thekenbank gegründet, nachdem schon kurz vorher die Deutsche Bank eine Zweigstelle in Bremen errichtet hatte. Der Norddeutsche Lloyd, dessen Aktien im August 1870 auf 92 standen, verzeichnete im Februar 1872 einen Kursstand von 160 und beschloß zur gleichen Zeit, sein Aktienkapital um zwei Millionen Taler Gold zu erhöhen. Er nahm zusätzlich eine Anleihe von ebenfalls zwei Millionen Talern auf, um den Erfordernissen der Schiffahrt und des Handels gerecht zu werden.

Der Gründungstaumel

Das Einströmen französischen Geldes in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege bewirkte im neuen deutschen Reiche einen Gründungstaumel. Die Tageszeitungen füllten sich mit Anzeigen und es verging in Bremen kaum eine Woche, in der nicht in ganzseitigen Inseraten zur Gründung neuer Aktiengesellschaften aufgerufen wurde. In Bremen stand man traditionsmäßig Aktiengesellschaften skeptisch gegenüber, und wenn man sich wie beim Norddeutschen Lloyd, der Bremer Bank oder bei der im Jahre 1872 gegründeten Aktiengesellschaft Weser doch dieser Rechtsform bediente, diente sie vornehmlich der Förderung bremischer Wirtschaftsbelange, nicht aber zur persönlichen Spekulation. In diesen Jahren überschritt Bremens Einwohnerzahl erstmalig die Hunderttausend. Die Stadt breitete sich insbesondere im Westen durch den Bau neuer Arbeiterstraßen aus. Aber auch im Osten und Norden der Stadt entstanden neue Wohnstraßen.

Die neue Wirtschaftskrise

Im Jahre 1873 brach über Deutschland eine große Wirtschaftskrise herein, die nach amtlicher Schätzung zu Verlusten von nahezu 2¼ Milliarden Mark führte. Sie machte auch vor den Toren Bremens nicht halt und führte zu einer Abschwächung des Handels, zu einem Steigen der Preise für notwendige Lebensbedürfnisse, zu einem Absinken der Löhne und zu einer steigenden Arbeitslosigkeit. Die Last dieser Wirtschaftskrise trug wie immer die Arbeiterschaft. Eine fortschreitende Verelendung setzte ein. So sanken in Bremen die Maurerlöhne bei 10stündiger Arbeitszeit bis auf 2,35 Mark täglich. Damit trat die soziale Frage verschärft in das Bewußtsein der deutschen, aber auch der bremischen Arbeiterschaft.

Drei Gruppen in Bremen

In der bremischen Arbeiterbewegung waren – wie auch im Reich – nach Kriegsende die Streitigkeiten der verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung erneut wieder aufgekommen. Während jedoch in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten der Kampf gegen die Arbeiterparteien mit wachsender Schärfe weitergeführt wurde, konnten sich in Bremen die verschiedenen Gruppen, vom Senat fast ungestört, entwickeln. Nach der Gründung eines Ortsvereins der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch August Kühn bestanden nunmehr in Bremen drei organisatorisch und programmatisch voneinander unabhängige Gruppen. Neben der Gruppe von Gustav Deckwitz, die sich zur Hatzfeld-Mendeschen Richtung bekannte, standen die Gruppen der Schweitzerianer (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) und nach 1870 die von August Kühn geführte Gruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bebels und Liebknechts, kurz „Eisenacher“ genannt.

Zwar verlor die Deckwitz-Gruppe schnell ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft. Ihre Zahl sank bis 1873 auf 13 Mitglieder ab. Sie muß jedoch formell bis mindestens 1880 bestanden haben. Von dem 1878 in Kraft getretenen Sozialistengesetz wurde sie nicht erfaßt, wohl weil der Senat sie für zu unbedeutend hielt. Aus den Polizeiakten des Bremer Staatsarchivs ist jedoch zu ersehen, daß am 27. Januar 1880 der Bevollmächtigte eine Versammlung ankündigte, die in dem Lokal von Schneider, Wegesende 11, stattfand. Die Tagesordnung: „Vorlesung aus Lassalles Schriften über Arbeiterprobleme“, gemeint war das „Offene Antwortschreiben von 1863“. Die Ver-

sammlung wurde laut Polizeibericht von acht Personen besucht, von denen drei überwachende Polizisten waren. Das Buch, in dem sich der Aufsatz Lassalles befand, wurde beschlagnahmt und auf Anweisung Berlins das „Offene Antwortschreiben“ aus dem Buche entfernt, der Rest jedoch zurückgegeben. Damit scheint die Tätigkeit der Deckwitzgruppe aufgehört zu haben. Weitere Anzeichen einer Tätigkeit liegen nicht vor.

Im Gegensatz zur Deckwitzgruppe entwickelte sich der Schweitzerische Flügel der Arbeiterbewegung zu einer starken und in sich geschlossenen Organisation. Seine Aktivität zeigt sich schon bald nach dem Kriege in einer regelmäßigen, fast 14tägigen Versammlungstätigkeit. Die Finanzen waren wohlgeordnet. Neben dem Mitgliedsbeitrag, der pro Person und Monat 20 Pfennig betrug, waren gesellige Veranstaltungen aller Art die Haupteinnahmequellen. Man veranstaltete Weihnachts-, Oster-, Pfingst-, Freimarkts- und Fastnachtsbälle, bei denen neben Darbietungen unterhaltenden Charakters die politisch gefärbte Festrede nicht fehlen durfte. Der ersten bremischen Parteizeitung: „Bremer Freie Zeitung“ ist zu entnehmen, daß an der Weihnachtsfeier am 1. Weihnachtstag 1876 4000 Personen teilnahmen.

Frohmes Tätigkeit

Bei dieser Finanzlage ihrer Partei konnten es sich die Bremer gestatten, auswärtige Redner zu ihren Versammlungen heranzuziehen und selbst „Agitatoren“ fest anzustellen und zu besolden. Auch ihre Wahlkämpfe zu den Reichstagswahlen finanzierten sie dank dieser Einnahmequellen und der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder selbst; und sie waren stolz darauf, daß sie keinerlei finanzielle Unterstützung vom Zentralvorstand benötigten. Bremen galt bei den auswärtigen Parteigruppen als die Geldquelle. In den 70er Jahren war als erster Agitator Frohme in Bremen tätig. Seine Besoldung betrug zuerst 5 Taler und wurde später auf wöchentlich 7 Taler erhöht. Auf Rosen waren die Agitatoren nicht gebettet, zumal sie von Bremen aus auch in der Umgegend für die Partei werben mußten, laufend der Beobachtung der Polizei ausgesetzt waren und jederzeit in Gefahr standen, verhaftet und verurteilt zu werden. Das geschah auch Frohme, der am 28. Januar 1872 in Bremen die Tätigkeit der bürgerlichen Abgeordneten im Reichstag scharf kritisiert und beanstandet hatte, „daß an 20 Generale insgesamt 20 Millionen Mark an Dotation ausgezahlt worden seien, während 80 000 Invalide, die nicht minder ihre Pflicht getan hatten, leer ausgingen“. Er wurde noch am selben Tage in Dunkers Lokal in der Sögestraße verhaftet. Seine Freunde geleiteten ihn zum Gefangenenhaus am Ostertorswall. Nachdem die Polizei den Versammlungsbericht dem Richter zur Prüfung übergeben hatte, wurde zwar die Verhaftung Frohmes aufgehoben, ihm aber bedeutet, daß man ihn wegen Majestätsbeleidigung einen Prozeß machen würde. Er wurde später wegen Beleidigung des Kronprinzen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Fricks Tätigkeit

1873 war Wilhelm Frick in Bremen in der gleichen Stellung tätig. Er erwarb sich sehr schnell das Vertrauen seiner Parteifreunde. Sie wählten ihn schon 14 Tage nach seinem ersten Auftreten als ihren Delegierten für die Generalversammlung in Frankfurt am Main. Frick war auch in den folgenden Jahren sowohl in Bremen als auch im Hauptvorstand in Berlin tätig. Heinrich Schulz sagte von ihm, daß ihm ein Hauptverdienst an der glänzenden Entwicklung der Parteiverhältnisse in den 70er Jahren gebühre, wie überhaupt die Schweitzerische Richtung in Bremen die feste und sichere Grundlage für die spätere Entwicklung der Partei geschaffen und sie so gefestigt habe, daß sie die Stürme des Sozialistengesetzes überstehen konnte. Gegenüber den Schweitzereanern vermochten sich die von August Kühn geführten „Eisenacher“ nicht

durchzusetzen. Wir wissen nur, daß sie in Bremen ein Arbeiter-Lesezimmer einrichteten, in dem wissenschaftliche und sozialistische Schriften den Besuchern zur freien Benutzung standen. Nur gelegentlich liest man in den Versammlungsberichten von dem Auftreten der „Eisenacher", wobei es nicht selten zu wenig erfreulichen Auseinandersetzungen kam. Stärker als in Bremen entwickelte sich jedoch diese Parteigruppe in den Unterweserorten.

Es ist schon angedeutet worden, daß auch in Bremen unmittelbar nach Kriegsende die Streitigkeiten, die während des Krieges geruht hatten, erneut auftraten. Sie nahmen sogar an Heftigkeit zu. So fand schon am 11. Juni 1871 eine von der Deckwitz-Gruppe einberufene Versammlung statt, auf der Mende und Försterling über das Thema: „Die Zersplitterung der deutschen Arbeiterpartei, ihre Ursachen und Wirkungen und die Mittel zur Wiederherstellung der Einheit der Partei durch Berufung eines allgemeinen deutschen Volkskongresses" sprechen wollten. Die Versammlung war laut Zeitungsberichten von etwa 800 Personen besucht. Der Widerstand der anwesenden Anhänger Schweitzers war jedoch so stark, daß die Redner nicht zu Worte kamen und die Versammlung abgebrochen werden mußte. Dasselbe wiederholte sich etwa zwei Wochen später, als der Präsident des Allgemeinen Deutschen Maurervereins, Grottkau, in der Tonhalle sprach. Anlaß zu seinem Besuch in Bremen war ein Streik von rund 8000 Maurern in Berlin, die zwar keine Lohnerhöhung, wohl aber eine Verkürzung der Arbeitszeit forderten und um deren finanzielle Unterstützung er bat. Auch in dieser Versammlung kam es zu tumultuarischen Auseinandersetzungen zwischen den Lassalleanern und Eisenachern. Wie erheblich die Meinungen noch auseinander gingen, beweist ein Ausspruch des Redners, der in seinem Schlußwort den Versammlungsteilnehmern zurief: „Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen Bebel und Lassalle".

Arbeitskämpfe

Erst die nach der Gründungszeit einsetzende schwere Wirtschaftskrise brachte die gegenseitigen Streitereien zum Schweigen. Die soziale Frage trat in den Vordergrund und zwang die Arbeiter zum gemeinsamen Handeln, besonders in den sich inzwischen entwickelnden Berufsgewerkschaften. Gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer schlossen sich auch die Arbeitgeber bei den ausbrechenden Arbeitskämpfen zusammen und einigten sich, daß, wenn in einer Fabrik die Arbeit eingestellt werde, sämtliche Fabriken der Branche ihre Arbeiter entlassen sollten. In Bremen griff der Senat als Landesregierung in die Arbeitskämpfe nicht ein, unterband auch nicht die politische Meinungsbildung. Zwar wurden die Versammlungen polizeilich überwacht, aber von Verhaftungen, Versammlungsverboten, oder gar Verboten der politischen Betätigung der Gruppen, war in Bremen nichts zu spüren. Die Sozialisten beteiligten sich an den Reichstagswahlen, aber an den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft beteiligten sie sich nicht, um ihrem Protest gegen das noch immer bestehende Achtklassenwahlrecht Ausdruck zu geben.

Fricks Verdienste

Die Zurückhaltung des Senats blieb auch in den folgenden Jahren bestehen. Auch darin dürfte Frick, der nach 1873 die Parteiarbeit wesentlich leitete, ein Hauptverdienst haben. Frick war ein Propagandist von umfassender Bildung und mit gründlichen Kenntnissen der Gedankengänge Lassalles. Sein Vortrag war ruhig, abwägend, von hoher idealistischer Einstellung getragen. Wer sich der Mühe unterzieht, Artikel von Frick in der „Bremer Freien Zeitung" zu lesen, wird das bestätigt finden. Als er im November 1876 von der Leitung der politischen Redaktion dieser Zeitung zurücktrat, faßte er noch einmal die der Arbeiterschaft gestellte politische Aufgabe zusammen. Dort heißt es einleitend als eine wesentliche Forderung: „Die volle Entfaltung und

Abschrift für den Angeklagten
Wilh. Lampe

Eröffnungs-Beschluß.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird auf erfolgte Berichterstattung seitens des Richters Reuter gegen

1. Büscher, Johann Heinrich, Tischlergesell
2. Fischer, Carl Wilhelm, Tischlergesell
3. Lampe, Heinr. Friedr. Wilh., [illegible]
4. Godske, Nils, [illegible]
5. Hoeppner, Otto Friedr., Wirth, früher Maler

sämmtlich zu Bremen

das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht in Bremen eröffnet, weil dieselben hinreichend verdächtig sind:

1. Büscher:
hierselbst seit etwa einem Jahre in der Regel alle 14 Tage am Sonntag Abend in der Wirthschaft des Angeschuldigten Hoeppner, vor dem Steinthor No 106, mindestens zu 30 bis 40 malen socialistische Versammlungen ohne die erforderliche Anzeige veranstaltet zu haben

2. Fischer, Lampe und Godske:
in den letzten 3 Monaten hierselbst in mindestens 4 Fällen an diesen fälschlich als Kartenclub bezeichneten Versammlungen zu socialistischen Zwecken Theil genommen zu haben, obwohl sie wußten, daß Anzeige von denselben nicht gemacht war.

3. Hoeppner:
als Wirth sein Lokal zu diesen Versammlungen in mindestens 4 Fällen hergegeben zu haben, obwohl er wußte, daß Anzeige von denselben

nicht

Gerichtlicher Eröffnungsbeschluß gegen Julius Bruhns und Genossen während des Sozialistengesetzes

nicht gemacht war –

ad 1 Vergehen, strafbar nach § 6 sub b des bremischen Vereinsgesetzes vom 22. März 1871

ad 2 Uebertretung nach § 4 ibd.

ad 3 Uebertretung nach § 5 ibd.

in Verbindung mit § 74 des Str. G. B.

Dagegen wird die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeschuldigten:

Bruns, Julius Aug. Friedr., Cigarrenmacher

und

Brugmann, Heinrich Friedr. Nikolaus, Cigarrenmacher

beide zu Bremen

wegen Theilnahme an den Versammlungen im Hause des Wirths Hoeppner abgelehnt, weil die stattgehabten Erhebungen irgend erhebliche Anhaltspunkte für deren Betheiligung an diesen Versammlungen nicht ergeben haben. Die durch die Untersuchung gegen die beiden Letztgenannten verursachten besonderen Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die Untersuchung gegen den Angeschuldigten Godske ist durch besonderen Beschluss aufgehoben.

Bremen, den 29. November 1886

Das Landgericht, Strafkammer I

(gez.) Carstens Mohr Reuter

Für die Richtigkeit der Abschrift

[illegible]

Gerichtsschreiber des Landgerichts

Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Menschentums ist die Aufgabe, welche die Sozialisten der organisierten Gesellschaft zugewiesen haben". – Ein Satz, der heute noch im Godesberger Programm stehen könnte! Dieses ruhige und geschickte Verhalten Fricks mußte sogar der „Bremer Courier" bestätigen, als er nach einem Vortrage von Frick über: „Freiheit und Gleichheit, Macht und Recht" schrieb: „Der Redner führte seine Ansichten in der Weise aus, daß er den Beifall selbst solcher Zuhörer erwerben mußte, die den sonstigen sozialdemokratischen Tendenzen und Ansichten unbedingt entgegen sind".

In dem Maße, in dem sich der Gegensatz zwischen den verschiedenen Gruppen in Bremen abschwächte, vertiefte sich der Gegensatz zum Bürgertum. Gewiß gab es unter den Bürgerlichen einzelne Persönlichkeiten und Gruppen, die das soziale Problem in seiner umfassenden Schwere erkannten und Maßnahmen für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter für notwendig hielten. Aber ihr Einfluß auf die große Masse des Bürgertums war gering. Ihre Stimmen verhallten mehr oder minder ungehört. Man glaubte auch in Bremen mit kleinen Mitteln und Wohltätigkeit dem sozialen Konflikt, der dauernd an Schärfe zunahm, begegnen zu können. Aber der Arbeiterschaft war mit mildtätiger Wohltätigkeit nicht gedient. In einer Stunde einsamer Erleuchtung (9. Januar 1872) schrieb der Bremer Courier: „Wir sprechen es offen und unbekümmert um den Protest der Fabrikanten, der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer aus: Wenn unsere Arbeitgeber überall ein Herz haben, wenn das Bestreben, reich zu werden und zu genießen, nicht viel stärker bei ihnen wäre, als das Bestreben zu helfen, und diese geistig und materiell heranzuziehen, gäbe es keine soziale Frage. Daher hat der Staat zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu treten." Es wurden Reformvorschläge gemacht, die der Ausbeutung der Menschenkraft Einhalt gebieten sollten.

Gegner der Arbeiterschaft

Aber das war eine einzelne Stimme, die bei dem liberalen Bürgertum eher Kopfschütteln als Einsicht hervorrief. Und auch der Bremer Courier hatte diese einsame Stunde bald vergessen. Er wurde hinfort immer mehr das Organ der Gegner der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Er überschüttete die Arbeiter und deren Führer mit Hohn und Spott und vertiefte damit die Gegensätze zwischen beiden Klassen. Denn wie man in den Wald hineinruft, so schallt es auch aus dem Walde zurück. Für das Bürgertum wurde die Arbeiterschaft nicht nur zum Klassenfeind. Es setzte die persönliche Diffamierung ein. Die Arbeiterschaft wurde für sie zu einer „Horde vaterlandsloser Gesellen", zu „Hochverrätern", zu „blutigen Revolutionären", deren einziges Motiv nur „Habgierigkeit" war. Fast möchte man sagen, der sozialdemokratische Arbeiter wurde für sie der Inbegriff alles Bösen.

Die Reichstagswahlen 1871/74

Es ist demnach auch nicht zu verwundern, daß, nachdem die Reichstagswahl 1874 eine Verdoppelung der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen gebracht hatte, der in Bremen angesehene Baumeister und Erbauer der Börse Heinrich Müller in einer Versammlung forderte, daß „der Vertreter Bremens im neuen Reichstag den Erlaß von Gesetzen anstreben müsse, durch deren Anwendung den Ausschreitungen der Sozialdemokraten ein Ziel gesetzt werden könne".

Das Sozialistengesetz

Es war der Ruf nach einem Sozialistengesetz, der nun auch in Bremen ertönte.

Dieser sich immer schärfer ausprägende Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bewirkte, daß auch auf der Seite des liberalen Bürgertums in Bremen sich Bemühungen zeigten, zu einem organisatorischen Zusammenschluß zu kommen, während auf der Gegenseite der Ruf nach Einheit der Arbeiterbewegung nicht mehr

überhört werden konnte. Die Zeit ihrer Verwirklichung war reif. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag war dieser Wille deutlich sichtbar geworden. Für die erste Reichstagswahl, die kurz nach der Reichsgründung am 3. März 1871 stattfand, hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein als Kandidaten den Schriftsteller Wilhelm Hasselmann, einen gebürtigen Bremer, aufgestellt. Die bürgerlichen Kreise einigten sich, nachdem der bremische Kaufmann H. H. Meier und Gründer des Norddeutschen Lloyds verzichtet hatte, auf den Konsul Mosle. Hasselmann der in einer Volksversammlung vor 5000 Menschen sein Programm entwickelte, erhielt bei dieser Wahl 1506 Stimmen. Das bedeutete gegenüber der letzten Wahl zum Norddeutschen Reichstag eine Zunahme von mehr als 1400 Stimmen. Das Wahlprogramm, von Wilhelm Hasselmann entworfen, war das erste Flugblatt der Partei, das in Bremen verbreitet wurde.

Im gesamten Reichsgebiet wurden bei dieser ersten Wahl zum Reichstag 101 927 Stimmen für Arbeiterkandidaten abgegeben und zwar: 62 952 für Lassalleaner, 38 975 für Eisenacher.

Das war ein nicht unbeträchtliches Ergebnis, wenn man berücksichtigt, daß die Stellungnahme der Sozialisten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und die Forderung eines Volksstaates gegenüber der monarchistischen Staatsform sie in scharfen Gegensatz bringen mußte zu der Welle des Patriotismus, die durch den Sieg über Frankreich und die Wiederherstellung des geeinten Deutschlands ausgelöst worden war. In der folgenden Reichstagswahl, die am 10. Januar 1874 stattfand, stellte man in Bremen als den Kandidaten der Arbeiter C. W. Tölcke auf. Der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen verdoppelte sich gegenüber dem Ergebnis der Wahl von 1871. Tölcke erhielt 3135 Stimmen, während auf die beiden bürgerlichen Kandidaten insgesamt 13 900 Stimmen entfielen. Im Reichsgebiet wurden insgesamt bei diesem Wahlgang 351 670 Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben.

Bei dieser Wahl im Jahre 1874 hatte es keine ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Lassalleanern und Eisenachern mehr gegeben. Vielmehr wurde schon im April 1874 in der Bremer Ortsgruppe ein Antrag zur Generalversammlung des Deutschen Arbeitervereins eingebracht, der verlangte, daß es den Führern und Agitatoren der Partei zur Pflicht gemacht werde, schonend gegenüber den übrigen Fraktionen aufzutreten. Nach dem Rücktritt Joh. B. Schweitzers von der Allgemeinen Deutschen Arbeiterpartei, den er nach der alten Satzung Lassalles als Präsident autoritativ geführt hatte, wurde Hasenclever zu seinem Nachfolger gewählt. Er führte eine Demokratisierung der Partei durch. Damit war auch der Gegensatz, der bisher die beiden stärksten Gruppen in der Organisationsfrage getrennt hatte, überwunden. Beide Parteigruppen standen nunmehr auf demokratischem Boden.

Bremen: Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Unmittelbar nach der in Hannover durchgeführten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzte vornehmlich in Preußen eine verstärkte Verfolgungswelle ein. So wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 1874 104 Prozesse gegen 87 Lassalleaner geführt und dabei auf insgesamt 211 Monate Gefängnis erkannt. Als bekannt wurde, daß man in Berlin gegen die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vorgehen wolle, verlegte Hasenclever, bevor die Polizei zugreifen konnte, den Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nach Bremen. Hasenclever selbst wurde wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; aber die Lahmlegung der Organisation wurde durch den Schritt Hasenclevers vereitelt.

In einer Versammlung der Bremer Mitglieder am 28. Juli 1874 sprach Hasenclever über die polizeilichen Verfolgungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. In dem Protokoll, das Heinrich Schulz bei der Abfassung seines Artikels im Jahre 1904 noch vorlag, heißt es „daß die Verlegung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins laut Beschluß des Vorstandes, ehe an eine Konfiskation durch die Polizei gedacht sei, erfolgte. Indes müsse es sich die Bremer Mitgliedschaft zur Ehre rechnen und tüchtig für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein agitieren.“ Wilhelm Hasenclever sowohl wie Wilhelm Frick setzten nun von Bremen aus ihre Bemühungen zu einer Vereinigung mit den Eisenachern fort. Am 23. Dezember 1874 berichtete Frick in der Bremer Ortsgruppe über die Einigungskonferenz, von der schon die Rede war. Hasenclever erließ am 10. Januar die Erklärung, in der er die bevorstehende Verschmelzung der beiden Gruppen ankündigte. Er führte dabei aus, daß die Mehrheit der Lassalleaner für eine solche Vereinigung sei, aber die Aufnahme der Lassalleschen Forderungen und Anschauungen in das kommende Programm verlange und für die Beibehaltung einer straffen zentralistischen Organisation eintreten wolle.

Gotha: eine einheitliche Partei

Unmittelbar darauf, am 15. Januar 1875, beriet dann die Bremer Mitgliedschaft über die bevorstehende Verschmelzung. Nachdem der Programmentwurf fertiggestellt war, wurde er in einer Versammlung diskutiert. Man wählte am 6. Mai Hasenclever als Delegierten für die Bremer Ortsgruppe, während Frick seitens der Mitgliedschaft der unmittelbaren Umgebung (Hemelingen, Achim usw.) als Delegierter entsandt wurde. Der Vereinigungsparteitag in Gotha führte dann zur endgültigen Verschmelzung. Hasenclever als Vorsitzender konnte am Abend des 27. Mai um 11½ Uhr die Versammlung schließen, indem er feststellte, daß das Einigungswerk gelungen sei und daß damit zugleich eine neue Periode der Arbeiterbewegung begonnen habe. Er schloß mit einem Hoch auf die Arbeiter aller Kulturstaaten. Dieser historische Vorgang veranlaßte die Bremer Mitgliedschaft zu einem Glückwunschtelegramm an den Parteitag. Am 24. August 1875 feierten die bremischen Arbeiter in den dazu festlich geschmückten „drei Salons der Tonhalle“ das Verbrüderungsfest mit Konzert, Festreden und Ball. Damit hatte auch in Bremen der Bruderkampf ein Ende erreicht. Die Partei stand einig und in der Folgezeit auch organisatorisch gefestigt da. Sie sah neuen schweren Kämpfen mit Sorge, aber auch mit Zuversicht entgegen.

Das Gothaer Programm

Das in Gotha beschlossene Programm war das Ergebnis der allseitigen Erkenntnis von der Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei. Es enthält sowohl Teile des Programms von Lassalle, wie es der Gründungsparteitag 1863 in Leipzig beschlossen hatte, wie auch des Eisenacher Programms von 1869. Es war infolgedessen auch nicht aus einem Guß und wurde insbesondere von Karl Marx und Friedrich Engels scharf kritisiert, die es als unordentlich, konfus, unlogisch und blamabel bezeichneten. Immerhin brachte dieses Programm die organisatorische Einheit; die geistige Einheit jedoch war mit diesem Programm noch nicht erreicht. Es enthielt eben doch mehr vom Geiste Lassalles als von den Theorien von Karl Marx. So spricht es vom „ehernen Lohngesetz“, von der Anschaffung des Systems der Lohnarbeit, von gerechter Verteilung des Arbeitsvertrages und von der Lösung der sozialen Frage durch die Errichtung von sozialistischen Produktivgemeinschaften mit Staatshilfe unter demokratischer Kontrolle, nicht aber von Mehrwert, Sozialisierung usw. Erst die Erfahrungen des Sozialistengesetzes und der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze sowie die daraus sich ergebenden Erkenntnisse führten zu größerer geistiger

Klarheit und damit auch letztlich zu jener geistigen Einheit, wie sie im Erfurter Programm von 1891 ihren Niederschlag fand.
Die von dem Vereinigungsparteitag ausgehende organisatorische Festigung zeigte sich in Bremen in einer reichen Vereinstätigkeit, an der sich besonders Frick, aber auch Hasenclever, der zugleich der erste Vorsitzende der neuen Sozialdemokratischen Partei war, hervorragend beteiligten. So berichtet die „Bremer Freie Zeitung", daß in der Woche vom 24. bis 31. Juli 1876 Hasenclever am 24. Juli auf einem Sommerfest der Schuhmacher in der Ludwigslust (Schwachhauser Heerstraße), am 26. Juli auf einer öffentlichen Parteiversammlung in Delmenhorst und am 31. Juli auf einem Konzert mit anschließendem Ball in der Tonhalle sprach. Als der zweite Kongreß im August 1876 in Gotha stattfand, wurde Bremen zum Sitz der Beschwerde- und Kontrollkommission der Partei bestimmt, zu deren Mitgliedern neben Frick auch der Vater des späteren bremischen Reichstagsabgeordneten Alfred Henke gehörte. Bremen blieb auch Sitz dieser beiden wichtigen Kommissionen im Jahre 1877.

Die „Bremer Freie Zeitung"

Obwohl in diesen Jahren die 1873 ausgebrochene Wirtschaftskrise noch nicht zum Stillstand gekommen war, die Lage der Arbeiterschaft auch keine Besserung erfahren hatte, gründete man in Bremen eine Zeitung als Organ der SPD in Bremen. Auf der Tagesordnung einer Parteiversammlung am 14. Januar 1876 stand erstmalig „die Gründung eines Tagesblattes für Bremen". Der Plan fand in der Arbeiterschaft freudigen Beifall, so daß schon im März des Jahres die „Genossenschafts-Buchdruckerei" gegründet werden konnte. Sie wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam getragen. Eine eigene Druckerei sollte Partei und Gewerkschaft das volle Eigentumsrecht an Zeitung und Verlag sichern und sie so unabhängig halten von Einsprüchen oder Auflagen eines privaten Verlegers. Bisher waren Partei und Gewerkschaften gezwungen gewesen, in den gegnerischen Blättern zu inserieren, wobei oft genug die Aufnahme ihrer Inserate abgelehnt worden war. In einem Erinnerungsartikel „Aus der Erstlingszeit der bremischen Arbeiterbewegung", der am 1. Mai 1915 in der „Bremer Bürgerzeitung" erschien, schrieb der Verfasser Ernst Engeland: „... wir waren ausschließlich auf Flugblätter angewiesen, als unsere einzige Waffe im politischen Kampfe. Daß mit dieser ungenügenden Waffe die Gegner, denen täglich mehrmals erscheinende Blätter zur Verfügung standen, nicht wirksam genug bekämpft werden konnten, haben wir oft erfahren müssen. Unter solchen Umständen war es erklärlich, daß der Gedanke der Gründung eines Organs, das ausschließlich Arbeiterinteressen zu vertreten hatte, unter der bremischen Arbeiterschaft begeisterte Aufnahme fand. Die Hauptexpedition befand sich in der großen Fuhrleutestraße 26. Kurz vor der Wallbrücke in der Hafenstraße führt links eine Rampe hinauf, dem Stephanitorsbollwerk zu. Links in dem Eckhaus, der Kirche gegenüber wurde die Druckerei errichtet, in der auch jetzt noch engen Straße, Jippen genannt. (Sie bestand bis zur Zerbombung 1944). Die Zeitung wurde von Wilhelm Frick und Karl Klein redigiert. Sie hatte dasselbe Format wie die jetzige Bremer Bürgerzeitung und wurde mit einer Handpresse hergestellt. Das Drehen des Schwungrades der Handpresse wurde von den Parteigenossen nach Feierabend besorgt und zwar gratis, es geschah umschichtig. Die meisten freiwilligen Arbeitskräfte lieferten die beiden Gewerkschaften der Schuhmacher und der Schneider. Schwer haben wir um die Existenz des Blattes kämpfen müssen. Der leidige Sonnabend war fast immer ein schlechter Tag für uns, um die Löhne für die Setzer zusammenzubringen, und an manchen Zahltagen haben die Setzer ihren vollen Lohn nicht erhalten können."

Mit der Gründung der ersten sozialdemokratischen Zeitung, die am Sonntag, dem 25. Juni 1876, erstmalig und dann täglich erschien, hatte sich die Partei eine Waffe geschaffen, die für die Festigung und Weiterentwicklung der bremischen Parteiorganisation von großer Bedeutung wurde. Ihr erster Redakteur, Wilhelm Frick, bemühte sich, die politischen Grundgedanken immer erneut darzulegen und den Arbeitern die Gründe zu erklären, die zu den Forderungen geführt hatten, wie sie von der Partei vertreten wurden. Auch außerhalb Bremens hatte sich der Ausbau des Zeitungswesens vollzogen. So stellte der Zweite Gothaer Kongreß 1876 mit Stolz fest: „Seit der Konstituierung der Partei, also während eines Zeitraumes von 14 Monaten, wurden von unseren Genossen nicht weniger als 12 politische und ein belletristisches Organ „Die neue Welt" ins Leben gerufen. Die Deutsche Sozialdemokratie verfügt jetzt über 23 politische und 1 Unterhaltungsblatt, mit zusammen 100 000 Abonnenten. Von diesen Blättern werden 15 in von den Parteigenossen der betreffenden Orte gegründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt". Dazu kam noch der „Arme Conrad", ein Parteikalender, der in einer Auflage von 40 000 erschien und abgesetzt wurde.

Die Gründung des „Vorwärts"

Am 1. Oktober 1876 erschien das neue Zentralorgan der Partei „Vorwärts" anstelle der beiden bisherigen Organe der Lassalleaner und der Eisenacher, die damit ihr Erscheinen einstellten. Mit der Gründung des „Vorwärts" wurde der Schlußstein des Vereinigungswerkes gelegt. Auch in den folgenden Jahren widmete sich die Partei dem weiteren Ausbau ihres Pressewesens. Auf dem Parteitag, der am 27. Mai 1877 zum dritten Male in Gotha zusammentrat – es war der letzte Parteitag vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes – gab der Bericht die Zahl der politischen Zeitungen mit 41 an, dazu kamen 14 Gewerkschaftsorgane, die im sozialistischen Sinne geleitet wurden und die „Neue Welt". Der „Vorwärts" hatte es laut Bericht im ersten Jahre auf 12 000 Abonnenten gebracht. Die Zahl der Abonnenten der verschiedenen politischen Tageszeitungen hatte sich mit über 200 000 Beziehern innnerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt.

Bismarcks Kampf

Wenn auch in Bremen der Senat bisher der Entwicklung der Sozialistischen Partei – von einzelnen Vorfällen abgesehen – kaum Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte, und die Liberalität, die im Wirtschaftlichen sich durchgesetzt hatte, auch im Politischen gelten ließ, so war dies doch ein Verhalten, das von dem allgemeinen Verhalten gegenüber den Sozialisten, wie es in den anderen Bundesländern des Deutschen Reiches praktiziert wurde, wesentlich abwich. Hier war es besonders Preußen, das durch Größe und Einfluß die innere und äußere Politik des Reiches maßgebend bestimmte. Bismarck, der schon zu früheren Zeiten die 48er Bewegung durch Anwendung von Gewalt unschädlich gemacht hatte, war entschlossen, auch die neue Bewegung der Arbeiter mit allen Mitteln des Staates zur Raison zu bringen. Er hatte schon vor dem Vereinigungsparteitag in Gotha der Arbeiterbewegung den Kampf angesagt. „Zerstören wir die sozialistische Organisation und es existiert keine sozialistische Partei mehr", hatte der als Sozialistenfresser bekannte Staatsanwalt Tessendorf den Berliner Richtern zugerufen, als er am 16. März 1875 die Anklage gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und seinen Vorsitzenden Hasenclever begründete. Er bezog sich in dieser Anklage auf das preußische Vereinsgesetz, das eine Verbindung politischer Gruppen innerhalb des Staatsgebietes von Preußen untersagte, obgleich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein schon seit Jahren in dieser Form tätig gewesen war.

Einen weiteren Angriff richtete er gegen die Eisenacher, deren Organisation ebenfalls in Preußen verboten wurde und damit zur Auflösung gezwungen war. In gleicher

Weise wurde auch gegen gewerkschaftliche Verbindungen eingeschritten, wenn sie in dem Verdacht standen, sozialistischen Tendenzen nahe zu stehen. Dem Beispiel Preußens folgten fast alle Bundesstaaten, namentlich Sachsen und Bayern. Nur die Hansestädte und einige thüringische und süddeutsche Staaten schlossen sich diesem Vorgehen nicht an. In diesen Ländern konnten die Organisationen auch weiterhin wirksam sein und ihre Verbindungen untereinander aufrecht erhalten.

Das Sozialistengesetz

Im Herbst 1875 versuchte die Reichsregierung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung das Wirken der Partei überall zu unterbinden. Zu diesem Zwecke wurde im Reichstag regierungsseitig eine Strafgesetzänderungsnovelle eingebracht, in der es u. a. hieß:

> „§ 130. Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institution der Ehe, der Familie und des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft."

Diese Gesetzesänderung war ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Der Reichstag lehnte diesen Regierungsvorschlag in seiner Sitzung vom 27. Januar 1876 einstimmig ab. Damit war Bismarcks erster Versuch, die Arbeiterbewegung niederzuzwingen, gescheitert.

Die Lage in Bremen 1877

In Bremen fand das Jahr 1877 eine Parteiorganisation vor, die organisatorisch auf einen Wahlkampf besser vorbereitet war, als bei den vorherigen Wahlen. Die Bremer Parteigruppe hatte in einem Abwehrkampf gegen ihre politischen Gegner an Kampfkraft gewonnen. Ihre organisatorische wie ihre materielle Grundlage war gesichert. Die Verbindungen zwischen Partei und Gewerkschaft hatten sich in Bremen gefestigt. Ein von beiden Organisationen eingesetzter Ausschuß unter der Leitung des Vorstandsmitgliedes Imwolde, der bis zu seinem Tode (1915) der Arbeiterschaft mit Eifer und Umsicht gedient hat, sorgte dafür, daß die Versammlungstätigkeit der beiden Organisationen sich nicht überschnitt und daß das Band zwischen ihnen immer enger wurde. Andererseits sorgte die wirtschaftliche Depression dafür, daß die Gedanken und Forderungen der Partei in immer weitere Kreise drangen und dort ein offenes Ohr fanden.

Wie wenig sich die wirtschaftliche Lage der breiten Bevölkerungsschichten geändert hatte, beweist eine statistische Untersuchung, über die die „Bremer Freie Zeitung" am 4. Januar 1877 unmittelbar vor der Reichstagswahl berichtete. Sie war das Ergebnis einer Arbeit des Preußischen Statistischen Amtes und stellte folgendes fest: Preußen hatte Ende des Jahres 1871 eine Bevölkerung von 24 693 066 Einwohnern, von denen rund 8 900 000 erwerbstätig waren. Von diesen Erwerbstätigen hatten zu diesem Zeitpunkt 7 251 927 ein Einkommen bis zu 200 Talern jährlich. Das waren 81,4 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen. Gegenüber jener Untersuchung von 1851, die Lassalle zitiert hatte und die ebenfalls von dem Preußischen Statistischen Amte erarbeitet worden war, und nach der für 89 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen bis 200 Talern ausgewiesen war, zeigte diese Untersuchung nur einen geringen Unterschied. Besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß die Lebenshaltungskosten gestiegen waren. Diese Feststellungen galten zwar nur für Preußen, aber sie dürften auch für die übrigen Bundesstaaten Gültigkeit haben, zumal Preußen mehr als 2/3 des damaligen Reichsgebietes umfaßte. Den Grad der Verelendung zeigte auch eine weitere Untersuchung, die von einem Prof. Beyer, Regierungs- und Medizinalrat in Düsseldorf, um diese Zeit veröffentlicht wurde. Sie befaßte sich mit der Dauer des durchschnittlichen Lebensalters

aufgrund einer sich über 50 Jahre erstreckenden Beobachtung und kam zu dem Ergebnis, daß das durchschnittliche Lebensalter im Regierungsbezirk Düsseldorf 28,4 Jahre, in Preußen 27,8 Jahre betrug (Bremer Freie Presse vom 27. 8. 1876).
Daß auch in Bremen die wirtschaftliche Lage schwierig war und sich besonders auf die arbeitenden Schichten der bremischen Bevölkerung auswirkte, zeigt eine Verhandlung in der bremischen Bürgerschaft vom März 1877. In ihr wurde darauf verwiesen, daß die Steuereingänge mit etwa 25 Prozent hinter dem Anschlag zurückgeblieben seien, daß die Zahl der Zwangsverkäufe von Häusern und Grundstücken so groß sei, daß die gerichtlichen Räume zur Durchführung der Versteigerungen nicht ausreichten, daß die Zahl der Zahlungseinstellungen zunehme und daß Tausende von Arbeitern und Handwerkern entweder ganz oder teilweise erwerbslos seien und ihre Familien verließen, um in Oldenburg, Wilhelmshaven und andererorts Arbeit zu suchen, und daß die Zahl der Pfändungen an Mobiliar so zahlreich sei, daß die Räume zur Unterbringung der gepfändeten Sachen nicht mehr ausreichten. Selbst wenn man unterstellt, daß das Bild etwas zu schwarz gemalt wurde, wird es dennoch der derzeitigen Wirklichkeit nahe kommen. Auf einen abschwächenden Artikel der „Bremer Nachrichten" antworteten die Schlachte-Arbeiter in einem „Eingesandt", in dem es hieß: „An der Schlachte, wo früher reges Leben und Treiben herrschte, ist es jetzt öde und still. Zu Dutzenden stehen die Arbeiter herum und sehen nach Arbeit aus. Einer solch traurigen, arbeitslosen Zeit können sich selbst die Ältesten unter uns nicht mehr entsinnen. Handel und Schiffahrt, unsere einzigen Erwerbsquellen, liegen darnieder wie nie zuvor."

Staatliche Arbeitsbeschaffung

Es ist nicht zu verwundern, daß nun der Ruf nach staatlicher Arbeitsbeschaffung laut wurde. So sprach Wilhelm Frick am 27. März vor 2000 Personen in der Tonhalle und begründete die Forderung nach staatlicher Arbeitsbeschaffung. Amtlicherseits wurde allerdings erklärt, daß die Not doch nicht so groß sein könne, da die Zahl der Anträge bei der Armenpflege nicht zugenommen habe. Dies war verständlich, da bremische Bürger, die die Armenpflege in Anspruch nehmen mußten, ihres Wahlrechtes verlustig gingen. So lagen in Bremen die Verhältnisse, als die Reichstagswahl 1877 herankam. Seitens der bürgerlichen Kreise war als einziger Kandidat der Kaufmann Mosle aufgestellt worden. Man hatte sich auf einen Kandidaten geeinigt, um der Bedrohung durch die Sozialdemokratie zu begegnen und war auf einen harten Wahlkampf gefaßt.

Die Reichstagswahlen 1877

Zwar gelang es Wilhelm Frick nicht, die Mehrheit der Stimmen auf sich als den Kandidaten der Arbeiter zu vereinen. Er erhielt 6760 Stimmen, der Gegner Mosle wurde mit 12 329 Stimmen wiedergewählt. Für die Arbeiterschaft war das Wahlergebnis ein großer Erfolg, hatten sich doch die sozialdemokratischen Stimmen gegenüber der Wahl von 1874 erneut verdoppelt. Der Bremer Courier kommentierte das Wahlergebnis mit großer Besorgnis: „Also mit einer Mehrheit von nicht ganz 2:1 hat die liberale Partei über die Sozialisten gesiegt. Das ist ein Wahlresultat, worüber wir zu triumphieren keine Ursache haben, womit im Gegenteil die Sozialisten zufrieden sein können." Im Reichsgebiet hatte die Partei 9,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können.

Die Kritik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" 1877

Infolge dieses Wahlerfolges und des Anwachsens der Organisationen der Arbeiter auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene wuchs die Furcht in den bürgerlichen Kreisen und auch in der Reichsregierung. Die Bismarck nahestehende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" faßte ihre Meinung damals wie folgt zusammen: „Man kann nicht einsehen, weshalb der Staat, der sich genötigt sah, der Herrschaft der Priester mit der Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten (gemeint war Bismarcks Kulturkampf), der

gleich gefährlichen Wühlerei der Sozialisten gegenüber sich passiv verhalten sollte. Dem unbefangenen Beobachter des öffentlichen Lebens muß sich doch seit Jahren die Überzeugung aufdrängen, daß der Anhang und Einfluß der Sozialdemokraten in Deutschland in stetiger Zunahme begriffen ist, und daß diese Zunahme um so schneller und sicherer vor sich geht, je mehr die Leiter der sozialdemokratischen Bewegung von internationalen Bestrebungen sich fernhielten und ihre ganze Tätigkeit auf die innere Agitation beschränken. Die angegebene Tatsache wurde augenfällig, als es auf dem Kongreß zu Gotha gelang, eine Fusion der Parteifraktionen herbeizuführen und als sofort die einheitliche Organisation der ganzen Sozialdemokraten Deutschlands mit großer Energie in Angriff genommen, ganz Deutschland mit einem Netz von miteinander in Verbindung stehenden Vereinen überspannt und eine einheitliche Presse in Betrieb gesetzt wurde, wie sie außer den Ultramontanen nur der sozialistischen Partei zu Gebote steht. So durchzogen schon seit Monaten Reiseprediger und Agenten der Sozialdemokratie ohne Unterlaß Deutschland nach allen Richtungen. Tausende und Abertausende von Brandschriften sind unter die Massen geworfen, Summen bloß für Wahlzwecke aufgebracht, die nach Hunderttausenden zählen und angesichts dieser weit verbreiteten Tatsache wundert man sich, daß die Sozialdemokratie Erfolge errungen hat. Möge der sozialistischen Agitation, die in der heutigen Form die gefährlichste Revolution von unten ist, ein schleuniges Ende gesetzt und eine wirkliche Verbesserung des Loses der mit der Hand arbeitenden Klassen von denen angestrebt werden, von wo aus sie allein mit Erfolg betrieben werden kann: Von seiten des Staates und seiner maßgebenden Faktoren."

Der Rufmord an den Sozialdemokraten

Die Verschärfung der politischen Situation, die sich insbesondere auch in der endgültigen Abkehr von bürgerlichen Kandidaten gezeigt hatte, drückte sich nunmehr in einer zunehmenden Diffamierung der Arbeiter aus. Hatte man sie, solange sie bürgerliche Kandidaten unterstützten, gelten lassen, so wurden sie nun ihre härtesten Klassenfeinde und jedes Mittel wurde angewandt, sie zu deklassieren. Gegen diesen Rufmord, der in unverminderter Stärke bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts währte, richtete sich schon unmittelbar nach der Reichstagswahl die Zeitung des politischen Zentrums, „Germania", indem sie schrieb: „. . . Vor allem hat die Sozialistische Partei mit dem Pöbel nicht mehr gemein als die Liberalen. Nichtstuer, Bettler, Säufer und Schläger oder richtige Verbrecher sind unter den Sozialdemokraten nicht in größerer Zahl vorhanden als unter den Anhängern anderer politischer Richtungen. Sie sind nicht der Abschaum des Volkes, und sie sind nicht mehr Lumpen und Taugenichtse oder Brandstifter, nicht Kommunisten, es sind Männer zumeist, aber nicht ausschließlich aus dem Arbeiterstande unter der Führung intelligenter zum Teil hochbegabter Führer, alle tief ja leidenschaftlich unter dem Druck verkehrter Verhältnisse empfinden alle ihre Kraft einzusetzen, um die Gesellschaft auf gerechter Grundlage aufzubauen. Was mit dem Pöbel zusammenhängt, hat keinen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Wer die Versammlungen der letzteren besucht, muß sich davon überzeugen, die sozialistischen Arbeiter sind, was ihre Arbeitgeber bestätigen, fleißig und nüchtern" (21. Januar 1877).

Heinrich Bulthaupt „Die Arbeiter"

Wie sehr dieser Geist der Ächtung auch in Bremen um sich gegriffen hatte, wurde im Dezember 1877 deutlich, als im Bremer Stadttheater ein Stück des Stadtbibliothekars Heinrich Bulthaupt: „Die Arbeiter" aufgeführt wurde. Er selbst berichtet in einem Vorwort zur Reclam-Ausgabe 1893: „Meine eigenen Landsleute, unter denen ich aufgewachsen war, die mich kannten, die mich im öffentlichen Leben und in der Gesell-

schaft sahen, und sehr wohl wußten, oder wissen konnten, einen wie bürgerlich ruhigen Verlauf mein Leben bis dahin genommen, stempelten mich plötzlich zum Sozialdemokraten – und ein ärgeres Brandmal konnte man dazumal einem Menschen nicht aufdrücken. Denn nur aus politischen und sozialen, nicht aus ästhetischen Gründen wies man das Stück so beleidigt zurück. Wie wunderlich! Die bloße Darstellung der Sozialkämpfe genügte, ein Theaterpublikum zu entrüsten. Man wollte davon nichts sehen und hören. Und wer sich dennoch erkühnte, das furchtbare Gespenst an die Wand zu malen, der wurde geächtet und seine Werke folgten ihm nach." Diese gesellschaftliche Ächtung traf – wie der Fall Bulthaupt beweist – jeden, der sich aus ehrlicher Sorge über die sozialen Zustände ein gerechtes Urteil zu bilden versuchte. Die Mißachtung des arbeitenden Menschen, der Anspruch auf lebenswürdige Verhältnisse erhob, war eine der wirksamsten Methoden des Klassenkampfes, wie er von bürgerlicher Seite geführt wurde.

Diese Kampfesart führte zu einer Verzerrung des Erscheinungsbildes der Sozialdemokratie, so daß auch hinfort viel Mut dazu gehörte, sich zu ihr zu bekennen, oder auch nur den von ihr verfolgten Bestrebungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Daneben wurde von seiten des Bürgertums der Versuch gemacht, durch die Gründung des „Reichsvereins" eine organisatorische Front gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. In Bremen ging dieser Versuch von dem Reichstagsabgeordneten Mosle und dem Senator Gröning aus, die im Mai 1877 zu einer Gründungsversammlung einer Bremer Ortsgruppe aufriefen. In dem Aufruf hieß es: „Das starke Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei in allen Gauen unseres Vaterlandes hat die Männer, die fest zu Kaiser und Reich halten, veranlaßt, gegen den Feind unser aller vorzugehen. Zu diesem Zwecke hat sich, wie in anderen Orten, so auch hier, eine Vereinigung reichstreu Gesinnter gebildet, in deren Absicht es liegt, den Staat, der in Gefahr ist, zu schützen . . ." Dieser Verein hat zwar seine Tätigkeit in Bremen begonnen, aber es kann nicht festgestellt werden, daß seine Wirksamkeit auch nur eine geringe Wirkung erzielt hat.

Gewaltsamer Umsturz oder Förderung der Entwicklung?

War nun wirklich die Sozialdemokratie eine Vereinigung von Menschen, deren Ziel es war, auf dem Wege eines gewaltsamen Umsturzes ihre Forderungen durchzusetzen, und war die Behauptung, daß sie eine Horde gewalttätiger Umstürzler sei, berechtigt? Gab es dafür schwerwiegende Beweise? Ferdinand Lassalle hatte schon frühzeitig zur Frage der Revolution in seiner Rede: „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" Stellung genommen. Es heißt dort unter Bezugnahme auf Frankreich: „Die Revolution war somit bereits im Inneren der Gesellschaft, in den tatsächlichen Verhältnissen derselben eingetreten, lange ehe sie in Frankreich ausbrach, und es war nur noch erforderlich, diesen Umschwung auch zur äußeren Anerkennung zu bringen, ihm die rechtliche Sanktion zu geben. Dies ist überhaupt bei allen Revolutionen der Fall, meine Herren. Man kann nie Revolution machen, man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen, ist eine Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben."

Da in Bremen die Lassalleanische Auffassung immer dominierend gewesen ist, ist es auch einleuchtend, wenn in der Freien Presse der gleiche Standpunkt vertreten wurde. Schon am 24. Oktober 1876 kommentierte Wilhelm Frick einen Aufruf zur internationalen Tagung in Genf mit folgenden Worten: Zu dem dort beschlossenen Rund-

schreiben: „Die Proletarier aller Länder, heißt es, haben nur einen Feind, das sind die Ausbeuter. Sie – die Proletarier – haben nur ein Ziel, das ist die Revolution." Das erste ist richtig. Was allein das letztere betrifft, so mag sich dafür entscheiden, wer will. Wir nicht." Und unmittelbar nach der Wahl zum Reichstag am 15. Januar 1877 schrieb Neißer, der seit 1. Januar 1877 politischer Redakteur der „Bremer Freien Presse" war: Die Deutsche sozialdemokratische Partei will keinen gewaltsamen Ausbruch des Volksunwillens, nicht um Erhebungen durchführen zu können, erstrebt sie eine geschlossene, wohl organisierte Partei. Wir werden im nächsten Parlament eine sozialdemokratische Fraktion in Tätigkeit bringen, die zu selbständiger Initiative befähigt ist. Sie wird die Fähigkeit dazu benützen müssen, Gesetze zu beantragen, welche den Wohlstand des Volkes auf dem Boden der heutigen Wirtschaft zu bessern berufen sind, und fortfahrend: „Wir erstreben unser Ziel nicht auf dem Wege der Gewalt, die wir verabscheuen, nicht mit Blutvergießen, das wir hassen, sondern durch Aufklärung des Volkes über seine wahren Interessen, durch Verbreitung politischer Bildung und endlich durch den gesetzlichen Willensausdruck der großen Volksmehrheit. Rebellion ist nicht Absicht der Sozialisten."

Diese Stimmen dürften ausreichend dafür sein, daß auch in den Jahren der sich immer mehr steigernden Verfolgungen und Unterdrückungen von einem geplanten gewaltsamen Umsturze nicht die Rede sein konnte. Auch aus dem gültigen Parteiprogramm von Gotha kann eine solche Absicht nicht abgeleitet werden. Psychologisch wäre es durchaus denkbar und erklärlich gewesen, wenn der Druck, der von den Regierungen auf die Bewegung ausgeübt wurde, sich in gewaltsamen Gegenaktionen entladen hätte. Aber von gelegentlichen Ausschreitungen in einzelnen Städten abgesehen, blieb die Arbeiterbewegung ruhig. Ihre Stärke lag in der disziplinierten Einheitlichkeit, die auch in späteren Zeiten eine der stärksten Waffen der Partei blieb. Die Sozialdemokratische Partei hat zwar oft die Stärke ihrer Organisation gezeigt: für einen gewaltsamen Umsturz hat sie sich nie eingesetzt.

Das Begräbnis von August Heinrich

Es war vor allem das Wachstum der Arbeiterbewegung, ihre Anziehungskraft auf alle Menschen, die unter den wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen zu leiden hatten, die ihre Hoffnungen auf eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage von der Sozialdemokratischen Partei erwarteten, die die Furcht des Bürgertums hervorriefen. Das zeigte sich besonders, als im März des Jahres 1878 der Leiter der Allgemeinen Deutschen Buchdrucker-Assoziation August Heinsch zu Grabe getragen wurde. Der Trauerzug wurde zu einer Demonstration der Berliner Arbeiter, die mit verhüllten Fahnen und roten Nelken im Knopfloch dem Toten das letzte Geleit gaben. Dieser Vorgang rief weit über die deutschen Grenzen Aufsehen hervor und veranlaßte die „Magdeburgische Zeitung" zu nachstehendem Kommentar: „Wer spricht hier noch von Arbeiter-Bataillonen Berlins angesichts dieses Leichen-Aufgebots? Das sind Regimenter, Divisionen, Brigaden, ja, mehr, das sind ganze Armee-Corps ohne jede Übertreibung gesagt: das sind ganze Armee-Corps, welche ihrem um die Sache hochverdienten Toten die letzte Ehre erweisen." Aber auch dieser Vorgang, der Erstaunen und Furcht auslöste, war keine Mahnung, ernsthaft über die Gründe, die zu dieser Aufwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung geführt hatten, nachzudenken, und die Frage nach einer gerechten Lösung positiv zu stellen, kam dem Bürgertum nicht in den Sinn. Für sie gab es nur eine Lösung, den Versuch zu machen, die Bewegung der Arbeiter mit allen Mitteln zu zerschlagen.

Hödels Attentat

Zwei Monate später, am 11. Mai 1878, verübte ein Klempnergeselle Hödel in Berlin

auf der Straße Unter den Linden ein Revolverattentat auf den 81jährigen Kaiser. Man fand bei seinen Papieren zwei Mitgliedskarten der Sozialdemokratischen Partei, sowie ein Mitgliedsbuch der Deutschsozialen Partei des Hofpredigers Stöcker. Obgleich sich bald herausstellte, daß der Attentäter Hödel beidemale kurzfristig aus der Partei ausgeschlossen war, benutzte Bismarck Hödels ehemalige kurzfristige Mitgliedschaft, gegen die Sozialdemokratische Partei mit einem Ausnahmegesetz vorzugehen.

Das Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitung

Schon 8 Tage nach dem Attentat lag dem Reichstag ein Gesetzentwurf vor, der Bismarcks Unterschrift und die Bezeichnung „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" trug. Nach diesem Gesetzentwurf sollten Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgten, durch den Bundesrat verboten werden. Die Polizeibehörden sollten berechtigt sein, die Verbreitung von Druckschriften, wenn sie sozialistischen Inhalts waren, auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu verbieten. Sie sollten zugleich das Recht haben, Versammlungen zu verbieten oder aufzulösen. Bestraft werden sollten mit Gefängnis, wer eine Druckschrift verbreitet, sich an Versammlungen beteiligte, sowie diejenigen, die ihre Lokale für solche Versammlungen hergaben, und zwar nicht unter 3 Monaten Gefängnis. Die Dauer des Gesetzes sollte vorerst auf drei Jahre festgesetzt werden.

Die bremische Partei hatte unmittelbar nach dem Attentat in einer Versammlung am 16. Mai Stellung genommen und eine Entschließung angenommen, in der es u. a. hieß: „Die Volksversammlung erklärt, daß sie das am 11. ds Mts. verübte Attentat auf den deutschen Kaiser, welches auch die Ursache desselben sein mögen, als ein gemeines Verbrechen auf das entschiedenste verabscheut und ist erfreut, daß eine Verletzung irgend einer Person nicht stattgefunden hat. Die Versammlung hält jeden Mord für eine Verletzung des menschlichen Rechtes, des Rechtes auf die Existenz, und jeden Mörder, ob er aus politischen oder persönlichen Motiven das Leben eines Menschen vernichtet, für einen Verbrecher an dem höchsten und ersten Gesetz der Gesellschaft."

Der Bundestag, dem das Gesetz zuerst vorzulegen war, stimmte mit einigen Änderungen der Vorlage zu. Gegen die Vorlage stimmten außer Hessen die beiden Hansestädte Bremen und Hamburg. Im Reichstag jedoch fand die Vorlage keine Mehrheit. Nur 60 Abgeordnete von den anwesenden 309 Mitgliedern stimmten für, die übrigen – bei 6 Enthaltungen – gegen die Vorlage. Damit war der Vorstoß Bismarcks gescheitert. Hödel wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Beweis, daß die Sozialdemokratische Partei in irgend einer Verbindung mit dem Attentat gestanden hatte, wurde niemals erbracht.

Das Attentat Nobilings

Aber kaum hatte der Reichstag Bismarcks Gesetzentwurf abgelehnt, da geschah am 2. Juni 1878 ein zweiter Anschlag auf das Leben des Kaisers. Am Nachmittag dieses Tages schoß ein Dr. Nobiling, Sohn eines Domänenpächters, aus dem Fenster des Hauses Unter den Linden 18 auf den vorüberfahrenden Kaiser und verletzte ihn schwer. Der Schuß war ernst gemeint und gezielt. Nachdem Nobiling den Schuß auf den Kaiser abgegeben hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Durch einen weiteren Kopfschuß eines in das Zimmer Eindringenden zusätzlich getroffen, war er von Anfang seiner Verhaftung an vernehmungsunfähig. In der Nacht nach dem Attentat wurde in einer Depesche des amtlichen Wolff'schen Telegraphenbüros behauptet, daß Nobiling bei einer späteren gerichtlichen Vernehmung zugegeben habe, daß er „sozialistischen Tendenzen huldige". Damit war der Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung unterstellt.

Es ist verständlich, daß dieses zweite Attentat eine ungeheure Welle der Erregung und

Empörung hervorief, die sich sowohl gegen den Täter als auch gegen die sozialistische Arbeiterbewegung richtete. Auch bei diesem Attentat konnte eine Verbindung mit sozialistischen Kreisen nicht nachgewiesen werden. So wurde die sozialdemokratische Partei zum mindesten der intellektuellen Urheberschaft beschuldigt. Bismarck nutzte diese entstandene Situation aus, löste den Reichstag 8 Tage später auf und schrieb kurzfristig Neuwahlen aus. Schon unmittelbar nach dem Attentat setzte eine Verfolgungswelle gegen die sozialdemokratische und auch die gewerkschaftliche Bewegung ein. Haussuchungen fanden statt, Druckschriften und Zeitschriften wurden beschlagnahmt, Zeitungen verboten und Verhaftungen vorgenommen. Schon am 3. Juni wurde der politische Redakteur der „Bremer Freien Zeitung", Max Neisser, in Bremen verhaftet und die Zeitung durch den Staatsanwalt verboten. Als Grund für die Maßnahmen der Polizei wurde der Abdruck von zwei Gedichten in der Sonntagsbeilage der Zeitung angegeben. Max Neisser wurde am 8. Juli wieder aus der Haft entlassen und in einem nachfolgenden Verfahren vom Gericht freigesprochen. Die Zeitung selbst erschien nach eintägigem Verbot wieder. In dem Aufruf „An unsere Mitbürger" hieß es: „Am Montag Abend gegen 7 Uhr wurde der Redakteur des politischen Teils unseres Blattes, Herr Max Neisser, verhaftet. Eine halbe Stunde später erschienen die Herren Staatsanwalt Dr. Rapp und der Polizeikommissar Heuer auch im Kontor der Bremer Genossenschaftsdruckerei und ordneten die sofortige Schließung und Versiegelung aller Geschäftslokalitäten an. Veranlassung zu der uns unbegreiflicherweise in hohem Maße schädigenden Maßregel haben, soweit uns bekannt, zwei Gedichte in den beiden letzten Sonntagsnummern Anlaß gegeben. Um die betreffenden Exemplare zu konfiszieren, wurde der Geschäftsbetrieb mehr als 24 Stunden unterbrochen, denn erst gestern Abend gegen 8 Uhr wurden dem Geschäftsführer der Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei die Schlüssel wieder ausgehändigt." Der Aufruf schließt mit den Worten: „Die Bürger der alten Hansestadt Bremen dürfen und werden sich das Attentat auf die Freiheit des Volkes nicht gefallen lassen. Bremen wird auch nach wie vor seinen Stolz darein setzen, als die freieste Stadt im deutschen Reiche zu gelten." Wie hoch die Erregung in diesen Tagen in dem sonst so gemäßigten Bremen stieg, läßt sich daran erkennen, daß sogar Versammlungen der Partei behindert und gesprengt wurden.

Verbot der Bremer Freien Zeitung

Reichstagsneuwahl

Die auf den 30. Juli 1878 festgesetzte Reichstagsneuwahl führte zu einem der schwersten Wahlkämpfe. Zwar griffen Senat und Polizei im Gegensatz zu dem polizeilichen Vorgehen in anderen Ländern des Reichsgebietes nicht zu scharfen Maßnahmen. Der Partei und auch einigen Berufsgewerkschaften wurde lediglich auferlegt, geschlossene Parteiveranstaltungen unter Angabe der Tagesordnung bei der Polizei anzumelden. Aber die Erregung über die beiden Attentate wirkte in großen Teilen der Bevölkerung nach und die von bürgerlicher Seite aufgestellten Behauptungen über die Gefahr, die von der sozialistischen Bewegung ausgehe, taten das Ihrige. Das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", mahnte die Mitglieder, sich nicht provozieren zu lassen, und das Zentralwahlkomitee empfahl, nur dort sozialistische Kandidaten aufzustellen, wo Aussicht auf ihre Wahl bestehe. In Bremen kandidierte Frick für die Sozialdemokraten. Er erhielt bei dieser Wahl 6302 Stimmen, das waren 450 Stimmen weniger als bei der vorherigen Wahl, während der bürgerliche Kandidat Mosle, der im Wahlkampf für einschränkende Gesetze gegen „das unverschämte Treiben der Sozialisten und ihrer Anhänger" eingetreten war, mit 14292 Stimmen gewählt wurde. Im gesamten Reichsgebiet hatte die Sozialdemokratische Partei einen Verlust von 56 289 Stimmen zu verzeichnen.

Kaum war der neue Reichstag gewählt, legte man ihm einen neuen Entwurf eines Ausnahmegesetzes vor unter dem Titel „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten“, kurz „Sozialistengesetz“ genannt. Es kann auf den parlamentarischen Werdegang des Gesetzes verzichtet werden. Nachdem der Entwurf den Bundesrat passiert hatte, der Reichstag ihn am 18. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen hatte, wurde er am 21. Oktober verkündet und damit rechtsgültig. Die Laufzeit des Gesetzes wurde bis zum 31. März 1881 festgesetzt, sie ist dann jeweils verlängert worden. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind aus der Anlage I zu ersehen. Schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes hatten sich die Führungsgremien, Fraktion und Parteiausschuß, dahingehend geeinigt, die Partei aufzulösen. In dem Aufruf an die Parteimitglieder heißt es: „Nicht gewillt, erst die politische Auslegung des Wortes Umsturz abzuwarten, haben wir beschlossen, das Zentralwahlkomitee selbst aufzulösen. Mit dem heutigen Tag erfolgt dessen Abmeldung bei der Behörde und ist folglich der Rest einer zentralistischen Parteiorganisation in Deutschland verschwunden.“ Damit war die Selbstauflösung der Partei vollzogen. Der einzige legale Zusammenhalt war die Fraktion der Sozialdemokraten im Reichstag, da trotz aller gegenteiligen Versuche das aktive und passive Wahlrecht für alle Bürger erhalten blieb.

Erlaß des Sozialistengesetzes 1878

Auch in Bremen hatte sich, der Anregung der Zentralinstanzen folgend, die Mitgliedschaft der Bremer Organisation aufgelöst und in der Folgezeit traf auch einige gewerkschaftliche Organisationen das Verbot. Die „Bremer Freie Zeitung“ erschien am 17. Oktober 1878, um einem Verbot zuvorzukommen, zum letzten Male. An ihre Stelle trat die „Bremische Volkszeitung“ unter der verantwortlichen Redaktion von Max Kaschke. Damit waren die beiden „gefährlichen Sünder“ Wilhelm Frick und Max Neisser verschwunden, die mehr als 2 Jahre das Kampfblatt der bremischen Sozialdemokratie erfolgreich redigiert hatten. Den Beziehern der Zeitung wurde folgendes bekanntgegeben: „Die Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei sieht sich veranlaßt, das von ihr betriebene Buch-, Akzidenz- und Zeitungsdruckgeschäft an die Herren Schäfer und Cassens zu verpachten. Infolgedessen geht mit dem heutigen Tage die von der Genossenschaftsdruckerei verlegte „Bremer Freie Zeitung“ ein. Wir haben mit den Pächtern des Geschäftes dahingehend ein Abkommen getroffen, daß dieselben das von ihnen herausgegebene, täglich erscheinende Blatt „Bremische Volkszeitung“, welches von morgen ab unter der verantwortlichen Redaktion des Herrn Max Kaschke erscheinen wird, unseren Abonnenten zu demselben Preis und unter den gleichen Bedingungen zuzustellen . . .“

Die Bremische Volkszeitung

Doch auch das neue Blatt hatte nur eine kurze Lebensdauer. Es wurde am 25. Februar 1879 durch die bremische Polizei aufgrund des Sozialistengesetzes verboten. Die Hoffnung, durch die Herausgabe einer anderen neuen Zeitung das Verbot zu umgehen, scheiterte ebenfalls. Am 27. Februar erschien die Mitteilung, daß am 1. März die erste Nummer der „Bremer Morgenzeitung“ erscheinen werde. Aber bevor die Auslieferung der ersten Ausgabe vorgenommen werden konnte, teilte ein Flugblatt mit: „Die Bremer Morgenzeitung ist heute früh um 5 Uhr vor der Verausgabung konfisziert worden und der Satz von Nachtwächtern nach dem Stadthause geschafft worden.“ – Nach diesem erneuten Versuch, eine Zeitung in Bremen aufrecht zu erhalten, wurde die Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei aufgelöst. Ein letzter Versuch war die Herausgabe des „Bremer Tageblattes“, einer Zeitung, die neben lokalen Meldungen und Unterhaltung sich im wesentlichen darauf beschränkte, durch den Abdruck der Reden sozial-

Auflösung der Genossenschaftsbuchdruckerei

demokratischer Reichstagsabgeordneter der Information der bremischen Parteianhänger zu dienen. Sie verzichtete auf eigene Kommentare, um sich einem Verbot zu entziehen. Herausgeber und Redakteur war der Dichter Peter Hille. Doch die Unterstützung dieses Blattes war so gering, daß es gezwungen wurde, sein Erscheinen am 31. Oktober 1879 wieder einzustellen.

Peter Hille in Bremen

Peter Hille, der z. Zt. des literarischen Naturalismus als Theaterkritiker in Berlin eine große Rolle spielte, dessen Bild heute noch in der Bremer Kunsthalle hängt, war ein stiller versonnener Mensch. „Er war arm wie eine Kirchenmaus" sagte von ihm ein alter Mitarbeiter. Als er Bremen verließ, fand man in der Gepäckaufbewahrung des Bremer Hauptbahnhofes einige Säcke mit Gedichten und Manuskripten, die zum Teil auf Speisekarten, Frachtbriefen und Zeitungspapier gekritzelt waren. Vieles von ihm ist verlorengegangen. Auch sein Roman „Die Sozialisten" ist in Bremen nicht mehr aufzufinden. Aber er war ein Vorläufer jener literarischen Epoche, die das soziale Problem ihrer Zeit literarisch ihrer Mitwelt darstellte.

In den nächsten Jahren scheint sich die Tätigkeit der ehemaligen Mitglieder der Partei nur darauf beschränkt zu haben, den persönlichen Zusammenhalt aufrecht zu erhalten. Nachdem auch der Arbeiterunterrichtsverein dem Gesetz zum Opfer gefallen war, traf man sich in unpolitischen Vereinigungen wie Gesangvereinen, Geselligkeitsclubs u. ä. Wilhelm Frick, der nun ohne Existenzgrundlage war, pachtete eine Gastwirtschaft, die zu einem Treffpunkt von Sozialisten wurde und Max Neisser war in Bremen als freier Schriftsteller für auswärtige Zeitungen tätig. Man hielt sich in Bremen an die Empfehlung des Parteivorstandes, das Gesetz anzuerkennen und verzichtete darauf, illegal tätig zu sein, zumal das Gesetz nur für eine begrenzte Zeit Gültigkeit haben sollte. Da aber das passive und aktive Wahlrecht erhalten geblieben war, begann man die verbliebenen gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und nahm auch, im Gegensatz zu dem früheren Verhalten an den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft teil. Hierbei wurde besonders die Forderung nach Abschaffung des Achtklassenwahlrechts erhoben und für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht eingetreten, um so den Gedanken der Demokratie äußerlich sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Die Polizei fand in den ersten beiden Jahren kaum Gelegenheit zum Eingreifen, so daß angenommen werden kann, daß diese Taktik völliger Zurückhaltung in den gegnerischen Kreisen den Gedanken aufkommenlassen konnte, als habe sich das Wort des Berliner Staatsanwaltes Tessendorf: „Zerschlagt die sozialdemokratischen Organisationen und es gibt keine Sozialdemokraten mehr", bestätigt.

Anders als in Bremen sah es im Reich aus. Eine erste Zusammenstellung der einen Monat nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassenen Verbote ergab, daß 153 Vereine, 49 periodisch erscheinende Zeitungen und 138 Druckschriften innerhalb dieses Zeitraumes verboten worden waren. Zu gleicher Zeit hatte die Berliner Polizei aufgrund des über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustandes 67 Sozialdemokraten ausgewiesen. Im Juni 1879 war die Zahl der verschiedenen Verbote auf 647 angestiegen. Als im Oktober 1880 auch in Hamburg der kleine Belagerungszustand erklärt wurde, erfolgten sofort 75 Ausweisungen, denen weitere Ausweisungen folgten. Einer der Ausgewiesenen, der sich nach Bremen wandte, war der junge Zigarrenarbeiter Julius Bruhns, damals 20 Jahre alt, der später im hiesigen Parteileben eine führende Rolle spielte und nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes als erster bremischer Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei in den Reichstag gewählt wurde.

Wilhelm Blos

Zur selben Zeit wurde der Schriftsteller Wilhelm Blos aus Hamburg ausgewiesen.

Auch er verlegte seinen Wohnsitz nach Bremen, war hier schriftstellerisch tätig und nach 1918 der erste Ministerpräsident des Freistaates Württemberg. Ebenfalls aus Hamburg ausgewiesen wurde der Zigarrenmacher Alwin Kerrl, der sich in Bremen der Parteiarbeit widmete und noch nach 1918 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft war. Da der Senat das Gesetz maßvoll handhabte, fand im Laufe der Zeit eine größere Anzahl Ausgewiesener aus den verschiedensten Teilen des Reichsgebietes in Bremen Arbeit und Brot und hier besonders in der Tabakverarbeitung, die fähige Kräfte brauchte, wobei die hiesigen Zigarrenarbeiter ihren Fabrikanten oder deren Werkführern und Meistern Ausgewiesene für die Einstelung empfahlen.

Julius Bruhns

Julius Bruhns hat diese Zeit in seiner Biographie: „Es klingt im Sturm ein altes Lied" anschaulich geschildert. Sein Ausweisungsbefehl aus Hamburg lautete: „Der Zigarrenarbeiter Julius Bruhns ist als eine Person, von der die Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist, der Aufenthalt in den nachbenannten Gebieten auf die Dauer eines Jahres untersagt." Der Ausweisungsbefehl wurde alljährlich verlängert. Über die Tätigkeit der Polizei in Bremen schreibt er: „Von der Polizei wurden die in Bremen anwesenden Ausgewiesenen (ihre Zahl hob sich allmählich um mehr als ein Dutzend) lange Zeit behandelt wie entlassene Zuchthäusler, die unter Polizeiaufsicht standen. Alle paar Wochen wenigstens mußte jeder zum Polizeikommissar seines Bezirkes, mußte sich den gestrengen Beamten vorstellen und mußte meist überflüssige, oft verletzende Fragen beantworten. Auch das Aushorchen der Arbeitgeber hörte nicht auf." Und an anderer Stelle: „Wenn es von der lieben Polizei abgehangen hätte, würde ich allerdings nicht lange Arbeit gehabt haben. Ich war polizeilich kaum gemeldet, da war auch schon ein Polizeibeamter bei meinem Arbeitgeber, um denselben zu informieren, daß ich ein Ausgewiesener sei. Aber der reiche Zigarrenfabrikant Klevenhusen, der jetzt mein Brotherr war, kümmerte sich um die Persönlichkeit seiner vielen Arbeiter nicht. Das überließ er vielmehr seinem Werkführer. Dieser aber, geborener Rheinländer, selbst lange Zeit als Zigarrenarbeiter in Hamburg beschäftigt gewesen, ließ sich auf die mehr oder minder deutlichen Winke gar nicht ein. Seinetwegen könnten die Zigarrenmacher sein, was sie wollten und herkommen, wo sie wollten, wenn sie nur ihre Arbeit machten und sich in der Fabrik anständig aufführten, erklärte er dem ihn wiederholt besuchenden Polizeibeamten und dabei blieb es."

Das Schicksal von Julius Lewin

Ein besonders tragischer Fall, der die Härte der Verfolgungsmaßnahmen besonders deutlich zeigt, rankte sich um den Tod des Zigarrenmachers Julius Lewin, der aufgrund des Gesetzes 1882, obgleich schwer krank, aus Berlin ausgewiesen war. Die im Staatsarchiv vorhandenen Polizeiakten geben eine genaue Auskunft über den Vorgang. Die Akten melden: „Der aus Berlin ausgewiesene Sozialdemokrat Julius Lewin aus Wehrenbruck gebürtig hat sich heute angemeldet bei Klingenberg, Grützmacherstraße." Bei der Vorladung der Polizei erklärte er auf Befragen: „Bestraft bin ich noch nicht. Am 23. Februar 1882 bin ich aus Berlin ausgewiesen worden; warum weiß ich nicht. Ich bin Sozialdemokrat aus Überzeugung. Ich war Mitglied des Ausschusses der Zigarrenarbeiter-Krankenkasse. Meine Frau und mein Kind wohnen noch in Berlin. Von dort wandte ich mich nach Magdeburg. Dort habe ich vier Monate gearbeitet. Vier Tage habe ich mich mit Erlaubnis der Behörden in Berlin aufgehalten und bin dann nach hier gekommen. Ich habe hier Arbeit. Wo, verweigere ich zu sagen, weil ich fürchte, dadurch wieder meine Arbeit zu verlieren, wie ich es in Magdeburg erfahren habe. Geld habe ich nicht mehr." – 27. Juli 1882: Die Polizei stellt fest, daß Lewin

bei der Firma Klevenhusen, Obernstraße, Arbeit gefunden hat. – 11. August 1882 lautet der Polizeibericht: „Lewin ist heute an einem Blutsturz gestorben. Lewin war kränklich und durfte nach Anordnung der Ärzte nicht arbeiten. Am 7. August hat er bereits einen Blutsturz gehabt. Heute Nachmittag, 2.15 Uhr, ist er auf seinem Wege in der Molkenstraße von demselben befallen. Er ist in das Wirtshaus von Wilhelm Frick, Molkenstraße 56, gegangen und dort nach wenigen Minuten verstorben. Er wurde von Parteigenossen unterstützt." – Einige Tage später: „Lewin wurde auf dem jüdischen Friedhof in Hastedt beigesetzt. Kränze kamen aus Berlin, Verden, Hamburg, Bremen und andererorts. Mehr als 200 Personen nahmen an dem Begräbnis teil." Julius Bruhns, der über diesen Vorfall ebenfalls berichtet, schreibt, daß Lewin, den er in der Fabrik untergebracht hatte, beabsichtigte, nun – nachdem er Arbeit gefunden hatte – seine Familie nachkommen zu lassen, und daß er in seinen Armen gestorben sei.

Schwarze Listen

Während der ganzen Laufzeit des Sozialistengesetzes wurden von den Polizeibehörden, die Ausweisungen vornahmen, die Namen der Ausgewiesenen auf Listen gesammelt und den Polizeibehörden der Bundesstaaten zugeleitet, um die Ausgewiesenen an anderen Orten überwachen und an die Zentralstelle in Berlin über ihr Verhalten berichten zu können. Solche Listen sind auch heute noch in den Akten des Staatsarchivs in großer Zahl vorhanden. Die in Bremen eintreffenden aus anderen Teilen des Reichsgebietes Ausgewiesenen fanden in Bremen schnell Verbindung mit den hiesigen Sozialdemokraten. Sie wurden von ihnen unterstützt, wenn sie in Not waren, und man bemühte sich, ihnen hier eine geeignete Arbeitstelle zu vermitteln. Sie verstärkten die hiesige Gruppe, waren zur aktiven Mitarbeit bereit und nahmen an Treffen teil, die an die Stelle der verbotenen Versammlungen getreten waren, um den Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Aber mit der in Bremen in den ersten Jahren geübten Zurückhaltung der alten Parteimitglieder waren sie nicht einverstanden. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 27. Oktober 1881 (Frick war wiederum als Kandidat aufgestellt) brachte einen Rückgang von rund 1700 Stimmen gegenüber der letzten Wahl. Dieser Rückgang der sozialistischen Stimmen wurde von den Ausgewiesenen als das Ergebnis einer falschen Taktik gewertet, einer Taktik, die man seitens der bremischen Sozialdemokraten nach dem Sozialistengesetz für richtig gehalten und durchgeführt hatte.

Der Konflikt zwischen Frick und Bruhns

So standen sich bald zwei Gruppen gegenüber. Die Gruppe der „Alten" unter der Führung von Wilhelm Frick, der seine Stellung damit begründete, daß nach seiner Erfahrung keine Gewalt auf die Dauer den Sieg behalten habe, sondern stets die Idee die Macht besiegt habe, und die Gruppe der „Neuen", die im wesentlichen von Julius Bruhns geführt wurde und die eine aktive Politik verlangte. Da diese sachlichen Gegensätze auch zu persönlichen Auseinandersetzungen und schließlich fast zu einer Spaltung führten, bei der die beiden Gruppen neben- und gegeneinander tätig waren, veranlaßte die Reichstagsfraktion, Wilhelm Hasenclever nach Bremen zu entsenden, um die dringend notwendige Einigkeit wieder herzustellen. Als auch dieser Versuch scheiterte, mußte sich der Parteikongreß in Kopenhagen mit den bremischen Zwistigkeiten beschäftigen. Beide Gruppen entsandten je einen Vertreter. Die Gruppe Frick wurde durch Imwolde und die Gruppe Bruhns durch Alwin Kerrl vertreten. Doch auch der Kongreß konnte keine Einigung zustande bringen. Immer wieder zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung, daß ein Zerfall der Einheit mit einer Schwächung der Partei verbunden bleibt. Der Streit der Parteigenossen ging noch ein ganzes Jahr

weiter. Erst die zwingende Notwendigkeit, die Reichstagswahl von 1884 einheitlich durchzuführen und der Bevölkerung nicht das Schauspiel einer zerstrittenen Partei zu geben, führte zu einem Ausgleich. Zu einem späteren Zeitpunkt beurteilte Bruhns, der nach der Einigung Vertrauensmann geworden war, diese Jahre der Verwirrung abgeklärter: „Später habe ich eingesehen, daß das Recht keineswegs und ausschließlich so ganz unbedingt auf unserer Seite war. Gewiß handelten die eingesessenen Genossen töricht, alle unsere Vorschläge zu einer Verbesserung der Organisation von der Hand zu weisen. Wir aber vielleicht waren nicht weniger töricht, indem wir einfach die Hamburger Parteiverhältnisse auf Bremen übertragen wollten, ohne zu bedenken, daß eins sich nicht für alle schickt und daß derartige Zustände nicht lediglich durch Beschlüsse zu schaffen sind."

Zu diesem Streit darf zusammenfassend noch einmal betont werden, daß es sich bei ihm nicht primär um ideologische Standpunkte handelte, sondern lediglich um taktische Verhaltensweisen. Bruhns' Auffassung, daß auch unter dem Gesetz eine stärkere politische Aktivität möglich und erforderlich sei, hatte durch die Verlängerung des Gesetzes, dessen Laufzeit ursprünglich auf den 31. März 1881 begrenzt war, neuen Auftrieb bekommen, während Fricks Auffassung, sich einer politischen Aktivität weitgehend zu enthalten und dadurch die Aufhebung des Gesetzes zu erleichtern, durch diese Verlängerung widerlegt zu sein schien.

Das Norddeutsche Wochenblatt

Zu einer größeren Aktivität war vor allem eine bessere und umfassendere Information erforderlich. Diesem Zwecke sollte der Bezug der in Zürich erscheinenden Zeitung „Sozialdemokrat" dienen, kurz „Züricher" genannt, dessen Verlag später durch den Druck Bismarcks auf die Schweiz nach London verlegt werden mußte. Die Zeitung mußte illegal eingeführt werden. Andererseits wurde erneut der Versuch zur Herausgabe einer Zeitung „Norddeutsches Wochenblatt" gemacht. Wilhelm Blos hat über diese Aktion in der Ausgabe der „Bremer Bürgerzeitung" aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens am 1. Mai 1915 berichtet: „Die Sache hatte unter den damaligen Zeitumständen nicht geringe Schwierigkeiten. Zunächst waren die vorhandenen Mittel natürlich sehr gering. Sodann mußten die Vorverhandlungen und Vorbereitungen geheim bewerkstelligt werden. Dies wurde um so schwieriger, als auch die umliegenden Städte Bremerhaven, Wilhelmshaven und Verden herangezogen werden sollten. Wurde eine der vielen Konferenzen, die in Hinterstuben bei verschlossenen Türen, im Walde mit aufgestellten Posten, auf Kegelbahnen und zwischen den Deichen abgehalten werden mußten, von der Polizei überrumpelt und der Zweck entdeckt, so war mit tödlicher Sicherheit zu erwarten, daß dem neuen Blatt bei seinem Erscheinen sofort der Kragen umgedreht wurde. Zu Pfingsten 1882 fand tief im Hasbruch, dem oldenburgischen Urwalde im Amte Delmenhorst, unter mächtigen uralten Eichen, wo uns keine Polizei suchte, die entscheidende Konferenz der Bremer und Wilhelmshavener Parteigenossen statt, welche die Herausgabe einer politischen Wochenschrift beschloß. Der von mir vorgeschlagene Name Norddeutsches Wochenblatt wurde angenommen und ich wurde zum Redakteur bestimmt."

Am 2. August 1882 kam die erste Nummer heraus. Das Blatt wurde bei Guthe in der Pelzerstraße gedruckt. Die Zeitung hat sich auch nach dem Fortgang von Blos unter Oehme gehalten. Sie wurde nach den Reichstagswahlen 1887 verboten. Später in Wilhelmshaven neu erstanden, hat sich aus ihr der „Rüstringer Verlag Hug & Co." entwickelt.

Die Bremer Volkszeitung 1882

Es beweist den Mut der bremischen Sozialdemokraten, daß sie nach dem

Verbot des „Norddeutschen Wochenblattes“ die Gründung einer bremischen Zeitung planten. Zwar hatte August Bebel vor diesem Schritt gewarnt und erklärt, daß er jede finanzielle Unterstützung ablehnen müsse; aber das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl 1887 auf fast das Doppelte war für die bremischen Parteigenossen ein ausreichender Grund, den Schritt aus eigener Kraft zu wagen. Mit einem Kapital von 2000 Mark wurde die „Bremer Volkszeitung“ ins Leben gerufen. Jedoch erfüllten sich die zuversichtlichen Hoffnungen nicht, daß die Zeitung sich aus eigener Kraft weiterhin erhalten werde. Das vorhandene Geld war innerhalb eines Vierteljahres verbraucht, die vorhandenen Verpflichtungen wuchsen an und konnten nicht erfüllt werden.

„Man hatte sich schon über den Wortlaut der Erklärung an die Leser, weshalb die Zeitung ihr Erscheinen einstellen müsse, verständigt. Da erschien als Retter in der Not – die Polizei. Ein höherer Beamter überbrachte die Verfügung eines hohen Senats der ‚Freien Stadt Bremen‘, laut welcher die am vorhergehenden Tag erschienene Nummer der ‚Bremer Volkszeitung‘ und zugleich das weitere Erscheinen des Blattes verboten wurde.“ So Julius Bruhns. Auf eine Beschwerde wurde nach einigen Monaten das Verbot als ungerechtfertigt aufgehoben. Ein seltener Fall! Aber die Zeitung erschien nicht wieder. Julius Bruhns selbst, der als Lokalredakteur bei der Zeitung tätig gewesen war, bekam einen Ausweisungsbefehl. Aber auch diese Maßnahme mußte die Polizei aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zurückziehen.

Die Einfuhr illegaler Literatur

Gelang es auch der bremischen Polizei, Versuche der Sozialdemokraten, an Stelle der verbotenen Zeitungen Ersatz-Zeitungen herauszugeben, zu unterbinden, so waren doch ihre Bemühungen, die Einfuhr und Verbreitung illegaler Literatur und der im Ausland verlegten Druckschriften und Zeitungen, die über Bremen ins Reichsgebiet eingeschmuggelt wurden, unmöglich zu machen, fast erfolglos. Bremen war bis zu seinem Eintritt in den Deutschen Zollverein eine Freihafenstadt. Während alle übrigen deutschen Bundesstaaten sich dem Zollverein angeschlossen hatten, blieben Hamburg und Bremen ihm fern. So war der größte Teil der Stadt Zollausland, in das ausländische Waren, auch Zeitungen, eingeführt werden konnten, ohne daß die Zollbeamten tätig werden konnten. Das konnten sie frühestens, wenn das zum Weiterversand in das Zollinland vorgesehene Material die Zollgrenze passierte.

Die „Rote Feldpost“

Diesen Umstand machten sich die Bremer Sozialdemokraten zunutze. Ihre Aufgabe war es, die bei einzelnen Vertrauensleuten angelieferten Pakete mit Zeitungen aufzuteilen und an bestimmte Anschriften ins Reichsgebiet weiterzusenden. Die benötigten Anschriften wurden ihnen durch den Leiter der „Roten Feldpost“, Julius Motteler, zugeleitet. Dieser Aufgabe unterzogen sich die ins Vertrauen gezogenen Parteianhänger fast während der gesamten Geltungsdauer des Gesetzes trotz der damit verbundenen Gefahr mit großer Umsicht. Der Polizei ist es nur selten gelungen, Schuldige zu fassen und Täter der Bestrafung zuzuführen.

Der „Sozialdemokrat“

Nachdem auf Grund des Gesetzes alle im Inland bisher erschienenen Zeitungen verboten waren, wurde schon im Jahre 1879 in Zürich unter dem Titel „Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokraten deutscher Zunge“ eine wöchentlich erscheinende Zeitung herausgegeben. Da sie im Ausland erschien, konnte ihre Herstellung von deutschen Behörden nicht unterbunden werden. Es blieb die Aufgabe der Polizei, ihre Verbreitung im Reichsgebiet weitgehend zu unterbinden. Zwar versuchte Bismarck durch Druck auf die Schweiz das Erscheinen in Zürich unmöglich zu machen; aber die Schweiz widersetzte sich seinem Drängen. Sie hielt an ihrer Tradition, Zuflucht

und Asyl für Gesinnungsverfolgte zu sein, fest und wies die Wünsche Bismarcks ab. In der Schweiz lebte zu jener Zeit eine größere Anzahl aus Deutschland kommender Flüchtlinge, unter ihnen Bernstein, Kautsky, v. Vollmar und andere. Sie arbeiteten an der Zeitung mit und gaben ihr ein klar umrissenes Profil. Eine andere Zeitung, die schon unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes in London herausgegeben wurde „Die Freiheit“, war ebenfalls ein Objekt, das häufig nach Bremen eingeschmuggelt wurde. Ihr Herausgeber Most wurde später wegen seiner anarchistischen Anschauungen aus der Partei ausgeschlossen.
Immer erneut wurde von Berlin aus die bremische Polizei aufgefordert, nach solchen Zeitungen zu fahnden, oder – wie es in den Akten heißt – „zu vigilieren“. Die Reichsregierung muß in jener Zeit in einer Reihe ausländischer Häfen bezahlte Hintermänner unterhalten haben, die nach Berlin meldeten, wenn illegales Material per Schiff zum Versand kommen sollte. Dafür mögen einige Auszüge aus Akten des Staatsarchivs zum Beweis zitiert werden:

> 5. Juni 1879: Die bremische Polizei wird darauf verwiesen, daß sozialistische Schriften, insbesondere die „Freiheit“, durch Mannschaften der zwischen England und Bremen verkehrenden Schiffe eingeführt werden. Aktenvermerk der Polizei: „Nichts ermittelt“.
> 20. Oktober 1879: Neue Meldung aus Berlin: Die Einfuhr der „Freiheit“ und des „Revolutionär“ betreffend. Aktenvermerk der Polizei: „Ermittlung erfolglos“.
> 3. November 1879: Vigilanz (Suche) nach einem Buchdrucker, der von den Vereinigten Staaten aus die „Freiheit“ nach Deutschland einführen will. Aktenvermerk der Polizei: „Kein Resultat“.
> 24. bis 30. März 1880: Berlin telegraphiert, daß nunmehr die „Freiheit“ in englischen Zeitungen, wie „Times“ verpackt, eingeführt wird. Sie soll auch in Röhren und dicken Bambusstäben versteckt ankommen. Berlin wird von der Polizei mitgeteilt, daß Recherchen nach verbotenem Material erfolglos geblieben seien.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Sie könnten bis zur Aufhebung des Gesetzes fortgesetzt werden und richteten sich ab 1879 besonders gegen den „Sozialdemokraten“, auf dessen Erscheinen die Polizei schon am 10. Oktober 1879 von Berlin aufmerksam gemacht wurde.
Der Vertrauensmann der „Roten Feldpost“ in Bremen war der schon wiederholt genannte Julius Bruhns, der einen kleinen Kreis zuverlässiger Genossen um sich versammelt hatte. War der „Sozialdemokrat“ in Paketen oder Päckchen in Bremen angekommen, so wurde er in einem oder mehreren Exemplaren in Briefumschläge gesteckt, adressiert und der Post übergeben, wobei darauf geachtet werden mußte, daß auch die Post keinen Verdacht schöpfte. Zu diesem Zweck wurden jeweils nur wenige Briefe in den gleichen Briefkasten geworfen, aber auch Päckchen aus den umliegenden Dörfern auf Spaziergängen abgesandt. Hier waren beim Schmuggeln in das Zollinland besonders die Frauen behilflich, die in den weiten Röcken, wie sie seinerzeit Mode waren, das gefährliche Material gut verstecken konnten. Daß sowohl der Empfang wie auch die Weiterversendung mit erheblichen Gefahren verbunden war, war den beteiligten Parteigenossen wohl bekannt. Das Gesetz hatte die Strafe auf drei Monate Gefängnis festgelegt.
In seinem Erinnerungsbuch berichtet Julius Bruhns, daß für ihn eines Tages ein Paket

aus London eingetroffen sei. Das Paket sei auf dem Transport beschädigt worden. Es trug die Inhaltsbezeichnung: „Englische Tuche". In Wirklichkeit aber enthielt es eine größere Sendung des „Sozialdemokrat". Bruhns wurde bei seiner Vorsprache lediglich gefragt, ob er Schadensantrag stellen wolle, worauf Bruhns großzügig verzichtete und erleichtert mit dem Päckchen „Sozialdemokrat" unter dem Arm seiner Wohnung zustrebte. Einzelne Exemplare des „Sozialdemokrat" wurden bei Verdächtigen von der Polizei wiederholt gefunden. Aber der Senat hatte schon früh das Gesetz so ausgelegt, daß ein vorgefundenes einzelnes Stück nicht zu beschlagnahmen sei, weil das Gesetz nicht den Besitz, sondern nur die Verbreitung unter Strafe stelle. Eine solche Entscheidung war schon am 12. November 1880 ergangen, als die Polizei den Kalender „Der arme Conrad" bei einem Besitzer beschlagnahmt hatte. Der diesbezügliche Aktenvermerk lautet: „Da der arme Conrad nur in einem Exemplar vorhanden, kann der Kalender als zum Zwecke der Verbreitung vorgefunden, nicht betrachtet werden". Die Polizei mußte ihn zurückbringen.

In ähnlicher Weise wurde verfahren, als bei dem früheren Redakteur Max Neisser eine Haussuchung vorgenommen wurde. Neisser gab an, daß er der Partei nicht mehr angehöre (sie hatte sich 1878 selbst aufgelöst). Seine beschlagnahmten Bücher mußte die Polizei zurückgeben. Der Senat hielt sich im Gegensatz zu den Regierungen anderer Länder in der Anwendung des Gesetzes zurück und benutzte es nicht zu Schikanen gegen die Sozialdemokraten. Als der Polizeipräsident von Berlin die hiesige Polizeidirektion aufforderte, die Post verdächtiger Personen zu überwachen, reichte die Polizei die Aufforderung lediglich an die hiesige Post weiter. Die Post lehnte jedoch das Ansinnen der Postüberwachung ab. In ihrer Antwort an den Berliner Polizeipräsidenten wies sie ihn mit einer Rechtsbelehrung darauf hin, daß die Post dazu verfassungsmäßig kein Recht habe.

Es gibt noch Richter in Bremen

Nur einmal gelang es der bremischen Polizei, eine größere Anzahl des „Sozialdemokrat" in dem Wohnzimmer eines Gastwirtes aufzuspüren und zu beschlagnahmen. Im Verfolg dieses Vorganges wurde eine Anzahl bremischer Sozialdemokraten verhaftet. Unter ihnen befand sich auch Julius Bruhns. Über den Ausgang des durchgeführten Prozesses erfahren wir von ihm: „Der Prozeß endete auch für die übrigen in denselben verwickelten Genossen verhältnismäßig günstig. Bis auf einen einzigen wurden die übrigen entweder unter Einstellung des Verfahrens aus der Haft entlassen oder in der Hauptverhandlung freigesprochen. Nur einer (Knöpfel) wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil bewiesen schien, daß er wiederholt den ‚Sozialdemokrat' verbreitet hatte. Dabei stellt das Gericht sogar als notorisch hin, daß von Bremen regelmäßig größere Posten des verbotenen Blattes in das Inland verbreitet wurden, wenn auch nicht bestimmt festgestellt werden konnte, durch welche Personen diese Verbreitung erfolgte. Unter solchen Umständen mußte das Urteil, in Vergleich gesetzt zu den sonst in Deutschland gegen Sozialdemokraten üblichen Urteilen, als ein außerordentlich mildes bezeichnet werden und die Bemerkung des ‚Sozialdemokrat': ‚Es gibt noch Richter in Bremen' erschien durchaus gerechtfertigt. Daß im übrigen wir uns durch den Zwischenfall nicht stören ließen, ist selbstverständlich."

„Der Reiseunterstützungsverein für deutsche Tabakarbeiter

Im Jahre 1882 war in den Kreisen der bremischen Tabakarbeiter ein „Reiseunterstützungsverein für deutsche Tabakarbeiter" gegründet worden, dessen Mitgliedschaften sich im Laufe der nächsten Jahre im ganzen Reichsgebiet ausdehnten. Auch diese unpolitische Vereinigung erregte bei auswärtigen Polizeibehörden vielfach den Verdacht, eine Tarn-Organisation der verbotenen Partei zu sein. Da der Sitz dieses

Unterstützungsvereins Bremen war, erfolgte eine große Anzahl von Anfragen, deren Beantwortung die hiesige Polizeidirektion korrekt vornahm. So antwortete sie auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Weißenfels (in Sachsen): „Ob der Reiseunterstützungsverein der Tabakarbeiter etwa nach Artikel I Abs. 1 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie einer außerordentlichen staatlichen Kontrolle unterstellt oder etwa schon verboten sei, bezüglich ob derselbe überhaupt sozialdemokratische Tendenzen verfolge, wie folgt: „Derselbe sei weder politisch verboten noch bis jetzt staatlicher Kontrolle unterstellt. Wenn auch ein Teil der Mitglieder, namentlich der Vorstandsmitglieder, hier in Verdacht stehe, daß sie der sozialdemokratischen Partei angehören, so sind bis jetzt Tatsachen nicht hervorgetreten, welche beweisen, daß der Verein sozialdemokratische Tendenzen verfolgt." Auf die vielen Anfragen gleicher Art lautet die anweisende Bemerkung des Sachbearbeiters lediglich: „Antwort wie üblich".
Selbst als der königlich-preußische Polizeipräsident Berlins sich mit dieser Antwort nicht begnügte und belehrend darauf hinwies, daß nach § 360,9 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich die Gründung von Witwen- und anderen Versicherungskassen ohne staatliche Genehmigung nicht zulässig sei und ob solche staatliche Genehmigung vor der Gründung erteilt sei, teilt man ihm aus Bremen mit, daß das nach bremischem Recht nicht erforderlich sei. Welches auch immer die Gründe dieses bremischen Verhaltens gewesen sein mögen, Sozialistenfreundlichkeit war es auf keinen Fall, wohl eher das Selbständigkeitsbewußtsein der alten Stadtrepublik, die sich auch von Berlin nicht bevormunden lassen wollte. Vielleicht war es aber auch die Erkenntnis, daß man mit den Mitteln des Verbotes und politischer Unterdrückung Ideen, die aus der Sehnsucht und Forderung nach Gerechtigkeit und menschlicher Würde erwuchsen, nicht mit Gewalt zerschlagen könne.
Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich auch nach der Gründungskrise der 70er Jahre nicht beruhigt. Die Arbeitslosigkeit war zwar abgeklungen, aber von einer wirtschaftlichen Festigkeit zu sprechen, lag kein Anlaß vor. Noch immer waren die Lebensverhältnisse der gelernten und ungelernten Arbeiter bedrückend, die Lohnverhältnisse ungeordnet und selbst eine Bregrenzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden Arbeit noch nicht erreicht. Daß wirtschaftliche Probleme die Menschen bewegten und daß organisatorische Zusammenschlüsse in Hilfskassen und Fachverbänden erfolgten, war eine Folge der schwierigen wirtschaftlichen Lage. Von den Sozialdemokraten wurde jede Form der Organisation begrüßt, sie arbeiteten mit und schufen dadurch sogleich einen günstigen Nährboden für ihre politische Arbeit. Hatte man sich in den ersten Jahren in der Öffentlichkeit fast völlig zurückgehalten und sich nur gelegentlich in den Hinterzimmern zuverlässiger Gastwirte getroffen, so ging man nun dazu über, Vereinigungen zu schaffen, die, wie der Verein für Geschichte und Naturgeschichte, der Dramatische Lesezirkel, der Klub Heiterkeit, harmlose Bezeichnungen trugen. Ihre Aufgabe war es unter Umgehung der gesetzlichen und politischen Bestimmungen dem Zusammenhalt untereinander eine organisatorische Grundlage zu geben.
Selbstverständlich wurden auch diese Versammlungen oder Veranstaltungen polizeilich überwacht, aber wesentlicher als die vorgeschützte Vereinstätigkeit waren die persönlichen Gespräche und die politischen Informationen, zu deren Austausch hier Gelegenheit gegeben wurde. Als aber nach dem Kopenhagener Kongreß Alwin Kerrl im „Verein für Geschichte" über dessen Ergebnisse berichten wollte, wurde die Versamm-

lung durch eine Denunziation von der Polizei aufgehoben. Mehrere Teilnehmer wurden verhaftet und mit Gefängnis oder Haft bestraft. Sowohl der „Verein für Geschichte" als auch der „Dramatische Lesezirkel" wurden anschließend auf Grund des Art. I des Sozialistengesetzes verboten.

Die Reichstagswahlen 1884–1887

In Bremen war für die Reichstagswahlen 1884 als Kandidat der Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht aufgestellt worden. Bei dieser Wahl versuchte die Polizei, die Wahlarbeit der Sozialdemokraten zu behindern. Als an einem Abend – es war der 26. Oktober 1884 – bei Julius Bruhns Pakete mit Flugblättern, die zur Wahl Liebknechts aufforderten, gefunden wurden, griff die Polizei ein und beschlagnahmte das Propaganda-Material. Julius Bruhns und drei politische Freunde, die sich zur Verteilung der Flugblätter bei ihm eingefunden hatten, sollten angezeigt werden. Aber hier war der Senat anderer Meinung als die Polizei. Die Polizeikommission des Senats verfügte die sofortige Freigabe des Materials; die Polizei mußte die beschlagnahmten Pakete zurückbringen. Eine Anklage wurde nicht erhoben.

Trotz der größeren Werbefreiheit war der Erfolg gering. Die Sozialdemokraten erhielten nur 274 Stimmen mehr als bei der Vorwahl, ein Umstand, der mit den vorhergehenden Streitigkeiten zwischen den beiden Gruppen in Zusammenhang zu bringen ist und vielleicht auch darin seinen Grund hatte, daß Liebknecht kein Bremer war. Gewählt wurde der 75jährige Kaufmann und Reeder H. H. Meier mit 10 526 Stimmen, während der deutschfreisinnige Eugen Richter die gleiche Stimmenzahl wie Wilhelm Liebknecht erreichte. Im Reichsgebiet war der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen von 311 961 im Jahre 1881 auf 549 000, das heißt um rund 70 Prozent gestiegen, während im gleichen Zeitraum in Bremen nur ein Zuwachs von 6 Prozent der Stimmen erreicht werden konnte.

Der Reichstagsbeschluß, der eine von Sozialdemokraten polizeilich angemeldete Versammlung mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten gestattete, ermöglichte auch, zwischen den Wahlkämpfen gelegentlich sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete auf Versammlungen sprechen zu lassen. Allzu groß scheint der Erfolg solcher Versammlungen nicht gewesen zu sein. Die Teilnehmerzahl schwankte zwischen 300 bis 500. Gegenüber politischen Versammlungen in der Zeit vor dem Sozialistengesetz blieben sie in der Teilnehmerzahl weit zurück. Zu den Rednern in Bremen zählten unter anderem Liebknecht und Wilhelm Blos, der inzwischen von einem anderen Wahlkreis in den Reichstag geschickt worden war. Neben diesen gelegentlichen Veranstaltungen, die im wesentlichen über die Arbeit der Reichstagsfraktion informierten, blieben lokale Versammlungen weiterhin verboten.

Streiks

Einen erheblichen Aufschwung nahmen die Fach- und Unterstützungsvereine der verschiedenen Berufe. So sind in den Jahren von 1885 bis 1887 in Bremen insgesamt 26 Neugründungen erfolgt. Welche Bedeutung man anderenorts diesen Vereinigungen zusprach, geht aus einem Rechenschaftsbericht der sächsischen Regierung vom 16. September 1886 hervor, der den außerordentlichen Aufschwung des Fachvereinswesens besonders betonte. In Leipzig – so heißt es – sei die Zahl der Vereine von 21 auf 35 gestiegen. Diese Fachvereine ständen im engsten Zusammenhang mit der Sozialdemokratie, zum Teil seien sie sogar Schöpfer und Organe derselben. Ihre Gründung wurde erleichtert durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung. Lohnkämpfe, die oft zu Streiks führten, setzten ein, teils um Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern, teils um geringe Lohnerhöhungen zu erreichen. So fanden in Bremen im Jahre 1887 sechs verschiedene

Streiks statt. Der größte Streik wurde von den Arbeitskräften der Jutespinnerei und Weberei geführt. Es ging um eine Lohnerhöhung von 30 Pfennig pro Tag. 900 Arbeiter streikten fast zwei Monate. Der Streik endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Der Senat verhielt sich in den Lohnkämpfen neutral. Von Übergriffen oder gar Ausschreitungen wird nichts berichtet.

W. Liebknecht Kandidat

In dieser Situation, die durch Lohnkämpfe und eine tiefe Unzufriedenheit gekennzeichnet war, fand im Februar 1887 die Wahl zum Reichstag statt. Nachdem man sich unter den Sozialdemokraten auf eine erneute Kandidatur Wilhelm Liebknechts geeinigt hatte, wobei es um die Frage gegangen war, ob man einen Bremer oder einen Auswärtigen stellen sollte, wählte man eine Kommission, die den bevorstehenden Wahlkampf propagandistisch leiten sollte. Eine wesentliche Forderung war die Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze, besonders des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokraten. Dieser Wahlkampf, bei dem erstmalig wieder eine Reihe von sozialdemokratischen Versammlungen durchgeführt wurde, die Teilnehmerzahlen von einigen hundert bis zweitausend aufwiesen, endete mit beachtenswertem Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen.

Aufgestellt waren drei Kandidaten: Für die Deutsche Freisinnige Partei der Direktor des Alten Gymnasiums Prof. Bulle, für die National-Liberale Partei H. H. Meier – der bisherige bremische Vertreter im Reichstag –, und für die Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht. Der erste Wahlgang brachte keine Entscheidung:

H. H. Meier	11 893	Stimmen,
Prof. Bulle	7 797	Stimmen,
W. Liebknecht	7 748	Stimmen.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatte, mußte zwischen den beiden Kandidaten, die die höchste Stimmenzahl erhalten hatten, eine Stichwahl stattfinden, also zwischen H. H. Meier und Prof. Bulle. Die Sozialdemokraten, deren Stimmenzahl nunmehr den Ausschlag gab, entschieden sich für Prof. Bulle. Er war für die Sozialdemokraten das „kleinere Übel", hatten sich doch die Freisinnigen gegen eine Verlängerung des Sozialistengesetzes ausgesprochen.

Über diese Entscheidung schreibt Julius Bruhns in der Festschrift zum Parteitag der deutschen Sozialdemokraten, Bremen 1904: „Vor der Stichwahl wurde von sozialdemokratischer Seite eine Wählerversammlung einberufen, um die Stellung der Partei zu den beiden bürgerlichen Kandidaten kundzugeben. Wir hatten zu diesem Zwecke das größte Versammlungslokal „Casino" erlangt unter wohlwollender Neutralität der Polizei gegenüber dem Saalinhaber. Hoffte man doch, die Sozialdemokraten würden sich für die Unterstützung des ungekrönten Königs von Bremen H. H. Meier erklären. Die bremischen Pfeffersäcke wurden aber bitter enttäuscht. Die Versammlung – die erste politische seit einer Reihe von Jahren – war ungeheuer stark besucht – eine Tellersammlung zur Deckung der Unkosten ergab etwa 300 Mark – und beschloß mit überwältigender Mehrheit die Stichwahlunterstützung des deutsch-freisinnigen Kandidaten. In der Stichwahl siegte dann auch Prof. Bulle mit Hilfe der Sozialdemokraten mit 15 745 Stimmen gegen H. H. Meier, der 12 825 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Zählt man die im ersten Wahlgang für Bulle und Liebknecht abgegebenen Stimmen zusammen, so ergeben sich 15 540 Stimmen. Die sozialdemokratischen Wähler hatten also geschlossen der Empfehlung der Casino-Versammlung Folge geleistet, ein Beweis für den Einfluß, den die Sozialdemokraten wieder gewonnen hatten. Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen betrug rund 60 Prozent gegenüber der Wahl

von 1884. Ihr Anteil an den bei der diesmaligen Wahl abgegebenen Stimmen betrug 27,7 Prozent. Im gesamten Reichsgebiet erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 763 128 Stimmen = 10,1 Prozent sämtlicher Wählerstimmen. Es zeigte sich immer deutlicher, daß das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten nicht in der Lage war, die Ideen der sozialdemokratischen Bewegung zu unterdrücken. Die Wahl von 1887 wurde die letzte unter dem Sozialistengesetz.

Die parlamentarische Arbeit in Bremen während des Sozialistengesetzes

Neben den Wahlen zum Deutschen Reichstag beteiligten sich nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes die bremischen Sozialdemokraten auch an den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft. Bisher hatten sie sich jeder Teilnahme an diesen Wahlen enthalten, um ihrem Protest gegen das in Bremen herrschende Achtklassenwahlrecht Ausdruck zu geben.

Die erste geheime Konferenz der Sozialdemokraten, die nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes in dem Schloß Wyden in der Schweiz stattfand, hatte den Parteigenossen empfohlen, sich an den Kommunalwahlen – insbesondere an den Landtagswahlen – zu beteiligen, um die hier vorhandenen Möglichkeiten agitatorisch und propagandistisch auszunutzen. Dieser Empfehlung folgte man auch in Bremen. Hauptforderung der bremischen Sozialdemokraten bei den Bürgerschaftswahlen war die Forderung nach der Abschaffung des Achtklassenwahlrechts und der Ersatz durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das ihnen eine gerechtere staatsbürgerliche Mitarbeit und Mitverantwortung sichern sollte. Ihnen kam es aber auch gleichzeitig darauf an, der Öffentlichkeit immer erneut zu beweisen, daß sie die Erreichung ihrer Ziele und Forderungen nur auf dem Wege demokratischer Entscheidung durchführen wollten, nicht aber durch einen gewaltsamen Umsturz, wie von ihren bürgerlichen Gegnern stets erneut behauptet wurde. Damit lehnten sie zugleich jede anarchistische Tendenz ab, denen sich auch der erste Reichstagskandidat der Sozialdemokraten in Bremen Wilhelm Hasselmann zugewandt hatte. Er war nach London emigriert. Der Wydener Parteikongreß erklärte, daß Hasselmann nicht mehr als zu der Partei gehörig zu betrachten sei.

Psychologisch wäre es durchaus erklärbar, daß die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Not, der die werktätige Bevölkerung in dieser Zeit ausgesetzt war, der Druck, der auf sie ausgeübt wurde, sie an einer langsamen Besserung ihrer Lage hätte verzweifeln lassen und daß sie eine baldige Besserung nur noch von einer rücksichtslosen Anwendung der Gewalt erhofft hätte. „In Bremen haben wir mit anarchistischen Elementen, die damals bekanntlich den Gewalthabern viel lieber waren als die Sozialdemokraten, nichts zu tun gehabt", berichtet Julius Bruhns. Und im Reichstag erklärte August Bebel gegenüber dem Vorwurf des Innenministers v. Puttkammer, der die Ziele und Methoden der Anarchisten mit denen der Sozialdemokraten gleichsetzte: „Die Anarchisten sind nur möglich geworden durch das Sozialistengesetz und die Väter des Sozialistengesetzes sind zugleich die Väter der Anarchisterei".

Als erster bremischer Abgeordneter wurde 1881 der Bäcker J. Meyer in die Bürgerschaft gewählt. Im Jahre 1884 kamen vier weitere Vertreter der Sozialdemokratie hinzu. Von den Anträgen, die während der Jahre bis 1887 von ihnen gestellt wurden, sind zwei besonders hervorzuheben: Ein Antrag, der sich auf die Erweiterung der Fabrikinspektion bezog, um eine größere Sicherheit der Arbeiter am Arbeitsplatz zu erreichen – und ein weiterer Antrag, der die Schulgeldfreiheit für sämtliche Schulen forderte. Daß die bürgerliche Mehrheit einen solchen Antrag ablehnte, war in einer

Klassengesellschaft selbstverständlich. Der Antrag auf Erweiterung der Fabrikinspektion gab Anlaß zu einigen Verbesserungen.

Arbeiterkammer

In der Wahl von 1887 verstärkte sich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten der bremischen Bevölkerung auf neun Mitglieder. Von den Anträgen, die in dieser Legislaturperiode eingebracht wurden, müssen einige hervorgehoben werden. Erstmalig wurde die Forderung nach einer Arbeiterkammer erhoben. Sie sollte die gleichen Aufgaben für die Arbeiterschaft übernehmen, die die Handelskammer, Gewerbekammer und Landwirtschaftskammer für die in ihr vertretenen Berufskreise ausübte, aber sie sollte nicht die Arbeiterschaft zu einem privilegierten Berufsstand machen, wie es die übrigen Kammern waren, die zur Benennung von Vertretern zur Bürgerschaft berechtigt waren. Ein weiterer Antrag forderte die Abhaltung der Wahl zur Bürgerschaft an einem Sonntag, da die Wahlen an einem Wochentag manchem Arbeiter wegen des Verdienstausfalles die Ausübung des Wahlrechts unmöglich machte.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts

In dieser Legislaturperiode der bremischen Bürgerschaft wurde von den Sozialdemokraten ein Antrag zur Frage der Unentgeltlichkeit des Unterrichts eingebracht. Er forderte im Gegensatz zu dem schon besprochenen Antrag nur die Unentgeltlichkeit für die Volksschulen in Bremen, eine Forderung, die in Preußen und dem Nachbarland Oldenburg schon verwirklicht war. (In Bremen gab es bis 1918 zwei Arten von Volksschulen, die sogenannte Geldschule, für deren Besuch ein Schulgeld erhoben wurde, und die Freischule, die man in Bremen abwertend „Klinkengymnasium" nannte, und deren Besuch unentgeltlich war.) Doch auch dieser Vorstoß scheiterte vornehmlich am Widerstand des Senats. Gleichermaßen abgelehnt wurden die Anträge auf Einführung des Turnunterrichts an Freischulen und auf Errichtung einer Badeanstalt für die Bewohner des Westens, in dem hauptsächlich die Arbeiterbevölkerung ihren Wohnsitz hatte. Der Antrag bezweckte die gesundheitliche Förderung dieser Bevölkerungsschicht.

In diesem Zeitraum, in dem die sozialdemokratischen Vertreter sich in einer hoffnungslosen Minderheit gegenüber der großen Mehrheit des gesamten Bürgertums befanden, waren sichtbare Ergebnisse kaum zu erwarten. Es waren die ersten Schritte zu einer parlamentarischen Arbeit auf lokaler Ebene, die jedoch das Erscheinungsbild der Sozialdemokratie, wie es in der Öffentlichkeit durch eine feindliche Presse und durch eine verzerrte Propaganda geformt worden war, nur unwesentlich abschwächte. Ein Sozialdemokrat war eben in dieser Zeit ein Böser schlechthin. Die Ballonmütze, der blaue Arbeitskittel, ungepflegt und mit bösartigem Gesichtsausdruck, so wurde er dargestellt. Die primitive Vorstellung, er wolle alles teilen, geisterte in den Köpfen der Besitzenden und den Ausspruch: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein" habe ich als Knabe im Anfang dieses Jahrhunderts häufig genug von kleinen Bürgersleuten hören müssen.

Verschärfte Gegensätze im Reich

Gegen Ende der 80er Jahre klangen die Auswirkungen des Sozialistengesetzes in Bremen langsam ab, in den anderen Bundesländern des Reiches jedoch lagen die Verhältnisse wesentlich anders. Bismarck hatte 1888 im Reichstag versucht, eine Verlängerung des Sozialistengesetzes um weitere fünf Jahre zu erreichen und härtere Strafen für sozialdemokratische Agitatoren und die Möglichkeit des Entzuges der Staatsangehörigkeit gefordert. Der Reichstag lehnte jedoch alle Forderungen auf eine Verschärfung ab und verlängerte die Laufzeit lediglich um zwei Jahre.

Verschärft wurde die wirtschaftliche Situation in diesen Jahren durch Auswirkungen einer Wirtschaftskrise, die zu harten Arbeitskämpfen führte. Besonders heftig waren

diese Kämpfe in den Bergbaurevieren, so in Schlesien, in Sachsen, in den Revieren an Rhein, Ruhr und Saar. Das Ergebnis der Kämpfe war der Zusammenschluß der Bergleute zu einer einheitlichen Organisation, aus der sich der Deutsche Bergarbeiterverband entwickelte.

Wie scharf die Gegensätze zwischen Regierung und Arbeiterbewegung sich zugespitzt hatten, beweist eine Ansprache des jungen Kaisers, der 1888 als Wilhelm II. den Thron bestiegen hatte. Bei einem Empfang einer Delegation der Bergarbeiter warnte er die Bergarbeiter vor jeder Verbindung mit sozialdemokratischen Kreisen und erklärte: „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit einem Reichs- und Vaterlandsfeind". Ein böses Wort, das wesentlich dazu beitrug, die Kluft zwischen Regierung und Arbeiterschaft zu vertiefen. Es war eine Kampfansage, die zu Staatsverdrossenheit und Staatsfeindschaft führen sollte.

Der Parteikongreß in St. Gallen

Aber alle Diskriminierungen und Verleumdungen, alle Verfolgungen und Schikanen durch die Polizei, alle harten Gerichtsurteile konnten weder die Sozialdemokraten entmutigen, noch gar der Bewegung das Rückgrat brechen oder zerschlagen. Gewiß war es unmöglich, innerhalb des Reichsgebietes zu einem Kongreß zusammenzutreten, aber die Möglichkeit, im Ausland zu geheimen Kongressen zusammenzukommen, konnte die Polizei nicht unterbinden. So fand im Oktober 1887 ein mehrtägiger Parteikongreß in St. Gallen (Schweiz) statt, der von 80 Delegierten – davon 65 aus Deutschland – besucht wurde. Für Bremen nahm Julius Bruhns als Delegierter teil. Das wichtigste Ergebnis dieses Kongresses war die Einsetzung einer Kommission, die das Parteiprogramm überarbeiten und der Beschluß zur Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, der gemeinsame Vorschläge für eine internationale Arbeitsschutzgesetzgebung erarbeiten sollte.

Internationaler Arbeiter-Kongreß in Paris

Dieser Kongreß trat am 14. Juli 1889 in Paris zusammen. Es war der 100. Jahrestag der Erstürmung der Bastille, der Geburtsstunde der großen französischen Revolution. Unter den mehr als 500 Teilnehmern waren 354 aus dem Ausland nach Paris gekommen, darunter 82 Deutsche. Auch auf diesem Kongreß wurde Bremen durch Julius Bruhns vertreten. Der Kongreß beschloß die Gründung der II. Internationale, verabschiedete Vorschläge zu einem Arbeiterschutzgesetz und legte fest, daß am 1. Mai jeden Jahres in allen angeschlossenen Ländern für den Achtstundentag demonstriert werden sollte, erstmals am 1. Mai 1890. Julius Bruhns faßte seinen persönlichen Eindruck von diesem Kongreß wie folgt zusammen: „War schon die Tatsache, daß Millionen Arbeiter aus den verschiedensten Ländern, die verschiedensten Sprachen redend, mit den allerverschiedensten Anschauungen, Sitten und Gebräuchen, hierher ihre Vertreter schickten, damit sie zusammen beraten und beschließen sollten, was gegenüber diesem gemeinsamen Feind, dem Kapitalismus geschehen sollte, ein weltgeschichtliches Ereignis, wie es bisher niemals dagewesen. Und das Ereignis, das trotz aller Schwierigkeiten in den gemeinsamen Beratungen erzielt wurde, jene grundlegenden Beschlüsse, die den Arbeitern aller Länder eine Richtschnur für ihre fernere Tätigkeit zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus geben sollte und gegeben haben, sind für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in vielen Ländern von großer Bedeutung geworden. Die Stellungnahme des internationalen Arbeiterkongresses gegen Militarismus und für den Weltfrieden aber bedeutete eine wahrhaft große Kulturtat."

Bremen wächst

Während der 80er Jahre, in denen die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durch das Sozialistengesetz gehemmt war, hatte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und damit auch Bremens erhebliche Fortschritte

gemacht. Die Bevölkerung der Großstädte war in stetigem Ansteigen. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs. Sie stieg in der Zeit von 1875 bis 1895 von 3,5 auf 6,4 Millionen. Die Produktionsziffern der industriellen Betriebe hoben sich trotz immer wieder auftretender Krisen. Deutschland, das 1861 die vierte Stelle unter den Ländern mit industrieller Produktion einnahm, rückte 1900 an die zweite Stelle vor England, dem Mutterland der industriellen Revolution.
Mit der Zunahme der Warenerzeugung wuchs auch der Handelsumsatz mit den Hansestädten, die nun neben der Einfuhr ausländischer Güter auch in steigendem Maße die Ausfuhr binnenländischer Erzeugnisse übernahmen. 1875 überschritt die Einwohnerzahl der Stadt Bremen erstmalig die Zahl 100 000. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1875 ergab 102 409 Einwohner. Das waren innerhalb von 20 Jahren fast 40 000 Menschen mehr. Und dieses Wachstum hielt an. Die Vorstädte, namentlich im Westen der Stadt, breiteten sich aus. Am 1. September 1879 wurde in der Längsrichtung der Stadt, vom Markt bis Walle, die erste Pferdebahn eröffnet und damit die erste Verkehrsverbindung für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen, nachdem schon einige Jahre vorher die Pferdebahn vom Herdentor bis zur Vahr eröffnet worden war. Der Straßenzug vom Markt bis zur Faulenstraße verwandelte sich in eine reine Geschäftsstraße. Die Anzahl der Betriebe stieg innerhalb des Jahrzehntes 1880 bis 1890 von 169 auf 308 und gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen von 5800 auf 11 200. Die Tageslöhne der Arbeiter schwankten bei 10- und mehrstündiger Arbeitszeit zwischen 1,50 Mark bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der Jutespinnerei und 4,– Mark bei einzelnen Berufen, im Durchschnitt lagen sie bei 3,– Mark. Der Wohnungsbau hielt mit dem Wachstum der Stadt nicht Schritt. Es mehrten sich die Klagen über Wohnungsmangel für die arbeitende Bevölkerung, insbesondere der Zugewanderten. Das Bild der Stadt hatte sich gewandelt. Eine neue Periode der bremischen Wirtschaft war angebrochen.

Der Zollanschluß

Im Jahre 1888 wurde der Anschluß Bremens an den Deutschen Zollverein Wirklichkeit. Die Frage, ob Bremen als Freihafenstadt sich dem Zollverein anschließen oder ihm fernbleiben solle, hat die Gemüter der bremischen Kaufmannschaft – aber auch der übrigen Bevölkerung der Stadt – jahrelang beschäftigt, insbesondere seit sich die Nachbarländer Oldenburg und Hannover schon in den 60er Jahren dem Zollverein angeschlossen hatten. Neben die politische Spaltung trat zusätzlich der wirtschaftspolitische Gegensatz zwischen den Freihandelsanhängern und den Anhängern des Anschlusses an den Zollverein. Obwohl alle übrigen Bundesstaaten dem Zollverein beigetreten waren, blieben allein Hamburg und Bremen als die beiden bedeutendsten Handelsstädte außerhalb des Zollvereins, waren somit Zollausland. Bismarck hatte am Ende der 70er Jahre die beiden Hansestädte aufgefordert, ihren Beitritt zu vollziehen. Sein Ausspruch: „Deutschland kann durch Preußen zu einer Großmacht werden, zu einer Weltmacht nur durch die Hansestädte“, weist auf die Bedeutung hin, die er der Frage des Anschlusses zumaß.
Der für Hamburg und Bremen entscheidende Gesichtspunkt war nicht nationaler, sondern rein wirtschaftlicher Art. Die beiden Hansestädte legten entscheidendes Gewicht auf die Freiheit des Handels mit allen Ländern und hatten deshalb an ihrer Sonderstellung festgehalten. Der Vorteil lag darin, daß Waren, die aus anderen Ländern eingeführt wurden, unverzollt in den Hansestädten lagern und, ohne durch Zölle belastet zu werden, an fremde Länder verkauft und ausgeführt werden konnten. Ein Zoll, so erklärten sie, würde die Ware verteuern und damit die Konkurrenzfähigkeit

des bremischen Handels schwächen. Andererseits konnten ausländische Rohstoffe ohne Zollbelastung weiterverarbeitet, in Bremen verbraucht oder ins Ausland exportiert werden. Die Verzollung der ins Inland gelieferten Waren fand erst statt, wenn sie die Zollgrenze passierten. Da Fertigwaren höher verzollt werden mußten als Rohstoffe, führte das zwar zum Abwandern bestimmter Industrien, bei Tabak, Jute, Kork, die in den benachbarten Orten jenseits der Zollgrenze nach Hemelingen, Burgdamm, Delmenhorst, Blumenthal, usw. abwanderten, aber sie blieben in bremischem Besitz. Die bremischen Kaufleute und Industrieherren sahen darin keinen Nachteil, weil dadurch zugleich die sozialen Spannungen, die sich durch das Anwachsen der Arbeiterschaft mit ihren sozialen Forderungen, wie sie sich in den jungen Industrie-Orten ergeben mußten, von Bremen ferngehalten wurden und das politische Klima in Bremen selbst nicht verschärften. Das war zugleich der Grund dafür, daß sich in den Abwanderungsorten nach Aufhebung des Sozialistengesetzes starke sozialistische Vereine bildeten, während gleichzeitig in Bremen selbst eine Verzögerung im Anwachsen der Arbeiterschaft erzielt wurde.

Hafenbau und Weserkorrektion

Als aber Bismarck auf Verlangen der Landwirtschaft und der Industrie vom Freihandel zum Schutzzollsystem überging und die binnenländische Industrie in immer größerem Umfange Exportgüter produzierte, wurde der bremische Handel vor eine neue Situation gestellt. Hinzu kam, daß seegehende Schiffe Bremen kaum noch erreichen konnten. Die Unsicherheit des Fahrwassers, die Ungeordnetheit des Stromlaufs und seine geringe Tiefe zwangen dazu, die Entladungen in Bremerhaven vorzunehmen, und die Waren mit Leichtern nach Bremen zu bringen. Überdies gab es in Bremen selbst keinen eigentlichen Hafen. Die Anlegeplätze waren wie seit altersher an der Schlachte und am Stephanitorsbollwerk. Das Ladegerät war veraltet, und die Flut kam nicht mehr bis Bremen hinauf. Tiefgang und Ladefähigkeit der Schiffe jedoch nahmen dauernd zu. Wollte Bremen auch im Hinblick auf die Forderung Bismarcks auf Eintritt in den Zollverein seine Stellung als Stadt, die mit dem Welthandel verbunden war, erhalten, so mußten nun auch in einer sich wandelnden Wirtschaft die Voraussetzungen seines Weiterbestandes geschaffen werden. Dazu gehörte sowohl eine Korrektion der Unterweser als auch der Bau von Häfen, um Bremens Bedürfnissen in Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden und an Handel und Schiffahrt konkurrenzfähig teilnehmen zu können. Das aber setzte den Einsatz großer finanzieller Mittel voraus und ohne Wagemut und Umsicht war ein solches, die Zukunft sicherndes Vorhaben nicht möglich. Schon im Februar 1879 hielt Franzius, der spätere Strombaumeister, einen Vortrag über einen Plan für die Korrektion der Unterweser. Als ersten Schritt beschloß die Bürgerschaft 1883 den Durchstich der sogenannten „Langen Bucht“ bei Gröpelingen/Oslebshausen, um den Stromlauf zu begradigen. Sie bewilligte zugleich für diesen Zweck 2 362 000,– Mark. Im April des nächsten Jahres kaufte Bremen die Stephani-Kirchenweide für den Bau des ersten Freihafens (heute Europahafen). Die Grundstückskosten betrugen 1 250 000,– Mark. 1885 wurde der Gesamtplan, der für den Zollanschluß erforderlichen Anlage in der Bürgerschaft verhandelt und ihm zugestimmt. Gleichzeitig wurden die Kosten in Höhe von 34½ Millionen Mark bewilligt. Anliegende Grundstücke südlich der Straße Gröpelinger Deich wurden für die Abrundung des Hafengeländes und den Bau eines Hafengebäudes erworben. Und im Juni 1886 setzte die Bremische Bürgerschaft eine Kommission aus Mitgliedern der Bürgerschaft und des Senats ein mit dem Auftrag, die Korrektion der Unterweser soweit vorzubereiten, daß sie ohne weiteres ausgeführt werden könne. Der Tiefgang des Stromes sollte

5 Meter betragen und die Kosten, wenn sich das Reich daran nicht beteiligte, von Bremen allein übernommen werden.
Nachdem Hamburg schon im Juni 1882 seinen Frieden mit Bismarck geschlossen hatte und dem Zollverein beigetreten war, ermächtigte auch die Bremische Bürgerschaft den Senat, den Anschluß Bremens an den Zollverein zu beantragen. Die Verhandlungen zogen sich bis 1885 hin, weil Bismarck Bremen – im Gegensatz zu Hamburg – keinen Freihafen zugestehen wollte. Die Bedingungen, die Bremen nach langen Verhandlungen gewährt wurden, enthielten die Zuerkennung eines Freihafenbezirkes, in dem Bremen jedoch – im Gegensatz zu Hamburg – keine Industrie ansiedeln durfte. Es bekam für die Errichtung des Freihafenbezirkes eine Zuwendung von 12 Millionen Mark, während Hamburg 40 Millionen Mark erhalten hatte. Um der Bestimmung des Vertrages, keine Industrie im Freihafengebiet anzusiedeln, gerecht zu werden, andererseits aber den Bedürfnissen nach Ansiedlung ausländischen Rohstoff verarbeitender Industrie am Wasser zu entsprechen, mußte ein zusätzlicher Hafen, der Holz- und Fabrikenhafen, gebaut werden.
Der schon seit langem vollzogene Ausbau des Eisenbahnnetzes nach dem Binnenland, der nunmehr auch Anschluß an die Häfen fand, machte Bremen in vollem Maße leistungsfähig, so daß man nunmehr von einem der modernsten Häfen Europas sprechen konnte. Am 20. Oktober 1888 fand die Einweihung des Freihafens I unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Damit begann eine neue Aera des bremischen Handels.
Die in Angriff genommenen Bauten hatten neue Arbeitskräfte nach Bremen gezogen. Der Anteil der gelernten und ungelernten Arbeiter an der Bevölkerung wuchs. Hatte auch ein Teil der bremischen Kaufmannschaft dem neuen Zeitabschnitt nicht ohne Sorgen entgegengesehen, Sorgen, die sich nachträglich als nicht oder minder berechtigt erwiesen, so waren es wieder einmal die minderbemittelten Teile der bremischen Bevölkerung, die unter dem Anschluß Bremens an den Zollverein insoweit belastet wurden, als die bisher zollfrei eingeführten Waren nunmehr mit dem entsprechenden Zoll belastet und damit verteuert wurden. Es hatte z. B. vor dem Zollanschluß 1 Pfund Kaffee nur 60 Pfennig gekostet. Die Auswirkung der Erhöhung der Lebenshaltungskosten zeigte sich dann auch bei den nächsten Reichstagswahlen.

Bismarcks Sozialgesetzgebung

Im Reiche hielt Bismarck an seiner Politik der politischen Unterdrückung der Sozialisten fest. Aber er war klug und einsichtig genug, um zu erkennen, daß mit negativen Maßnahmen allein eine Abkehr der Arbeiterschaft von den sozialistischen Tendenzen nicht zu erreichen war. Er ergänzte seine Politik durch eine Sozialgesetzgebung, versuchte dadurch die berechtigten Forderungen der Arbeiter abzufangen und hoffte zugleich, der sozialistischen Bewegung ihren revolutionären Charakter zu nehmen. Ein weiterer Grund zu diesen Maßnahmen lag in dem Umstand, daß in den Industriebezirken ein großer Teil der jungen Arbeiter bei der Musterung zum Heeresdienst wegen ihres körperlichen Zustandes als untauglich ausgeschieden werden mußte. So legte Bismarck im Jahre 1883 dem Reichstag die Unfallgesetzgebung, 1884 ein Gesetz zur Krankenversicherung und 1889 das Gesetz zur Altersversorgung vor und erreichte auch deren Annahme.
Sämtliche Gesetzentwürfe entsprachen Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie sie von Bebel schon früher begründet waren. Die Fraktion lehnte Bismarcks Gesetzesfassung ab, weil sie selbst weitergehende Forderungen vertrat. Gegenüber einer nur widerwillig zustimmenden Reichstagsmehrheit erklärte Bismarck

1884: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht die Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform überhaupt gemacht haben, nicht existieren." So war für Bismarck die Einführung einer Sozialgesetzgebung wesentlich eine politische Maßnahme, die nicht primär einer sozialen Haltung, sondern in erster Linie politischen taktischen Erwägungen entsprang.

Im Jahre 1888 starb im Alter von 91 Jahren Wilhelm I. Sein Nachfolger Friedrich III. starb 99 Tage nach dem Tode seines Vaters. Den Thron bestieg nunmehr mit 29 Jahren Wilhelm II. Er geriet sehr bald zu Bismarck in Gegensatz. Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag endgültig eine Verlängerung des Sozialistengesetzes ab, ein Beschluß, der den Sozialisten vielerorts zu Freudenfeiern Anlaß gab.

Reichstag lehnt Verlängerung des Sozialistengesetzes ab

Für den bevorstehenden Wahlkampf bereiteten sich die Sozialdemokraten frühzeitig vor. In dem Wahlprogramm wurde eine umfassende Arbeiterschutzgesetzgebung gemäß den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris gefordert und eine Finanzpolitik, die die Arbeiter von den drückenden Lasten befreite. 14 Tage vor der Wahl versprach der junge Kaiser ohne Kenntnis Bismarcks in zwei Erlassen den weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung und Schutzgesetzgebung und außerdem die Vertretung der Arbeiterschaft in den Fabrikbetrieben zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten mit den Arbeitern. Einen Monat später wurde Bismarck als Reichskanzler entlassen.

Der erste Wahlsieg der SPD in Bremen

Die Wahl zum neuen Reichstag fand am 20. Februar 1890 statt. Diese Wahl war frei von polizeilichen Behinderungen. Das Wahlergebnis brachte einen großen Erfolg für die Sozialisten. Von den im Reichsgebiet abgegebenen Stimmen entfielen 1 400 000 – das waren fast 20 Prozent – auf die Sozialisten. Gegenüber 1887 hatte sich die Stimmenzahl fast verdoppelt. Die Reichstagsfraktion verstärkte sich auf 35 Mitglieder. Wilhelm Liebknecht, der in der vorhergehenden Wahl in Bremen kandidierte, entschied sich bei dieser Wahl für eine Kandidatur in Berlin. In Bremen sprach er sich für eine Kandidatur Bruhns aus, die bremischen Parteigenossen stimmten Liebknechts Vorschlag zu. Die Bürgerlichen stellten zwei Kandidaten auf, den national-liberalen Kaufmann Papendieck und den Freisinnigen Theodor Barth, Syndikus der Handelskammer. Der Wahlkampf wurde mit großer Erbitterung geführt und stand nicht zuletzt unter dem Eindruck der Folgeerscheinungen des Zollanschlusses, hatte doch die Verteuerung der Waren eine allgemeine Unruhe hervorgerufen, die bis weit in die bürgerlichen Kreise reichte. Die Wahl selbst brachte für die Sozialisten ein überraschendes Ergebnis, nicht zuletzt durch den persönlichen Einsatz von Julius Bruhns, der an 32 Tagen in 35 Versammlungen sprach. Am Vorabend der Wahl sprach zu der bremischen Bevölkerung noch einmal Wilhelm Liebknecht.

„War das ein Jubel unter der bremischen Arbeiterschaft am Abend des denkwürdigen Tages. Ich weiß es nicht mehr genau, war es im Casino oder noch in den Zentralhallen (in den Zentralhallen [d. V.]), aber ich sehe den Genossen Imwolde noch, wie er den in freudiger Stimmung gespannt lauschenden dichtgedrängten Massen die von auswärts einlaufenden Wahlresultate vom hohen Podium herunter mit stolz bewegter Stimme mitteilte ... Daran, daß der Stichwahltag in Bremen mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten enden würde, zweifelten nur wenige", so schrieb Hans Donath, später Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" 25 Jahre hernach.

Bruhns erhielt im ersten Wahlgang 14 843 Stimmen. Der national-liberale Papendieck 11 501 Stimmen und auf den Freisinnigen Theodor Barth entfielen 4099 Stimmen, so daß eine Stichwahl zwischen Bruhns und Papendieck erfolgen mußte. Sie fand

am 1. März 1890 statt. In der Stichwahl gab ein Teil der Freisinnigen, obgleich das Wahlkomitee der Freisinnigen aufforderte, für Papendieck zu stimmen, Stimmen für Bruhns ab, der mit 16 403 gegen 15 895 Stimmen, die auf Papendieck entfielen, siegte. Damit wurde erstmalig von Bremen ein Sozialdemokrat in den Reichstag entsandt.

Bilanz des Sozialistengesetzes

Mit dem 1. Oktober 1890 trat das Sozialistengesetz, das 12 Jahre lang Geltung gehabt hatte, endgültig außer Kraft. Damit wurde die Bahn frei für den Neuaufbau der Partei. Die Bilanz des Gesetzes, das im Reichsgebiet mit großer Schärfe gehandhabt worden war, ergab das Verbot von 155 periodisch erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften, 1200 politischen Druckschriften, darunter eine große Anzahl Broschüren. Insgesamt waren etwa 900 Ausweisungen erfolgt, unter denen rund 500 Familienväter waren, die ihre Familien verlassen mußten. Die bis 1899 Ausgewiesenen sind in einer Veröffentlichung, die in London von der German Cooperative Publishung Co. herausgegeben wurde, mit Namen aufgeführt. Eine große Anzahl verließ Deutschland, um sich in den USA eine neue Heimat zu gründen, abgesehen von einer weiteren Anzahl, die wegen der politischen Unterdrückung im Deutschen Reiche freiwillig das Land verließen, so daß L. Beutin, Professor für hansische Geschichte, in seinem Buche „Bremen und Amerika" das Anwachsen der Auswanderung über Bremen wohl mit Recht als eine Auswirkung des Sozialistengesetzes bezeichnet. An Strafen wegen Übertretung des Gesetzes wurden ungefähr 1000 Jahre Gefängnis verhängt, die auf rund 1500 Personen entfielen. In Bremen selbst wurden, wie Julius Bruhns berichtet, im ganzen 11½ Monate Untersuchungs- und 10 Monate Strafhaft verhängt.

Stellt man die Frage, welche Nachwirkungen das Gesetz denn nun gehabt habe, so wird festgestellt werden müssen, daß sich keine der Hoffnungen, die die Befürworter des Gesetzes erwartet hatten, erfüllte. Man wird jenem bremischen Senator, der schon 1880, also kurz nach Erlaß des Gesetzes, sich dahingehend äußerte, „ob das Gesetz imstande sei, die Gesinnung der Arbeiter zu ändern, sei fraglich" recht geben müssen. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß sich die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft verschärft hatten und daß die durch das Gesetz vertiefte Kluft zwischen beiden Klassen weiter fortwirkte. Auf der anderen Seite war das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter untereinander gewachsen. Der Gegensatz zur herrschenden Klasse, die Unterdrückungen, denen sie ausgesetzt waren, hatten die Arbeiter zu der Erkenntnis geführt, daß von diesem Staat keine wesentliche Hilfe in ihrem Kampf um eine gerechtere Wirtschaftsordnung zu erwarten sei. Der Staat, der ihnen gegenübertrat, war nicht die Ordnungsgewalt für alle Mitglieder der Gesellschaft, sondern für eine Klasse. Er war für sie ein Klassenstaat, der überwunden werden mußte, und weil sie diesen Staat ablehnten, wurden sie von seinen Trägern zu Staatsfeinden gestempelt, gegen die der Staat mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln vorging. Liebknechts Worte: „Wir sind Reichsfeinde, weil wir Feinde des Klassenstaates sind" drückte für die sozialistischen Arbeiter ihr Verhältnis zu dem bestehenden Staat gültig aus.

Hatte die Partei – und dies vornehmlich auch in Bremen – die Überwindung des Elends durch Staatshilfe bei der Schaffung von sozialistischen Produktions-Assoziationen erhofft, wie Lassalle es vertreten hatte, so hatte sich dieser wesentliche Punkt des Gothaer Programms als unwirklich und damit als unrichtig erwiesen. Die Lehre Lassalles trat zurück, die Grundauffassung von Karl Marx, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein könne, gewann an Wahrheitsgehalt: Dafür war das Sozialistengesetz für sie der beste Beweis.

VII Vom Sozialistengesetz zum 1. Weltkrieg 1890-1914

Schon vor seinem Ablauf war die Forderung nach einer Revision des Parteiprogramms erhoben worden. Auf dem ersten Parteitag nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, der vom 12. bis 18. Oktober 1890 in Halle stattfand, wurde der Parteivorstand beauftragt, dem nächsten Parteitag ein revidiertes Programm vorzulegen.

Erfurter Programm

Das geschah 1891 in Erfurt. Es begann mit einer Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aus dieser Analyse leitet das Erfurter Programm die Schlußfolgerung ab, die sich hinsichtlich der weiteren Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ergeben würde:

1. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals in den Händen einer immer kleiner werdenden Zahl von Kapitalisten.
2. In Verbindung damit eine parallel laufende wachsende Verelendung der Arbeiterschaft.
3. Den Ausfall der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Mittelschichten.
4. Einen verstärkten Zyklus wirtschaftlicher Krisen.

Sie alle führten nach der Auffassung Marx zu dem endlichen Umschlag des kapitalistischen Systems in eine sozialistische Wirtschaftsordnung in der durch die Gesellschaft für die Gesellschaft produziert würde. An die Stelle des privaten Eigentums würde das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln treten und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben, so daß an die Stelle der „Selbstentfremdung" des Menschen als Objekt der Wirtschaft der freie Mensch und an die Stelle des Klassenstaates die klassenlose Gesellschaft treten würde.
Mit der Annahme des Programms von Erfurt gab sich die Sozialdemokratie eine klare Konzeption für ihr ferneres politisches Handeln. Die Arbeiterschaft fühlte sich durch dieses Programm im Einklang mit der Wissenschaft und als Vollstreckerin eines geschichtlichen Auftrages. Das stärkte ihr Selbstbewußtsein, zumal die bisherige Entwicklung bis zu dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Erfurter Programms, die Richtigkeit der vor 25 Jahren von Karl Marx niedergeschriebenen Analyse zu bestätigen schien. Wenn das für einen überprüfbaren Zeitpunkt sich als im wesentlichen richtig erwiesen hatte, so mußte auch die Annahme, daß das abgeleitete Zukunftsbild einer sozialitischen Gesellschaft richtig sein würde, naheliegen. Die Bewegung befand sich somit im Einklang mit der Zukunft. Sie war die Vollstreckerin einer vorbestimmten Entwicklung, sie zu stärken, die Aufgabe: Das Hauptziel war die Eroberung der politischen Macht. War das Gothaer Programm wesentlich vom Denken Lassalles getragen, so trug das Erfurter Programm die unverkennbaren Züge des Geistes von Karl Marx. Es wurde für die Partei die ideologische Grundlage, und kein Parteiprogramm ist so tief in das Bewußtsein der sozialistischen Arbeiterschaft gedrungen wie dieses Programm.

Der Neuaufbau der SPD

Den Grundstock für die Neuaufrichtung der Partei in Bremen bildeten die Sozialdemokraten, die auch in der Verbotszeit treu zu ihren alten Idealen gestanden hatten, die in den Wahlkämpfen trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren für sie gefochten hatten und die nun in der wiedergewonnenen Freiheit ungebrochen an die neuen

Aufgaben gingen. In Bremen hatte sich schon vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes der „Verein zur Durchführung volkstümlicher Wahlen" gebildet. Er kann als Vorgänger der Partei betrachtet werden. Für den Parteitag in Halle wurden Bruhns und Kerrl in einer Parteiversammlung als Delegierte gewählt. Nach der Versammlung kehrten die aus Hamburg Ausgewiesenen nach Hamburg zurück, begleitet von einer großen Menge ihrer bremischen Freunde, die bei der Abfahrt des Zuges auf dem Bahnsteig spontan das alte Kampflied: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet" anstimmen. – Am 5. Oktober 1890 feierte der „Klub Freundschaft" im Casino sein zehnjähriges Bestehen. Bruhns gab in seiner Rede einen Rückblick auf die Verbotszeit und einen Ausblick auf die weitere Arbeit.

Bremer Bürgerzeitung

Unmittelbar nach der Reichstagswahl war die erste Aufgabe für die bremische Partei die Schaffung einer Tageszeitung. Die hohe Stimmenzahl, die für die Sozialdemokraten bei der Wahl abgegeben worden war, weckte bei ihnen die Hoffnung auf eine ausreichende Zahl von Abonnenten. Man setzte eine Kommission ein, die den Auftrag erhielt, möglichst schon am 1. April 1890 die erste Nummer der Zeitung erscheinen zu lassen. Nachdem man die erforderlichen Räume in der Martinistraße gemietet und einen Drucker gefunden hatte, konnte der Parteiversammlung Bericht erstattet werden, die sich mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden erklärte. Nur über den Namen kam es zu einer lebhaften Debatte. Die Kommission hatte den Vorschlag gemacht, der neuen Zeitung den Namen „Bremer Bürgerzeitung" zu geben. Dagegen wurde eingewandt, daß dadurch der proletarische Charakter des Arbeiterstandes verwischt würde. Mit der Begründung der Kommission, daß durch die Bezeichnung „Bremer Bürgerzeitung" das demokratische Bestreben, allen Angehörigen der Gesellschaft das gleiche Bürgerrecht zu sichern, zum Ausdruck gebracht werden sollte, wurde der Vorschlag mit Mehrheit angenommen. Diesen Namen trägt die Zeitung noch heute. Am 1. Mai 1890 erschien sie zum ersten Male. Als Redakteure zeichneten Bruhns und Gottlieb, beide ehemalige Zigarrenarbeiter, zu denen 1892 Friedrich Ebert trat.

In der Abonnementseinladung heißt es u. a.: „Die ‚Bremer Bürgerzeitung', die mit dem heutigen Tage ins Leben tritt, wendet sich an alle Freunde der Freiheit und Gerechtigkeit ... Die Gründung eines ganz unabhängigen, wahrhaft freisinnigen täglichen Blattes ist längst schon unabwendbares Bedürfnis geworden und diesem Bedürfnis will die ‚Bremer Bürgerzeitung' voll und ganz Rechnung tragen. Wahrheit und Gerechtigkeit gegen Freund und Feind ist ihr erster leitender Grundsatz ... unbekümmert von Verfolgungen und Anfeindungen, mögen sie kommen, woher sie wollen, wird die ‚Bremer Bürgerzeitung' eine Vorkämpferin sein für die Rechte und Interessen des Volkes, für eine menschenwürdige Gestaltung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse, für die Befreiung dieser und der kleinbürgerlichen Klasse von unerträglichen Lasten und für eine radikale Beseitigung des auf dem Volke ruhenden unerträglichen Drucks politischer Unfreiheit und geistiger Bevormundung."

Nur mit geringen Mitteln ausgerüstet, von einer noch unfertigen Organisation getragen, war die Gründung gewiß eine mutige Tat, aber sie hat in den nächsten Jahren der Partei manche Sorgen bereitet, besonders als man nach einigen Jahren in der Hankenstraße ein Vereinshaus gekauft hatte. Durch finanzielle Schwierigkeiten, die 1895 eintraten, veranlaßt, wurde die Zeitung durch den Auer-Verlag, der in Hamburg das „Hamburger Echo" als Parteizeitung herausgab, übernommen und

saniert. Die Zeitung ist 1907 mit der Gründung der Firma Schmalfeldt & Co. von der bremischen Partei wieder übernommen worden.

Aufbau von Handelsflotte und Industrie

Die ersten Jahre der „Bremer Bürgerzeitung" waren zugleich die Jahre, in denen sich die Entwicklung Deutschlands von einem Agrar- zu einem Industrie-Staat durchgesetzt hatte. Bremen selbst war dieser Entwicklung zögernd und vorsichtig gefolgt. An Stelle des Kaufmanns, der häufig zugleich Reeder war, hatten sich Gesellschaften gebildet, die vornehmlich die Rechtsform der Aktiengesellschaft annahmen und das Reeder-Geschäft übernahmen. Schon früher war die Schleppschiffahrtsgesellschaft „Unterweser" gegründet worden. Ihr nachfolgend die „Oberweser-Schleppschiffahrtsgesellschaft", der Norddeutsche Lloyd, der die Verbindung mit U.S.-Amerika ausbaute, 1873 die Schiffahrtsgesellschaft „Neptun", 1881 die Hansa-Reederei, die insbesondere den Verkehr mit Ost-Asien aufnahm. Sie alle hatten mit modernen Schiffen ihre Stellung im bremischen und deutschen Wirtschaftsleben gefestigt. Dagegen ging die Reederei Wätjen, die einstmals mit 47 Seglern die größte Segelschiffsreederei der Welt war, immer mehr zurück, bis sie endlich ihren Betrieb ganz einstellte. Die industrielle Massenproduktion hatte sich den inländischen Markt durch Bismarcks Zollpolitik gesichert, drängte nun auf den Weltmarkt und forderte immer wachsenden Frachtraum.

Bremische Industrie

Zu einer eigenständigen Industrie in Bremen war es bis dahin nicht gekommen. Die seit langem in Bremen ansässige Tabak verarbeitende Industrie mußte sich gegen die Versuche Bismarcks zur Finanzierung der steigenden Militärausgaben neue Geldquellen durch ein Reichstabakmonopol wehren und wurde in der Folgezeit durch die Erhöhung der Tabaksteuer in ihrer Entwicklung gehemmt. Die Folge war, daß die Löhne der Tabakarbeiter in Bremen immer weiter herabgedrückt wurden. Was neu entstanden war, waren ausländische Rohstoffe verarbeitende Industriebetriebe, so die Oelfabriken Groß-Gerau und Besigheim, die Reismühlen von Nielsen und Rickmers, und als das Erdöl in großen Massen in den Vereinigten Staaten gefördert wurde die Firmen Korff und Riedemann, die später in die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft aufgingen, die sich am Industriehafen eine neue Betriebsstätte aufbaute. Dazu kam die Konzentration der Getreidemühlen am Holz- und Industrie-Hafen der Kaffee HAG und als Umschlagsstätte des Getreidehandels im Freihafenbezirk die Getreideverkehrsanlage.

Die Maschinenfabrik von Waltjen in der Stephanikirchenweide war 1882 schon in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Aus ihr ging die „Aktiengesellschaft Weser" hervor, die um die Jahrhundertwende nach Gröpelingen verlegt wurde, wo sie als Werft und größter Industriebetrieb Bremens neben dem Handelsschiffbau auch den Bau von Kriegsschiffen betrieb und im Jahre 1913 rund 20 000 Arbeiter beschäftigte. Auf dem alten Gelände an der Stephanikirchenweide verblieb die Norddeutsche Armaturen- und Maschinenfabrik, die insbesondere Schiffsmaschinen und sonstigen Schiffsspezialbedarf produzierte und 1911 die Bezeichnung „Atlaswerke" erhielt. Auch die Wolle und Jute verarbeitende Industrie siedelte sich in Strom- und Hafennähe an. Sie war es besonders, die billige Fremdarbeiter im östlichen Europa anwarb und in Fabrikwohnungen hier ansiedelte. Aber der Schwerpunkt der bremischen Wirtschaft war Handel und Schiffahrt geblieben.

Wiegand

Ein entscheidender Anstoß zur weiteren Industrialisierung ging von dem damaligen Lloyd-Direktor Wiegand aus. Wiegand entstammte nicht der bremischen Handelsaristokratie, die weitgehend in traditionellen Vorstellungen dachte. Er war der Sohn

eines Gärtners und erkannte klarer als die Mehrzahl der bremischen Kaufmannschaft, die sich vollziehende Gesetzmäßigkeit im Rahmen des Wirtschaftskapitalismus. Ihm erschien es notwendig, Industrien in Bremen zu entwickeln, die nicht zuletzt auch durch Export von Fertigwaren, Handel und Schiffahrt stärken und sichern sollten. Wiegand übernahm 1892 die Leitung des Norddeutschen Lloyd. Auf die politischen Folgen aufmerksam gemacht, die Bremen von einer stärker anwachsenden Arbeiterschaft drohen könnte, hat er einmal geantwortet: „Vielleicht führt es zu einer politischen Umwälzung des ganzen Staatswesens, dennoch muß es geschehen".
Es mögen hier nur die Industriebetriebe aufgeführt werden, die ihr Entstehen nicht zuletzt seiner Initiative verdanken: neben der Aktiengesellschaft Weser und den Atlas-Werken sind es besonders

- die Lloyd-Dynamo Werke;
- die Norddeutsche Waggonfabrik;
- die Bremer Karosseriewerke;
- die Norddeutsche Automobil-Motorenfabrik, aus der sich später die Borgward-Werke entwickelten;
- die Norddeutschen Seekabelwerke in Nordenham;
- die Heranziehung der Oelfabrik Groß-Gerau nach Bremen;
- die Norddeutsche Hütte, die schwedisches Erz verhüttete, während das geplante Walzwerk nicht mehr zur Ausführung kam;
- die aufsteigende Entwicklung des Norddeutschen Lloyd der zu Wiegands Zeiten von 80 Dampfern und 79 Leichtern im Jahre 1892 auf 200 Dampfern und 227 Leichtern im Jahre 1907 mit einer Gesamttonnage von 750 000 BRT gegenüber 230 000 BRT im Jahre 1892 angewachsen war.

Die Gewerkschaften

Sicher ist, daß alle diese Gründungen einen hohen Kapitalbedarf mit sich brachten. Aber das fremde Kapital stärkte zugleich das Interesse der Industrie- und Finanzkreise an der Weiterentwicklung Bremens.
Diese gegenüber den früheren Jahrzehnten veränderte Wirtschaftsstruktur bildete den Hintergrund der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung. War das Gros der früheren Mitgliedschaft eingesessene bremische Handwerker und Arbeiter gewesen, so strömten durch die erweiterten Aufgaben im Hafenbau und der sich ausdehnenden neuen Industriebetriebe größere Mengen auswärtiger Arbeiter nach Bremen. Die Arbeiter jener Zeit hatten eben nichts zu verkaufen als ihre eigene Arbeitskraft und es war ihr Los, hinter dem Brot herzuziehen. Aber trotz des Anwachsens der Industrie und trotz noch immer anhaltender Auswanderung, war eine große Schar von Arbeitslosen vorhanden, die die industrielle Reservearmee bildete. Der Begriff der Vollbeschäftigung war unbekannt. Der Lebensstandard der Arbeiterschaft war weitgehend auf das Existenzminimum beschränkt. Die Arbeitszeit dauerte immer noch 10 Stunden und mehr. Das Bewußtsein, zu einer entrechteten Klasse zu gehören, drang immer stärker in das Bewußtsein, und die Erkenntnis, daß er als Einzelner ein Nichts sei, führte zu einem starken Anwachsen der Organisation der Arbeiter.
Bei der Aufhebung des Sozialistengesetzes bestanden im Reich auf der gewerkschaftlichen Ebene 52 Zentralverbände mit rund 300 000 Mitgliedern. Hatten sie sich während der Verbotszeit bemüht, politisch neutral zu sein, so war diese Fessel nunmehr entfallen. Im November 1890 hatten die Gewerkschaften beschlossen, einen allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, um den nebeneinander

Das Bureau des Sekretariats ist zur Auskunftsertheilung an Wochentagen von Vormittags 11 Uhr bis Mittags 1 Uhr und von Nachmittags 5 Uhr bis Abends 7 Uhr geöffnet.

Mittwoch Nachmittags findet keine Sprechstunde statt.

Etwaige Aenderungen der Bureauzeit werden im Organ des Sekretariats, der „Bremer Bürger-Zeitung", bekannt gegeben.

Ueber ertheilte Auskünfte und schriftliche Arbeiten ist Buch zu führen.

Die schriftlichen Ein- und Ausläufe sind in einem zu diesem Zweck angelegten Journal zu verzeichnen.

Zur Bestreitung von Porti und sonstigen kleinen Auslagen werden dem Sekretär monatlich fünfzehn Mark zur Verfügung gestellt, worüber am Schluß des Monats Rechnung zu legen ist. Ausgaben, welche den Betrag von fünf Mark übersteigen, bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsstelle.

Inventar, Zeitungen, Bücher und sonstige Utensilien des Bureaus unterstehen der Aufsicht des Sekretärs.

Die finanzielle und sonstige Verwaltung des Arbeitersekretariats, insbesondere Bureaumiethe und -Kündigung erfolgen durch die Aufsichtsstelle.

Anstellung, Festsetzung des Gehaltes, der Kündigungsfristen und Dienstpflichten sowohl des Sekretärs wie etwa nothwendiger Hilfsarbeiter erfolgen nach den Anordnungen der Aufsichtskommission. Mit den Beamten sind Dienstverträge abzuschließen.

Alle hier nicht vorgesehenen Fälle, soweit sie nicht durch Dienstverträge ihre Erledigung finden, unterliegen der gemeinsamen Berathung und Beschlußfassung der Aufsichtsstelle und des Sekretärs.

In gleicher Weise finden auch etwaige Abänderungen dieses Reglements ihre Erledigung.

Briefe und Sendungen sind mit folgender Adresse zu versehen:

An das Arbeitersekretariat Bremen und Umgebung in Bremen

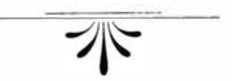
(Telephon 3183). Ostertorstraße 26 I.

Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen. Schriftliche Anfragen müssen mit der vollständigen Adresse der Fragesteller versehen sein. Wenn briefliche Beantwortung gewünscht wird, ist eine Freimarke beizulegen.

Beschwerden über die Geschäftsführung sind an den Vorsitzenden der Aufsichtskommission, Herrn **A. Schweida**, Kantstraße 75c, zu richten.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember.

Die Arbeitersekretäre haben alljährlich einen schriftlichen Jahresbericht bis spätestens 4 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres an die Aufsichtskommission zu erstatten, sowie alljährlich eine sozialpolitische Arbeit über ein mit der Aufsichtskommission zu vereinbarendes Thema zu liefern. Diese hat die Berichte und die Arbeit zu berathen, dieselben spätestens 5 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres in der ihr geeignet erscheinenden Form und Ausdehnung mit einem Kassenbericht zu veröffentlichen und zum Selbstkostenpreis an die Gewerkschaften abzugeben.



Arbeiter-Sekretariat Bremen
und Umgebung.

Das Arbeitersekretariat Bremen ist eine von den im Bremer und Hastedter Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften, sowie der gewerkschaftlich-organisirten Arbeiterschaft von Woltmershausen und Schwachhausen ins Leben gerufene Einrichtung. Das Arbeitersekretariat Bremen untersteht der Aufsicht einer aus acht Personen bestehenden Kommission, welche von derjenigen Versammlung zu wählen ist, welche den Jahresbericht entgegennimmt. Die Amtsdauer der Mitglieder der Aufsichtskommission beträgt 2 Jahre. Alljährlich scheiden 3 resp. 4 Mitglieder davon aus. Die erstmalig Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Wiederwahl der ausscheidenden Aufsichtskommissionsmitglieder ist zulässig. In den Kommissionssitzungen haben die Sekretäre Sitz und Stimme.

Bei der Wahl der Kommission soll möglichst darauf Rücksicht genommen werden, daß verschiedene Industriezweige in derselben vertreten sind.

Zur Erledigung der Geschäfte wird bis zu anderweitiger Beschlußfassung Folgendes bestimmt:

A. Arbeitsplan.

Das Arbeitersekretariat ertheilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterstehen; über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrechte, sowie über die Gewerbeinspektion. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretär angefertigt.

Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Sekretär zur Erledigung von Auskunft in Heimaths-, Bürgerrechts-, Verehelichungs- und Armensachen, sowie bei Miethsstreitigkeiten.

In allen Fällen, wo erkenntlich ist, daß die Auskunftsuchenden sich ihrer moralischen oder gesetzlichen Verpflichtungen (böswillige Verweigerung der Alimentationspflichten, Entziehung von Pfandgegenständen usw.) entziehen wollen, ist die Auskunft zu verweigern.

Statistische Erhebungen sind nach Bedarf zu pflegen und können sich erstrecken auf: Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Wohnung und Nährung der Arbeiter, Betriebsunfälle, Gewerbekrankheiten, Sterbefälle, Ab- und Zuzug von Arbeitern, Gewerbebewegung, Arbeiterorganisationen, Arbeiterschutz, Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeitslosigkeit, auf alle innerhalb der wirthschaftlichen Arbeiterbewegung auftauchenden Zeit- und Streitfragen.

B. Geschäftsordnung.

Zur Inanspruchnahme des Sekretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Konfession, der Parteistellung und des Wohnortes berechtigt.

Gebühren werden nicht erhoben, Portoauslagen fallen dem Auftraggeber zur Last.

Erster Prospekt des Arbeiter-Sekretariats Bremen

wirkenden verschiedenen Fachverbänden eine einheitliche Spitze zu geben. Dieser Kongreß, der 1892 in Halberstadt tagte, beschloß eine „Generalkommission“ zu bilden, zu deren Vorsitzender Karl Legien gewählt wurde. Die Zuständigkeit in der Generalkommission wurde laufend erweitert. Auf dem 3. Gewerkschaftskongreß konnte Legien erklären: „Die gewerkschaftlichen Organisationen sind nicht sozialdemokratisch. Aber die Gewerkschaftsmitglieder sind zum allergrößten Teil Mitglieder der Partei, da nur diese Partei das politisch vertritt, was wir in unseren gewerkschaftlichen Organisationen fordern.“ 1906 klärte die Sozialdemokratische Partei ihre Stellung zu den Gewerkschaften, indem sie die Gewerkschaften als gleichwertige Partner im Befreiungskampf der Arbeiterklasse ausdrücklich anerkennt.

Die Kontrollkommission der Gewerkschaft

Bevor im Reiche die Generalkommission gebildet wurde, hatten in Bremen die Bemühungen eingesetzt, den Zusammenhalt und damit die Leistungsfähigkeit und Schlagkraft der Gewerkschaften zu stärken. Der Hauptgrund für das Zusammenstreben war – so ist einem Bericht von Hermann Rhein zu entnehmen – die damalige Verschiedenheit der Organisationsformen innerhalb der Gewerkschaften und ihre relative Leistungsunfähigkeit. Aber auch die Zuspitzung der ökonomischen Verhältnisse, der immer erbitterter geführte Kampf um Lohnerhaltung, Lohnerhöhung und verkürzte Arbeitszeit zwangen dazu. Am 7. Januar 1891 konstituierte sich im Lokal von Fischer, an der Tiefer, eine Zentralstelle, die den Namen „Kontrollkommission“ erhielt und für die nächsten Jahre ihren Sitz in eben diesem Hause nahm. Am gleichen Tage stellte die bisher tätig gewesene „Unterstützungskommission“ ihre Tätigkeit ein. Sie hatte bisher Gelder für die Unterstützung bei Lohnkämpfen im wesentlichen durch Ausgaben von Sparbüchsen gesammelt. Daß bei den zahlreichen Lohnkämpfen jener Zeit die Frage der Unterstützung bei Streiks oder Aussperrungen im Vordergrund der Aufgaben der Kontrollkommission stand, wird einleuchten, da nach einer Notiz in der „Bremer Bürgerzeitung“ vom 23. Januar 1891 insgesamt 3319 Personen in Lohnkämpfen standen. Darunter waren die Glasarbeiter, die Tabakarbeiter, die Schuhmacher, die Tischler u. a., die entweder von den Unternehmern ausgesperrt waren oder im Streik standen. Das war fast ein Drittel der Ende 1890 in Bremen tätigen Arbeiter.

Zu der Unterstützung Einheimischer trat auch die der auswärtigen Berufsgenossen, die sich um Hilfe nach Bremen wandten. Im Laufe des Jahres kamen neue Lohnkämpfe hinzu. Der Streik der Buchdrucker um den Neunstundentag, der Streik der Textilarbeiter der Jutespinnerei, der Seiler und der Reepschläger. So war es eine vordringliche Aufgabe, das Unterstützungswesen neu zu ordnen. In einem Tätigkeitsbericht hat Hermann Rhein die Tätigkeit der Kommission später zusammengefaßt. In ihm heißt es u. a.: „... so legte man sich 1891 mit ziemlicher Energie für die Durchführung der Sonntagsruhe, von der damals noch nicht gesprochen werden konnte, ins Zeug. Die Misere des Herbergswesens veranlaßte schon im gleichen Jahre die Gewerkschaften, der Förderung einer Zentralherberge nebst Arbeitsnachweis näherzutreten.“

Gründung des Gewerkschaftskartells

Nach einem dreijährigen Bestehen nahm die Kontrollkommission auf Grund der Beschlüsse der Generalkommission der Gewerkschaft eine andere Gestalt an. Es erfolgte die Bildung des Gewerkschaftskartells. Seine Aufgaben waren in einer besonderen Satzung festgelegt. In der später korrigierten Form heißt es in Art. I hinsichtlich seiner Aufgaben: „Das Gewerkschaftskartell erachtet es als seine Aufgabe, neben den beruflichen Organisationen die Interessen der Lohnarbeiter auf wirtschaftlichem und

sozialem Gebiet zu schützen und zu fördern. Der Förderung dieser Aufgaben dienen u.a:

1. Erhebungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung innerhalb seines Bereichs zu veranstalten und statistisch zu verwerten.
2. Entfaltung nachhaltiger Agitation in Wort und Schrift für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen.
3. Den am wirtschaftlichen Kampf beteiligten Organisationen intellektuell und unter besonderen Umständen auch materielle Unterstützung angedeihen zu lassen.
4. Möglichst rege und wirkungsvolle Agitation für die Wahl von organisierten Arbeitern als Beisitzer beim Gewerbegericht und zu Arbeiter-Versicherungen.
5. Regelung eines geordneten Herbergswesens.
6. Anbahnung eines paritätischen Arbeitsnachweises.
7. Unterhaltung und Beaufsichtigung des Arbeiter-Sekretariats."

Fortfahrend heißt es in dem Bericht: „Natürlich fehlte es auch der neuen Kartellgründung nicht an Betätigung hinsichtlich der Unterstützung von Lohnkämpfen lokaler Art, wie auswärtiger Streiks, aber mit der zunehmenden Macht der gewerkschaftlichen Organisation vermehrten sich auch die Lohnkämpfe in einem Maße, daß das bis dahin beliebte System der Unterstützung auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden konnte, während auf der anderen Seite die noch vorhandenen lokalen Verbände immer mehr in den Zentralorganisationen aufgingen und die lokalen Kämpfe ihre materielle Unterstützung zunächst durch diese fanden.

Arbeiter-Sekretariat

In ein neues Stadium gleichsam trat die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells mit der 1900 erfolgten Errichtung des Arbeiter-Sekretariats, das als erstes der bremischen Bevölkerung allgemein zugängliches und kostenloses Rechtsauskunftsbüro, lediglich aus eigenen Mitteln der Arbeiterschaft ins Leben gerufen und seitdem unterhalten wird."

In welchem Maße die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Arbeiterschaft anerkannt wurde, dafür geben einige Zahlen aus der Zeit von 1892 bis 1900 Aufschlüsse, wenn sie vielleicht auch nicht als vollständig lückenlos zu bezeichnen sind. 1894 zählte man in Bremen 28 Gewerkschaften mit 4554 Mitgliedern. Infolge des wirtschaftlichen Niederganges ging die Zahl im nächsten Jahre auf 4493 gering zurück. Dann aber entwickelten sich die Mitgliederzahlen stetig aufwärts:

Mitgliederzahlen

1896 – 5552 Mitglieder;
1897 – 7304 Mitglieder;
1898 – 8860 Mitglieder;
1899 – 9080 Mitglieder;
1900 – 10431 Mitglieder.

Und nach der Eingemeindung von Hastedt, Schwachhausen, Walle, Gröpelingen und Woltmershausen betrug die Mitgliederzahl 11 421.

Bremen galt damals im Reich als eine der am besten gewerkschaftlich organisierten Städte. Das beweist folgende Statistik:

Es waren organisiert auf je 1000 Arbeiter(innen):

	Im Reichsgebiet:	In Bremen:
1895	= 45	214
1896	= 55	264
1897	= 69	348
1898	= 69	420

Die bremischen Gewerkschaften hatten den Lohn für ihre wohldurchdachte und aktive Arbeit gefunden und traten wohlorganisiert und festgefügt in das neue Jahrhundert. Auch in der Zeit nach 1900 schreitet der Ausbau der Gewerkschaften erfolgreich weiter fort. Die Protokolle des Gewerkschaftskartells, die für die Zeit von 1902 bis 1914 fast vollständig erhalten geblieben sind, geben davon Kunde. In dem Zeitraum von 1900 bis 1910 ergibt sich ein Zuwachs von fast 20 000 Mitgliedern und am 1. Januar 1914 beträgt der Mitgliederstand laut Protokoll:

36 085 Mitglieder

davon: 32 696 männliche Mitglieder,

3 389 weibliche Mitglieder.

Gewerkschaftsfest

Nach außen hin wurde die Macht und der Umfang der Gewerkschaften den bremischen Einwohnern deutlich durch die alljährlich stattfindenden Gewerkschaftsfeste, die mit einem Demonstrationsumzug verbunden waren. Das erste Fest dieser Art fand am 24. August 1890 statt, zu einer Zeit, als das Sozialistengesetz formal noch in Kraft war. Eingeleitet wurde das Fest durch einen Festzug. An diesem sorgfältig vorbereitetem Festzug nahmen 35 beruflich organisierte Arbeitsgruppen, 20 Gesangvereine mit 500 Sängern und drei Musikkapellen teil. Insgesamt zählte der Festzug etwa 10 000 Personen. Er bewegte sich zum Schützenhof in der Neustadt, wo Tanz- und Verkaufszelte, Verkaufsbuden usw. aufgebaut waren. Festredner war Georg von Vollmar. Mit Stolz wird berichtet, daß ein Überschuß von rund 4000 Mark erzielt wurde und 1000 neue Bezieher für die „Bremer Bürgerzeitung“ geworben werden konnten. Im nächsten Jahre wurde das Fest auf dem Poppeschen Landgut in Habenhausen gefeiert und nahm in derFolgezeit einen derartigen Umfang an, daß es als „Fest dieser Art wohl einzig in Deutschland dastehen dürfte“, wie es in einem Bericht heißt. Es wurde seit jenen Jahren alljährlich gefeiert und über das erzielte finanzielle Ergebnis ist jeweils so sorgfältig abgerechnet worden, daß es heute noch als vorbildlich bezeichnet werden muß. Nach dem ersten Weltkrieg ist dieses Fest mit seinem imponierenden Festzug, seinen Fahnen und Emblemen allmählich in Wegfall gekommen. Für uns als Kinder war der Festzug alljährlich ein eindrucksvolles Erlebnis.

Drei wichtige Beschlüsse

Ohne im einzelnen auf die vielfachen Beschlüsse des Gewerkschaftskartells einzugehen, sollen jedoch drei Beschlüsse nicht vergessen werden, die für die Arbeiterschaft in Bremen besondere Bedeutung haben:

1. Die Gründung der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ die erst nach sehr sorgfältigen Überlegungen und Berechnungen ins Leben trat.
2. Der Bau des Gewerkschaftshauses als zentraler Mittelpunkt der Gewerkschaften an der Faulenstraße, an jener Stelle, an der heute die Firma Leffers ihr Geschäftshaus hat. Der Kostenaufwand betrug über 500 000 Mark.
3. Die Errichtung des bremischen Arbeiterbildungsausschusses in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei. Seine Tätigkeit dauerte bis 1933. Seine Gründung ging auf Anregung von Heinrich Schulz, dem späteren Staatssekretär in Preußen zurück.

Entwicklung der Partei von 1890–1900

Wesentlich langsamer als die Gewerkschaftsbewegung vollzog sich in Bremen der Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei. Der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft hatte sich zwar verschärft, aber er hatte bis 1890 nicht jene Schärfe angenommen, wie sie in anderen Teilen des Reichsgebietes zu verzeichnen war. Bremen war eben zu jener Zeit ein industriearmes Land. Zum anderen dürfte auch das maßvolle Verhalten des Senats während der Verfolgungszeit dabei beigetragen haben.

Die Entwicklung von Handel und Schiffahrt und die nunmehr stärker einsetzende Industrie-Ansiedlung in Bremen schuf einen starken Bedarf an Arbeitskräften. Der Anteil der werktätigen Bevölkerung wuchs. Zwar hatte sich die Stadt längst über die bisherige Stadtgrenze hinaus entwickelt, behielt aber nicht zuletzt durch die bremische Eigenart seines Wohnungsbaues in der Form des Ein- und Zweifamilienhauses einen mehr kleinstädtischen Charakter und eine größere Zahl der Handwerker und Arbeiter war Besitzer eines solchen Hauses oder dessen Mieter. Mietskasernen, wie sie in den Industriestädten üblich waren, suchte man in Bremen vergebens. Nur dort, wo sich Textilindustrie angesiedelt hatte, die billige Arbeitskräfte aus den östlichen Ländern – besonders aus Polen – angeworben hatte, besaßen die Straßen einen mehr proletarischen Charakter.
Es gab auch keine stärkere Fluktuation der Bevölkerung, wie Industriestädte sie sonst kannten. Die Zugewanderten kamen meist aus der näheren Umgebung der Stadt und wurden in verhältnismäßig kurzer Zeit in den Lebensstil einbezogen. Sie fühlten sich bald als Bremer und mit dem Charakter der Stadt als Schiffahrts- und Handelsstadt verbunden. Diese Assimilationsfähigkeit hat sich auch in den späteren Jahrzehnten erhalten, und es darf vielleicht als bezeichnend dafür die Tatsache genannt werden, daß, wenn es in der Bürgerschaft um Bewilligung von Geldern für Hafen oder Strom ging, die erforderliche Summe stets einstimmig ohne Unterschied der politischen Gruppen bewilligt wurden. Auch die Querverbindungen zwischen Kaufmann, Reeder und Arbeiter waren enger und sachlicher und entbehrten zumeist der scharfen Frontstellung, wie sie in den Industriestädten hervortrat. Hier liegt wohl auch die Erklärung dafür, weshalb zu jener Zeit wiederholt von dem „Einfluß kleinbürgerlicher Denkart“ bei den bremischen Arbeitern gesprochen wurde. Das trat besonders bei den Küpern in Erscheinung, die sich als letzte Gruppe dem Gewerkschaftskartell anschloß.
Diese Besonderheiten wirkten sich auf die Entwicklung der Partei hemmend aus und verlangsamten ihre Entwicklung. So ging das 1890 gewonnene Reichstagsmandat 1893 wieder verloren. Die bürgerlichen Kreise hatten erkannt, daß sie ein Reichstagsmandat nur dann gewinnen konnten, wenn sie einen links-bürgerlichen Kandidaten aufstellten und einigten sich demgemäß bei der Wahl 1893 auf den Freisinnigen liberalen Frese. Bei dieser Wahl erhielt der bisherigeReichstagsabgeordnete Julius Bruhns als Kandidat der Sozialdemokraten 14 572 Stimmen, während er im ersten Wahlgang im Jahre 1890 14 843 Stimmen erhalten hatte. Dagegen stiegen die bürgerlichen Stimmen auf 19 054. Frese war gewählt. Aber auch die Zahl der Bürgerschaftsmandate ging in diesen Jahren von neun auf zwei Mandate zurück, so daß selbst die Möglichkeit in der Bürgerschaft eigene Anträge zu stellen, nicht mehr gegeben war. Aber die Enttäuschung über diese Mißerfolge wurde überwunden. Es setzte eine neue Initiative ein. Die Parteiorganisation wurde zeitgemäß geordnet, indem man sie in Distrikte aufteilte und nach Wahlbezirken innerhalb der Distrikte unterteilte. Damit schuf man eine Organisationsform, die sich in der Folgezeit bewährte und die sich im wesentlichen bis in die Gegenwart erhalten hat.

Gegen das Achtklassenwahlrecht

Nachdem man sich entschlossen hatte, sich weiter an den Bürgerschaftswahlen zu beteiligen – entgegen der Meinung von Teilen der Parteigenossenschaft, daß eine Beteiligung bei den bestehenden Wahlsystemen sinnlos sei – begann man im Herbst 1895 rechtzeitig mit der Vorbereitung zur Bürgerschaftswahl. Dabei richtete sich der Hauptangriff gegen das berüchtigte Achtklassenwahlrecht, das der Senat in der Reaktionszeit 1852 der Bevölkerung aufgezwungen hatte und das der bremischen

Handelsaristokratie ihren entscheidenden Einfluß auf die Regierung sicherte. Im Anfang der 90er Jahre hatten sich die Bürgervereine der verschiedenen Stadtteile zu einem Bürgervereinsverband zusammengeschlossen, deren Spitze sich wesentlich auch gegen die Sozialdemokratie wandte. In einem Wahlaufruf wies nunmehr der Bürgervereinsverband auf die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlrechts hin, indem er schrieb: „Von den 14 421 Wählern der Stadt Bremen senden 1353 Angehörige der 1., 2. und 3. Klasse 78 Vertreter in die Bürgerschaft, während die übrigen 13 068 Wähler der 4. Klasse durch das Gesetz nur 44 Vertreter entsenden können, also von der 1., 2. und 3. Klasse (Akademiker, selbständige Kaufleute, Gewerbetreibende) 17 Wähler ebensoviel Wahlrecht ausüben, wie 297 Wähler der 4. Klasse."

In einer Broschüre „Die bremischen Bürgerschaftswahlen und der Bürgerverein: Ein ernsthaftes Wort an Wähler und Nichtwähler" griff die Partei in den Wahlkampf ein, indem sie die Halbheiten der Forderungen des Bürgervereins anprangerte und gleichzeitig erstmalig nach dem Sozialistengesetz ein „Programm der Sozialdemokratie zu den Bürgerschaftswahlen" formulierte und bekanntgab.

In der Präambel, die die verfassungsmäßige Situation Bremens darstellt, heißt es: „Die Verfassung der Freien Hansestadt Bremen bestimmt: „Alle Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich", aber das Gesetz selbst behandelt die Staatsangehörigen nichts weniger als gleich. Ungleichheit und Abhängigkeit der wirtschaftlich Schwächeren von den Stärkeren sind die Merkmale der staatlichen Verhältnisse Bremens, die durchaus kapitalistisch sind, also den Staat zu einem Werkzeug für die Herrschaft einer besitzenden Minderheit über die ausgebeutete besitzlose und minderbemittelte Mehrheit machen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Beseitigung dieser Ungleichheit. Ihr Ziel ist die Umwandlung der heute von der besitzenden Minderheit monopolierten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die von der ökonomischen Entwicklung deutlich sichtbar vorbereitet wird. Die Sozialdemokratische Partei, kämpfend um die politische Macht, ebnet dieser Entwicklung die Bahn, ihr Kampf aber hat sie erkennen lassen, daß es notwendig ist, die werktätige aber wirtschaftlich schwache und deshalb an politischen Rechten arme Klasse in den Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte zu bringen, deren Besitz unabwendbar ist, um ein öffentliches Leben in ungehemmter Wirksamkeit entfalten zu können. An einer solchen Wirksamkeit ist im Staate Bremen die rechtlich zurückgesetzte Klasse vollständig durch die kapitalistische Privilegienwirtschaft gehindert. Deshalb fordert die bremische Sozialdemokratie die Beseitigung des die Rechtsungleichheit verkörpernden Privilegienstaates und sie verlangt die Umgestaltung desselben in ein freies demokratisches Staatswesen."

An diese grundsätzliche Forderung schließt sich ein Katalog von Einzelforderungen wie u. a.: verstärkten Arbeiterschutz, Schaffung einer Arbeiterkammer, Verstaatlichung des Armenwesens.

Aber die Kernforderung der bremischen Sozialdemokratie blieb noch für Jahre die Umgestaltung der bremischen Verfassung. Die entscheidende Voraussetzung dafür war die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wie es schon seit 1870 für die Reichstagswahlen galt. In welcher Weise sich die Rechtsungleichheit des Achtklassenwahlrechts auswirkte, ist aus der nachstehenden Aufstellung, die aus dem Jahre 1905 stammt, deutlich zu erkennen. Für die Wahl eines Abgeordneten in der Stadt Bremen (ohne Bremerhaven und Landgebiet) waren in der

1. Klasse (Akademiker) 28 Stimmen nötig,
2. Klasse (Kaufleute) 21 Stimmen nötig,
3. Klasse (selbständige Gewerbetreibende) 12 Stimmen nötig,
4. Klasse (alle übrigen Wahlberechtigten) 341 Stimmen nötig.

Es brauchte also ein gewöhnlicher Bürger, der nur zur 4. Klasse wahlberechtigt war, zwölfmal soviel Stimmen als der Akademiker, sechzehnmal soviel wie ein der Handelskammer angehörender Kaufmann und achtundzwanzigmal soviel Stimmen wie ein zur Gewerbekammer gehörender Gewerbetreibender, um gewählt zu werden.

Erschwertes Wahlrecht

Von der Bevölkerung waren zwar zur Reichstagswahl alle über 24 Jahre alten Bürger wahlberechtigt, zur bremischen Bürgerschaft aber nur diejenigen, die den bremischen Bürgereid geleistet hatten. Um das zu können, mußte man entweder Sohn eines bremischen Bürgers oder mindestens drei Jahre in Bremen ansässig sein. War der Betreffende zur Ablegung des Bürgereides bereit, so mußte für die beabsichtigte Eidesleistung die festgesetzte Gebühr von 16,50 Mark bezahlt werden, ein Betrag, der um die Jahrhundertwende fast den Wochenlohn eines Arbeiters ausmachte. Diese für die damalige Zeit hohe Gebühr hielt bei dem derzeitigen Einkommen der minderbemittelten Bevölkerung manchen davon ab, den Eid zu leisten, um das Bürgerrecht zu erwerben.

Weitere Erschwernisse lagen in der Bestimmung, daß die Wahl zur Bürgerschaft an einem Wochentag stattfand, und mancher Arbeiter der zwar wahlberechtigt war, konnte wegen des damit verbundenen Lohnausfalls von der Ausübung seines Wahlrechts keinen Gebrauch machen. Anträge, die von der Sozialdemokratie gestellt wurden, den Sonntag zum Wahltag zu bestimmen, verfielen stets der Ablehnung in der Bürgerschaft. Darüber hinaus durfte das Wahlrecht nicht ausgeübt werden, wenn jemand im Konkurs stand, Armenunterstützung erhielt, oder kurz vorher erhalten hatte, oder mit Steuern und Abgaben im Rückstand waren. Wahlfähig oder wählbar wurde er erst drei Jahre nach Ablegung des Bürgereides. Alle diese, das Wahlrecht erschwerenden und einschränkenden Bestimmungen gingen in erster Linie zu Lasten der Arbeiter. Sie wirkten sich andererseits zu Gunsten der privilegierten Kreise aus. Alle Versuche, die bestehenden Ungerechtigkeiten durch entsprechende Anträge in der Bürgerschaft aufzuheben, verfielen stets der Ablehnung. Für die bremische Sozialdemokratie war somit eine erfolgversprechende Kommunalpolitik in der bremischen Bürgerschaft unmöglich, solange das Achtklassenwahlrecht eine Bürgerschaftsmehrheit sicherte, die die vorhandenen Vorrechte verteidigte und alle Anträge der sozialdemokratischen Fraktion in den verschiedenen Legislaturperioden ablehnte.

Hermann Rhein in der Bürgerschaft

In dieser Zeit sind unter den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei insbesondere zu nennen: Hermann Rhein, Friedrich Ebert und Wilhelm Pieck. In den Protokollen der Bürgerschaftsverhandlungen der Jahre von 1899 an sind die in jener Zeit gestellten Anträge und Begründungen aufgezeichnet. Man wird bei der Durchsicht immer wieder feststellen müssen, daß die sozialdemokratischen Vertreter trotz der Spannungen jener Jahre sachlich und mit umfassender Kenntnis der jeweiligen Materie ihre Sache verfochten. Während Hermann Rhein als Fraktionsführer sich durch sehr gründliche Kenntnis des bremischen Haushalts auszeichnete und seine kritischen Bemerkungen mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit begründete, befaßten sich Ebert und Pieck wesentlich mit den sozialen Problemen, wie sie sich in Bremen darstellten. Eberts Untersuchungen über die Wohnverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung Bremens, seine auf sorgfältigen Untersuchungen beruhende Broschüre:

„Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter" sind bezeichnend für den politischen Stil dieses Mannes.

Friedrich Ebert

Über Friedrich Ebert ist insbesondere nach seinem Tode 1925 viel geschrieben worden. Als er nach Bremen kam, war er 21 Jahre alt. Er war kein Theoretiker, er war auch kein Mann der großen Worte, er stand mit seinem ganzen Herzen bei der Sache der Arbeiter, deren Lebensverhältnisse er kannte und die auch die seinen waren. Seine Reden in der bremischen Bürgerschaft, seine Artikel zur Untersuchung der sozialen Frage sind infolge ihrer Sachlichkeit und Gründlichkeit heute zeitgeschichtliche Dokumente. Zusammengefaßt geben sie ein Bild der damaligen Zustände in Bremen, die aber die Verhältnisse im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts jedem noch einmal anschaulich vor Augen führen. Als er 1905 von Bremen schied (er ist während der Zeit seiner Reichspräsidentenschaft noch einmal 1922 in Bremen gewesen), schrieb die „Bremer Bürgerzeitung" zum Abschied: „Genosse Fritz Ebert übersiedelt in diesen Tagen nach Berlin, um dort die ehrenvolle Tätigkeit im Parteivorstand anzutreten, zu der ihn der Jenaer Parteitag berufen hat. Genosse Ebert hat in den langen Jahren seiner Tätigkeit in Bremen so vieles und so tüchtiges für die Arbeiterschaft geleistet, daß seine Wirksamkeit hier unvergessen bleiben wird. Schon als er Anfang der 90er Jahre als junger Sattlergeselle nach Bremen kam, wußte er sich sofort durch Eifer und agitatorisches Geschick das Vertrauen der bremischen Genossen zu erwerben, das ihn seitdem nicht verlassen hat . . ."

Ursula Schulz hat in einer kürzlich erschienenen Dokumentation eine Sammlung von Reden Eberts während der Jahre seines Wirkens in der bremischen Bürgerschaft der Öffentlichkeit vorgelegt. Hier sollen nur die wesentlichsten Probleme, wie sie von Ebert behandelt wurden, noch einmal aufgezählt werden:

Fragen der Wohnungsnot.
Kampf um das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter.
Forderung einer Arbeiterkammer.
Das Armenwesen in Bremen.
Und besonders: Der Kampf um das gleiche Wahlrecht.

Wilhelm Pieck

Pieck, der vor seinem Fortgang nach Berlin 1909 als Parteisekretär wirkte und zeitweise ebenfalls Mitglied der Bremischen Bürgerschaft war, sprach u. a. zu folgenden Themen:

Über das Elend der Heimarbeiter.
Über Mißstände und militärische Schikane bei der Feuerwehr.
Über Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter.
Über die soziale Lage der Dienstboten.
Für den Achtstundentag und höhere Mindestlöhne.
Für die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel.
Über die progressive Besteuerung der Kapitalisten.

um die wichtigsten Themen zu nennen. Alle drei hier genannten Abgeordneten haben in den späteren Jahren hohe Staatsstellungen bekleidet. Neben Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, war Hermann Rhein wiederholt vor 1933 Senator in Bremen und Wilhelm Pieck, der sich später der Kommunistischen Partei anschloß, wurde nach 1945 der erste Volkspräsident in Mitteldeutschland.

Die Partei wächst

Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft zeigte infolge des bestehenden Wahlrechts bei den Wahlen nicht die Stärke der Sozialdemokratischen Partei. Maßstab dafür allein waren die Wahlen zum Reichstag. Nach 1893 war die Legislaturperiode des Reichstags

auf fünf Jahre verlängert worden. Julius Bruhns hatte 1895 Bremen verlassen. Für die Reichstagswahl im Jahre 1898 wurde von den bremischen Sozialdemokraten der Gastwirt H. Schmalfeldt als Kandidat aufgestellt. Der äußerst heftig in einer Periode schwerer Arbeitskämpfe mit Versammlungen, Plakaten, Flugblättern und Streitschriften geführte Wahlkampf brachte wohl ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf 18 636. Das waren 4064 Stimmen mehr als auf der Wahl 1893, aber der Zuwachs reichte nicht aus, um dem bisherigen liberalen Abgeordneten Frese das Mandat abzunehmen. Die Sozialdemokraten blieben bei dieser Wahl mit 2288 Stimmen hinter dem bürgerlichen Kandidaten zurück. Immerhin stieg ihr Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen auf 46,5 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent der bremischen Wahlberechtigten. Das war ein verheißungsvoller Erfolg, und die nach der Wahl vertretene Meinung, daß die nächste Wahl den endgültigen Gewinn des Mandates bringen werde, sollte sich bestätigen.

Zuchthausvorlage

Im Reiche selbst betrachtete man das stetige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen mit Besorgnis und Furcht. Hatte man auch im Reich darauf verzichtet, mit Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, so wurde doch immer wieder versucht, durch verschärfte Anwendung der Gesetze und durch Erlaß neuer Gesetze der Bewegung Schwierigkeiten zu machen. So mehrten sich die gerichtlichen Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigungen, Beschlagnahme sozialdemokratischer Zeitungen, Auflösung von Versammlungen und Angriffe auf das Koalitionsrecht. Es kam der Posadowsky-Wehner-Vertrag vom 15. Juni 1898, der den Arbeitern verbot, andere Arbeiter von bestreikten Arbeitsstellen fernzuhalten und schließlich der Versuch, ein Gesetz zu verabschieden, daß alle Versuche, Arbeitswillige bei der Bestreikung eines Betriebes an der Arbeit zu hindern, mit Gefängnis und in besonderen Fällen mit Zuchthaus bedrohte. Diese sogenannte „Zuchthausvorlage“ wurde jedoch von der Reichstagsmehrheit abgelehnt.

Schmalfeldts Wahlsieg 1903

Schon bei der Wahl von 1890 hatten sich 1,4 Millionen Wähler für die Sozialdemokratie entschieden. 1893 waren es 1 700 000 und bei der Wahl 1898 waren es mehr als zwei Millionen. Dieser steile Anstieg im Reiche ermutigte die bremischen Sozialdemokraten zu einer neuen Kraftanstrengung bei der Wahl im Jahre 1903. In diesem Wahlkampf wurden von der Partei 25 Versammlungen durchgeführt, davon acht in den beiden größten Sälen der Stadt. 19 verschiedene Flugblätter in einer Gesamtauflage von 565 000 Stück wurden verbreitet, dazu Spezialflugblätter an bestimmte Berufs- und Bevölkerungskreise. In den letzten drei Wochen vor dem Wahltag wurde die Bremer Bürgerzeitung jeweils täglich mit 43 000 Exemplaren verteilt. Für den Wahlkampf wurden laut Abrechnung 26 850,02 Mark ausgegeben. Für die damalige Zeit eine gewaltige Summe. Am Abend des 16. Juni 1903 lag das Resultat vor: 25 076 Stimmen für Schmalfeldt, 23 993 Stimmen für den bisherigen Abgeordneten Frese. Schmalfeldt war gewählt. Frese zog einen Monat später in den Senat ein. Die Zuversicht und Opferbereitschaft hatte ihre Früchte getragen.
Noch gewaltiger aber war der Sieg im Reiche. Fast eine Million betrug der Zuwachs an Stimmen. 3 087 700 Wahlberechtigte hatten sozialdemokratisch gewählt. Der Anteil an den abgegebenen Stimmen betrug 31,7 Prozent. Fast jeder dritte Wähler hatte sich für die SPD entschieden. In Sachsen hatte die Partei von 24 Wahlkreisen 23 für sich erobert. Zusammenfassend wertete die „Bremer Bürgerzeitung“ das Wahlergebnis in einer Ausgabe vom 18. Juni 1903 mit folgenden Sätzen: „Die erfreuliche Tatsache des Sieges ist der ungeheure Stimmenzuwachs der SPD, die von dem Zuwachs an

Wahlberechtigten nicht weniger als 3/4 absorbierte und den erheblichen Zuwachs der Wahl von 1898 noch ganz bedeutend übertraf. Dieses ungeheure Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen, das auch überall in Deutschland in Erscheinung trat, ist der lebendige Beweis von der sieghaften Werbekraft des Sozialismus."

Redakteure der Bremer Bürgerzeitung

In all diesen Kämpfen um den Aufstieg der Partei spielte die „Bremer Bürgerzeitung" eine hervorragende Rolle. Nachdem Bruhns 1895 Bremen verlassen und Friedrich Ebert schon ein Jahr vorher eine Gastwirtschaft in der Brautstraße übernommen hatte, war im Frühjahr 1894 Hermann Rhein, der bis dahin seinem Beruf als Schriftsetzer nachgegangen war, in die Redaktion eingetreten, um den lokalen Teil und die Berichterstattung zu übernehmen. An Stelle von Bruhns trat Dr. Franz Diederich, der vorher Redakteur des Dortmunder Parteiorgans gewesen war. Gemeinsam mit Hermann Rhein hat Dr. Diederich bis Ende 1902 die Redaktion geführt. Die in den Jahren seiner bremischen Tätigkeit erschienenen Streitschriften und Wahlbroschüren sind hauptsächlich von ihm verfaßt. Darüber hinaus war er auch literarisch als Schriftsteller tätig. Im Herbst des Jahres 1902 übersiedelte er nach Dresden. Schon im Dezember 1900 war Alfred Henke, Sohn eines bremischen Zigarrenmachers – und selbst Zigarrenmacher – in die Zeitung eingetreten, während an die Stelle von Dr. Diederich Heinrich Schultz trat, ein bremischer Sozialdemokrat, der schon in jungen Jahren seinen Lehrerberuf aufgegeben hatte, um sich ganz der Parteiarbeit zu widmen. Hermann Rhein hatte 1905 die Funktion des Arbeiter-Sekretärs übernommen, die durch die Wahl Eberts in den Parteivorstand der Zentralpartei freigeworden war. Ebenfalls nach Berlin berufen wurde im Jahre 1906 Heinrich Schultz. Er, dessen wesentliches Arbeitsgebiet Fragen der Schul- und Kulturpolitik war, wurde Sekretär des Zentralbildungsausschusses in Berlin. Von dem Zeitpunkt seines Ausscheidens an übernahm Henke die politische Redaktion. Er hat sie bis zur Spaltung der Partei im Jahre 1917 innegehabt. So verfügte die „Bremer Bürgerzeitung" über einen Stab gut vorgebildeter und erfahrener Redakteure, die das Ansehen, das sich die Zeitung weit über Bremen erworben hatte, begründeten und festigten.

Wenn man von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Zeitung zu bestehen hatte, absieht, wird festzustellen sein, daß sie vom Zeitpunkt ihres Bestehens an, die Aufgabe, die ihr gestellt war, erfüllte. Gegenüber den früher in Bremen erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen war ihr Niveau höher. Sie bemühte sich, ihren Lesern die Grundsätze des Erfurter Programms zu erläutern, beschäftigte sich mit der Lage der bremischen Wirtschaft und mit der wirtschaftlichen Lage der bremischen Arbeiterschaft, erklärte wirtschaftliche Zusammenhänge und ihre Konsequenzen für die Arbeiter, verglich Löhne und Preise gegenüber den Ergebnissen der Handels- und Industriebetriebe und wirkte damit für eine Versachlichung der politischen Arbeit und für eine vertiefte Schulung der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Wer sich über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter in der Zeit der Jahrhundertwende ein objektives Bild machen will, der nehme die Studie des Arbeitersekretariats in Bremen zur Hand, die von Friedrich Ebert unter dem Titel „Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter" der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Die soziale Lage der bremischen Arbeiter

1901 beschloß das Gewerkschaftskartell in Bremen, das Arbeitersekretariat mit einer solchen statistischen Erhebung zu beauftragen, um objektive Zahlen zu dieser für sie so wichtigen Frage zu erhalten. Die Erhebung bezieht sich auf die Fragen des Wochenlohns, der wöchentlichen Arbeitszeit und der Wohnverhältnisse der organisierten

Arbeiter. Der ausgearbeitete Fragebogen wurde von 6062 Befragten der verschiedenen Berufsgruppen ausgefüllt und erfaßte Wochenlohn und Arbeitszeit der Woche vom 6. bis 12. Oktober 1901. Die Erhebung dürfte, da sie über 1/5 der bremischen Arbeiterschaft umfaßte, als Repräsentativerhebung für die bremische Arbeiterschaft, aber auch darüber hinaus, die tatsächlichen Verhältnisse wahrheitsgemäß darstellen. Die Erhebung umfaßte folgende Industriegruppen:

Baugewerbe	1521 Befragte
Metallindustrie	1432 Befragte
Holzindustrie	967 Befragte
Nahrungs- und Genußmittel	702 Befragte
Bekleidungs- und Lederindustrie	402 Befragte
Textilindustrie	173 Befragte
Graphisches Gewerbe	129 Befragte
Weibliche Arbeiter	373 Befragte
Verschiedene Berufe	363 Befragte

Lohn und Arbeitszeit

Ergebnisse: Der Wochenlohn schwankte in dieser Lohnwoche zwischen 28,50 Mark (Steinbildhauer) und 13,55 Mark (Weber). Bei den weiblichen Arbeitern lag der Wochenlohn zwischen 10,45 Mark (Kistenbekleberinnen) und 8,80 Mark bei den Tabakarbeiterinnen in der Heimindustrie (Wickelmacherinnen). Die gleiche Berufsgruppe verdiente in der Tabakfabrik 10,43 Mark.

Die Aufstellung beweist, daß, je größer die Arbeitszeit ist, umso kleiner der wöchentliche Verdienst. Es verdienten bei einer Arbeitszeit von:

		Mark im Durchschnitt
50 Stunden	1192 Arbeiter	22,45 wöchentlich
über 50-55 Stunden	645 Arbeiter	22,46 wöchentlich
über 55-60 Stunden	1577 Arbeiter	20,60 wöchentlich
über 60-65 Stunden	951 Arbeiter	21,34 wöchentlich
über 65 Stunden	189 Arbeiter	16,12 wöchentlich

74,5 Prozent der Befragten verdiente bis zu 24 Mark bei verschieden langer Arbeitszeit. Bis zu 48 Stunden arbeiteten lediglich 4,2 Prozent. Zwischen 48 und 60 Stunden 85,7 Prozent. Für die restlichen 10 Prozent werden Arbeitszeiten bis zu 90 Stunden wöchentlich verzeichnet. Eine ähnlich lange Arbeitszeit gilt auch für die weiblichen Arbeiter, von denen ein Teil als verheiratet auch noch die häuslichen Pflichten wahrzunehmen hatte. Bis 48 Stunden arbeiteten 6,3 Prozent, bis 60 Stunden 83,7 Prozent und der Rest der Befragten gibt längere Arbeitszeiten an. Die Lohnzahlung erfolgte, sofern es sich um Wochenlohn handelte, zumeist am Sonnabend, wobei zu bemerken ist, daß auch am Sonntag die Kleinhandelsgeschäfte – wenigstens zeitweise – geöffnet waren. Urlaub war unbekannt.

Bei diesen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß von den 3253 verheirateten Befragten männlichen Arbeitern über 700 angaben, daß ihre Ehefrauen zum Erwerb mit beitragen müssen. Darüber hinaus wurden 121 Familien gezählt, deren minderjährige Kinder zum Unterhalt der Familie ebenfalls arbeiten müssen. Der Lohn eines Jahres wurde in jener Zeit wesentlich gemindert durch eine zwischenzeitliche Erwerbslosigkeit. Da es eine Arbeitslosenversicherung nicht gab, ging der Lohnausfall während der Erwerbslosigkeit voll zu Lasten des Arbeitnehmers. Gemildert werden konnte diese Last nur durch Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften. Hier darf einschaltend gesagt werden, daß auch die gegenseitige Hilfe

der Gewerkschafts- und Parteigenossen untereinander auch in Krankheitsfällen viel verbreiteter war als in der heutigen Zeit.

Verdienstausfall

Von den 5549 männlichen Arbeitern gaben 3077 an, daß sie während des letzten Jahres zeitweise keine Arbeit gehabt oder ausgeübt hätten. Die Gesamtzeit der dadurch verdienstlosen Tage betrug für das Jahr 1900 151 861 Tage, so daß durchschnittlich auf einen der zeitweise Arbeitslosen 49,3 Tage entfallen. Das ist fast 1/6 der vollen Arbeitszeit, so daß sich also auch das Gesamteinkommen des Jahres um 1/6 schmälerte. Die Krankheitstage wurden nur mit 3,2 Prozent der Arbeitszeit angegeben. Kranksein oder gar krank zu spielen, konnte sich ein Arbeiter eben nicht leisten, dazu brannte die Not zu sehr auf seinen Fingern. Wer sich mit diesen Zahlen einmal ernsthaft beschäftigt, wird vielleicht ungläubig den Kopf schütteln, aber er mag daraus ersehen, durch wieviel Not und gemeinsamen Kampf die Arbeiter gehen mußten, um endlich menschenwürdige Verhältnisse zu erreichen.

Arbeiter-Wohnungen

In der Festschrift zum Parteitag in Bremen 1904 schrieb Hermann Rhein: „Bremen steht in dem Ruf guter Wohnungsverhältnisse. Allgemein unterscheidet es sich in dieser Richtung auch ganz wesentlich von anderen Großstädten. In Bremen kamen am 1. Dezember 1900 nur 7,66 Bewohner auf ein bewohntes Haus, dagegen in keiner der übrigen Großstädte unter 13,96 (Krefeld) Bewohner. Beispielsweise in Berlin 50,07 und Hamburg 23,32 Bewohner. Stark ausgebreitet ist in Bremen auch das sogenannte Einfamilienhaus."

Solche Häuser befanden sich zu einem Teil auch im Besitz der bremischen Arbeiter. In der vom Arbeiter-Sekretariat 1901 veranlaßten Untersuchung wird festgestellt, daß von 3073 verheirateten Arbeitern 631 ein eigenes Haus besitzen. Daß diese Häuser, die in vielen Fällen zwei, selten aber mehr Wohnungen enthielten und verhältnismäßig kleine Zimmer hatten, dürfte allgemein bemerkt werden. 85 Prozent der in jener Untersuchung Befragten bewohnten ein bis drei Zimmer, wobei Küche und Keller nicht einbezogen wurden. Die Mietpreise solcher Wohnungen lagen zwischen 160 und 237 Mark jährlich. Das ist in den meisten Fällen etwa 1/4 bis 1/5 des Jahresverdienstes. Aber an solchen Wohnungen bestand ein nicht unerheblicher Mangel, da in jener Zeit durch die Industrialisierung und den wachsenden Handel der Zustrom auswärtiger Arbeitskräfte dauernd anhielt. Bremen zählte im November 1903 über 200 000 Einwohner. Der entstehende Wohnungsmangel führte zur Belegung von Souterrain- und Dachgeschoßwohnungen. Hinzu kam noch das Schlafgängerwesen, das den vorhandenen Wohnraum der Familie weiter eingrenzte.

Die gesundheitliche Gefährdung, die mit einer solchen überbelegten Wohnung verbunden war, und der sich immer stärker zeigende Mangel an geeigneten Wohnungen, führte zu wiederholten Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion, aber durch die ablehnende Haltung der Bürgerschaftsmehrheit zu keiner wesentlichen Änderung. Der Forderung, staatlich Arbeiterwohnungen zu erbauen, wurde nicht nachgekommen. So blieb der Wohnungsbau hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Die Versäumnisse zeigten sich nicht zuletzt bei der starken Wohnungsnot, die nach dem Ausgang des 1. Weltkrieges und der anschließenden Inflation der Jahre nach 1918 in Bremen vorhanden war. Dabei kann nicht behauptet werden, daß die Bewohner von Arbeiterhäusern sich in Sauberkeit und Ordnung von anderen Volksschichten unterschieden und ihre Wohnungen nicht pflegten. Der Direktor des Statistischen Landesamtes Böhmert faßte seinen Eindruck nach einer umfassenden Untersuchung, die 1902 veröffentlicht wurde in folgenden Worten zusammen: „Im allgemeinen setzt die Hausfrau

ihren Stolz darein, das einfache Wohnzimmer möglichst sauber und wohnlich einzurichten. An den Fenstern sind Blumen, die Wände sind meist auf Kosten des Mieters tapeziert und mit Bildern und Andenken geschmückt, der Fußboden ist saubergehalten. Fälle von Verschmutzung und Verwahrlosung kommen selten und fast nur bei Leuten vor, die aus dem Osten stammen."

Diese Feststellungen decken sich mit meinen Erinnerungen. Ich habe 25 Jahre meines Lebens in einer Arbeiterstraße des Westens verbracht. Bei den Arbeitern, die zumeist am Hafen beschäftigt waren, war es selbstverständlich, daß das Haus – es waren meistens Eigentümer – alle zwei Jahre mit Ölfarbe gestrichen wurde. Sie taten es selbst, liehen sich gegenseitig Leitern und Handwerkszeug und wo Hilfe notwendig war, halfen die Nachbarn in kameradschaftlicher Weise. Am Sonnabend war es allgemein gebräuchlich, daß Haus, Treppe oder Hausschwelle sowie der Bürgersteig mit brauner Seife geschrubbt wurden. Wehe der Frau, die sich dieser Sitte entzog, sie setzte ihren Ruf als Hausfrau aufs Spiel und wurde nicht selten von den Nachbarn schief angesehen oder gar gemieden. Bremen war eben eine saubere Stadt! Nur dort, wo die Jutespinnerei ihre Werkswohnungen errichtet hatte, lagen die Verhältnisse wesentlich anders. Sie waren überbelegt. In den 53 Zweifamilienhäusern wohnten um 1900 – nach einer Rede Eberts in der Bremischen Bürgerschaft – 251 Familien mit einer Kopfzahl von 1108 Personen. Aber diese Häuser waren für Bremen nicht typisch und fielen aus dem üblichen Rahmen in jeder Weise heraus.

Einkommen und Steuern

Bremen galt im Reichsgebiet nicht nur als eine saubere Stadt, sie galt zugleich auch als eine reiche Stadt. Die Ausgaben, die Bremen für seine Häfen in Bremen und Bremerhaven, für die Vertiefung der Weser und für die Verlegung der Fahrrinne der Außenweser aufgewandt hatte, belasteten den Staatshaushalt. Die erforderlichen Mittel waren nicht dem laufenden Haushalt entnommen, sondern durch Aufnahme von Anleihen finanziert. So war die bremische Staatsschuld, die 1902 192 Millionen Mark betrug, 1907 auf 220 Millionen Mark angewachsen und erreichte ihren Höchststand 1912 mit 300 286 400 Mark. In der gleichen Zeit steigerte sich auch das Einkommen der bremischen Bevölkerung. Es wuchs von 1903 bis 1912 von 158,3 Millionen Mark auf 327,5 Millionen Mark. Es hatte sich somit in diesem Zeitraum verdoppelt.

Aber dieses Gesamteinkommen war sehr verschieden gestreut. Nachdem lange Jahre die Freigrenze für die Einkommensteuer 600 Mark betragen hatte, wurde sie im Anfang des Jahrhunderts auf 900 Mark erhöht. Wer unter 900 Mark verdiente, brauchte keine Steuern zu zahlen. Versuche der Sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, die Steuergrenze zu erhöhen, scheiterten an dem Widerstand der Bürgerschaftsmehrheiten und des Senats. Im Vergleich zur Gegenwart waren die Steuersätze verhältnismäßig niedrig. Der Steuersatz stieg bei großem Einkommen bis auf 6,25 Prozent. Der Forderung der Bürgerschaftsfraktion, eine Entlastung der kleinen Einkommen durch höhere Prozentsätze bei den großen Einkommen zu ermöglichen, wurde nicht entsprochen.

Man bekommt einen Eindruck von der Verteilung des Einkommens, wenn man eine Einkommensteuerstatistik aus dem Jahre 1906 genauer betrachtet. Nach dieser Statistik bezogen:

20842 Personen ein Einkommen	bis	1 000 M	=	32,77 % der Erwerbstätigen
21 706 Personen ein Einkommen v. 1 000 bis		1 500 M	=	34,14 % der Erwerbstätigen

12 508 Personen ein Einkommen v. 1 500 bis 3 000 M	=	19,68 %	der Erwerbstätigen
6 893 Personen ein Einkommen v. 3 000 bis 12 000 M	=	10,84 %	der Erwerbstätigen
1 635 Personen ein Einkommen über 12 000 M	=	2,57 %	der Erwerbstätigen

Zwei Drittel der bremischen erwerbstätigen Personen hatten somit ein Einkommen bis 1500 Mark pro Jahr. Die Gesamtsumme ihrer Einkommen betrug 46 890 551 Mark. Dagegen war das Aufkommen der Gruppe, die über 12 000 Mark Einkommen erzielten, 66 292 302 Mark. Zwei Drittel der Bevölkerung, insgesamt 42 548 Personen, verdienten 20 Millionen Mark weniger als die kleine Gruppe der 1635 Einkommensbezieher über 12 000 Mark.

Bürgerliche Steuerpolitik

Gegen diese heute unverständliche Steuerpolitik hat die Fraktion in der Bürgerschaft unermüdlich gekämpft, aber auch hier vergebens. Auch die Forderung nach Erhebung einer Vermögenssteuer wurde abgelehnt. In der Bürgerschaftsdebatte über den Haushalt am 18. April 1914 führte Hermann Rhein als Sprecher der Sozialdemokraten u. a. aus: „Wir sind der Meinung, daß wir mit ständigen Anleihen nur den kapitalkräftigen Kreisen der Bevölkerung Unterstützung und Nutzen verschaffen. Wir halten es für richtig, daß wir Gelegenheit nehmen, sie bei größerer Belastung des ordentlichen Haushalts intensiver zu den Steuerlasten heranzuziehen. Wir möchten dringend wünschen, daß die Tendenz der Amortisierung der Schuldenlast Fortschritte macht. Schließlich sind wir der Meinung, daß wir den diesjährigen günstigen Abschluß des Budgets nur erreichen unter Vernachlässigung wichtiger sozialpolitischer Aufgaben. Ich denke da in erster Linie an den argen Zustand unseres Wohnungswesens. Ich erinnere daran, daß zahlreiche Familien beim Wohnungswechsel keine Wohnung bekommen konnten. Ferner denke ich an die ungenügende Initiative, die wir in der Frage der Arbeitslosenversicherung ergriffen haben.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Rede, die Ebert am 8. Mai 1901 in der Bürgerschaft hielt, in der er die bremische Steuerpolitik einer Kritik unterzieht. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hatte den Antrag gestellt, die Verbrauchsabgabe für Lebensmittel, die die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung belastete, aufzuheben und den finanziellen Ausfall durch eine stärkere Heranziehung der über 12 000 Mark verdienenden Einkommensbezieher auszugleichen. Aus der Begründung des Antrages seien einige Auszüge zitiert: „Die Sache liegt doch so, daß jedes Pfund Fleisch durch die Verbrauchsabgabe verteuert wird, gleichgültig, welche Fleischsorte man kauft. Ich habe kürzlich in der Zeitung gelesen, daß Herr G. in einem Referat in einem Bürgerverein gesagt habe, die Verbrauchsabgabe drücke den kleinen Mann nicht so. Die Leute konsumierten heute ja viel Pferdefleisch und Margarine und würden deshalb nicht von der Verbrauchsabgabe betroffen. Demnach brauche die Verbrauchsabgabe auch nicht dringend aufgehoben zu werden. Das sind recht eigentümliche Ansichten . . . “

Und gegenüber dem Einwand, daß die Streichung der Abgabe wegen der bevorstehenden staatlichen Aufgaben nicht tragbar sei, heißt es dann: „Diejenigen, die große Einkommen beziehen, sind dazu im wesentlichen Teil auf Grund unserer staatlichen Einrichtungen gekommen. Die großen Verkehrsanlagen des bremischen Staates, die bedeutenden Hafenanlagen, die Einrichtungen in unseren Häfen, sowie die Verkehrsverbesserungen innerhalb der Stadt, alle diese Einrichtungen, die aus allgemeinen Steuern und Mitteln beschafft worden sind, sind in erster Linie zum wesentlichen Teil den besitzenden Kreisen zugute gekommen . . . Aus diesem Grunde halten wir daran

fest, daß der Ausfall, der durch Aufhebung der Verbrauchsabgabe entsteht, voll auf die Einkommensteuer gelegt wird." – Der Antrag wurde abgelehnt.
So standen Handel und Verkehr an erster Stelle. Für ihre Zwecke wurden große Anleihen aufgenommen, ohne daß diese Kreise durch höhere Steuern belastet wurden. Die Lösung wichtiger sozialer Aufgaben dagegen wurde vernachlässigt. Dafür war kein Geld vorhanden.
Neben der parlamentarischen Arbeit in Reichstag und Bürgerschaft herrschte in der bremischen Partei selbst ein reges Leben. Die Partei zählte am Ende des Jahres 1903 3 217 Mitglieder, davon 123 Frauen. Dazu kamen etwa 1 200 Mitglieder in Bremerhaven, die allerdings z. T. ihren Wohnsitz in umliegenden preußischen Stadtteilen und Vororten hatten, sowie etwa 300 Mitglieder in Vegesack. Im Jahre 1907 war die Zahl in Bremen-Stadt auf 8 907 gestiegen, davon 213 Frauen.

Maifeier

Unter den Problemen, die jahrelang die bremische Parteiorganisation wie auch die Gewerkschaften beschäftigten, gehörte die Frage der Durchführung des Mai-Feiertages. Sie war als alljährliche Demonstration für den Acht-Stunden-Tag und für vermehrten Arbeiterschutz auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Paris 1889 beschlossen worden. Mit diesem Beschluß hatten sich die bremischen Sozialdemokraten schon beschäftigt als das Sozialistengesetz noch rechtskräftig war. So erschien am 1. Mai 1890 zum ersten Male die „Bremer Bürgerzeitung" und ihr Leitartikel war dem 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit gewidmet. In diesem Artikel wurde die Forderung des Acht-Stunden-Tages damit begründet: „den Folgen der infolge der unmittelbaren Wirkungen der großkapitalistischen Produktionsweise immer fortschreitenden Degeneration der Arbeiterklasse erfolgreich entgegenzuwirken, und die Auflösung der industriellen Reservearmee durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen."
Nach dem Schock, den die am 20. Februar 1890 stattgefundene Reichstagswahl durch das Anwachsen der sozialistischen Stimmen und in Bremen durch die Wahl des Sozialdemokraten Bruhns ausgelöst hatte, gab es nicht wenige Menschen in den bürgerlichen Kreisen, die an diesem 1. Mai revolutionäre Unruhen befürchteten und die von der Polizei verlangten, die Versammlungen zu verbieten. Die Polizei lehnte dieses Verlangen ab. Allgemeine Arbeitsruhe übten in Bremen an jenem ersten Maifeiertag nur die Tischler. Straßendemonstrationen fanden nicht statt. Am 2. Mai meldete die Presse: „Soweit wir zum Schluß der Ausgabe übersehen, hat der heutige sogenannte Weltfeiertag der Arbeit in unserer Stadt zu irgend einem bemerkenswerten Auftritt nicht geführt." Am Sonntag, dem 3. Mai, veranstaltete man in den Centralhallen eine große Feier.

Drohungen mit Entlassung

Aber zu welchen Maßnahmen man auch seitens der Reichsregierung aus diesem Anlaß bereit war, zeigt ein Aufruf der Königlichen Eisenbahn-Direktion Hannover vom 26. April 1890:
„Aufruf an die Arbeiter betreffend 1. Mai!
Obwohl wir im allgemeinen zu dem gesunden Sinn und der treuen Anhänglichkeit der in den Werkstätten des Königlichen Eisenbahn-Bezirks Hannover beschäftigten Arbeiter das Vertrauen haben, daß dieselben sich durch die Irrlehren der Sozialdemokratie und trügerischen Versprechungen der sozialdemokratischen Agitatoren nicht verleiten lassen, insbesondere auch an den von den Letzteren für den 1. Mai geplanten Kundgebungen sich nicht beteiligen werden, so halten wir es doch für unsere Pflicht, die Arbeiter darüber nicht im Unklaren zu lassen, daß jeder, welcher am

1. Mai vorschriftsmäßig nicht zur Arbeit erscheint, oder dieselbe ungehörig unterbricht, aus dem Dienst der Verwaltung entlassen wird. Hannover, 26. April 1890

Unterschrift"

Diese von staatlichen Stellen vorexerzierte Maßnahme wurde nur allzu gern von den privaten Unternehmern übernommen und angewandt. An diese Zeit erinnert in einer Rede am 1. Mai 1904 Friedrich Ebert vor den bremischen Arbeitern: „In den letzten Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung lebhaft über eine Änderung der Art der Maidemonstration verhandelt worden. Veranlassung dazu war nicht die Abneigung gegen die Maifeier, sondern ein taktischer Grund. Das koalierte Unternehmertum hat der Arbeitsruhe einen immer größeren Widerstand entgegengesetzt und die Opfer der Maifeier waren außerordentlich zahlreich . . . Die herrschenden Kreise haben erkannt, daß die Maifeier sich gegen die ganzen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände unserer Zeit richtet. Deshalb sucht man sie zu hindern mit allen Mitteln."

Wenn es also bis in das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts hinein nicht gelang, zu einer machtvollen Demonstration zu kommen, so nicht zuletzt deshalb, weil man glaubte, den Arbeitern bei den bedrängenden wirtschaftlichen Verhältnissen den Ausfall eines Tageslohnes nicht zumuten zu dürfen, und es andererseits noch viele Arbeiter gab, die weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert waren. Das galt nicht nur für Bremen, sondern im verstärkten Maße auch für das Reichsgebiet. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten Deutschlands, der vom 18. bis 24. September 1904 in Bremen stattfand, wurde eine größere Anzahl von Anträgen allein zu dieser Frage gestellt. Die Frage der Maifeier zieht sich durch die Verhandlungen der folgenden Parteitage wie auch durch die Protokolle des Gewerkschaftskartells in Bremen. Aber die Teilnahme an der Feier, die häufig anstelle der nicht gestatteten Straßendemonstrationen mit Spaziergängen durch den Bürgerpark eingeleitet wurde, nahm im Laufe der Zeit stetig zu.

Bildungsfragen

Die Anforderungen an die Partei als politischen Mittelpunkt der sich immer mehr kräftigenden Arbeiterbewegung waren im Laufe der Jahre gewachsen. Die Aufgaben, die anfielen, waren in den Anfangsjahren der Bewegung und seit der Wiederaufrichtung nach dem Sozialistengesetz weitgehend ehrenamtlich geleistet worden. Dieser Zustand konnte auf die Dauer nicht aufrechterhalten bleiben. Um den Umfang der anfallenden Arbeit leisten zu können, mußte man auf jüngere Kräfte zurückgreifen, die bereit waren, sich ganz dieser Aufgabe zu widmen und die fest von den verschiedenen Organisationen angestellt wurden. Man griff zurück auf diejenigen, die sich in ihrer Freizeit an den Organisationsaufgaben beteiligt und ihre ersten Sporen dort verdient hatten. Von einer methodischen Ausbildung konnte selbstverständlich keine Rede sein. Aber es zeigte sich doch sehr bald, wie groß das Reservoir derjenigen war, die infolge der Unterbewertung der Volksschule keine ihrer Begabung entsprechende Schulbildung erwerben konnten. Schulgeld und Lernmittelkosten waren die Schranken, die begabten Kindern der Arbeiterklasse den Aufstieg unmöglich machten. Ihre Schule war nach der Schulentlassung die Arbeiterbewegung, deren Zeitungen sie lasen, an deren Versammlungen sie teilnahmen, um ihren Gesichtskreis zu erweitern.

Rudolf Wissell

Zu ihnen gehörte auch Rudolf Wissell, der nach dem Besuch der bremischen Michaelisschule bei Bestenborstel & Sohn in der Neustadt von 1883 bis 1887 seine Ausbildung als Maschinenbauer erhielt. Er schloß sich schon frühzeitig der Sozialdemokratischen

Partei und der Gewerkschaftsbewegung in Bremen an und ging 1900 nach Lübeck, um das Amt eines Arbeitersekretärs zu übernehmen. Wissell wurde nach 1918 der erste deutsche Reichswirtschaftsminister in dem Reichskabinett, das Scheidemann als Kanzler führte. Für seine wissenschaftlichen Arbeiten wurde ihm später der Ehrendoktor verliehen. Er starb am 13. Dezember 1962 in hohem Alter in Berlin und erinnerte sich gern jener Jahre, die er als junger Mann in der bremischen Arbeiterbewegung verbrachte.

Bernhard Adelung

Hier muß auch der Name eines anderen Mannes genannt werden, der am 30. November 1876 in Bremen geboren wurde und hier die Schule besuchte: Bernhard Adelung. Seine Lebensgeschichte trägt den Titel „Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen". Auch er erhielt in Bremen seine entscheidenden Anstöße zu politischer Arbeit. Als er 1943 in der Nazizeit starb, durfte an seinem Grabe nicht gesprochen werden, und die Todesanzeige durfte erst hinterher erscheinen.

„Bildungsverein Lessing"

Wenn auch in jener Zeit die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund der Interessen der Arbeiterklasse standen, so waren sie doch auch in weitem Umfang bemüht, sich selbst weiter zu bilden und nahmen darüber hinaus an Einrichtungen teil, die ihnen den Zugang zu einer vertieften Bildung eröffneten. Insbesondere war es in Bremen der „Bildungsverein Lessing", dem sie sich anschlossen und in dessen Vorstand mancher von ihnen tätig war. Besonders war es der Hauptschriftleiter der „Bremer Bürgerzeitung", Heinrich Schulz, der den kulturellen Fragen ein besonderes Interesse entgegenbrachte. Als im Jahre 1904 der Parteitag der Sozialdemokratie in Bremen stattfand, brachte er gemeinsam mit Clara Zetkin eine Entschließung ein, die für die Schulpolitik der Partei entscheidende Richtlinien aufstellte und vom Parteitag auch einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution trat besonders für eine Hebung der Volksschule ein, die für mehr als 90 Prozent der deutschen Bevölkerung die einzige Bildungsstätte war.

Streit mit dem Goethebund

Schulz aber war ein entschiedener Gegner einer Bildungspolitik, die in Gemeinschaft mit fortschrittlichen bürgerlichen Kreisen betrieben wurde. Das zeigte sich, als der „Goethebund" in Bremen, der unter Leitung des als liberal und sozial fortschrittlich zu bezeichnenden Pastor Dr. Kalthoff (Pastor an der St. Martinikirche) als Vorsitzer des Goethebundes Schulz einen Vorstandssitz anbot. Schulz lehnte entschieden ab. Seine Entgegnung: „Eine Zusammenarbeit von klassenbewußten Arbeitern und ihren bürgerlichen Gegnern in allen großen Fragen der Weltanschauung zur Klärung und Orientierung beizutragen, ist eine glatte Unmöglichkeit. Ein derartiges Zusammengehen ist nur denkbar in der Form des Kampfes gegeneinander. Daraus ziehe ich die Folgerung: Die klassenbewußten Arbeiter Bremens müssen dem Goethebund den Rücken kehren und sich in Bezug auf ihre künstlerischen Interessen auf ihre eigene organisatorische Kraft verlassen."

Diese Stellungnahme verschärfte sich, als der Goethebund den als „Kathedersozialisten" bezeichneten Prof. W. Sombart zu einem Vortrag in Bremen verpflichtete und führte zu heftigen Auseinandersetzungen, die in einer Reihe von Parteiversammlungen ausgetragen wurden. Seine schärfsten Gegner in dieser Auseinandersetzung über eine sozialistische Kulturpolitik waren Hermann Rhein, Fritz Ebert und der zu dieser Aussprache nach Bremen gekommene Dr. Eduard David. Hinter Schulz aber standen ebenso anerkannte bremische Politiker wie Alfred Henke und Wilhelm Pieck. In der letzten Versammlung, die sich bis nach Mitternacht hinzog, wurde eine Entschließung

angenommen, die den Standpunkt von Schulz zum Siege verhalf und ausdrückte: „daß die klassenbewußte Arbeiterschaft aus eigener Kraft zweckentsprechende Organisationen schaffen solle, um den Wissensdrang und das künstlerische Bedürfnis der Arbeiter zu befriedigen und in die richtigen Bahnen lenken solle."

Arbeiter-Bildungsausschuß

Damit erwuchs der gewerkschaftlichen und politischen Organisation die Aufgabe, entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Das Ergebnis war die Gründung des „Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells", der später nach dem ersten Weltkrieg als Arbeiterbildungsausschuß bekannt war. Es war der erste Bildungsausschuß, der innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland errichtet wurde. Berichte und Jahresabrechnungen des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells sind in den Protokollen des Gewerkschaftskartells erhalten geblieben. Heinrich Schulz, der der 1. Vorsitzer dieses Ausschusses war, verließ 1906 Bremen und wurde Geschäftsführer des neuen Zentralbildungsausschusses der Partei in Berlin, dem die Parteischule unterstellt war. Er holte 1910 Wilhelm Pieck nach Berlin, wo er im Verwaltungsdienst der Parteischule bis 1914 tätig war.

Im Kampf um die bremische Schule

So eng Heinrich Schulz mit der Arbeiterschaft verwachsen war, so eng war er als ehemaliger Lehrer den bremischen Lehrern verbunden. Er beobachtete kritisch und aufmerksam neben anderen Bildungseinrichtungen das bremische Schulwesen und widmete ihm in der „Bremer Bürgerzeitung" fördernd und kritisch seine Aufmerksamkeit. Die fortschrittlichen Kreise der bremischen Lehrerschaft standen in diesen Jahren in einem harten Kampf mit einem engherzigen Schulinspektor, der seine Methoden und orthodoxen Ansichten besonders in religiösen Fragen der Lehrerschaft aufzwingen wollte. Dieser Kampf, der unter dem Namen „Bremer Schulstreit" weit über Bremen hinaus den freiheitlichen Ruf Bremens schädigte und den erbitterten Widerstand der Lehrerschaft hervorrief, erregte die Aufmerksamkeit auch der Sozialdemokraten. In drei Versammlungen, in denen Heinrich Schulz, Alfed Henke und Hermann Rhein sprachen, und an denen Hunderte von Parteimitgliedern teilnahmen, erklärte die Partei ihre Verbundenheit mit den bedrängten Lehrern. In dem Schlußsatz der einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt: „Endlich fordert die Versammlung die bremische Lehrerschaft auf, in ihrem Kampf für die Freiheit und für den Fortschritt der bremischen Volksschule nicht zu erlahmen. Die bremische Arbeiterschaft wird den Lehrern bei allen Versuchen, die bremischen Volksschulen in ihrer äußeren Organisation und in ihrer inneren Fortentwicklung im Sinne der Einheitsschule vorwärts zu drängen, stets an ihrer Seite stehen." Dazu bemerkte das Kampfblatt der bremischen Lehrerschaft „Der Roland": „Der Lehrerschaft müssen endlich die Augen darüber aufgehen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen hat." Damit war ein Brückenschlag zwischen Lehrer- und Arbeiterschaft vollzogen.

Als Bebel 1910 seinen 70. Geburtstag feierte, sandten ihm bremische Lehrer ein Glückwunschtelegramm. Das veranlaßte eine hochnotpeinliche Untersuchung und die Lehrer, die das Telegramm aufgegeben hatten, die Hilfslehrer Hermann Rumpf und Christian Döring, wurden sofort aus dem bremischen Schuldienst entlassen. Ebenfalls entlassen wurden die Lehrer Emil Sonnemann und Wilhelm Holzmeier. Beide traten nach ihrer Entlassung aus der Schule in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei. Holzmeier wurde Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung". Christian Döring und Emil Sonnemann traten in den Dienst des Zentralbildungsausschusses, wobei Sonnemann besonders gern in den Kreisen der arbeitenden Jugend gesehen war. Seine Lieder, vor

allem: „Wir sind jung, die Welt ist offen“, die er ihnen schrieb, werden heute noch von der Jugend gesungen. Sie erschienen unter seinem Schriftstellernamen Jürgen Brand. 1913 trat er ebenfalls in die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ ein, in der seit 1911 auch Johann Knief, der freiwillig seinen Schuldienst quittiert hatte, als Schriftleiter tätig war.

Der Bremer Parteitag

Am 12. September 1904 gab Friedrich Ebert in einem Schreiben an die Polizeidirektion Bremen Kenntnis von dem Beschluß der Partei in Bremen, vom 18. bis 24. September einen Parteitag in dem Lokal Casino abzuhalten. Schon an dem darauffolgenden Tage fragte der Senator Stadtländer, im Senat von dem bevorstehenden Parteitag Kenntnis gebend, ob von dem Parteitag ein stenographisches Protokoll von Amts wegen angefertigt werden solle. Zu diesem Zweck seien 5000 Mark zu bewilligen. Der Senat beschloß demgemäß. In einem Rundbefehl an alle Polizeidistrikte wurde den Polizeibeamten von dem bevorstehenden Parteitag Kenntnis gegeben und sie dahingehend informiert, daß sie bei geringen Übertretungen Nachsicht üben sollten und unter allen Umständen höflich und freundlich zu sein und wo ein Einschreiten erforderlich sei, stets ruhig und sachlich vorzugehen. Die Überwachung des Parteitages wurde dem Regierungsrat Steengrafe und dem Polizei-Inspektor Hoops übertragen, die von jedem Versammlungstag dem Senat einen kurzen Bericht erstatteten. Eröffnet wurde der Parteitag, an dem 230 Delegierte teilnahmen, durch eine Begrüßungsansprache des damaligen bremischen Reichstagsabgeordneten Schmalfeldt, dem August Bebel dankte, während Dietz-Stuttgart und Friedrich Ebert den Vorsitz führten. Verhandlungsgegenstände waren Fragen der Organisation und der Kommunalpolitik. In einer Entschließung über die Aufgaben und Ziele der sozialdemokratischen Kommunalpolitik wurde eine weitgehende Sicherung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde, eine einheitliche Regelung der Gemeindesteuern, die Besteuerung unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden, die Unentgeltlichkeit der Benutzung bei den Institutionen des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens, sowie die Errichtung von Arbeitsämtern gefordert. Auf die angenommene Entschließung zur Frage des Schul- und Bildungswesens, wie sie von Klara Zetkin und Heinrich Schulz vorgelegt wurde, ist schon verwiesen worden.

Zugleich mit dem Parteitag fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen statt unter dem Vorsitz von Klara Zetkin und Luise Zietz, die sich mit den Kinderschutzproblemen und der Schulfrage beschäftigten. In den Distrikten der bremischen Partei fanden Versammlungen statt, auf denen bekannte Redner und Politiker – unter ihnen auch Karl Liebknecht – zu den bremischen Parteimitgliedern sprachen. Kautsky faßte seinen Eindruck von dem bremischen Parteitag in der Zeitschrift „Neue Welt“ so zusammen, daß es ein Parteitag des inneren Parteifriedens gewesen sei und führte an: „Es hat schon interessantere Parteitage gegeben, aber wenige, die so sehr den einmütigen Beifall der gesamten Presse verdienten und fanden wie der Bremer.“

Preise und Löhne

Über die im Anfang des Jahrhunderts in Bremen gezahlten Löhne gab die Untersuchung des Arbeiter-Sekretariats eine zuverlässige Auskunft. Die Zeit bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ist auch in Bremen erfüllt mit immer erneut ausbrechenden Arbeitskämpfen, bei denen es sich sowohl um Streiks der Arbeiter, als auch um Aussperrungen durch die Unternehmer handelte. Sie wurden zum Teil mit großer Erbitterung geführt. Beispielhaft dafür war ein Streik der Straßenbahner im Jahre 1910, bei dem es zum Einsatz der Polizei kam, die von der Waffe Gebrauch machte.

Bericht der Gewerbe-Inspektion

Dem Bericht der Gewerbe-Inspektion für das Jahr 1913 ist zu entnehmen, daß in diesem Jahre nicht weniger als insgesamt 37 Streiks und drei Aussperrungen stattfanden, an denen 467 Betriebe beteiligt waren. Hinsichtlich der Lebenshaltung der Arbeiterinnen heißt es in diesem Bericht: „Bei den derzeitig hohen Lebensmittelpreisen zwingt die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit mit Nahrungsmitteln von geringem Nährwert vorliebzunehmen, und unter diesen Verhältnissen, treten Anzeichen und Begleiterscheinungen der dauernden Unterernährung auf. Auch litten sehr viele Arbeiterinnen an Blutarmut, Magenerkrankungen usw., besonders dann, wenn jede Gelegenheit fehlt, eine warme Mittagsmahlzeit einzunehmen. Angeblich wird häufig die Hauptmahlzeit abends eingenommen, jedoch lassen verschiedene Bemerkungen den Schluß zu, daß höchstens am Sonntag eine ausreichende Mahlzeit zu sich genommen wird."
Nur sehr langsam wurden Lohnerhöhungen durchgesetzt. Die nachstehende Liste, die Löhne der Bauarbeiter betreffend, zeigt diese Entwicklung:

Der Stundenlohn betrug: 1904 – 44 Pfennige
1905 – 47 Pfennige
1906 – 47 Pfennige
1907 – 52 Pfennige
1908 – 52 Pfennige
1909 – 53 Pfennige
1910 – 55 Pfennige
1911 – 57 Pfennige
1912 – 59 Pfennige
1913 – 61 Pfennige
1914 – 64 Pfennige

Die Erhöhung des Stundenlohnes betrug also innerhalb dieser 10 Jahre 20 Pfennige. Bei neunstündiger Arbeitszeit erhöhte sich der Wochenlohn um 10,80 Mark. Aber die Steigerung des Geldlohnes (Nominallohn) sagt nichts aus über eine Verbesserung der Lebensverhältnisse. Bei der Steigerung der Preise für den Lebensbedarf (Ernährung, Kleidung, Miete, Abgaben usw.) wurde lediglich die Erhaltung des bisherigen Lebensstandards gesichert, jedoch sind keine wesentlichen Verbesserungen herbeigeführt worden. Von einem Anteil an dem in dieser Zeit gewachsenen Sozialprodukt war keine Rede.

Schwarze Listen

Auch die Mittel, die von den Unternehmern in den Kämpfen um Erhaltung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse angewandt wurden, waren sich mehr oder minder gleich geblieben. Dafür sorgten nicht zuletzt die Unternehmerverbände der verschiedenen Industriegruppen. So veröffentlichte die „Bremer Bürgerzeitung" noch im Juli 1914 folgendes Rundschreiben des Hafen-Betriebsvereins, das wegen eines Streikes der Stauereiarbeiter an alle beteiligten Unternehmerbetriebe gerichtet war.

„Wir überreichen Ihnen einliegend die bei uns bis jetzt aufgegebenen Namen derjenigen Stauer, die bei den Firmen Louis Krages und Joh. Morgenthal kontraktbrüchig geworden sind. Sollten etwa inzwischen einzelne der auf der

Liste verzeichneten Leute bei irgend einem unserer Mitglieder Arbeit gefunden haben, so sind dieselben baldmöglichst wieder zur Entlassung zu bringen.

Hochachtungsvoll
Hafenbetriebsverein e. V.“

Ein seltsamer Arbeitsvertrag

Und was von einzelnen Betrieben hinsichtlich der Arbeitsverträge den Arbeitern für Bedingungen gestellt wurden, ergibt sich aus einem Vertrag der Jutespinnerei und Weberei vom 17. Januar 1912:

Bremen, den 17. Januar 1912

Hiermit engagieren wir Sie am 18. Januar 1912 als Vorrichter gegen ein Gehalt von 2,50 Mark bei 10stündiger Arbeitszeit und einer Prämie von 3 ⅓ Prozent des Akkordverdienstes Ihrer Abteilung.

In Ihrer Eigenschaft als Vorrichter haben Sie selbstverständlich die Pflicht, die Interessen der Fabrik in jeder Weise zu wahren; insbesondere haben Sie darüber zu wachen, daß jeder Agitation in der Fabrik für irgendeine Arbeitsorganisation unterbleibt, auch während der Pause jeder Zuwiderhandlung gegen unser diesbezügliches Verbot haben Sie sofort Ihrem Meister zu melden. Kündigung dieses Vertrages kann nur unter Einhaltung einer mindestens vierwöchentlichen Kündigungsfrist erfolgen. Im übrigen gelten für Sie diese Bestimmungen unserer Arbeitsordnung; aus derselben heben wir ganz besonders hervor, daß Sie verpflichtet sind, im Bedarfsfalle sämtliche Ihnen zugewiesenen Arbeiten nach besten Kräften auszuführen.

Voraussetzung für den Abschluß dieses Vertrages ist Ihre ehrenwörtliche Nebenerklärung, daß Sie keiner Arbeiterorganisation angehören und daß Sie sich verpflichtet haben, uns Mitteilung zu machen, bevor Sie in eine Arbeiterorganisation eintreten.

Für ordnungsmäßige Einhaltung sämtlicher Bedingungen dieses Vertrages zahlen wir Ihnen nach jedesmaligen Ablaufes eines Vertragsjahres 50 bis 100 Mark nach Dienstjahren. Sollte sich herausstellen, daß Sie trotz Ihrer ehrenwörtlichen Erklärung bzw. Übernahmeverpflichtung während der Dauer des Vertrages einer Arbeiterorganisation angehört haben, so sind die gezahlten Extravergütungen zurückzuzahlen.

Wir weisen Sie hierbei ausdrücklich darauf hin, daß Sie sich eines strafbaren Betruges schuldig machen, wenn Sie trotz einer Zugehörigkeit zu einer Organisation die Extravergütung annehmen.

Jutespinnerei und Weberei
Alfred Haasemann

Es soll mit diesem Beispiel nicht ausgedrückt werden, daß solche Methoden, wie sie in dem zitierten Arbeitsvertrag zum Ausdruck kamen, in bremischen Betrieben allgemein galten, aber es kann andererseits auch nicht darauf verwiesen werden, daß es den Betrieben – aus welchen Gründen immer – unmöglich gewesen sei, höhere Löhne zu zahlen, von den auferlegten Strafbestimmungen und die Entscheidungsfreiheit des Arbeitsuchenden einschränkenden Bedingungen ganz zu schweigen. Die Jutespinnerei und Weberei wies in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1913 nach erheblichen Abschreibungen einen Reingewinn von 832 305 Mark aus, und dem aus vier Personen bestehenden Aufsichtsrat wurde im gleichen Jahre eine Aufsichtsratvergütung von insgesamt 89 608 Mark gezahlt.

Auch in anderen bremischen Industriebetrieben war die Ertragslage keineswegs ungünstig. So zahlten im Jahre 1913, dem letzten Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges an Dividenden:

Dividende bremischer Betriebe

Dampfschiffsfahrt-Gesellschaft „Argo“	12	Prozent
Norddeutsche Wollkämmerei	20	Prozent
Deutsche Levant-Linie	10	Prozent
Atlas-Werke	7,5	Prozent
Raffinerie Karff	22	Prozent
Hansa-Linie, Bremen	20	Prozent
Norddeutscher Lloyd	8	Prozent
Bremen-Besigheimer Ölfabrik	18	Prozent
Bremer Vulkan, Vegesack	11	Prozent

Daß sich diese Ergebnisse durch den Ausbruch des Krieges und die einsetzende Blockade änderten, bedarf kaum einer Erwägung.

Angriffe auf das Erfurter Programm

Die in den Reichstagswahlkämpfen erstrittenen Erfolge hatten die Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nach außen sichtbar gemacht. Aber die Erfolge verstärkten zugleich auch die Verantwortung der Partei gegenüber ihren Wählern. Was die Arbeiter in erster Linie von ihrer politischen Vertretung in Reich und Ländern erwarteten, war eine Besserung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, sei es durch die Tätigkeit ihrer parlamentarischen Vertreter in den Parlamenten oder durch den Druck, den sie infolge der Stärke ihrer Organisation ausübten und die Regierungen zu Zugeständnissen in sozialpolitischen Fragen veranlaßten. Wenn das auch nur in einem beschränkten Umfange gelang, so stärkte jedoch jeder Erfolg das Selbstbewußtsein der Arbeiter und führte Abseitsstehende zur Partei. Die Partei hatte der Arbeiterschaft in dem Erfurter Programm das Zukunftsbild einer neuen sozialistischen Gesellschaft gegeben, an das sie glaubte, und die bei den Wahlen sichtbar werdenden Erfolge bestärkten sie in der Gewißheit, auf dem richtigen Wege zu sein. Es schien sich zu bestätigen, was im Erfurter Programm zum Ausdruck kam, daß die ökonomische Entwicklung sich in der Weise vollzog, wie es Marx vorgezeichnet und Kautsky im Erfurter Programm niedergelegt hat. Sie zogen daraus die Folgerung, daß die Partei stark und bereit sein müsse, den Umschlag in die neue Gesellschaftsform des Sozialismus in nächster Zukunft zu vollziehen. Dafür waren Opferbereitschaft und Disziplin erforderlich, an denen es in der Arbeiterschaft in dieser Periode nicht fehlte.

Auch die allgemeine Entwicklung schien sich der Voraussage gemäß zu vollziehen. Die Arbeiterschaft wuchs von 1875 bis 1907 von 3,5 Millionen auf 9,3 Millionen und konzentrierte sich immer stärker in den Großstädten, wie es Marx vorausgesagt hatte. Die sich immer ablösenden Wirtschaftskrisen wiesen in die gleiche Richtung. Die Partei hatte letztlich nur zu warten, bis sich die Voraussage von Marx endgültig bestätigte. Aber gerade gegen dieses Abwarten richtete sich der Stoß, der von zwei Gruppen innerhalb der Partei geführt wurde. Er führte auf den Parteitagen vor und nach der Jahrhundertwende zu heftigen Auseinandersetzungen.

Die radikale Linke

Die erste Gruppe, die man als die radikale Linke später bezeichnete, wurde geführt von Rosa Luxemburg und dem Sohn des inzwischen verstorbenen Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht. Diese Gruppe stand streng auf dem Boden der Marxschen Lehre, vertrat aber die Auffassung, daß weder mit kleinen Reformen noch mit dem

passiven Abwarten auf den Augenblick des Umschlages vom Kapitalismus zum Sozialismus die Aufgabe des Proletariats getan sei. Sie erforderte vielmehr eine aktive Politik, um das Geschehen zu beschleunigen. Als Mittel dazu vertrat sie die Anwendung des Generalstreiks als politischen Massenstreik, um die Übergangsperiode abzukürzen. Sie wandte sich damit vornehmlich gegen die Arbeit der Gewerkschaften, die durch ihre Führung der Arbeitskämpfe um die sofortige Besserung der sozialen Lage sich bemühte und in dieser Arbeit auch schrittweise Erfolge erzielte. Zugleich aber richtete sie sich gegen die nach ihrer Ansicht zu passive Haltung des Parteivorstandes, der unter der ruhig abwägenden Politik von August Bebel stand. Ihre Kritik der weltpolitischen Lage, von der sie eine bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung der kapitalistischen Staaten untereinander erwartete, war der weitere Anlaß für eine Politik, wie sie sie für notwendig hielten.

Die Revisionisten

Aber auch die zweite Gruppe, die sich unter Führung von Eduard Bernstein bildete, hielt eine aktivere Politik für erforderlich, jedoch gingen ihre Auffassungen dahin, daß auch im Rahmen des bestehenden wirtschaftlichen Systems eine Politik möglich und nötig sei, die wirtschaftliche Reformen schon jetzt zum Ziele habe, während das Endziel unveränderlich auch von ihnen bejaht wurde. Das zu erreichen sei auch, wenn auch nur in begrenztem Umfange, im Zusammenwirken mit linksbürgerlichen Parteigruppen möglich. Sie kritisierten jedoch zugleich die Thesen des Erfurter Programms: die Konzentrationstheorie, die Katastrophentheorie und setzten auch hinter die Verelendungstheorie ihr Fragezeichen. Sie forderten demgemäß eine Revision des Parteiprogramms und man bezeichnete sie wegen dieser Forderungen als die Revisionisten.

Sowohl die Gruppe um Bernstein als auch die Gruppe um Rosa Luxemburg/Liebknecht hielten an dem Zukunftsbild einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch die Sozialisierung der Produktionsmittel innerhalb einer Planwirtschaft fest.

Diese gegenseitigen Meinungskämpfe führten zu scharfen Auseinandersetzungen auf den Parteitagen, wie sie in den früheren Stadien der Partei zwischen Lassalle und Eisenachern geführt worden waren. Die Frage des politischen Massenstreiks ist sowohl in dem Gewerkschaftskartell wie auch in den bremischen Parteikreisen wiederholt behandelt worden, wobei die Gewerkschaften im Gefühl ihrer Verantwortung den Mitgliedern gegenüber skeptisch und z. T. auch ablehnend waren. Auf dem Parteitag 1903 wurden die revisionistischen Bestrebungen auf das entschiedenste verurteilt. Die Sozialdemokratie könne, so hieß es in einer Entschließung, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben. Aber zugleich wurde ein Antrag, der von Kautsky, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin unterstützt wurde, und der die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wissen wollte, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Richtungskämpfe in Bremen

Diese Richtungskämpfe griffen auch auf die lokalen Parteiorganisationen über. Sie bewegten auch die bremischen Sozialdemokraten und in den theoretischen Auseinandersetzungen spielte insbesondere die „Bremer Bürgerzeitung“ eine über Bremen hinausreichende Rolle.

Bevor über diese Richtungskämpfe in Bremen berichtet wird, ist hinsichtlich der politischen Entwicklung in Bremen darauf zu verweisen, daß das im Jahre 1903 errungene Reichstagsmandat bei den sogenannten „Hottentotten-Wahlen“ im

Jahre 1907 verlorengegangen war (die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte es abgelehnt, zusätzlich Gelder für den Kampf gegen die aufständischen Hottentotten in Südafrika zu bewilligen). Das Reichstagsmandat wurde im Jahre 1912 wiedergewonnen. Alfred Henke zog als Abgeordneter in den Reichstag ein. Für ihn waren 35 862 Stimmen abgegeben worden, während der bisherige Abgeordnete, der Schulvorsteher Hinrich Hormann, 27 791 Stimmen erhielt. In der Bremischen Bürgerschaft war die Partei trotz des immer noch bestehenden Achtklassenwahlrechts mit 16 Abgeordneten vertreten.

Erstmalig war die verschiedenartige Einstellung zu politischen Fragen bei der Auseinandersetzung um die Mitarbeit im Goethebund sichtbar geworden. In ihr deutete sich der Gegensatz zwischen Revisionisten und unbedingten Anhängern des Erfurter Programms an, zu dem sich die bremischen Sozialdemokraten auch fernerhin bekannten. Aber den Parteimitgliedern, die in der täglichen Kleinarbeit standen und die als Gewerkschaftler jede Möglichkeit innerhalb der bestehenden Ordnung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auszunutzen bereit waren, galt der Katalog der Einzelforderungen, die das Erfurter Programm in seinem zweiten Teil enthielt, wichtiger für ihre Arbeit, zum mindesten aber ebenso wichtig, als die grundsätzliche Analyse. Wenn sie sich auch voll zur Linie des zentralen Parteivorstandes bekannten, so läßt sich wohl mit Vorbehalt sagen, daß ihre Tätigkeit aus ihrem besonderen Auftrag heraus zu einem Handeln und zu einer Haltung führte, die dem entsprach, was die Revisionisten bewußt und programmatisch vertraten. Dazu gehörten sowohl Ebert wie Rhein, aber auch Deichmann, Waigand, Wellmann u. a., während der streng marxistische Flügel von Heinrich Schulz, Henke und Pieck vornehmlich vertreten wurde.

Pannekoek/Radek

In diesen Jahren der sich anbahnenden Auseinandersetzungen um den Weg, den die Partei einschlagen sollte, spielte die „Bremer Bürgerzeitung“ neben der „Leipziger Volkszeitung“, der Zeitung des Parteihistorikers Franz Mehring, eine bedeutsame Rolle. Sie brachte in großem Umfang Leitartikel und Berichte, die sich sowohl mit Fragen der Parteilinie als auch mit der Entwicklung des Sozialismus in anderen Staaten und Erdteilen auseinandersetzte. Zu ihren Mitarbeitern gehörten prominente Mitglieder des internationalen Sozialismus. In den bremischen Parteiversammlungen konnten die Parteigenossen in- und ausländische Redner, die anerkannte Namen hatten, sprechen hören. 1909 wurde der radikale holländische Sozialist Pannekoek von den Gewerkschaften und der Partei nach Bremen gerufen und war hier in Vorträgen und Kursen umfassend tätig. Ebenso wirkte hier der polnische Sozialist Karl Radek, der später im bolschewistischen Rußland eine bedeutende Rolle spielt. Er wurde gegen die Proteste der bremischen Partei seitens des Parteivorstandes in Berlin 1914 aus der Partei ausgeschlossen.

Es war somit eine Zeit des regen Parteilebens in Bremen, so daß Bremen außerhalb als eine Art Akademie der Arbeiterbewegung bezeichnet wurde. Aber allseitige Anerkennung und ungeteilte Zustimmung fand die vor allem von Henke in der Zeitung vertretene Linie nicht. Im Laufe der Zeit verschärfte sich der Gegensatz, bei der die Gemäßigten die Tätigkeit der radikalen Gruppe als „theoretisches Literatengezänk“ bezeichneten, während die sogenannten Radikalen sie wiederum „Opportunisten“ nannten. Der zentrale Parteivorstand stand diesen Auseinandersetzungen mehr oder minder ablehnend gegenüber. Er sah in diesen Richtungs-

kämpfen eine Prinzipienreiterei, sein Bemühen richtete sich auf die Erhaltung der Einheit einer starken Partei.

Diese Einheit der Partei wurde bis zum ersten Weltkrieg nicht erschüttert. Bebel konnte auf dem Magdeburger Parteitag, dem letzten vor dem Ausbruch des Krieges, sagen: „Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen. Ich bin überzeugt, daß kein Mensch im Saale ist, der den Gedanken an eine Spaltung trägt. Man sagt nun, ihr treibt mit eurer Prinzipienreiterei die Dinge auf die Spitze, und da ist die Gefahr vorhanden, daß die Spaltung kommt. Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Masse macht sie nicht mit."

Drei Gruppen in Bremen

Das galt auch für Bremen. Aber man wird doch sagen können, innerhalb der einigen Partei gab es in Bremen etwa drei Gruppen:

a) Die Gruppe der Gemäßigten unter der Führung von Rhein, Deichmann, Waigand, Winkelmann, Peine.
b) Die Gruppe um Henke und – solange er in Bremen war – Heinrich Schulz, wobei Henke als besonders guter Kenner der marxistischen Literatur galt.
c) Die Gruppe um Pieck, nach seinem Fortgang geführt von Knief, die sich den Anschauungen von Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Karl Liebknecht verbunden fühlten.

Das oben zitierte Wort August Bebels, der im Jahre 1913 am 13. August starb, galt für die Friedenszeit. Ob es bei den schweren Entscheidungen, vor die die Partei durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges gestellt war, auch Geltung behalten würde, mußte sich noch zeigen.

Sozialdemokratie und Krieg

Der Internationale Sozialistenkongreß, der im August 1907 in Stuttgart zusammentrat und an dem 886 Vertreter aus 25 verschiedenen Ländern teilnahmen, schloß mit der Annahme einer Resolution, die die Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Falle eines drohenden oder ausbrechenden Krieges festlegte. Diese Resolution war für das politische Verhalten der Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges allgemein verbindlich. In ihr hieß es:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mitteln den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

VIII Die Sozialdemokratie und der Erste Weltkrieg

Der Krieg bricht aus

Als in den letzten Julitagen des Jahres 1914 sich immer drohender die Kriegsgefahr abzeichnete, setzten die Bemühungen ein, im Sinne dieser Resolution wirksam zu werden, um den Frieden zu erhalten. Die „Bremer Bürgerzeitung“ brachte am Sonnabend, 25. Juli, den Aufruf des Parteivorstandes: „Das klassenbewußte Proletariat“, so hieß es in diesem Aufruf, „erhebt im Namen der Menschheit und der Kultur flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichisch-ungarische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübt, und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder Einmischung enthalte.“ Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung zu Massenversammlungen. Diesem Aufruf folgten die Bremer Sozialdemokraten, indem sie in allen Stadtteilen, so in Hastedt, im Westen, Gröpelingen, Woltmershausen und in der Neustadt Versammlungen veranstalteten. In sieben überfüllten Versammlungen wurden Maßnahmen gefordert, den Krieg zu vermeiden. Da die Polizei vermutete, es würde am Schluß der Versammlungen zu Demonstrationen auf dem Marktplatz kommen, waren alle Zugänge zur Stadt durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt. Eine solche Demonstration für die Erhaltung des Friedens war seitens der Partei für den kommenden Sonntag geplant.

Bremen, den 30. Juli 1914

An die löbliche Polizeidirektion Bremen.
Der Unterzeichnete ersucht die löbliche Polizeidirektion um die Genehmigung eines öffentlichen Umzuges am Sonntag, dem 2. August, 2 Uhr nachmittags, zum Zwecke einer Demonstration für den Frieden.

Hochachtungsvoll
i. A. Joh. Voigt
Bremen, Sulinger Straße 29

Die Antwort der Polizeidirektion lautete:

Freitag, 31. Juli 1914

In Beantwortung Ihres gefälligen heutigen Schreibens wird unter Bezugnahme auf § 7 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1909 ergebenst mitgeteilt, daß die Genehmigung zu dem geplanten öffentlichen Umzug nicht erteilt werden kann, da aus der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Die Polizeidirektion
gez. Buff.

Am 31. Juli 1914 wurde in Deutschland der Kriegszustand erklärt.
Aus dem Leitartikel der „Bremer Bürgerzeitung“ vom 1. August 1914: „. . . Alles, was jetzt geschieht und geschehen muß, ist die Folge der trivialen Weisheit, daß der Pfeil dem Schützen nicht mehr gehört, wenn er von der Sehne des straffgespannten Bogens fortschnellt. Jetzt tritt die eherne Logik der Tatsachen in ihr grausames Recht. Eine Welt scheint dem Untergang entgegenzugehen und droht, Millionen Menschen in ihren Strudel zu ziehen.“

Bemühungen der deutschen sozialdemokratischen Partei mit den französischen Sozialisten zu einer einheitlichen Haltung bei einem Kriegsausbruch zu kommen, scheiterten.

In Frankreich wurde am 31. Juli 1914 der französische Sozialistenführer Jean Jaures ermordet.

Am 3. August schrieb die „Bremer Bürgerzeitung“: „. . . . es müßten sich Wege finden, das namenlose Elend eines Weltkrieges zu vermeiden. Doch wir haben keine Hoffnung mehr. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf.“ Und sie ermahnt die Sozialdemokraten, die zum Wehrdienst einberufen wurden: „So grausam eure Pflicht sein mag, bleibt dennoch menschlich. So allein könnt ihr eure sozialistische Gesinnung, den Adel der Menschlichkeit zeigen.“ Es war ein Leitartikel der Hoffnungslosigkeit.

Der Reichstag tritt zusammen

In Berlin trat am 3. August die Reichstagsfraktion zusammen, um über ihre Stellung zu den von der Regierung beantragten Kriegskrediten festzulegen. Von den anwesenden Abgeordneten sprachen sich 14 gegen die Bewilligung der Kriegskredite aus. Unter ihnen auch Haase, der als Fraktionsvorsitzender am nächsten Tag die Stellungnahme der Sozialdemokratie verkünden sollte. Die übergroße Mehrheit beschloß, der Regierung die Kredite zu bewilligen. Bei Kriegsbeginn war die Hälfte der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zum Heeresdienst einberufen worden. Im Jahre 1917 waren es 75 Prozent der Mitglieder.

Zustimmung zu den Kriegskrediten

Bei der Eröffnung der Reichstagssitzung erklärte einleitend in seiner großen Rede Wilhelm II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“ In der Begründung zur Zustimmung zu den Kriegskrediten erklärte Haase: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht mit dem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird, das die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite.“

Die 14 Vertreter der Minderheit, die sich in der Fraktionssitzung gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen hatten, fügten sich der Mehrheit. Unter ihnen war auch Karl Liebknecht. Diese Entscheidung entsprach der Auffassung Bebels, die er in einer früheren Sitzung des Reichstages aus Anlaß einer Militärvorlage eingenommen hatte. Aber sie war auch beeinflußt durch die Stimmung in den sozialdemokratischen Arbeiterkreisen, die verhindert wissen wollten, daß zaristische Truppen in Deutschland einfielen. Man vereinbarte, während des Krieges die innerpolitischen Gegensätze bis zur Beendigung des Krieges zurückzustellen. Man beschloß damit den sogenannten Burgfrieden. Mochte man bei Kriegsbeginn in Arbeiterkreisen auch des Glaubens gewesen sein, ein solcher Burgfrieden könne eine neue Periode im Verhältnis der Arbeiterschaft gegenüber ihren bisherigen Gegnern einleiten, so zeigte sich doch bald, daß das ein Trugschluß war. Neue

Gegensätze brachen auf. Schon der erste Kriegswinter zeigte eine wachsende Unzufriedenheit bei den werktätigen Massen. Obwohl große Opfer von dem im Felde kämpfenden sozialdemokratischen Arbeitern verlangt und gebracht wurden, blieb die sozialdemokratische Fraktion von jeder Mitwirkung an der Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme ausgeschlossen, von einer Kontrolle der Maßnahmen der Regierung ganz zu schweigen.

Lebensmittelnot und Kriegsgewinne

Bald nach Kriegsbeginn wurde die Bewirtschaftung der Lebensmittel eingeführt. Der Schleichhandel begann, der die Preise für Lebensmittel in die Höhe trieb. Der Arbeiter mußte erkennen, daß dieser sich immer stärker auswirkende Zustand besonders die Familien der Arbeiter belastete. Der frühere Klassenkampf, der die Besserung der sozialen Lage der Arbeiter zum Ziele hatte, schlug um in einen Kampf um das tägliche Brot. Dazu kamen, wie in der Bismarck'schen Verbotszeit, Verbote von Versammlungen und Zeitungen durch die einzelnen Generalkommandos. So hatte die Partei für den 14. Juni 1915 in Bremen eine Parteiversammlung angesetzt, auf der der Reichstagsabgeordnete Haase sprechen sollte. Die Versammlung wurde durch das stellvertretende Generalkommando in Altona verboten. Das gleiche geschah laut Notiz der „Bremer Bürgerzeitung“, als der Reichstagsabgeordnete Wurm im gleichen Monat zur Frage der Volksernährung sprechen sollte. Auch diese Versammlung wurde verboten, wie auch die Verbreitung der beabsichtigten Rede durch Flugblatt.

Während die Notlage der minderbemittelten Kreise dauernd anstieg, erhöhten sich auf der anderen Seite die Einkommen der Kriegsgewinnler. So veröffentlichte die „Bremer Bürgerzeitung“ im Herbst 1915 eine Liste von Kriegsbetrieben, deren Gewinn in dem gleichen Umfange gestiegen war, wie auf der anderen Seite die Not in den breiten Schichten des Volkes. Es kam das bittere Wort auf: „Im Felde fallen unsere Männer, in der Heimat steigen die Dividende.“

So stiegen von 1913 auf 1914 beispielsweise die Dividende der:

Vereinigte Rottweiler Pulverfabriken	von 20 auf 25 Prozent
Waffen- u. Werkzeugfabrik Löwe, Berlin	von 10 auf 30 Prozent
Sprengstoff-Fabrik Glückauf, Hamburg	von ? auf 40 Prozent
In der *Lederfabrikation:*	
Lederwerke, Hamburg	von 12 auf 30 Prozent
Lederwerke Adler, Straßburg	von 10 auf 20 Prozent
Mühlenwerke:	
Rathenower Dampfmühlen	von 5 auf 16 Prozent
Rheinische Mühlenwerke	von 6 auf 12 Prozent
Rolandmühle Bremen	von 11 auf 17 Prozent

Aber die Reichsregierung tat nichts, um die ärgerniserregenden Auswüchse abzustellen und die Kriegsgewinne einzuziehen.

Verteidigungskrieg

Nach anfänglichen Erfolgen war im Westen die Front in Stellungskämpfen erstarrt. Die blutigen Durchbruchsversuche in Frankreich brachten keine Erfolge, sondern nur ungeheure Opfer an Toten und Verwundeten. Die Frage, ob der Krieg wirklich noch ein Verteidigungskrieg, oder ob er zu einem Eroberungskrieg geworden sei, wurde immer schärfer gestellt. Die deutsche Großindustrie im Westen und die Agrarier im Osten forderten immer lauter von der Regierung die Annexion feindlicher Gebiete. Die Regierung schwieg auch zu diesen Forderungen. So beschloß schon am 26. Juni 1915 der Parteivorstand eine Kundgebung zu der Frage der

Weiterführung des Krieges. In dieser Kundgebung heißt es zusammenfassend: „Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene gegenwärtige Kriegslage, fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun und in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen eine Ende zu bereiten." Und der Schlußsatz lautet: „Das Volk will keine Annexionen, das Volk will Frieden." – Wegen der Veröffentlichung dieser Erklärung des Parteivorstandes wurde der „Vorwärts" für einige Tage verboten.

Der Streit um die Kriegskredite

Schon kurz vor dem Beschluß des Parteivorstandes hatten Haase, Kautsky und Bernstein gefordert: „Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenbart sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt geltend zu machen." Sie bezogen sich dabei auf die Stellungnahme, die die Sozialdemokratie durch Haase bei der ersten Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag abgegeben hatte. Karl Liebknecht, der als einziger Abgeordneter bei der Bewilligung der zweiten Kriegsanleihe dagegengestimmt hatte, hatte schon Anfang 1915 in Gemeinschaft mit Rosa Luxemburg und Franz Mehring eine Gruppe gebildet, die sich zuerst „Gruppe Internationale" nannte, und aus der zu einem späteren Zeitpunkt der „Spartakusbund" hervorging. Aber auch in der Gesamtfraktion vertieften sich die Gegensätze. Es war die Verschiedenartigkeit der Standpunkte der einzelnen Abgeordneten zur Frage der weiteren von der Regierung angeforderten Kriegskredite.

Die Einheit zerbricht

Im Frühjahr 1916 vollzog sich der äußere Bruch. 18 Abgeordnete der Reichstagsfraktion schlossen sich zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Unter ihnen befand sich auch der bremische Abgeordnete Alfred Henke. Aber sie verblieben weiterhin Mitglieder der Gesamtpartei. In der Zeit vom 6. bis 8. April 1917 fand in Gotha eine Reichskonferenz der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft statt, die zur Spaltung der Partei durch die Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" – kurz USPD genannt – führte.

Die in schweren Kämpfen 1875 in Gotha errungene Einheit der Partei zerbrach nach gut 40 Jahren unter den Belastungen der Kriegspolitik. Die Spaltung innerhalb der Fraktion und die Gründung der neuen Partei wirkte sich auch auf die Mitgliedschaft aus. In einer Reihe von größeren Industrieorten trat die Mitgliedschaft zur neuen Partei über. So in Groß-Berlin, Halle, Leipzig, Braunschweig und dem Bezirk Groß-Thüringen. In der „Leipziger Volkszeitung" schuf sich die USP ihr Hauptorgan. Aber der Großteil der alten Mitgliedschaft verblieb in der Mehrheitspartei. Auch Bremen machte die Spaltung nicht sofort mit. In der „Bremer Bürgerzeitung" arbeiteten noch Anhänger der verschiedenen Richtungen nebeneinander, von der wohl jede Richtung der Meinung war, daß ihr eines Tages die Zeitung allein gehören werde.

Spaltung auch in Bremen

Schon gegen Ende des Jahres 1915 hatten sich die Linksradikalen, bei denen neben Johann Knief auch der Werftarbeiter Joseph Miller aktiv tätig war, eine eigene Zeitung, die „Bremische Correspondenz" geschaffen, in der sie ihre abweichenden politischen Auffassungen publizistisch vertraten. An ihre Stelle trat am 24. Juni 1916 die „Arbeiterpolitik, Zeitschrift für den wissenschaftlichen Sozialismus". Sie erschien bis zum 8. März 1919. Verantwortlich für diese Blätter zeichnete Johann Knief. – Als jedoch unter Führung der Linksradikalen in einer Parteiversammlung

am 1. Dezember 1916 der Beschluß gefaßt wurde, die Beiträge an den Zentralvorstand in Berlin zu sperren, griff der Parteivorstand ein und erklärte den Ausschluß der bremischen Organisation aus der Gesamtpartei. Dieser Beschluß führte zu einer Reinigung der Verhältnisse in Bremen. Bei der Neugründung der Partei wurden die Linksradikalen nicht aufgenommen. Sie blieben draußen. Diese Klärung wirkte sich auch auf die „Bremer Bürgerzeitung" aus. Sie befand sich im Besitz des Parteivorstandes, wie auch die Druckerei selbst. Die Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft erklärten am 23. Dezember 1916 ihr Verbleiben in der Mehrheitspartei, deren Politik sie am gleichen Tage ausdrücklich billigten. Henke trat am 30. Januar 1917 von der Hauptschriftleitung der Zeitung zurück.

Die „Bremer Bürgerzeitung" vertrat nunmehr die Politik des Parteivorstandes, nachdem sie bisher in starkem Umfange Artikel der Gegner der offiziellen Parteilinie gebracht und Henke sie dazu benutzt hatte, Anhänger der Mehrheitspolitik zu bekämpfen, wie sie durch den hiesigen Bezirkssekretär Ludwig Waigand, und auch von seinem Vorgänger Heinrich Schulz, der vom rechten Flügel zum linken Flügel der Partei gewechselt war, vertreten wurde. In dieser Zeit erfolgte auch die Gründung einer bremischen Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren führender Politiker Alfred Henke blieb. So fand das Jahr 1917 in Bremen drei verschiedene Gruppen der aufgespaltenen Arbeiterbewegung, die sich gegenseitig bekämpften.

Die russische Revolution

Im Frühjahr des Jahres 1917 brach in Rußland die Revolution aus. Das Zarentum wurde beseitigt und an seine Stelle trat nach einem kurzen Zwischenspiel der demokratischen Kerenski-Regierung die Räte-Diktatur Lenins, der – gestützt auf die Arbeiter und Bauern – die Macht in Rußland an sich gerissen hatte. Die Linksradikalen sahen in dieser sich in Rußland vollziehenden Entwicklung das Vorbild, dem sie nachstrebten und das ihnen auch für Deutschland ein erstrebenswertes Ziel wurde. Die Methoden, mittels derer das Ziel erreicht werden sollte, waren die unmittelbaren Aktionen der Arbeiter. Es galt somit, die Arbeiter von der bisherigen Führung zu lösen und sie durch politische Massenstreiks auf die Eroberung der Macht vorzubereiten. Die bisherigen Führer der Arbeiterschaft waren für sie Sozialpatrioten und Arbeiterverräter.

Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur führte in der Folgezeit in Deutschland zu schweren Erschütterungen. Zwar war nun auch Rußland aus der Reihe der kriegführenden Staaten ausgeschieden. Aber die Konzentration der deutschen Heereskräfte, die durch den Zusammenbruch der Kriegsfront im Osten freigeworden war, brachte auch an der nunmehr verstärkten Westfront keine Entscheidung. Amerika war in den Krieg eingetreten. Seine riesige Produktionskraft wurde auf Kriegsmittel-Produktion umgestellt und verstärkte die militärische Kraft der feindlichen Truppen im Westen. Gleichzeitig begann es, seine frischen Truppen über den Ozean zu schicken, damit sie die Entscheidung herbeizuführen halfen.

Steigende Kriegsmüdigkeit

In Deutschland selbst stieg mit dem Wachsen von Hunger und Not die Kriegsmüdigkeit. Es kam zu Streiks, deren Führung immer mehr in die Hände der Linksradikalen abglitt. Schon 1917 war es zu einer Revolte in der Flotte gekommen. Sie wurde zwar niedergeschlagen, war aber doch ein warnendes Zeichen für die Stimmung der Matrosen in der Flotte selbst. Der Winter 1917/18 wurde zum Steckrübenwinter. Die Todesziffer in der Heimat wuchs infolge der unzureichenden Ernährung besonders in der städtischen Bevölkerung. Epidemien, die viele Opfer

forderten, grassierten. In immer stärkerem Maße verbreitete sich die Auffassung, daß das Volk über die wahre Kriegslage getäuscht, zum mindesten in Unklarheit gelassen werde.

Die „Vaterlandspartei"

Im Juli 1917 wurde von der Mehrheit des Reichstages (Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten) eine Resolution angenommen, in der offen ausgesprochen wurde, daß die Mehrheit des Reichstages einem Frieden der Verständigung und der dauernden Aussöhnung der Völker anstrebe. Mit einem solchen Frieden seien alle erzwungenen Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Aber die Regierung tat nichts. Kreise des Bürgertums, insbesondere die Großindustrie und die Großgrundbesitzer vertraten gegenüber einem Frieden der Verständigung den Sieg-Frieden und gründeten zu diesem Zweck die sogenannte Vaterlandspartei. Uneinsichtig in bezug auf die wirkliche Kriegslage und die militärischen Möglichkeiten forderten sie eine Weiterführung des Krieges. Die gleiche Uneinsichtigkeit zeigte sich auch, als am 2. Mai 1918 die preußische Regierung dem preußischen Abgeordnetenhaus eine Vorlage einbrachte, die die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch in Preußen anstelle des bestehenden Dreiklassenwahlrechts zum Inhalt hatte. Großindustrielle und Großagrarier lehnten die Regierungsvorlage, die ohnehin schon zu spät kam, ab, um ihre privilegierte Stellung auch in Zukunft zu erhalten. Die minderbemittelten Bürger sollten auch weiterhin minderen Rechtes sein. Zum Sterben für den gleichen Staat waren sie gut genug. Die Folge einer solchen uneinsichtigen Politik war, daß die Atmosphäre der Erbitterung sich verschärfte.

Im Januar 1918 war es in den Rüstungsbetrieben Berlins zu einem Streik gekommen, in dem schon am ersten Tage 100 000 Arbeiter teilnahmen und deren Zahl in den nächsten Tagen auf mehr als das Doppelte anwuchs. Ende Januar kam es zu ernsten Zusammenstößen, die zur Verhängung des Belagerungszustandes und zum Einsatz des außerordentlichen Kriegsgerichts führte. In Bremen wurden auf Grund einer Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos Altona die Werften unter militärische Leitung gestellt. Die Folge waren Arbeitsniederlegungen auf den Werften und der Rüstungsarbeiter anderer Betriebe.

Noch einmal machte die oberste Heeeresleitung im März 1918 den Versuch, in einer Offensive in Frankreich die Entscheidung herbeizuführen. Sie schlug nach Anfangserfolgen fehl. Erstmalig wurden seitens der Gegner in großem Umfang Tanks eingesetzt. Sie führten zu einem Einbruch in die deutsche Front. Die militärische Überlegenheit des Gegners war unbestreitbar. Bis zum Beginn des Herbstes waren in Frankreich fast zwei Millionen amerikanischer Truppen gelandet. Der Zusammenbruch war nicht mehr aufzuhalten, und am 29. September 1918 forderte das militärische Hauptquartier unter der Führung von Hindenburg und Ludendorff die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, da eine Fortsetzung des Krieges aussichtslos sei.

Das Parlament gewinnt die Macht

Dieses Eingeständnis der Obersten Heeresleitung war zugleich mit der Aufforderung verbunden, der Reichstag möge nunmehr die politische Macht übernehmen. Damit begann in Deutschland die Periode der parlamentarischen Demokratie. Was die Sozialdemokraten jahrelang gefordert hatten, ein parlamentarisches System anstelle der halbabsolutistischen Regierungsform, war ihnen plötzlich kampflos in den Schoß gefallen. In jenen Tagen ist dem deutschen Volk der Wandel der Regierungsform im Reiche kaum bewußt geworden, obwohl deutlich wurde, daß auch in den

Ländern des Reiches, in denen wie in Preußen und auch in Bremen Klassenwahlrechte bestanden, dieser Zustand der Rechtsungleichheit nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Es wäre nach außen hin der Wandel sichtbar geworden, wenn anstelle des Prinzen Max von Baden, Scheidemann oder ein linksstehender bürgerlicher Politiker Reichskanzler geworden wäre. In die Regierung des Prinzen Max von Baden traten Scheidemann und Bauer als Staatssekretäre ein.

Das Ende des Krieges

In jenen Tagen richtete sich das Interesse des Volkes nur auf die Beendigung des Krieges und die möglichst sofortige Herbeiführung des Friedens. Doch der neue Kanzler hatte Bedenken, ein Nachsuchen um Waffenstillstandsverhandlungen sofort herausgehen zu lassen. Auf die Bedenken des Kanzlers antwortete Ludendorff, daß die Armee 48 Stunden nicht mehr warten könne und Hindenburg schrieb unter dem 3. Oktober einen Brief an den Kanzler, indem es u. a. hieß: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihre am Sonntag, dem 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen . . . Infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen."

Neben den Mehrheitssozialisten stimmten auch die Unabhängigen dem Waffenstillstands- und Friedensangebot zu. Die Unabhängigen betonten aber gleichzeitig, daß der Friede nur gesichert werden könne, wenn das Proletariat die Durchführung in seine Hände nehme. Dagegen forderte der Spartakusbund die Arbeiter und Soldaten auf, nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, mit dem Ziel, die Revolution weiterzuführen und zu vollenden.

Da sich die Waffenstillstandsverhandlungen hinauszogen, wuchs die Erbitterung gegen die Heeresleitung, der man die Absicht unterstellte, daß sie die Verhandlungen bewußt hinauszögere. Am 3. November kam es zu den ersten Aufständen der Matrosen in Kiel. Arbeiter- und Soldatenräte wurden gegründet. Von dort ausgehend breitete sich die revolutionäre Bewegung schnell aus.

IX Der Zusammenbruch 1918

Deutschland wird Republik

Am 29. Oktober hatte Scheidemann in einem Brief an den Reichskanzler Prinz Max von Baden gefordert, dem Kaiser zu empfehlen, von sich aus freiwillig zurückzutreten. Als diese Rücktrittserklärung nicht eintraf, traten die Mehrheitssozialisten aus der Regierung aus.

Prinz Max von Baden veröffentlichte am gleichen Tage – es war der 9. November 1918 – den Rücktritt des Kaisers. Auch in anderen Ländern Deutschlands fielen die Fürstenkronen. Gleichzeitig übertrug er Ebert die Geschäfte des Reichskanzlers, und Scheidemann rief in Berlin die freie deutsche Republik aus, während Karl Liebknecht wenige Stunden später die sozialistische Republik proklamierte.

Nach dem Rücktritt des Kaisers und der Selbstausscheidung des Reichstages konstituierten sich in der Hauptstadt Berlin wie anderenorts Arbeiter- und Soldatenräte. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat betrachtete sich als Vertretung des gesamten Volkes und wählte schon am 10. November eine neue Regierung. Sie setzte sich aus drei Mehrheitssozialisten und drei Unabhängigen zusammen, die als Volksbeauftragte bezeichnet wurden. Den Vorsitz der Regierung übernahm Ebert. Außerhalb der Regierung blieben die Linksradikalen des Spartakusbundes. Zwar war die Ausschaltung der Linksradikalen eine erste Niederlage. Aber sie waren keineswegs gewillt, sich geschlagen zu geben, sondern versuchten nunmehr insbesondere durch die Bewaffnung ihrer Anhänger die völlig ungefestigte Macht der Volksbeauftragten selbst zu erringen.

Was in den theoretischen Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit zwischen dem damaligen Parteivorstand und den Linksradikalen unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf den Parteitagen deutlich geworden war, führte nun zu blutigen Kämpfen. Das Ziel der Linksradikalen war und blieb die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel einer proletarischen Diktatur. Das Ziel der Mehrheitssozialisten war die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf dem Wege der Demokratie. Sie forderten folgerichtig eine baldige Einrichtung einer Nationalversammlung, die eine Verfassung ausarbeiten und damit dem Reiche eine neue Rechtsgrundlage geben sollte. Am 23. November berief der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte eine zentrale Konferenz nach Berlin ein. Zu ihr sollten alle in den Ländern tätigen Arbeiter- und Soldatenräte Delegierte entsenden. Die Konferenz tagte vom 16. bis 20. Dezember. Ihre wesentlichen Beschlüsse waren die Ablehnung des Rätesystems als Grundlage für die zu schaffende neue Verfassung mit 344 gegen 98 Stimmen und die Festlegung des 19. Januar 1919 als Termin für die Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Damit fiel eine weitere Entscheidung gegen die Linksradikalen. Sie trennten sich am Jahresende von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der sie bis dahin als Spartakusgruppe eingegliedert waren und gaben sich als Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eine feste Organisationsgrundlage. Zwischen den beiden Parteigruppen stand die Gruppe der USP, die z. T. mit den Mehrheitssozialisten, z. T. auch mit den Linksradikalen zusammenging.

Bremen in der Revolution

Was sich auf der Reichsebene im großen abspielte, spielte sich in Bremen in ähnlicher Weise ab. Am Abend des 4. November fand im Casino, Auf den Häfen, eine öffentliche Versammlung der USP statt, in der Henke sprach. Die Versammlung war überfüllt. In seiner Rede erklärte Henke, daß die USP am Tage der russischen Revolution zur Tat übergehen werde. Als am nächsten Tage die Mehrheitssozialisten ebenfalls eine öffentliche Versammlung veranstalteten, auf der Rhein und Donath, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung", sprachen, kam es zu Tumulten. Die Versammlung wurde gesprengt. Am 6. November, einem Mittwoch, traf eine Abordnung der Kieler Matrosen in Bremen ein. Sie begaben sich zur Werft, um mit Hilfe der Werftarbeiter gefangengesetzte Matrosen aus dem Zuchthaus in Oslebshausen zu befreien. Fast zu gleicher Zeit traf auf dem Hauptbahnhof ein Transport von Matrosen aus Wilhelmshaven ein. Sie sollten unter Bewachung nach Munsterlager gebracht werden, verweigerten in Bremen aber den Abtransport. Gleichfalls hatten Truppen, die von Bremen aus ins Feld sollten, sich geweigert, dem Marschbefehl zu folgen. Die Gehorsamsverweigerung griff auf die übrigen Truppen über, sie verließen die Kaserne, zogen zum Marktplatz, wo gleichzeitig Züge der Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben eintrafen. Von dem Balkon des Rathauses wurden Ansprachen gehalten und die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in Bremen angekündigt.

Während sich auf dem Marktplatz die Menschen versammelten, tagte in der Börse die Bürgerschaft, in der Rhein die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen begründete und forderte. Zwar verhielt sich der Senat abwartend, aber in der Bürgerschaft wurde das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen angenommen.

Arbeiter und Soldaten übernehmen die Regierung in Bremen

Die Ereignisse überstürzten sich. Noch am gleichen Abend wurde die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommen und nachstehende Vereinbarung veröffentlicht und bekanntgegeben:

Bremen, 6. November 1918

Zwischen dem Garnisonältesten Oberst Lehmann und den derzeitigen Vertretern des Soldatenrates:

1) Matrose Hubert Pörsch
2) Wehrmann Bernhard Ecks
3) Landsturmmann Julius Reimann
4) Landsturmmann Schilling

ist folgendes vereinbart worden:

1. Die militärische Gewalt in Bremen wird zur Vermeidung von Blutvergießen von jetzt ab ausgeübt durch Oberst Lehmann und die vier obengenannten Mitglieder des Soldatenrates.
2. Waffen und Munition werden von einer Kommission in Gemeinschaftsverwahrung genommen.
3. Die politischen Militär-Gefangenen sind zu entlassen.
4. Die Verpflegung unterliegt der gemeinschaftlichen Kontrolle des Garnison-Ältesten und des Soldatenrates.
5. Der Soldatenrat verpflichtet sich, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen . . . .
   (folgen einige weitere Vereinbarungen)

Am Morgen des nächsten Tages, am 7. November, besetzten die Matrosen die AG Weser und hißten die rote Flagge. Am Nachmittag fand eine allgemeine Demonstration auf dem Marktplatz statt. An dem Demonstrationszug nahmen nach einem Bericht der „Weserzeitung" etwa 30 000 Menschen teil. 150 englische und russische Kriegsgefangene bildeten das Ende des Zuges. Henke, der zu den Massen sprach, forderte die Ausbreitung des Umsturzes und schloß mit einem Hoch auf die Freiheit. Alle Veranstaltungen verliefen ohne Zwischenfälle. Das bremische Bürgertum war völlig verstört.
Am 14. November tagte im Saal der Bürgerschaft der Arbeiter- und Soldatenrat und beschloß nach einer Rede Henkes die Auflösung des Senats und der Bürgerschaft. Es wurde folgende Bekanntmachung verbreitet:

> „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das bremische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.
> Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzgebenden Körperschaften.
> Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach.
> Die Beamten bleiben auf ihrem Posten; die Gehälter werden fortgezahlt.
> Das Privateigentum wird geschützt.
> Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt.
> Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Permanenz.
> Bremen, den 14. November 1918
> Der Soldatenrat A. Henke, Willems."

Die Bewaffnung der Arbeiter

Am Vormittag des 15. November wurde vom Rathaus Besitz ergriffen und unter den Klängen einer Militärkapelle die rote Flagge aufgezogen.
Die in Bremen eingetretene Radikalisierung schritt weiter fort. In einer Volksversammlung am 18. November forderte Henke die Bewaffnung der Arbeiter. An der sich anschließenden Aussprache nahm auch Johann Knief das Wort und forderte, die bürgerliche Presse unter Vorzensur zu stellen, die „Bremer Bürgerzeitung" den Mehrheitssozialisten zu nehmen und in Bremen eine Rote Garde zu bilden. Hier zeigte es sich, daß zwischen den beiden Gruppen der USP und KPD eine Übereinstimmung bestand, die bisherige Entwicklung in Richtung auf das russische Vorbild weiterzutreiben. Die Forderung auf Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Forderung nach Ablehnung der Nationalversammlung durch den bremischen Arbeiter- und Soldatenrat führte zu erregten Aussprachen mit den Vertrauensleuten der hiesigen Garnison. Eine Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte aus Nordwestdeutschland, die am 24. November in Bremen tagte, erklärte sich mit übereinstimmender Mehrheit (81 gegen 20 Stimmen) für die Schaffung einer Nationalversammlung. Das gleiche taten die Mehrheitssozialisten nach einem Referat Deichmanns, der sich ebenfalls für eine baldige Wahl zu einer Nationalversammlung und gegen die Politik Kniefs aussprach.
Wie es weiterging, ist einem Bericht zu entnehmen, des damaligen Mitglieds des Arbeiterrates Jos. Miller, der ein bedingungsloser Anhänger der Politik Kniefs war. In seinem Bericht heißt es: „Die Bewaffnung der Arbeiter wurde durchgeführt. Waffen erhielten jedoch nur diejenigen Arbeiter, die ein Mitgliedsbuch der Unabhängigen oder der Linksradikalen vorzeigen konnten. Mehrheitssozialdemokraten

wurden Waffen verweigert.“ Die „Bremer Bürgerzeitung“ und das Gewerkschaftshaus befanden sich in der Verfügungsgewalt des Arbeiter- und Soldatenrates. Zusätzlich erschien am 1. Dezember als Tageszeitung der Linksradikalen „Der Kommunist“. Als am Neujahrstag 1919 das bremische Regiment Nr. 75 in Bremen einzog, wurde es von den bewaffneten Arbeitern unter der kommunistischen Führung im Schulhof der Schule an der Kornstraße entwaffnet.

Wahlen zum Arbeiterrat

Am 6. Januar hatten Neuwahlen zum Arbeiterrat stattgefunden. Sie brachten folgendes Ergebnis: Von 30 400 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Mehrheitssozialisten: 14 687, auf die Unabhängigen Sozialisten: 8 521 und auf die Kommunisten: 7 192 Stimmen. Trotzdem wurden die Mehrheitssozialisten aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen. Die Macht in Bremen hatten nunmehr die Unabhängigen und Kommunisten, die sich auf die bewaffneten Arbeiterbataillone stützten. Sie hatten inzwischen auch die Verwaltungstätigkeit des früheren Senats unterbunden. Am 11. Januar 1919 erschien folgende Bekanntmachung an die Einwohner Bremens: „Die Entscheidung ist gefallen. Um nicht mit in den selbstmörderischen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hineingerissen zu werden, hat das werktätige Volk Bremens, das revolutionäre Proletariat, sein Schicksal in die Hand genommen. Über Bremen ist das Standrecht verhängt. Die gesamte wirtschaftliche und politische Macht liegt in den Händen der proletarischen Volksregierung. Bremen ist eine selbständige sozialistische Republik. Der Senat ist abgesetzt. Alle im Besitz von Waffen befindliche Bürger haben ihre sämtlichen Waffen bis Sonnabend, dem 11. Januar 1919, bis nachmittags 5 Uhr, im neuen Rathaus abzuliefern. Nach diesem Termin im unerlaubten Besitz von Waffen betroffene Personen verfallen dem Standrecht . . .“

Erste Kämpfe zwischen Arbeitern und Soldaten

Als aber darüber hinaus der Versuch gemacht wurde, auch die Garnison in Bremen zu entwaffnen, kam es zu den ersten blutigen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Arbeitern und den Soldaten der Garnison. Die Garnison forderte die Herausgabe aller Waffen, die in den Händen von Zivilpersonen waren und ihre Unterbringung in der Kaserne. Die Kämpfe, die insbesondere um die Entwaffnung der Werftarbeiter geführt wurden, führten zu keiner Entscheidung, brachten jedoch vier Tote und eine Anzahl Verwundeter. Man verständigte sich dahin, daß die Waffen in Depots untergebracht und von Arbeitern und Soldaten gemeinsam bewacht werden sollten. Unlautere Elemente sollten vom Waffenbesitz ausgeschlossen sein. Um die Ruhe zu sichern, wurde über Bremen für einige Tage der Belagerungszustand verhängt. Aber diese Ruhe sollte nicht lange dauern. In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar waren in Berlin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet worden. Täter waren Mitglieder der Gardeschützendivision. Die Empörung über diese Tat war bei allen Arbeiterparteien und darüber hinaus groß.

Kommunisten gegen Unabhängige

Für die Kommunisten war sie ein Zeichen für eine einsetzende Gegenrevolution. Sie waren nunmehr entschlossener als vorher, die Waffen in ihren Händen zu behalten. Nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz, bei der Henke die Gedenkrede auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hielt, folgte ein Sympathiestreik und am folgenden Sonntag wurden die bei den Kämpfen um die Werft gefallenen Arbeiter unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft beigesetzt. Am darauffolgenden Tage besetzten Kommunisten Rathaus, Börse, Telegraphenamt und Banken. Verhaftungen wurden vorgenommen. Anführer des Putsches war der kommunistische Lehrer Jörns, der aus der Gegend von Nienburg stammte und die 20 Jahre

kaum überschritten hatte. Zwar lehnten die Kommunistenführer die Verantwortung für das Handeln des Jörns ab, als sie am gleichen Tage in einer Sitzung von den Unabhängigen zur Rede gestellt und darauf verwiesen wurden, in welcher Weise durch solche Handlungen der Ruf Bremens geschädigt würde. Die Unabhängigen empfanden den Putsch als gegen sich selbst gerichtet.

Hagedorn fordert allgemeine Wahlen

Wie zu dieser Zeit die Situation in Bremen zu bewerten war, ergab sich aus den Ausführungen Hagedorns, der vom Arbeiter- und Soldatenrat als Kommissar für das Steuerwesen bestellt war. Er ging in den Sitzungen am 20. und 21. Januar 1919 davon aus, daß man den Wunsch gehabt hätte, die Bewegung, die von Bremen ausgegangen wäre, würde sich über das ganze Deutschland ausdehnen. Das wäre jedoch nicht eingetreten. Bremen hätte allein auf weiter Flur gestanden. Der abgesetzte Senat habe zwar die Kassen nicht mitgenommen, aber durch sein Verschwinden sei der Kredit Bremens in Berlin und bei den anderen auswärtigen Bankinstituten völlig dahingesunken. Die Generalkasse habe mitgeteilt, daß Bremen jetzt nur noch 2½ Millionen Mark zur Verfügung hätte. Diese Summe würde nur noch 14 Tage reichen. Aber schon jetzt sei der Bestand auf eine Million Mark abgesunken. Die hiesigen Banken klagten darüber, daß in letzter Zeit infolge der Zustände in Bremen viel Geld abgehoben würde. Das müsse verhindert werden. Der Kredit Bremens – d. h. der Glaube an die bremische Bevölkerung – sei jetzt durch unverzügliche Maßnahmen wieder herzustellen. Dazu könnten aber die Banken Bremens keine wesentlichen Beträge aus eigenen Mitteln vorschießen, weil sie alle von Zentralinstituten außerhalb Bremens abhängig wären. Die Bankdirektoren hätten jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates dort keinen Eindruck machen würden, wenn man nicht mit festen Zusicherungen und bestimmten politischen Zugeständnissen komme.
Inzwischen sei die von Berlin in Aussicht gestellte langfristige Anleihe von 100 Millionen Mark, auf die schon 30 Millionen Mark als erste Rate gezahlt worden seien, fraglich geworden. Die Bank verlange vielmehr die Rückzahlung der gegebenen 30 Millionen Mark. Auch die Oldenburger Bank habe ihre Gelder zurückgezogen. In wenigen Tagen sei das Geld alle. Dann könnten keine Lebensmittel mehr beschafft und die Löhne nicht gezahlt werden. Solche Zustände könnten nur mit dem Einmarsch der Berliner Truppen enden. Als Sicherung für eine finanzielle Stützung Bremens schien den Bankdirektoren eine Gegenzeichnung der Auszahlungsorder durch die Senatoren Spitta und Bömers ausreichend. Darüber hinaus Division Gerstenberg. Es besteht begründete Aussicht, daß die Arbeiter die Waffen abwünschten sie die baldige Ausschreibung der Wahlen für die Volksvertretung sowie die Aufhebung des Belagerungszustandes, um geordnete staatliche Verhältnisse wieder herzustellen. Die Ausschreibung der Wahlen und die Aufhebung des Belagerungszustandes sei im Arbeiter- und Soldatenrat ebenfalls besprochen worden. Bei der immerhin noch bestehenden Putschgefahr könne man aber nicht genau sagen, wann damit zu rechnen sei, da man sich nach den jeweiligen Verhältnissen richten müsse.
Hagedorn erkannte sehr richtig, daß jetzt alles darauf ankam, Bremens Kreditfähigkeit wieder herzustellen, wenn Handel und Wirtschaft wieder flott werden sollten. Bis zum Ende des Monats müßten 41 Millionen Mark und bis zum 1. März 1919 weitere 15 Millionen Mark beschafft werden. Die Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates habe daher die Beschlüsse über die ihr vorgelegten Fragen un-

verzüglich zu fassen, um die Lebensmittelzufuhr zu sichern und weitere Schäden für Bremen abzuwenden. Nach diesen warnenden Worten Hagedorns entschloß sich die Versammlung, die Wahl zur Volksvertretung auf den 9. März 1919 auszuschreiben. Es sollten 200 Abgeordnete gewählt werden. Wahlberechtigt waren alle Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten.

Die Reichsregierung greift ein

Die Reichsregierung hatte sich in der Zwischenzeit nach langen Kämpfen und Widerständen soweit gefestigt, daß sie nun darangehen konnte, auch außerhalb Berlins die staatliche Ordnung wieder herzustellen. Es war die Tragik der Reichsregierung, daß sie sich bei der Durchführung ihrer Maßnahme nicht auf Truppen stützen konnte, die aus ihrer Überzeugung heraus fest auf dem Boden der Demokratie standen und ihn zu verteidigen bereit waren. So standen ihr im wesentlichen nur Truppen zur Verfügung, auf deren Gesinnung sie sich wenig verlassen konnte. Am 30. Januar 1919 traf nachstehendes Telegramm der Reichsregierung in Bremen ein:

„Berlin, 30. Januar

> Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu senden. Die ersten Truppen sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen erfährt infolge des starken Zustroms von Freiwilligen keine Verminderung."

Über die Gründe zur Entsendung der Truppen wurde von Noske, der Volksbeauftragter für die Verteidigung war, ausgeführt: „Bremen hat eine besondere Bedeutung als unser zweitwichtigster Handelshafen. Am 1. Februar soll das Anlaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, besteht keine Bürgschaft dafür, daß beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muß aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich im Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vor sich gehen. Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrecht zu erhalten sucht, gewaltsam Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden."

Erfolglose Verhandlungen

Die nächsten Tage waren erfüllt mit Verhandlungen des bremischen Rates der Volksbeauftragten, die geplante Aktion abzuwehren. In den Versuch, ein Blutvergießen in Bremen zu vermeiden, schalteten sich auch die bremischen Mehrheitssozialisten ein. Sie sandten ein Telegramm an den Volksbeauftragten Noske: „Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten ersuchen um Aufschub des Einrückens der Division Gerstenberg. Es besteht begründete Aussicht, daß die Arbeiter die Waffen abliefern und unter die Aufsicht des Kommandos des 9. Armeekorps stellen. Ruhe und Ordnung herrscht und wird aufrecht erhalten." Zu gleicher Zeit aber versuchten die Kommunisten, Verstärkungen durch ihnen nahestehender Verbände nach Bremen zu ziehen. Am 3. Februar bekam die Division Gerstenberg folgende telegraphische Anweisung der Reichsregierung: „Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Monats eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmverhältnisses bei den Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.

Reichsregierung."

Im Gegensatz zu der Forderung der Reichsregierung, die Waffen an die neu zu bildende Regierung in Bremen sofort abzuliefern, wurde im Laufe des Nachmittags des 3. Februar eine Erklärung abgegeben, der sich auch die verhandelnden Mehrheitssozialisten Waigand, Schelter und Schindelhauer anschlossen. Sie lautet:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien und nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Der Kampf um Bremen

Diese Erklärung entsprach nicht den Forderungen der Reichsregierung, wie sie in der Anweisung an die Division Gerstenberg niedergelegt waren. Es kam zum Kampf um Bremen. Die Truppen der Division Gerstenberg, deren Hauptquartier in Verden lag, waren verstärkt worden durch bremische Freiwillige, die dem Bürgertum entstammten und sich zu einem Freikorps unter der Führung des letzten Kommandeurs des Regiments 75 Caspari zusammenschlossen und der Division Gerstenberg unterstellt hatten. Nachdem schon im Laufe des 3. Februar im Vorgelände von Bremen Zusammenstöße stattgefunden hatten, wurde der 4. Februar der eigentliche Kampftag. Über den Verlauf dieses Kampfes gibt es verschiedene Darstellungen, die im wesentlichen übereinstimmen, so daß auf Einzelheiten verzichtet werden kann. Die umfangreichste, die unter dem Eindruck der Geschehnisse jener Tage im Verlag von Franz Leuwer in Bremen herausgegeben wurde, ist die von Wilhelm Breves. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Truppen der Division Gerstenberg beiderseits der Weser aus der Richtung Achim nach Sebaldsbrück und dem Buntentor vorrückten. Die heftigsten Kämpfe, bei denen neben Handfeuerwaffen auch Geschütze und Minenwerfer eingesetzt wurden, entwickelten sich, als die Divisionstruppen den Übergang über die Brücken erkämpften. Der Widerstand der bewaffneten Arbeiter (die Garnisonstruppen verhielten sich neutral und nahmen an den Kämpfen nicht teil) war hart und erbittert, aber er konnte den Einmarsch der Truppen nicht verhindern.

Einstellung des Kampfes

Mittags gegen 13 Uhr gab der Rat der Volksbeauftragten folgendes Flugblatt heraus: „Die Regierung gibt bekannt, daß die Fortsetzung des Kampfes unmöglich ist. Sie gibt infolgedessen den Befehl, das Feuer sofort einzustellen und die Waffen im Rathaus abzugeben. Der Rat der Volksbeauftragten. Der Kommandeur: gez. Liby." Aber die bewaffneten Arbeiter setzten den Widerstand fort, wohl, weil sie das Flugblatt für eine Fälschung hielten. Auch eine zweite Aufforderung hatte keinen Erfolg.

Inzwischen hatte die Division Gerstenberg sich den Weg ins Zentrum der Stadt erkämpft und auf dem Marktplatz Geschütze in Stellung gebracht. Um 9 Uhr abends wurde eine Proklamation bekanntgegeben an die Einwohner Bremens: „Die Division Gerstenberg ist im Auftrage der Reichsregierung eingerückt. Ich habe den Oberbefehl in Bremen übernommen. Unsere Aufgabe ist es, das Leben und das Eigentum jedes friedlichen Einwohners zu schützen. Helft uns dabei! In den ersten unruhigen Tagen bleibe jeder nach Möglichkeit zu Hause. Vermeidet Ansammlungen auf der Straße.

Die neue Regierung

Seht in den Soldaten der Division Eure Beschützer, deren Arbeit dem Wohle Bremens und seiner Einwohner gilt. Gerstenberg." Noch in der Nacht wurde eine neue Regierung aus Mehrheitssozialisten gebildet. In die Regierung traten ein: Rhein, Dammer, Deichmann, Wellmann und Winkelmann. Über Stadt- und Landgebiet wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der Großteil der kämpfenden Arbeiter hatte sich in Richtung Gröpelingen zurückgezogen. Sie hielten die Werft besetzt. Die Truppen der Division Gerstenberg hatten ihre Vorposten am 4. Februar bis an die Oldenburger Bahn vorgeschoben. Wer in das Stadtinnere wollte, wurde einer Visitation auf Waffen unterzogen. Am nächsten Morgen wurde auch die Werft besetzt. Die restlichen Truppen der Linken zogen sich in Richtung Bremerhaven zurück. Ein Teil kehrte in den nächsten Tagen ohne Waffen zu ihren Familien zurück. Einige der führenden Linksradikalen wurden verhaftet.

Die auf Anweisung der Reichsregierung eingesetzte provisorische Regierung erließ einen Aufruf an die Bevölkerung Bremens, in dem es u. a. hieß: „Getragen von dem Willen des Volkes, erklärt im Auftrage der Reichsregierung die von dieser eingesetzte provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten und den Vollzugsrat für abgesetzt, die Volkskommissariate und den Arbeiterrat für aufgehoben. Die provisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende bremische Nationalversammlung berufen! Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden, sie wird eine Regierung, die die Vollstreckerin des Volkswillens ist, einsetzen und die Verwaltung neu ordnen. Freiheit der Presse, Freiheit der Person, Sicherheit des Eigentums werden gewährleistet! Ungehemmt soll sich Bremens Wirtschaftsleben wieder entfalten können! Männer und Frauen Bremens! Alle, die der freiheitlichen Entwicklung dienen und die Erfolge der Revolution sichern wollen, werden aufgerufen, an der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit am staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Bremens mitzuarbeiten."

Die Verluste im Kampf um Bremen

Zur Sicherung der Verhältnisse in Bremen wurden noch im Februar eine Regierungsschutztruppe und zusätzlich eine Stadtwehr aufgestellt. Sie unterstanden der provisorischen Regierung und als deren Beauftragten dem Mehrheitssozialisten Winkelmann. Auch hier, wie im Reiche, hielten sich die sozialdemokratischen Arbeiter von der Mitwirkung fern, anstatt den Schutz der von Sozialdemokraten geführten Regierung selbst zu übernehmen. Die Verluste, die in diesem Kampf zu verzeichnen waren, betrugen 75 Tote und 175 Verwundete. Davon entfielen auf die Truppen der Division Gerstenberg 19 Tote und 57 Verwundete. Die Gegenseite hatte 29 Tote zu verzeichnen. Der Rest entfiel auf die Zivilbevölkerung. Die im Kampf Gefallenen beider Gruppen wurden auf dem Waller Friedhof beigesetzt.

In der Folgezeit kam es nicht mehr zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Aber die Ruhe kehrte erst langsam ein. Die Niederlage des 4. Februar hatte zwar zur Entwaffnung der radikalen Arbeitergruppe geführt, aber sie hatte nicht vermocht, ihre Ideologie zu zerschlagen. In den Betrieben hatten die Kommunisten auch weiterhin eine starke Stellung. Es ging in den nächsten Wochen um Amnestierung der Arbeiter, die des Aufruhrs angeklagt waren. Wortführer in diesen Verhandlungen zwischen Arbeitern und Regierung war der von bremischen Betrieben gebildete 21er Ausschuß. Das Druckmittel, das er gegenüber der provisorischen Regierung in der Hand hatte, war der politische Streik. Dieses Mittel wurde angewandt, um die Freilassung der in Haft befindlichen zu erzwingen. Die Regierung gab den Wünschen nach und ver-

fügte die Haftentlassung. Die letzte Auseinandersetzung zwischen dem 21er Ausschuß und der Regierung ging um eine Reihe politischer Fragen, u. a. um die

Aufhebung des Belagerungszustandes,
Entschädigung und Unterstützung der Familien
der im Kampf um Bremen Gefallenen,
Entwaffnung des Bürgertums und die
Bewaffnung der politisch organisierten Arbeiter.

„Stacheldraht-Ostern"

Da diese Forderungen von der Regierung nicht bewilligt wurden, weil sie nur zu deutlich die kommunistische Herkunft verrieten, verließen die Arbeiter zwar die Betriebe, aber es kam gleichzeitig zu einem Abwehrstreik in der Bevölkerung. Geschäfte blieben geschlossen. Die Ärzte und die Apotheken stellten ihre Tätigkeit ein. Brot und Fleisch waren nicht zu haben. Es war eine völlige Stillegung des gesamten Wirtschaftslebens. Gegen evtl. Ruhestörungen wurden „spanische Reiter" in den wichtigsten Zugangsstraßen errichtet. Es war das „Stacheldraht-Ostern", das noch lange im Gedächtnis der bremischen Bevölkerung lebendig blieb und durch Verhandlungen und Kompromisse beendet wurde. Mitten in diesen Tagen starb der intellektuelle Führer der Kommunisten in Bremen, Johann Knief. Er wurde unter großer Beteiligung seiner Anhängerschaft zu Grabe getragen.

Das Ende der Unruhen in Bremen

Wer diese Kämpfe in den ersten Monaten des Jahres 1919 wertet, wird zu zwei Feststellungen kommen:

a) Die Kommunisten kämpften für die schon früher von ihnen entwickelten Ziele einer bolschewistischen Revolution, sowohl mit den Waffen als auch mit den Mitteln des politischen Streiks. Ihr Ziel war die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit, wie es Lenin in Rußland ihnen gezeigt hatte.
b) Die Zerschlagung ihrer Machtstellung durch die der Reichsregierung unterstellten Truppen in Bremen beseitigte zugleich die Gefahr einer Ausdehnung ihrer Politik in Nordwestdeutschland.

Damit war die Gefahr für eine demokratische Ordnung, wie sie das Ziel der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Mehrheitspartei auch in Bremen war, beseitigt.

X Die Sozialdemokratie und die Republik von Weimar

Die USP und die Mehrheitssozialisten

Was aber hatte die unabhängigen Sozialdemokraten veranlaßt, in Bremen gemeinsam mit den Kommunisten eine Politik zu betreiben, die sie in Gefahr brachte, als Vorkämpferin für eine bolschewistische Lösung angesehen zu werden? Der Grund, der im April 1917 zur Spaltung der Partei geführt hatte: Die Frage der Bewilligung der Kriegskredite war durch das Ende des Krieges entfallen. Mit dem Kriegsende war die gesamte politische Macht an die Sozialdemokratie übergegangen. Sie trug die Verantwortung für die Neuordnung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Aber dieses Deutschland befand sich in einem Zustand der äußersten Not. Es fehlte an Rohstoffen aller Art. Die Verkehrsverbindungen mit dem Auslande waren unterbrochen, die Zufuhren abgeschnitten. Die Handelsflotte hatte schwere Verluste erlitten und mußte – soweit sie sich in deutschen Händen befand – an die Siegermächte ausgeliefert werden. Lebensmittel und Textilien fehlten. Die Eisenbahn war in ihrer Funktion beschränkt. Der Personenverkehr war weitgehend eingeschränkt worden. Dabei stand der Winter vor der Tür. Die Zwangswirtschaft herrschte und hatte die Not nicht mildern können.
Ein solches Deutschland hatte den Vätern des Erfurter Programms nicht vorgeschwebt. Sie hatten an ein funktionierendes und nicht an ein krankes, in allen Fugen krachendes Wirtschaftssystem gedacht, das zur Sozialisierung herangereift war. Bei der Frage, welchen Weg man zu gehen habe, brachen die alten Gegensätze der Vorkriegszeit erneut auf: Der Gegensatz zwischen den strenggläubigen Marxisten, die an dem Erfurter Programm festhielten, und den Revisionisten, die im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung durch Reformen den Weg zu einem demokratischen Sozialismus suchten. Dieser nun neu aufgebrochene Gegensatz veranlaßte manche, die sich bisher als Mehrheitssozialisten bezeichnet hatten, zur Unabhängigen Partei überzutreten, wie auch umgekehrt bisherige Unabhängige zur alten Partei zurückkehrten, unter ihnen auch Eduard Bernstein, von dem der Streit um diese Frage ursprünglich ausgegangen war.
In dem Aktionsprogramm, das sich die USP im Dezember 1919 in Leipzig gab und das ihren politischen Standpunkt festlegte, hieß es dann auch wie im Erfurter Programm: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein". Sie lehnte damit die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ab, aber sie verlangte auch gleichzeitig die unverzügliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel und sah in der Diktatur des Proletariats ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung des Klassenstaates. Auf dem späteren Parteitag in Halle erklärte sie erneut, daß sie mit allen Mitteln die Ordnung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats anstrebe und den Kampf gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus weiterführen werde. Aber sie grenzte sich zugleich gegen die Putschtaktik der Kommunisten ab. Ihr Endziel blieb der Sozialismus, aber sie sah im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten den Weg dazu nicht über die Demokratie, sondern war der Meinung, daß erst nach der Verwirklichung des Sozialismus auch die Demokratie verwirklicht werden könne. Ihr Endziel blieb also der Sozialismus, nicht

der Bolschewismus. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren für sie keine Dauereinrichtung, sondern lediglich eine Zwischenstufe.
Möglich, daß Henke in Bremen als strenger Marxist glaubte, im Kampfe um Bremen mit den Kommunisten gegen die aus Mehrheitssozialisten bestehende Reichsregierung kämpfen zu müssen. Erst als deutlich wurde, daß auch die Arbeiter- und Soldatenräte in Bremen sich weitgehend der kommunistischen Führung unterstellt hatten, wie es bei dem Putsch des Kommunisten Jörn in Erscheinung trat, war es zu spät.

Wahlen für Deutsche Nationalversammlung

Nachdem auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 in Berlin der Beschluß gefaßt worden war, am 19. Januar 1919 die Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung durchzuführen, hatte die vorläufige Reichsregierung die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Die Wahl erfolgte nach dem allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrecht und nach dem Prinzip der Verhältniswahl. Abgegeben wurden im Reich 30 400 000 Stimmen. Davon erhielt die Sozialdemokratische Partei 11 509 800 Stimmen, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2 317 000 Stimmen. Die Kommunisten als Gegner einer demokratischen Wahl enthielten sich der Stimme. Insgesamt waren 45,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen den Sozialdemokratischen Parteien zugefallen. Aber das genügte nicht, die absolute Mehrheit zu erreichen. Von 421 Abgeordneten des Reichstages fielen auf die SPD 163, auf die USP 22 Abgeordnete. Die verfassunggebende Nationalversammlung wurde für den 6. Februar nach Weimar einberufen, um ungehindert von Störungen durch radikale Kräfte arbeiten zu können.

Ebert Reichspräsident

Der Versuch, die USP zur Regierungsbildung heranzuziehen, scheiterte. Die Folge war die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der SPD, der Demokratischen Partei und dem Zentrum. In geheimer Abstimmung wurde Ebert mit 277 von 379 Stimmen (51 waren ungültig) zum Reichspräsidenten gewählt. Die erste Nachkriegsregierung bestand aus 14 Ministern, von denen 7 der SPD und je 3 den beiden anderen Regierungsparteien angehörten, außerdem als unparteiischer Brockdorff-Rantzau, der das Außenministerium übernahm. Reichskanzler im ersten Kabinett wurde Philipp Scheidemann.
Bei der Wahl in Bremen wurden 166 026 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 69 808 auf die SPD, 30 199 auf die USP, insgesamt 100 007 Stimmen. Drei Fünftel der Bevölkerung Bremens hatte sich für eine der sozialistischen Parteien entschieden. Auch hier hatten – im Gegensatz zu einer Empfehlung Johann Kniefs – die Kommunisten an der Wahl nicht teilgenommen.

Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft

In Bremen hatte, wie schon berichtet, der Arbeiter- und Soldatenrat in einer Vollsitzung beschlossen, Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung auszuschreiben. Die Anzahl der Abgeordneten zu dieser Volksvertretung wurde auf 200 festgesetzt. Das Wahlrecht war das gleiche, wie zur Wahl am 19. Januar. Wahlberechtigt waren alle Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Die Wahl fand am 9. März 1919 statt. Hierbei wurden 148 374 gültige Stimmen abgegeben, von denen auf die Mehrheitssozialisten 48 576, auf die Unabhängigen 28 565 und auf die Kommunisten 11 358 Stimmen entfielen. Der Rest von 59 875 Stimmen verteilte sich auf eine Reihe von Parteien. Nach dem Wahlergebnis entfielen 80 Mandate auf die bürgerlichen Parteien, 67 auf die Mehrheitssozialisten, 38 auf die USP und 15 Mandate fielen an die Kommunisten. Der Anteil der kommunistischen Stimmen betrug lediglich 7,5 %. Mit dieser Wahl hatte Bremen ein auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahl-

rechts arbeitsfähiges Parlament geschaffen, dessen Aufgabe es nun war, eine neue Verfassung für die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse in Bremen zu schaffen.

Die Not der Zeit

Während im Reiche die Aufstände der Kommunisten, teilweise unterstützt von Anhängern der USP, andauerten, trat in Bremen eine relative Ruhe ein. Die Lebensverhältnisse blieben aber so bedrückend wie in der Kriegszeit, obwohl der Staat für den Ankauf und die Verbilligung von Lebensmitteln 50 Millionen Mark der Lebensmittelkommission zur Verfügung gestellt hatte. Eine Milderung für die Jugend trat ein, als im Frühjahr 1920 die Kinderspeisung der Quäker begann. Aber auch diese Hilfe war doch nicht viel mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein, so dankbar die Hilfe auch begrüßt wurde. Die Kaufkraft des Geldes war gesunken. Arbeit war bei dem Darniederliegen der Wirtschaft nur in geringem Maße vorhanden, obwohl die Reichsregierung durch eine Demobilisierungsverordnung die Unternehmen verpflichtet hatte, den heimkehrenden Soldaten den früheren Arbeitsplatz wieder einzuräumen. Während im Dezember 1918 in Bremen rund 1 500 Arbeitslose gezählt wurden, stieg die Zahl im Februar 1919 auf 8 000 bis 9 000. Im Reichsgebiet wurden am 1. Februar 1 076 000 Erwerbslose gezählt. An Unterstützungen wurden in Bremen bis Ende März 1919 2 Millionen Mark für die Arbeitslosen aufgewandt. Der Unterstützungsbetrag betrug für die Alleinstehenden täglich 6 Mark, für ein Ehepaar 8 Mark und für jedes Kind 1,50 Mark. Aber diese Beträge reichten kaum aus, um nur die auf Marken dem Einzelnen zustehenden Lebensbedürfnisse zu kaufen. Unter diesen Verhältnissen stiegen die Löhne der Arbeiter bis auf 2 Mark die Stunde. Und auch das reichte kaum für die notwendigsten Ausgaben.

Die Schuldenlast

Die Schuldenlast, die in Bremen bei Beginn des Krieges schon 300 Millionen Mark betragen hatte, war im Laufe der Kriegszeit auf rund 450 Millionen Mark gestiegen. Bremens Einwohnerzahl betrug zu dieser Zeit rund 300 000 Menschen, so daß auf den Kopf der Bevölkerung – vom Säugling bis zum Greis – 1 500 Mark entfielen. Es war eine schwere Zeit, in der nunmehr die Sozialdemokraten die Last der Verantwortung für das staatliche Leben in Bremen mit übernehmen mußten. Und ebenso schwer war es – das galt auch für die Reichsregierung – dem Volke eine neue Verfassung zu geben.

Die bremische Verfassung

Diese Aufgabe wurde in Bremen vorbereitet durch die von der Bürgerschaft eingesetzte Verfassungskommission, die unter der Leitung des Senators Dr. Spitta stand. Daß diese Verfassung gegenüber der Verfassung von 1851 wesentlich verschieden war, bedarf keiner Erwähnung. Für die Beratung des Verfassungsentwurfs waren 56 Sitzungen erforderlich, um sie zur Verabschiedung reifzumachen. Manche der Sitzungen dauerten 10 bis 12 Stunden. Es war – wie 1848 die Nationalversammlung in Frankfurt – ein redelustiges Parlament, abgesehen von den Obstruktionen, die besonders von den Kommunisten ausgingen. Wer heute noch einmal diese Verfassung zur Hand nimmt, spürt den liberalen-sozialen Geist, der sie durchzieht. Im Paragraph 2 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 18. Mai 1920 heißt es, wie in der Verfassung von 1849: „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus." Mehr als 70 Jahre hat es gedauert, bis man zu diesem Fundamentalsatz der Verfassung zurückfand.

Friedensvertrag

In Weimar verabschiedete die verfassunggebende Nationalversammlung am 10. August das neue Verfassungswerk. Die Verfassung wurde am 11. August vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt. Neben den Arbeiten zur Verabschiedung der Verfassung mußte sich die Nationalversammlung mit den Fragen

eines Friedensvertrages beschäftigen. Die Siegermächte hatten der Reichsregierung einen Vertrag mit schwersten Bedingungen überreicht. Schon am 26. März 1919, also kurz nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar, protestierte der neugewählte Reichskanzler Philipp Scheidemann gegen diesen Vertragsentwurf, den er als Gewaltfriedensvertrag bezeichnete. Der Vertrag legte dem Reiche eine Kriegsentschädigung von 320 Milliarden Mark auf, beschränkte die Stärke der militärischen Kräfte auf 100 000 Mann, die wesentlich als Polizeitruppen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutze der Grenzen gedacht waren, verlangte die Abtretung von Elsaß-Lothringen und Oberschlesien, verbot den Anschluß Österreichs, das ebenfalls zu einer Republik geworden war, und legte dem Reiche noch eine Anzahl anderer Bedingungen auf.

Eine schwere Entscheidung

Die Sozialdemokratische Partei war zu einer der schwersten Entscheidungen aufgerufen und es war die bittere Tragik, daß gerade sie, die den Ausbruch des Krieges bis zur letzten Minute bekämpft hatte, einen Vertrag unterzeichnen sollte, den die Parteien mit veranlaßt hatten, durch deren uneinsichtige Politik selbst der Versuch zu einem Verständigungsfrieden vereitelt worden war. Scheidemann, der die Unterzeichnung des Friedensvertrages ablehnte, trat zurück. An seine Stelle trat als Reichskanzler Bauer. Ablehnen oder unterzeichnen? Das war die Alternative, vor der die Nationalversammlung stand. Die Ablehnung bedeutete die Besetzung Deutschlands, da ein militärischer Widerstand unmöglich war. So entschied sich die Mehrheit der Nationalversammlung für die unvermeidliche Unterzeichnung. In dieser Frage gab es zwischen den Mehrheits- und Unabhängigkeits-Sozialdemokraten keine Meinungsverschiedenheiten. Mit ihnen stimmte das Zentrum und einige Mitglieder der Demokratischen Parteien. Diejenigen Parteien, die diesen Vertrag gerechterweise hätten unterzeichnen müssen, standen nunmehr außerhalb der Verantwortung und konnten es sich leisten, den Vertrag abzulehnen. Sie beschuldigten nachträglich die Unterzeichner des Vertrages als „Erfüllungspolitiker". Dieser Streit ist in der Periode der Weimarer Republik nicht zum Schweigen gekommen. Er hat den Geist des Volkes vergiftet und schließlich dazu beigetragen, die Republik und damit die Demokratie zu zerstören.
Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Friedensvertrag in Kraft. Am 2. Februar 1921 wurde die von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung auf 226 Milliarden Goldmark festgelegt. In Bremen gründete der Domprediger Hartwig den Verein „Rettet die Ehre", dem sich nicht zuletzt auch eine verhetzte Jugend anschloß. Politische Bedeutung hat er mit diesem Verein nicht erringen können. Sein Verdienst war lediglich die Erzeugung neuer Unruhen.

Erste Ergebnisse in der Demokratie

Die SPD, die mit der Forderung nach einer Nationalversammlung gezeigt hatte, daß sie die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Demokratie erreichen wollte, hatte schon vor und in der Nationalversammlung eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die den Forderungen, wie sie im 2. Teil des Erfurter Programms niedergelegt wurden, entsprachen.
Zu ihnen gehörten:

Die Einführung des Achtstundentages.

Die Schaffung einer demokratischen Verfassung mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahren.

Die Vornahme der Wahl an einem Ruhetage.

Die direkte Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid und die

indirekte Gesetzgebung durch die demokratisch gewählten Abgeordneten.
Die Forderung nach freier Meinungsäußerung.
Das Recht der freien Vereinigung, die Versammlungsfreiheit.
Die Abschaffung aller Gesetze, die die Frauen in öffentlicher und privater rechtlicher Beziehung gegenüber dem Mann benachteiligen.
Die Aufhebung der Gesindeordnungen.

Sie hatte darüber hinaus einige Gesetzentwürfe eingebracht, die sich mit der Vorbereitung der Sozialisierung beschäftigten, so die Sozialisierung des Kali-Bergbaues. Aber alle diese Gesetze, die den Forderungen, wie sie im Erfurter Programm vor mehr als 25 Jahren aufgestellt waren, entsprachen, fanden nicht die Beachtung, die sie unter anderen Verhältnissen sicher gefunden hätten.

Rechte aber kein Brot

Eine spürbare Besserung der wirtschaftlichen Lage hatten sie für die breite Masse der werktätigen Bevölkerung nicht bringen können. Es waren Rechte – kein Brot. Immer erneut brachen im Reichsgebiet Aufstände aus; besonders im Süden und Westen des Reiches. Immer wieder mußten seitens der Reichsregierung Truppen eingesetzt werden, um die öffentliche Ordnung nur einigermaßen zu sichern. Das Volk erhoffte eine Besserung der Lage allein von der Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsbildes durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und von einer planmäßig gelenkten Wirtschaft, wie sie das Erfurter Programm gefordert hatte. Sie fühlten sich von der Partei enttäuscht. Diese Enttäuschung führte bei der Neuwahl des Reichstages am 6. Juni 1920 zu einer Niederlage der Mehrheitssozialisten. Die Reichstagsfraktion fiel von 163 auf 112 Abgeordnete zurück, während zu gleicher Zeit die USP ihre Mandatszahl im neuen Reichstag von 22 auf 81 erhöhen konnte. Die Kommunisten, die sich erstmalig an der Wahl beteiligten, erhielten lediglich zwei Abgeordneten-Mandate.

Wahlen für die Bürgerschaft

Dieselbe Entwicklung wie im Reiche zeigte sich auch bei der am gleichen Tage stattfindenden Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. Die Stimmenzahl der Mehrheitssozialisten sank von 48 576 auf 31 137 Stimmen, also um mehr als ein Drittel, während sich zu gleicher Zeit die Stimmenzahl der Unabhängigen von 28 565 auf 52 395 Stimmen erhöhte. In der Bürgerschaft bekamen die Unabhängigen 37 Sitze, die Mehrheitssozialisten nur noch 22. Die Kommunisten hatten 7 600 Stimmen auf sich vereinigen können. Sie sandten in die Bürgerschaft 5 Abgeordnete. Durch die neue Verfassung war die Zahl der Abgeordneten auf 120 herabgesetzt worden. Immerhin behielt die sozialistische Gruppe unter Einschluß der KPD noch 64 Mandate gegenüber 56 auf der Gegenseite. Da die Unabhängigen es ablehnten, mit den Mehrheitssozialdemokraten den Senat zu bilden, traten auch die sozialdemokratischen bisherigen Senatsmitglieder zurück. Es wurde ein Geschäftssenat gebildet, der von den Mehrheitssozialdemokraten unterstützt wurde.

Keine Mitarbeit im Senat

Diese Lösung, trotz der sozialistischen Mehrheit von 64 zu 56 Mandaten sich an der Regierung nicht zu beteiligen, sondern aus dem Senat auszuscheiden und die Regierung in Bremen einem aus bürgerlichen Senatoren zusammengesetzten Geschäftssenat zu überlassen, sollte sich für die Mehrheitssozialisten wie auch für die Unabhängigen äußerst nachteilig erweisen. Aber zu jener Zeit glaubten beide Gruppen, jederzeit der Kontrolle über den Senat sicher zu sein. Gab ihnen doch der Artikel 53 der bremischen Verfassung die Möglichkeit, den Senat zum Rücktritt zu zwingen, wenn es zu einer Streitfrage zwischen Senat und Bürgerschaft kam. Der Artikel 53 lautete

in seinem Absatz II: „Ist eine Frage dem Volksentscheid unterbreitet, so kann der Senat von der Bürgerschaft, bis das Abstimmungsergebnis festgestellt ist, nicht wegen derselben Frage das Vertrauen entzogen werden. Ist der Volksentscheid zu Gunsten der Auffassung des Senates ausgefallen, so kann ihm das Vertrauen erst dann entzogen werden, nachdem die Bürgerschaft neugewählt ist."

Volksentscheid

Zu einer solchen Streitfrage kam es im Dezember 1920. Darauf verlangten 49 bürgerliche Mitglieder der Bürgerschaft einen Volksentscheid. Der Senat stellte daraufhin der bremischen Bevölkerung die Frage: „Soll der Senat zurücktreten?" Zu antworten hatten die Wahlberechtigten entweder mit ja oder mit nein. Die Mehrheit der bremischen Bevölkerung lehnte den Rücktritt des Senats ab. Er schrieb Neuwahlen aus, die am 20. Februar 1921 stattfanden. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl war die schwerste Niederlage der Sozialdemokratie seit 1907, und es hat fast acht Jahre gedauert, bis überhaupt das Gleichgewicht zwischen Sozialdemokraten und Bürgertum wieder hergestellt werden konnte, von einer Mehrheit ganz zu schweigen.

Auch im Reiche hatten die Mehrheitssozialisten den Unabhängigen das Angebot gemacht, in eine neu zu bildende Reichsregierung einzutreten. Die Grundlage und Zusammenarbeit sollte das Erfurter Programm sein. Die Unabhängigen sollten sich zum Grundsatz der Demokratie bekennen. Sie lehnten auch hier ab. Da die bisherigen Parteien, die hinter der ersten Reichsregierung standen, die Mehrheit verloren hatten, trat das Reichstagskabinett zurück. Die Sozialdemokraten schieden aus der Regierung aus. Die neue Reichsregierung bestand nur noch aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien.

Die Spaltung der USP

Hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl waren SPD und USP Ende des Jahres 1920 fast gleich stark. Die Mehrheitssozialisten verzeichneten 1 180 208 Mitglieder, davon 207 007 weibliche. Die Unabhängigen gaben auf dem Parteitag in Halle (12.–17. Oktober 1920) ihre Mitgliederzahl mit 893 923 an (davon 135 464 weibliche Mitglieder). Der wesentlichste Verhandlungspunkt auf dem Parteitag der USP in Halle war die Frage des Eintritts in die von den Kommunisten geführte III. Internationale. Die Leitung der Internationale hatte für den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Aufnahmebedingungen gestellt, die 21 verschiedene Punkte umfaßte. Es gab ein erbittertes Wortgefecht zwischen Hilferding und dem russischen Delegierten Sinowjew. Die Mehrheit des Parteitages stimmte einer Resolution auf Annahme der Bedingungen zu, während eine große Zahl unter der Führung Hilferdings sie ablehnte. Nach der Abstimmung wurden die Delegierten, die die Resolution abgelehnt hatten, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Unter den Ablehnern befand sich der bremische Delegierte Henke, der nach einem Attentat auf Haase (er starb wenige Wochen nach der Verwundung) einer der beiden Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion der USP geworden war. Die Gruppe, die den Aufnahmebedingungen zugestimmt hatte, trat zur KPD über. Der Rest hielt die alte Organisation aufrecht und beschuldigte die KPD, den wissenschaftlichen Sozialismus verraten zu haben und immer mehr durch putschistische Aktionen dem Abenteurertum zu verfallen.

Damit war allerdings in den Reihen der Unabhängigen eine reinigende Trennung erfolgt, aber es dauerte noch zwei Jahre, bis unter dem Druck der politischen Entwicklung und dem Verlangen der Arbeiter, die Einheit der sozialdemokratischen Partei wiedergewonnen wurde. Das geschah auf dem Vereinigungsparteitag in Nürn-

berg am 27. September 1922. Es ist müßig zu fragen, was alles hätte anders sein können, wenn jene unselige Spaltung nicht eingetreten wäre, wenn beide Parteien einig an einem Wieder- und Neuaufbau in Deutschland teilgenommen hätten. Wieder einmal hatte es sich in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung gezeigt, daß jede Uneinigkeit sich nur zum Schaden der Arbeiterbewegung auswirkt.

Die neue Einheit der SPD

Nach der Rückkehr der Delegierten vom Parteitag in Nürnberg, wurden in Bremen die Verhandlungen eingeleitet, die auch hier zu einem Zusammenschluß der bisher sich gegenseitig bekämpfenden Parteien führten. Es geschah im Herbst 1920. Das Parteibüro der Unabhängigen, das sich in der Obernstraße befand, wurde aufgelöst und mit dem Parteibüro der Mehrheitssozialdemokraten, die ihr Parteibüro Am Geeren hatten, vereint. Eine der wesentlichsten Maßnahmen war die Zusammenlegung der beiden Parteizeitungen. Die den Mehrheitssozialisten entzogene „Bremer Bürgerzeitung" mußte nach dem 4. Februar 1919 an sie zurückgegeben werden. Sie erhielt bei ihrem Wiedererscheinen den Namen „Bremer Volksblatt". Die Redaktion übernahm nach seiner Rückkehr aus dem Kriege Wilhelm Kaisen, der von Hamburg herübergekommen war. Die Unabhängigen gaben seit Ende 1918 die „Bremer Arbeiter-Zeitung" heraus, deren Hauptschriftleiter Alfred Faust geworden war. Neben ihm arbeitete als Redakteur Hans Hackmack, den Henke in jungen Jahren von Hamburg herübergeholt hatte. Während das „Bremer Volksblatt" in der Druckerei von Schmalfeldt Am Geeren gedruckt wurde und auch dort die Redaktion hatte, wurde die „Bremer Arbeiter-Zeitung" am Steffensweg in einer kleinen Druckerei hergestellt, und ihre Redaktionsräume waren in der Mauerstraße. Beide Zeitungen stellten zum gleichen Zeitpunkt ihr Erscheinen ein und am 2. Oktober 1922 erschien erstmalig die „Bremer Volkszeitung" als Organ der nun wiedervereinigten Sozialdemokratie. Kaisen und Faust, die sich in mancher Fehde mit scharfer Feder bekämpft hatten, arbeiteten nun miteinander und gaben dadurch auch den übrigen Parteimitgliedern, bei denen die prinzipiellen Gegensätze häufig genug zu einer persönlichen Verfeindung geführt hatten, ein Beispiel guter Zusammenarbeit, die zu einer persönlichen Freundschaft führte. Der neue Vorstand wurde paritätisch zusammengesetzt, so daß eine Grundlage für eine verständigungsbereite Zusammenarbeit gegeben war.

In den Jahren des Parteistreites hatte sich das Bürgertum gefestigt. Uneinig war es jedoch in der Stellung zu der demokratischen Staatsform. Zu ihren Bekennern gehörte die bürgerliche Demokratie und das katholische Zentrum in seiner Mehrheit. Zu den Gegnern der Demokratie gehörten sowohl die Kommunisten und auf dem rechten Flügel des Parteisystems die Deutschnationalen, ein Teil der Deutschen Volkspartei und seit ihrer Gründung die Nationalsozialisten.

Kapp-Putsch

Schon im Jahre 1920 war es zu einem Putschversuch der Rechten gekommen. Geführt wurde dieser Rechtsputsch gegen die Demokratie von Kapp und einer Reihe Militärs unter Führung des Generals Lüttwitz. Die Brigade Ehrhard marschierte in Berlin ein. Die Putschisten verhafteten vorübergehend die preußische Regierung und erklärten die Reichsregierung für abgesetzt. Die Reichsregierung verlegte ihren Sitz nach Stuttgart, verweigerte jede Verhandlung mit den Putschisten und rief in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften die Arbeiter und Angestellten zu einem Generalstreik auf. Durch diesen Generalstreik wurde der Putsch in wenigen Tagen zerschlagen. Als in Bremen der Verdacht aufkam, daß sich die hiesigen Offiziere der Polizei dem

Putsch anschließen würden, wurden sie unter der Führung von Franz Noch, dem Vertrauensmann der Polizeibeamten, in ihrem Besprechungszimmer eingeschlossen und gefangengesetzt. Wenn auch dieser Putsch mit unblutigen Mitteln zerschlagen wurde, so zeigt er doch, welche Gefahr von dieser Seite drohte. Die Reichswehr entwickelte sich zu einem Staat im Staate und von rechter Seite wurde mit allen Mitteln gegen die Repräsentanten der Republik gehetzt. Selbst vor dem Mord schreckten die Feinde der Republik nicht zurück Am 26. August 1921 wurde Erzberger ermordet. Im nächsten Jahr fiel der Außenminister Walter Rathenau den Kugeln der Mörder zum Opfer. Und zwei Jahre später fand am 9. November 1923 der Hitlerputsch in München statt, an dem auch der General Ludendorff teilnahm. Die Reichsregierung erklärte jeden, der den Putsch unterstütze, zum Landeshochverräter. Der Putsch wurde niedergeschlagen.

Inflation

Eine weitere Gefahr bedeutete für die deutsche Bevölkerung die fortschreitende Geldentwertung, die im Jahr 1923 ein geradezu hektisches Tempo annahm. Von Tag zu Tag fiel der Wert des Geldes, stiegen die Preise für alle Waren. Das Geld schmolz gleichsam in den Taschen der Menschen dahin. So trat zur politischen Unsicherheit noch eine erschreckende Wirtschaftsunsicherheit. Wer sich von dem Ausmaß und dem Tempo der Geldentwertung ein Bild machen will, dem vermittelt das Steigen des Fahrpreises für eine Straßenbahnfahrt in Bremen ein zutreffendes Bild: Es kostete eine Fahrt mit der Straßenbahn:

am	1. August 1923	5 000	Mark	
	10. August 1923	20 000	Mark	
	18. August 1923	40 000	Mark	
	24. August 1923	60 000	Mark	
	1. September 1923	100 000	Mark	
	7. September 1923	150 000	Mark	
	21. September 1923	2 000 000	Mark	
	1. Oktober 1923	4 000 000	Mark	
	5. Oktober 1923	5 000 000	Mark	
	9. Oktober 1923	10 000 000	Mark	
	12. Oktober 1923	15 000 000	Mark	
	14. Oktober 1923	30 000 000	Mark	
	16. Oktober 1923	50 000 000	Mark	
	20. Oktober 1923	100 000 000	Mark	
	23. Oktober 1923	200 000 000	Mark	
	24. Oktober 1923	500 000 000	Mark	
	26. Oktober 1923	1 000 000 000	Mark	
	5. November 1923	10 000 000 000	Mark	
	8. November 1923	15 000 000 000	Mark	
	14. November 1923	20 000 000 000	Mark	
	15. November 1923	30 000 000 000	Mark	= 2 cent
	16. November 1923	60 000 000 000	Mark	
	1. Dezember 1923	150 000 000 000	Mark	= 3 cent

Was mit dieser Entwertung des Geldes an Not und Entbehrung über die Bevölkerung hereinbrach, ist für den heutigen Einwohner Bremens kaum noch vorstellbar.

Aber Bremen half sich auch hier. Schon zu einem früheren Zeitpunkt schuf es den Bremer Dollar und schuf damit – wenn auch in beschränktem Maße – ein wertbeständiges Geld. Die wirtschaftliche Situation änderte sich erst, nachdem ein neues wertbeständiges Geld in der Form der Renten- und nachher der Goldmark geschaffen wurde. Erst von diesem Zeitpunkt an setzte, langsam zuerst, dann schneller, eine wirtschaftliche Gesundung ein, die zu einer entscheidenden Neubelebung der Industrie, wie auch des bremischen Handels führte. In dem Maße, wie sich die Entwicklung durchsetzte, trat auch im politischen Raum eine wesentliche Beruhigung ein. So konnte der Jahresbericht des Ortsvereins der SPD für das Jahr 1924/25 mit Befriedigung schreiben: „Zum ersten Mal erscheint nach langen Jahren der Tätigkeitsbericht der Partei in gedruckter Form. Aus Sparsamkeitsgründen mußte während der Kriegs- und Inflationsperiode davon Abstand genommen werden, obwohl eine schriftliche Festlegung auch für diese Zeit für die Partei von Bedeutung gewesen wäre . . . In diesem Jahr (1924) konnte die Partei einen großen Teil der Stimmverluste wieder wettmachen, die sie während der Bürgerschaftswahl 1923 erlitten hatte. Die Inflationszeit ging auch an unserer Partei nicht spurlos vorüber. Die Geldentwertung, die Notlage der Arbeiter, sowie alle anderen Begleiterscheinungen der Inflation veranlaßten viele, aus finanziellen Rücksichten ihre Mitgliedschaft aufzugeben. Als die Mark-Stabilisierung einsetzte, folgte ihr auf dem Fuße die Arbeitslosigkeit, die bis heute noch anhält. Erst in den letzten Monaten ließ die Arbeitslosigkeit nach und ein Aufstieg der Mitgliederzahl setzte wieder ein."

Aber die Mitgliederzahl der Vorkriegszeit hatte die Partei noch nicht wiedergewonnen. Am Ende des Jahres 1914 hatte der Jahresbericht die Mitgliederzahl des bremischen Ortsvereins der SPD mit 15 621 Mitgliedern angegeben, davon waren 2 737 Frauen. In den Jahren nach der Wiedervereinigung der beiden Parteien hatte die SPD ihre Stellung in der Bremischen Bürgerschaft nicht verbessern können. Bei der ersten Wahl am 18. November 1923 konnte die nunmehr vereinigte Partei lediglich 51 096 Stimmen auf sich vereinen. Dagegen stieg die Zahl der kommunistischen Stimmen von 10 960 im Jahre 1921 auf 28 115 im Jahre 1923. Sie erhielt damit 18 Mandate gegenüber sechs bei der vorigen Wahl. Eine große Anzahl der Wähler, die in der letzten Bürgerschaftswahl einer der sozialistischen Parteien ihre Stimmen gegeben hatten, gaben bei dieser ersten Wahl nach der Wiedervereinigung ihre Stimme für die KPD ab. Die bürgerliche Mehrheit in der Bürgerschaft war erhalten geblieben. Sie betrug 12 Mandate. Sie waren somit in der Lage, alle Anträge der SPD abzulehnen, wie sie auch schon im Jahre 1922 die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag durchgesetzt hatten.

Bei der Neuwahl der Bürgerschaft am 7. Dezember 1924 konnte die SPD ihren Stimmenanteil auf Kosten der Kommunisten, die 13 000 Stimmen bei dieser Wahl verloren, auf 66 065 erhöhen. Sie bekam auf Grund der für sie abgegebenen Stimmen 46 Mandate, die Kommunisten lediglich neun. Aber das Verhältnis zwischen dem Bürgertum und den Arbeiterparteien verschob sich nur unwesentlich. Das Mandatsverhältnis stand nun 65:55 zu Gunsten der bürgerlichen Gruppen. Sie konnte damit auch keinen Einfluß auf die Regierungspolitik erreichen und von einer Regierungsbeteiligung war solange nicht zu reden, wie die verschiedenen bürgerlichen Gruppen unter sich einig waren.

Das Heidelberger Programm

Schon im Anfang der 20er Jahre hatte die SPD Pläne ausgearbeitet, um eine schrittweise Sozialisierung durchzuführen. Einig war man sich innerhalb der Partei darüber,

daß sie nur auf dem Wege der Demokratie – nicht aber einer revolutionären Diktatur – zu verwirklichen sei. Aber sowohl der Plan Wissell, als auch der Plan seines Nachfolgers Schmidt in der Reichsregierung kamen nicht zur Verwirklichung. Man hatte in der Vorkriegszeit viel von der Sozialisierung der Produktionsmittel gesprochen, aber die Pläne, wie sie in die Tat umgesetzt werden konnten, hatte man nicht entwickelt. Dazu kam die Zerspaltenheit der Arbeiterschaft, die nachfolgende Festigung des Bürgertums und die sich später immer stärker gegen die Republik richtende Bewegung rechts-bürgerlicher und militärischer Kreise. Das alles zusammengenommen waren zu starke Hemmnisse bei dem Versuch, wenn auch nur auf einigen Gebieten, so insbesondere des Bergbaues und der Energieversorgung, Sozialisierungspläne durchzusetzen. In der Mitte der 20er Jahre war deutlich geworden, daß die Sozialisierungspolitik keine Aussicht auf baldige Verwirklichung mehr hatte. Das russische Beispiel der gewaltsamen Vergesellschaftung hatte abschreckend gewirkt, und das besonders auf die Mittelschichten.

Auf dem Parteitag in Heidelberg im September 1925 wurde nach 34 Jahren eine Neuformung des Programms der SPD vorgenommen, wenn man von dem Görlitzer Programm und den programmatischen Erklärungen der früheren USP absieht. Hilferding erklärte auf dem Parteitag zur Verabschiedung des Programms, das wiederum von Kautsky verfaßt worden war, daß es an den Grundsätzen des Erfurter Programms im wesentlichen festhalte, aber von der alten Form des Staatssozialismus abrücke. Man sei – so sagte er – vielmehr zu der Erkenntnis gekommen, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleistet werden könne, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung sei. Untrennbar von dem Begriff des Sozialismus sei der Begriff der Demokratie. Entsprechend dieser nun durchgesetzten Anerkennung der Demokratie als des einzig möglichen Kampffeldes für die Herbeiführung des Sozialismus gewannen die Worte Eduard Bernsteins eine wachsende Bedeutung, der schon in der Vorkriegszeit von der Demokratie sagte: „Sie ist das Mittel im Kampf für den Sozialismus und ist die Form, die der Sozialismus annehmen wird, wenn er verwirklicht wird."

So wird im Heidelberger Programm die demokratische Republik als die Staatsform bezeichnet, deren Erhaltung und Ausbau für ihren (der Arbeiterklasse) Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Partei und Gewerkschaften

Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften (gemeint sind damit die freien Gewerkschaften) war in der Vorkriegszeit auf dem Mannheimer Parteitag 1906 in der Weise festgelegt, daß die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden. Diese Abmachungen waren, um der politischen Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den Parteien äußerlich Ausdruck zu geben, seitens der Gewerkschaften schon 1919 gekündigt worden. Aber durch diesen Beschluß hatte sich das innere Verhältnis zur SPD nicht geändert. Nachdem die Forderung nach sofortiger Vergesellschaftung sich nicht hatte durchsetzen lassen, entwickelten die Gewerkschaften einen neuen Weg, der in seiner Konsequenz ebenfalls zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung hinführen sollte. Dieser Weg wurde unter dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie bekannt. Er nahm den Räte-Gedanken auf, der über die Betriebsräte, über Wirtschaftskammern und Wirtschaftsparlament, ohne die Besitzverhältnisse zu

ändern, zur Einschränkung der Verfügungsgewalt der Unternehmer führen und durch Einfügung neuer Ordnungsprinzipien die Betriebe aus der einseitigen Herrschaft der Unternehmer lösen sollte, um sie zu Organen der Allgemeinheit zu machen. Aus der Mitbestimmung in den Betrieben sollte eine überbetriebliche Mitbestimmung entwickelt werden.

Dieser Gedanke wurde in das Heidelberger Programm übernommen. Dort heißt es: „Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-Systems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.“ Partei und Gewerkschaften bekannten sich damit zur Weiterentwicklung einer revisionistischen Politik.

Parteientwicklung in Bremen

Wie sehr sich das Vertrauen zur SPD in den folgenden Jahren in Bremen stärkte, ist aus dem stetigen Anwachsen der Mitgliederzahlen zu ersehen. Die noch vorliegenden Jahresberichte zeigen diesen von Jahr zu Jahr steigenden Zuwachs:

Am Ende des Jahres	hatte die SPD	
1924	7 126 Mitglieder,	davon 1 439 Frauen
1925	8 341 Mitglieder,	davon 1 586 Frauen
1926	8 402 Mitglieder,	davon 1 670 Frauen
1927	9 132 Mitglieder,	davon 1 860 Frauen
1928	9 119 Mitglieder,	davon 1 857 Frauen
1929	10 761 Mitglieder,	davon 2 494 Frauen
1930	10 562 Mitglieder,	davon 2 499 Frauen
1931	10 074 Mitglieder,	davon 2 517 Frauen

Der Jahresbericht von 1932, der im Frühjahr 1933 erstattet worden wäre, liegt nicht mehr vor. Der Stillstand der Mitgliederzahlen 1930/31 war die Folge einer neu einsetzenden allgemeinen Wirtschaftskrise.

Immer wieder Wahlen

Im Jahre 1924 hatten zwei Wahlen für den Reichstag stattgefunden. Auch sie zeigten ein langsames Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen. Während bei der Bürgerschaftswahl am 23. Dezember 1923 für die SPD lediglich 51 000 Stimmen abgegeben wurden, stiegen sie ein halbes Jahr später bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 auf 54 000 und bei der kurz darauf vorgenommenen Reichstagswahl vom Dezember 1924 auf 68 000 Stimmen. In schneller Folge wechselten im Reiche die Regierungen, kaum eine von ihnen erreichte eine Lebensdauer von einem Jahr. Die einzige Reichsregierung, die länger als ein Jahr im Amt blieb, war die von dem Sozialdemokraten Hermann Müller geführte Regierung, die sich aus Sozialdemokraten, der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum zusammensetzte. Die Kanzlerschaft Müller dauerte vom 28. Juni 1928 bis zum 27. März 1930. Diese Unstabilität der Reichsregierung ist ein Spiegelbild der unruhigen Verhältnisse in jener Zeit, in der die Arbeitslosenziffer zwischen 1 bis 2 Millionen schwankte.

Friedrich Ebert stirbt

Am 25. Februar 1925 starb Friedrich Ebert im Alter von 54 Jahren an den Folgen einer Blinddarmentzündung. Sein Nachfolger wurde der Generalfeldmarschall von Hindenburg, der als Vertreter der Rechtsgruppen gegen den Volksblock, der sich aus Sozialdemokraten und dem Zentrum gebildet hatte und dessen Präsidentschaftskandidat der frühere Reichskanzler Marx war, mit 14,6 Millionen gegen 13,75 Millionen gewählt wurde.

Wirtschaftliche Verhältnisse in Bremen

Wie im Reiche, so kam es auch in Bremen, nachdem durch die Schaffung einer neuen wertbeständigen Währung die Geldentwertung überwunden worden war, zu einer Belebung der Wirtschaft. Mit Hilfe des Reichs wurde der Wiederaufbau der Handels-

flotte in Angriff genommen. Der Arbeiterstamm auf den Werften wuchs. Insbesondere brachte der Neubau der „BREMEN" durch den Norddeutschen Lloyd neue Arbeitsmöglichkeiten. Die Beschäftigung im Handel und der übrigen Industrie nahm zu. Auch auf dem Bausektor belebte sich die Tätigkeit. Die Gewerkschaften gründeten die Gemeinwirtschaftliche Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA, die sowohl in Gröpelingen, wie auch in der Neustadt großzügige Wohnungsbauprojekte durchführte. Auch der Staat nahm in verschiedenen Stadtteilen den Bau von Arbeiterwohnungen vor. Dazu kam der Bau der Columbuskaje, der Nordschleuse des Wendebeckens in Bremerhaven und der Erweiterungsbau der Getreideverkehrsanlage, der Bau der Kaliumschlagsanlage und Schuppenbauten am Hafen II. Sie belebten den Baumarkt und schufen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten.
Das Fürsorgewesen wurde neu geregelt und 1927 schuf die Arbeitslosenversicherung den Rechtsanspruch jedes Arbeitslosen auf Unterstützung, die nun nicht mehr von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig war. Durch die Errichtung der Arbeiterkammer und der Angestelltenkammer wurde eine engere Verbindung zwischen den Arbeitnehmern und den staatlichen Stellen hergestellt und damit eine alte Forderung der Sozialdemokratie erfüllt. Die Löhne und Gehälter, die in der Zeit in und nach der Geldentwertung einen heute kaum vorstellbaren Tiefstand erreicht hatten, besserten sich, wenn es auch nicht gelang, der Arbeitslosigkeit ganz zu begegnen. Man verzeichnete am Ende des Jahre 1927 immer noch 7 000 Erwerbslose in Bremen.

Die SPD tritt in den Senat ein

Diese Beruhigung des wirtschaftlichen Lebens wirkte sich auch auf der politischen Ebene aus. Bei der Wahl zur Bürgerschaft, die am 13. November 1927 stattfand, wurden insgesamt 200 416 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die bürgerlichen Parteien 100 309, auf die SPD 80 838 und auf die KPD 19 269. Von den 120 Mandaten in der Bürgerschaft bekam die SPD 50, die KPD 10 und auf die verschiedenen bürgerlichen Gruppen entfielen die restlichen 60 Mandate. Das Verhältnis stand somit 60:60. Bei den Verhandlungen für eine neue Senatsbildung erhob die SPD Anspruch auf Beteiligung. Diese Verhandlungen zogen sich mehrere Monate hin, bis die SPD androhte, den der Bürgerschaft vorgelegten Haushaltsplan abzulehnen. In den nun neugebildeten Senat traten fünf Sozialdemokraten ein:

Deichmann, der später zweiter Bürgermeister wurde,
Kaisen, Klemann, Rhein und der Vorsitzende des
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Sommer.

Damit war nach sieben Jahren in Bremen wieder ein Senat gebildet, an dem auch die SPD beteiligt war.

Die letzte Sozialdemokratische Reichsregierung

Kurz nach der Senatsbildung mußte im Mai 1928 der Reichstag nach Ablauf seiner Legislaturperiode neu gewählt werden. Die SPD verlangte in ihrem Wahlaufruf u. a. die Sicherung des Friedens durch Abrüstung und Schiedsgerichtsverträge, eine gerechtere Steuerpolitik, eine Handelspolitik, die der deutschen Industrie einen stärkeren Absatz ihrer Produkte sicherte. Bei dieser Wahl wurden für die SPD im Reich 9,1 Millionen Stimmen abgegeben. Das war ein Stimmenzuwachs von 1,3 Millionen. Alle anderen großen Parteien – mit Ausnahme des Zentrums – hatten erhebliche Verluste an Wählerstimmen zu verzeichnen. Die Nationalsozialisten, die im Mai 1924 1,9 Millionen Stimmen auf sich vereinigten, verloren bei dieser Wahl die Hälfte ihrer bisherigen Stimmen. Auch bei den Landtagswahlen, die in dieser Zeit vorgenommen wurden, – so in Preußen, Bayern und Württemberg – waren die Stimmen der

SPD stark angestiegen. In Preußen besaß die SPD von 450 Landtagsmandaten mit 229 Mandaten die absolute Mehrheit.

In das Reichskabinett, das Hermann Müller als Reichskanzler führte, traten Severing als Innenminister, Hilferding als Finanzminister und Wissell als Arbeitsminister ein. Das Amt des Außenministers verblieb bei Stresemann, der es seit 1923 innehatte und dem es gelungen war, das Verhältnis zu den früheren Feindmächten zu verbessern. Wenn es auch den Anschein hatte, als sei nun das Schwerste überstanden, so sollte sich doch bald zeigen, daß das gesamte Gebäude der Wirtschaft auf unsicheren Fundamenten stand und in hohem Grade abhängig war von wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen im Ausland. Darauf hatte die junge Republik nur einen geringen Einfluß. Das zeigte sich bei dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

Bei der Annahme des Dawesplanes im Jahre 1924, der die jährlichen Raten für die von Deutschland zu zahlenden Reparationen neu festgelegt hatte, hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Reiche zugleich eine Anleihe von 800 000 000 Goldmark gewährt zu dem Zwecke, an die Stelle der Rentenmark die Goldmarkwährung einzuführen. Deutschland erhielt dadurch eine international anerkannte Währung, wie sie für den internationalen Handel notwendig war. Auch der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mußte nach dem Zusammenbruch des Kapitalmarktes infolge der Inflation vornehmlich mit Anleihen finanziert werden. Diese Anleihen wurden von amerikanischen Bankhäusern gegeben. Es waren teure Kredite, die hoch verzinst werden mußten und zumeist kurzfristig gewährt, jederzeit gekündigt werden konnten. Das galt auch in hohem Maße für den Wiederaufbau der bremischen Wirtschaft. Diese Aufnahme kurzfristiger Gelder für langfristige Investitionen war ein erhebliches Wagnis. Es konnte nur glücken, wenn es gelang, Zinsen und Tilgung der Anleihen in kurzfristiger Zeit zurückzuzahlen. Dafür war eine gleichbleibende günstige Wirtschaftskonjunktur die Voraussetzung.

Aber das Gegenteil trat ein. Beginnend im Jahre 1928 kündigte sich, von Amerika ausgehend, eine neue Wirtschaftskrise an, die sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf das ganze internationale Wirtschaftsleben ausdehnte. Sie führte überall zu Zahlungseinstellungen, zu einem Absinken der industriellen Produktion, damit zu Arbeiterentlassungen, einer Abschwächung der Kaufkraft und bei ausländischen Rohstoffen zu Preisstürzen, oft sogar zu einem völligen Preisverfall. Getreide wurde verbrannt, Kaffee schiffsweise ins Meer geschüttet oder in Lokomotiven verheizt. Deutschland wurde von der Krise nicht verschont. Kurzfristige Anleihen wurden gekündigt und mußten zurückgezahlt werden. Einlagen ausländischer Konteninhaber bei den Banken wurden aus Deutschland abgezogen. Die deutschen Devisenvorräte wurden aufgezehrt und das mühsam aufgebaute Wirtschaftsgebäude geriet ins Wanken.

Dazu kamen die jeweils fälligen Raten der Reparationsverpflichtungen, die im Jahre 1928 erstmalig 2,5 Milliarden Goldmark betrugen. Zwar wurde durch einen neuen Zahlungsplan, den Youngplan, die jährliche Rate auf 1 Milliarde Goldmark herabgesetzt. Aber gerade gegen die Erfüllung dieser übernommenen Zahlungsverpflichtungen richtete sich der Angriff der Rechtsradikalen, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten. Ihre Politik führte zu einer Vergiftung der Atmosphäre, führte zu einem Aufputschen nationalistischer Gefühle, führte zu turbulenten Demonstrationen der militanten Rechtsverbände, besonders der SS und SA.

Zu deren Abwehr war nach dem Hitlerputsch in München im Jahre 1924 von den

demokratischen Parteien das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" gegründet worden. Daß infolge dieser wirtschaftlichen Entwicklungen auf die deutsche Wirtschaft auch in Deutschland eine Schrumpfung der Produktion und ein Rückgang des Handels einsetzte, konnte keine Reichsregierung vermeiden. Starke Arbeiterentlasssungen waren die Folge und damit auch steigende Verpflichtungen der Arbeitslosenversicherung. An der Frage, wer die Kosten für die immer größeren Abgaben für die Arbeitslosen aufbringen sollte, zerbrach die Reichsregierung. Am 27. März 1930 trat das Kabinett Müller zurück. Im Juli des gleichen Jahres wurde der Reichstag aufgelöst.

Krisenauswirkung in Bremen

Über die Beschäftigungslage in Bremen im Jahre 1929 gibt der Jahresbericht des bremischen Ortsvereins der SPD in Bremen ein eindrucksvolles Bild. Zu Beginn des Jahres zählte man in Bremen 10 767 Arbeitslose. Die Zahl erreichte ihren Tiefstand im Mai des Jahres mit 5 947 Erwerbslosen. Sie stieg dann von Monat zu Monat:

September 1929: 10 233
Oktober 1929: 10 667
November 1929: 11 719

und erreichte am Jahresende ihren höchsten Stand mit 16 343 Erwerbslosen.
Eine Sicherheit für den jeweiligen Arbeitsplatz war nicht mehr gegeben. Jeder Arbeiter mußte jederzeit gewärtig sein, in die Arbeitslosigkeit abzusinken. Bei einer solchen Wirtschaftslage war der Boden für Lohnkämpfe denkbar ungünstig. Daß unter solchen Umständen die Steuerkraft der Bevölkerung stark angespannt werden mußte, war unvermeidbar. Neben der Erhöhung der Gebäudesteuer, der Firmen- und Gewerbesteuer, mußten zusätzlich auf Verlangen der Reichsregierung eine Bürgersteuer, eine Gemeinde-Getränkesteuer und die Gemeinde-Biersteuer eingeführt werden, wenn das betreffende Land Zahlungen aus dem Unterstützungsfonds des Reiches für Notleidende erhalten wollte.

Wahlkämpfe

Am 14. September 1930 trat das deutsche Volk an die Wahlurnen, um einen neuen Reichstag zu wählen. Brüning hatte den Reichstag aufgelöst, weil der Reichstag eine neue Steuererhöhung ablehnte. Diese Wahl am 14. September 1930 brachte den Nationalsozialisten einen außerordentlichen Erfolg. Für sie wurden 6 401 000 Stimmen abgegeben. Sie war mit 114 Abgeordneten hinter der SPD, die 8 577 000 Stimmen erhalten hatte, zur zweitstärksten Partei geworden. In Bremen wurden bei dieser

Wahl 73 671 Stimmen für die SPD
25 861 Stimmen für die Nationalsozialisten
21 692 Stimmen für die KPD

abgegeben. Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten bei dieser Wahl hatte nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland Beunruhigung ausgelöst. Hitlers Erklärung, daß er die vereinbarten Verträge hinsichtlich der von Deutschland zu zahlenden Reparationen nicht erfüllen werden, hatte wohl bei seinen Anhängern und in den übrigen nationalistischen Gruppen Genugtuung ausgelöst, sie führte aber gleichzeitig zu einem weiteren Abziehen ausländischer Anleihen und privater Fremdgelder bei den Banken und damit zu einer weiteren Verschärfung der Krise.

Parlamente der Notverordnungen

Zwar bildete im Reich der bisherige Reichskanzler Brüning eine neue Regierung, aber sie konnte sich nicht mehr wie auch die folgenden Reichsregierungen, auf eine parlamentarisch gesicherte Mehrheit stützen. Sie regierte mit Notverordnungen, die auf Grund des § 48 der Verfassung vom Reichspräsidenten zu bewilligen waren. Hindenburg, der 1932 in einer Wahl gegen Hitler mit Hilfe auch der Sozialdemo-

kraten als Reichspräsident wiedergewählt worden war, wurde damit zu einer entscheidenden Persönlichkeit. Kurz nach seiner Wiederwahl versagte er dem Kanzler Brüning eine von ihm geforderte Bewilligung zu einer Notverordnung und zwang damit die Regierung zum Rücktritt.
Es wurde das Kabinett v. Papen gebildet, das im Volksmund als das Kabinett der Barone bezeichnet wurde. Mit diesem Kabinett begann die letzte Phase im Kampf um die Erhaltung der Demokratie. Die Zahl der Arbeitslosen war beim Antritt seiner Regierung auf über sechs Millionen angewachsen; dazu kam noch eine erhebliche Zahl von Kurzarbeitern. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern waren 44,9 Prozent arbeitslos. Nur mit Mühe konnten die erforderlichen Unterstützungen aufgebracht werden. Schon in der Zeit der Kanzlerschaft Brünings waren die Beamtengehälter und die Gehälter der Staatsangestellten und Staatsarbeiter gekürzt worden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und ihren Gegnern nahmen immer schärfere Formen an und führten zu blutigen Zusammenstößen und Opfern auf beiden Seiten. Vorübergehende Verbote der SS und SA wurden nach kurzer Zeit wieder aufgehoben. Eine Denkschrift der SPD vom Dezember 1931 berichtete von 1484 Gewalttätigkeiten der Nationalsozialisten, bei denen 62 Menschen getötet und 3200 verletzt wurden. Überfälle auf Zeitungsgebäude mehrten sich. Deutschland näherte sich bürgerkriegsähnlichen Zuständen.
Papen hatte unmittelbar nach seiner Regierungsübernahme den bestehenden Reichstag aufgelöst. Das Wahlergebnis zeigte erneut ein Anwachsen der für die Nationalsozialisten abgegebenen Stimmen. Gegenüber der Wahl vom 14. September 1930 wurden bei dieser Wahl im Juli 1932 13,7 Millionen Stimmen für sie abgegeben. Das war ein Zuwachs von mehr als 100 Prozent. Sie zogen mit 230 Abgeordneten in den Reichstag ein. Göring wurde Reichstagspräsident. Sie schreckten nun vor keinem Mittel mehr zurück. In den ersten zehn Tagen nach der Wahl wurden allein 100 Menschen getötet.

Staatsstreich in Preußen

Der Kampf der SPD konzentrierte sich immer stärker auf die Erhaltung der Demokratie, die Sicherung der Verfassung und den Schutz des Parlamentarismus. Noch konnten sie sich auf eine Reihe von Ländern stützen, in deren Regierungen Sozialdemokraten entscheidende Funktionen bekleideten, vor allem auf den größten Bundesstaat Preußen. Aber bei den Landtagswahlen, die nach Ablauf der Legislaturperiode vorgenommen werden mußte, ging die Position Preußen verloren. Die Nationalsozialisten erhielten bei der Landtagswahl in Preußen einen so starken Stimmenanwuchs, daß die Zahl ihrer Mandate von 9 auf 162 stieg. Papen, der entschlossen war, den Sozialdemokraten die Machtposition Preußen zu entreißen, setzte die preußische Regierung mit einer Notverordnung Hindenburgs ab und übernahm selbst die kommissarische Gewalt. Gleichzeitig wurde über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand verhängt. Das Reichsgericht erklärte später das Vorgehen Papens gegen Preußen als mit der Verfassung für vereinbar.
Noch einmal versuchte Papen, der bisher nur mit Notverordnungen regiert hatte, sich durch eine erneute Auflösung des Reichstages eine Regierungs-Grundlage zu schaffen. Wieder mußte das Volk zur Wahlurne schreiten. Als das Wahlergebnis bekannt wurde, ging ein leichtes Aufatmen durch das Volk. Die Nationalsozialisten hatten zwei Millionen Stimmen verloren. Ihre Kassen waren leer, die Partei verschuldet. Aber da sprangen die Großindustriellen an Rhein und Ruhr ein, denen

Hitler versprach, den Einfluß der Gewerkschaften zu brechen und durch eine Aufrüstung eine wirtschaftliche Belebung herbeizuführen. Sie stellten ihm nun den sogenannten Kirdorffonds zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung zur Verfügung. Nach einigen Monaten mußte Papen zurücktreten. Es kam ein kurzes Zwischenspiel der Regierung des General Schleicher und am 30. Januar 1933 berief Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler auf Anraten Papens und seiner Hintermänner. Papen selbst wurde Vizekanzler. Er glaubte, Hitler in der Regierung zähmen zu können. Aber er mußte bald erkennen, daß er selbst der betrogene Betrüger geworden war. Das Ende der Demokratie war da. Die Periode der blutigen Diktatur begann.

Katastrophenjahr für Bremen

Der Jahresbericht für das Jahr 1931 des Ortsvereins Bremen begann mit den Worten: „Berichteten wir im Vorjahre bereits von einer unerhört scharfen Wirtschaftskrise, so muß für dieses Jahr hinzugefügt werden, daß die Krise das ganze Jahr 1931 hindurch in weit verstärktem Ausmaß tobte. Wurden zu Beginn des Jahres im Bremer Gebiet 24 000 Erwerbslose gezählt, so waren es am Schluß des Jahres 38 000. Außerdem erfolgte im Laufe des Jahres Zusammenbruch auf Zusammenbruch von Industrie- und Handelsunternehmungen und Banken. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten türmten sich auf. Eine Notverordnung folgte nach der anderen und brachte dem Proletariat neue Steuern, Lohn- und Gehaltsabbau und weitere Verringerung der Erwerbsmöglichkeiten." Es war im wahrsten Sinne des Wortes ein Katastrophenjahr.
Auch Bremen hatte – wie schon ausgeführt – den Wiederaufbau seiner Wirtschaft in der Hauptsache mit amerikanischen Anleihen finanziert. Schon im Jahre 1924 hatte Bremen bei einer New Yorker Bank eine langfristige Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar aufgenommen. Kurzfristige Anleihen waren gefolgt. Der außerordentliche Haushalt mußte schon zum weitaus größten Teil mit Anleihen finanziert werden. So der Bau der Columbuskaje, der Nordschleuse, des Wendebeckens usw. mit 60 Millionen, der Erweiterungsbau der Getreideumschlagsanlage und der Kalianlage mit 12 Millionen. Am 1. August 1931 betrug die kurzfristige Verschuldung Bremens 138 Millionen Goldmark. Die Gesamt-Verschuldung belief sich auf 225 Millionen. Der erste Betrieb, der von der Krise erfaßt wurde, war der Nordwolle-Konzern, der damals größte Wollkonzern Europas. Er beschäftigte 1928 in seinen vielen Betrieben, die über ganz Deutschland verstreut waren, rund 28 000 Arbeiter. Das Aktienkapital betrug 75 Millionen Goldmark. Der Konzern, der in Bremen sich kurz vorher ein großes Verwaltungsgebäude, das heutige „Haus des Reichs", An der Contrescarpe, errichtet hatte, mußte seine Zahlungsunfähigkeit anmelden. Seine Verschuldung betrug nicht weniger als 240 Millionen Goldmark. Die Darmstädter- und Nationalbank – kurz Danat-Bank genannt, verlor bei dem Zusammenbruch des Konzerns große Mittel und brach ebenfalls zusammen. Die Schröderbank, die eine Anzahl bremischer Industriebetriebe betreute, und bei der der bremische Staat Guthaben in Höhe von 25 Millionen Goldmark unterhielt, folgte. Die bremischen Sparer und Betriebe, die durch die Bankkrise verängstigt waren, zogen ihre Gelder weitgehend ab, um für sich zu retten, was zu retten war. Die Zahlungsschwierigkeiten der Banken steigerte sich. Die Beamtenbank stellte als nächste Bank ihre Zahlungen ein, und selbst die solide Sparkasse in Bremen mußte für einige Zeit die Auszahlungen von Geldern auf einen bestimmten Betrag begrenzen. Der Gesamtverlust des bremischen Staates

betrug 77 Millionen Goldmark. Zusätzlich zu den normalen Ausgaben des Staates kamen die immer wachsenden Ausgaben für die Bedürftigen, die bis 1932 27,5 Millionen Goldmark betrugen.

Endkampf in Bremen

Es war für Bremen ein glücklicher Umstand, daß es in jenen stürmischen Tagen eine Regierung hatte, die sich auf eine sichere Mehrheit in der Bremischen Bürgerschaft stützen konnte. Die bremische Bevölkerung wußte trotz allem, was geschehen war, und das galt besonders für die sozialdemokratischen Arbeiter, daß sie zu der Regierung Vertrauen haben konnten, wie sehr sie auch unter der bremischen Katastrophe zu leiden hatte. Als in einer Sitzung der bremischen Bürgerschaft der Senat über jene Vorgänge, die Bremen fast an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs geführt hatten, Rechenschaft ablegte, geschah das in aller Offenheit und Gründlichkeit. Es war die längste Sitzung, die jemals in der Bürgerschaft stattgefunden hatte. Sie dauerte von 16 Uhr nachmittags bis 4 Uhr früh des nächsten Tages. Ich erinnere mich noch jenes Tages, als wir müde in den Morgenstunden heimwärts zogen.

Eine der schwersten Aufgaben in dieser Zeit fiel Wilhelm Kaisen zu, der als Senator das Wohlfahrtswesen verwaltete. Seine Aufgaben wuchsen mit dem Fortschreiten der Krise und der durch sie bewirkten wachsenden Arbeitslosigkeit. Es war eine Fülle von Aufgaben, die täglich immer erneut an ihn herantraten, und die er mit dem sozialen Verständnis, das ihm eigen war, meisterte. Zu ihm gingen die Menschen, fanden nicht nur eine offene Tür und ein offenes Ohr, sondern auch eine wenn auch noch so bescheidene Hilfe. Als das Jahr 1932 den Höhepunkt der Arbeitslosigkeit brachte, als Bremen mehr als 40 000 Erwerbslose in seinen Mauern zählte – ungerechnet der noch anderweitig Unterstützungsbedürftigen und Rentner – war die Not soweit gestiegen, daß die Hälfte der bremischen Bevölkerung von dem lebte, was die andere Hälfte schaffte. Immer wieder mußte Kaisen im Senat zusätzliche Mittel zur Bewältigung der schlimmsten Not fordern. Zu den kaum ausreichenden Unterstützungen, mit denen der notwendigste Lebensbedarf kaum gedeckt werden konnte, traten Beihilfen für Gas und Winterfeuerung, wurden Kleiderbeihilfen gegeben, wurde die Kinderspeisung ausgebaut, kam die Bereitstellung der Wärmehallen und wurden Volksspeisungen organisiert. Kaisen rief die privaten Hilfsorganisationen, rief die Gewerkschaften, die Arbeiterwohlfahrt und die charitativen Gemeinschaften zur Hilfe auf, um der Not und dem Elend zu steuern. Er appellierte an das soziale Verantwortungsgefühl aller Bürger und erwarb sich das Vertrauen sowohl der Gebenden wie der Nehmenden.

So groß die Not der Familien war, so groß war auch die Not der Jugend. Manche Jugendlichen waren über Jahre hinweg arbeitslos und die Hoffnungslosigkeit griff immer stärker um sich. „Nicht nur die materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihren Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualität, auf der die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht. Und die Arbeitslosen insgesamt sind die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Übel aufgehoben und nach Kräften beseitigt wird.“ So hieß es in dem Aufruf der SPD zur Maifeier 1932.

Trotz allen Mißgeschicks, das Bremen mehr als andere deutsche Städte getroffen hatte, und trotz der riesigen Arbeitslosigkeit, die am schwersten auf der werktätigen Bevölkerung lastete, wirkte es sich auf die politischen Verhältnisse nicht

so aus wie in anderen Teilen des Reiches. Zwar hatten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl am 30. Juli 1932, die durch die Auflösung des Reichstages durch Papen notwendig geworden war, auch in Bremen einen weiteren Aufstieg zu verzeichnen – ihre Stimmenzahl war auf 64 691 gestiegen – aber bei der fünf Monate später notwendigen neuen Reichstagswahl verloren sie fast ein Drittel der Stimmen. Das war weit mehr als im Durchschnitt des Reiches. Sie fielen auf 45 000 zurück. Die SPD konnte ihre Stimmenzahl fast halten. Ihr Verlust betrug 5 500 Stimmen.

Aber je stärker sich der Endkampf im Reiche zuspitzte, um so härter wurden auch die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und deren Schutzorganisationen. Es kam zu Zusammenstößen und Schlägereien, sei es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, sei es zwischen Reichsbannerleuten und der SA oder SS. Am 2. März 1933 wurde der Reichsbannermann Johannes Lücke auf dem Heimweg von einer Veranstaltung des Reichsbanners von Nationalsozialisten auf der Waller Heerstraße hinterrücks erschossen. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler fand auch die Demokratie in Bremen ihr Ende.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie

Eine der ersten Regierungshandlungen der Hitler-Regierung war die Auflösung des Reichstages. Am 2. Februar 1933 wurde der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, erstmalig verboten. Durch eine Verordnung, die als „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ bezeichnet wurde, bekamen die Behörden die Möglichkeit, unbequeme Zeitungen zu verbieten. Auf Grund dieser Vollmacht wurde ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse ausgeschaltet. Am 27. Februar 1933 wurde die Bevölkerung mit der Nachricht von dem Brand des Reichstagsgebäudes aufgeschreckt. Hitler und seine Gefolgsleute behaupteten, es sei eine Brandstiftung der Kommunisten, was nie bewiesen werden konnte. Große Teile des deutschen Volkes sahen in den Nationalsozialisten die eigentlichen Brandstifter. Die Regierung benutzte den Reichstagsbrand, um eine rücksichtslose Verfolgung der politischen Gegner einzuleiten. Eine bisher unbekannte Verfolgungswelle setzte ein. Neben Kommunisten wurden in großer Zahl sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete verhaftet und oft grausam mißhandelt.

Am Tage nach dem Reichstagsbrand wurden durch eine weitere Verordnung, die die seltsame Bezeichnung: „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ trug, wichtige Grundrechte des deutschen Volkes außer Kraft gesetzt: So das Recht der persönlichen Freiheit, die Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht. Der blutige Terror in Land und Stadt wuchs.

Trotz dieses starken Terrors konnte die SPD bei der Reichstagswahl am 5. März ihre Stimmenzahl mit 7,1 Millionen nahezu halten. Die Nationalsozialisten erhielten 17,3 Millionen Stimmen, aber ihr Ziel, die absolute Mehrheit zu erringen, erreichten sie nicht. Ihr Stimmenanteil betrug 43,7 Prozent. Am 7. März, zwei Tage nach der Wahl, wurde das Reichsbanner und die „Eiserne Front“ zu der sich außer dem Reichsbanner, die Arbeiter-Turn- und Sportverbände, die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten, verboten. Als letzte sozialdemokratische Zeitungen verschwanden auch die „Stuttgarter Tagwacht“ und die „Bremer Volkszeitung“. Damit war die gesamte Presse der Sozialdemokratie zum Schweigen gebracht. Am 23. März trat der Reichstag zusammen. Hitler legte dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vor, daß ihm das Recht geben sollte, bestimmte Gesetze auch ohne Zustimmung des Reichstages zu erlassen, auch wenn

sie die Bestimmungen der Reichsverfassung verletzten. Von den 120 Abgeordneten der SPD waren 94 anwesend. Die fehlenden Abgeordneten waren verhaftet. Auf dem Wege zur Reichstagssitzung wurden auch die Abgeordneten Severing und Leber in Haft genommen. Mit der Annahme des Gesetzes war der Reichstag hinfort von jeglicher Mitwirkung ausgeschlossen. Dem Parlamentarismus und der Demokratie schlug damit die Todesstunde.

Otto Wels' letzte Worte

In einer Rede zu diesem Ermächtigungsgesetz erklärte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Otto Wels: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Noch niemals, seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten in solchem Maße ausgeschaltet, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz geschehen soll . . .“ Und er schloß: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten . . . Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratische Partei nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten, wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und ihre Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut und ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“ Diese Worte, angesichts einer tobenden Menge in einer geschichtlichen Stunde gesprochen, sollten sich nach zwölf Jahren der Dunkelheit, die nun über Deutschland hereingebrochen war, bewahrheiten. Während alle anderen Parteien dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, lehnte die SPD das Gesetz ab. Die Mandate der Kommunisten waren schon vor der Wahl ungültig erklärt worden. Der Reichstag wurde hinfort zum Popanz für nationalsozialistische Schauvorführungen. Seiner eigentlichen Funktion war er beraubt.

Hatten sich die Nationalsozialisten bis zur Kanzlerschaft Hitlers vorwiegend der Verleumdung und der Entstellung der Wahrheit als eines Mittels zur moralischen Vernichtung ihrer Gegner bedient, so setzte nun eine Periode der physischen Vernichtung ein. Am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS, gedeckt durch die Polizei, die Gewerkschaftshäuser. Die leitenden Funktionäre wurden in Schutzhaft genommen, das Vermögen der Gewerkschaften beschlagnahmt. Dieser Aktion folgte am 9. Mai die Beschlagnahme des Vermögens der SPD und der sozialdemokratischen Zeitungen einschließlich der parteieigenen Druckereien. In Mannheim wurde das Grab des im ersten Weltkrieg gefallenen Abgeordneten Ludwig Frank, der sich kriegsfreiwillig gemeldet hatte, zerstört, in Breslau das Grab Lassalles geschändet. Der Parteivorstand der SPD sandte einige seiner Mitglieder ins Ausland, um – falls die Partei verboten werden sollte – die Führung von dort zu übernehmen. Unter ihnen war auch Erich Ollenhauer.

Am 22. Juni verfügte Frick als Innenminister die Ungültigkeit aller sozialdemokratischen Mandate und verbot zu gleicher Zeit die Sozialdemokratische Partei. Schlagartig wurden in Deutschland die Mitglieder der Landtagsfraktionen und zahlreiche andere führende Parteimitglieder verhaftet. Es waren über 3 000, die entweder in Schutzhaft genommen, oder in Konzentrationsläger überführt wurden.

Die noch übrig gebliebenen Parteien des Reichstages lösten sich selbst auf. Die totale Macht lag nun allein in den Händen Hitlers und des Nationalsozialismus. Am Ende des Jahres 1933 zählte man in Deutschland etwa 50 000 politische Gefangene. 59 Todesurteile wurden gefällt und vollstreckt. Das Statistische Jahrbuch berichtet, daß im Jahre 1933 nicht weniger als 20 565 Personen wegen politischer Vergehen verurteilt wurden. Allein wegen der Verbreitung von sozialdemokratischen Schriften wurden im ersten Jahr der Naziherrschaft über 300 Jahre Zuchthaus oder Gefängnis verhängt. Als die Welt von den Zuständen in Deutschland hörte, erschien es ihr unglaubhaft, zum mindestens stark übertrieben. Sie hielt es für unmöglich, daß ein Volk, das in der Welt als Volk der Denker und Dichter galt, und das der Welt in einem reichen Maße Kulturwerte geschenkt hatte, in eine solche Barbarei zurückfallen konnte.

Terror in Deutschland

Nachdem nunmehr alle legale Tätigkeit unmöglich geworden war, begann in Deutschland der unterirdische Kampf, die illegale Tätigkeit einzelner Gruppen der Sozialdemokraten in den verschiedensten Landesteilen. Es ging ihnen um die Aufrechterhaltung des inneren Zusammenhanges, um die Verbreitung von Informationen und den Vertrieb der vom Ausland eingeschmuggelten Druckschriften. Viele mußten, wenn sie der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in die Hände fielen, schwere Strafen hinnehmen, oder kamen – wenn der Verdacht nicht bewiesen werden konnte oder sie sonst unbeliebt waren – oft jahrelang in die sogenannten Konzentrationsläger. Was hier an Marterungen, an Mißhandlungen und an Unmenschlichkeiten geschah, ist zu beschreiben unmöglich. Es muß zur Ehre des deutschen Volkes gesagt werden, daß der größte Teil von dem, was dort geschah, keine Kenntnis hatte, und ich habe sowohl in Deutschland als auch anläßlich einer Studienreise in die USA Menschen ungläubig den Kopf schütteln – und auch weinen – sehen, wenn sie hörten, was in jenen Jahren der Naziherrschaft an Unmenschlichkeiten im Namen des Volkes begangen worden war.

Für die Deutschland in diesen Jahren besuchenden Ausländer schien es ein Land der Ordnung zu sein. Die Straßen waren sauber, die Züge fuhren pünktlich ab, die Arbeitslosigkeit war zurückgegangen, die Fabriken arbeiteten, der Bau der Autobahn hatte nach den Plänen begonnen, die schon vor der Hitlerzeit entwickelt worden waren. Aber was in den vielen Fabriken geschah, blieb selbst dem deutschen Volke unbekannt. Die Aufrüstung hatte begonnen, und schon nach wenigen Jahren bewahrheitete sich die Warnung, die vor jenem 30. Januar 1933 von der SPD dem deutschen Volke angekündigt und nicht geglaubt wurde: „Hitler – das bedeutet Krieg". Daß das Volk die Warnung nicht ernst genommen hatte, mußte es mit dem Blute der Väter, Söhne und Brüder bezahlen.

Für Deutschland war der Krieg der Anfang vom Ende. Das Wort Hitlers: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen", sollte sich auf das Grausamste bestätigen. Noch einmal wurde am 20. Juli 1944 in letzter Stunde der Versuch unternommen, Hitler zu beseitigen, um dem Krieg ein Ende zu machen. An der Verschwörung waren hohe Militärs, frühere konservative Rechtskreise, aber auch Sozialdemokraten beteiligt. Der Versuch scheiterte. Die Verschwörer wurden erschossen oder hingerichtet. Unter ihnen waren die Sozialdemokraten Leuschner, Leber und Theodor Haubach, der schon schwerkrank auf einer Bahre zum Schaffott getragen wurde.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler fand am Abend des 1. Februar 1933

in Bremen ein Fackelzug zu Ehren des Reichspräsidenten statt, der von der „Nationalen Konzentration“ unter Teilnahme der SS und SA sowie des Stahlhelms veranstaltet wurde. Einige Tage später, am Abend des 4. Februar, demonstrierte die „Eiserne Front“ gegen den Regierungswechsel. Mehr als 10 000 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Abgesehen von dem Verbot der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ und der Beschlagnahme der Druckerei-Maschinen blieb es in Bremen ruhig. Aber nach dem Reichstagsbrand setzten die Maßnahmen gegen die KPD erneut ein, deren Parteihäuser besetzt, Druck- und Schriftenmaterial eingezogen und deren Versammlungstätigkeit verboten wurde. Am 3. März, kurz vor der Reichstags-Neuwahl, wurde die „Bremer Volkszeitung“ für die Dauer einer Woche verboten. Sie erschien noch einmal am 10. März und stellte dann ihr Erscheinen endgültig ein. Verboten!

Terror in Bremen

In den letzten Tagen vor der Wahl stieg auch nach den Vorgängen im Reich die Erregung in Bremen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Am Vorabend des Wahltages fand noch einmal eine Demonstration statt, an der 30 000 Menschen teilnahmen. Sie endete auf dem Spielplatz an der Nordstraße. In Bremen errangen bei der Wahl am nächsten Tage die Nationalsozialisten 78 124 Stimmen, die Deutschnationalen 34 623 Stimmen. Für die Sozialdemokraten wurden 72 707, für die KPD 31 553 abgegeben. Die Gruppen, die hinter der Reichsregierung standen, erhielten insgesamt 47,1 Prozent. Gegen sie stimmten insgesamt 52,9 Prozent der bremischen Bevölkerung.

Keine Mehrheit für Hitler

In den Vormittagsstunden des folgenden Tages versammelten sich auf dem Marktplatz nationalsozialistische Parteianhänger, die den Rücktritt des Senats forderten. Auf Verlangen Kaisens gab der alte langjährige Bürgermeister Dr. Donandt den Befehl an die Polizei, den Marktplatz zu räumen. Der Polizei-Oberst Caspari verweigerte die Ausführung mit der Begründung, er bezweifle, daß die Polizei bereit sein würde, gegen die Demonstranten vorzugehen. Am Nachmittag erschienen einige Vertreter der Nationalsozialisten, unter ihnen der Gauleiter Röwer, und verlangten vom Senat seinen Rücktritt, zum mindestens das sofortige Ausscheiden der sozialdemokratischen Senatoren und die Übergabe der Polizeigewalt an die Nationalsozialisten. Nachdem unter dem Druck der Verhältnisse der Senat beschlossen hatte, die schwarz-weiß-rote Flagge zu hissen, erklärten die Sozialdemokraten ihren Austritt aus dem Senat, weil sie, wie es in ihrer Begründung hieß: „In der Hissung der schwarz-weiß-roten Flagge das Symbol einer Änderung der bisher verfolgten Politik“ sähen und den Beschluß des Senats mit ihrer Verantwortung nicht decken könnten.

Da der Senat zu weitergehenden Forderungen der Nationalsozialisten seine Zustimmung verweigerte, setzte Frick, der Reichsminister des Innern, den stellvertretenden bremischen Arbeitsamtsdirektor Markert als Reichskommissar in Bremen ein. Am Abend wurde auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne gehißt. Der Senat erklärte seinen Rücktritt. Es wurde eine Neuwahl der Bürgerschaft vereinbart und die Sitzung zum 10. März einberufen, damit die Selbstauflösung der Bürgerschaft beschlossen werden konnte. Die Sitzung fand am 10. März statt. Auf dieser letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft erklärte Emil Theil als Fraktionsführer der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion gegenüber den Anwürfen der Nationalsozialisten, daß die Sozialdemokraten das Elend Bremens verschuldet hätten, u. a.: „Niemals ist sich die sozialdemokratische Fraktion ihrer großen Verantwortung

Gleichschaltung

Erklärung der SPD

gegenüber dem unverschuldet in Not geratenen Teil der Bevölkerung mehr bewußt gewesen, wie in diesen Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise. Die Not zu lindern, den aus dem Produktionsprozeß Ausgeschlossenen ihr schweres Los zu erleichtern und Arbeit zu schaffen, war immer ihre Bestreben. Die sozialdemokratische Fraktion kennt auch die ausschlaggebende Bedeutung der Grundlagen der bremischen Wirtschaft, der Weser als Straße der Schiffahrt und der bremischen Häfen als Umschlagplatz für den Welt-Güterverkehr. Niemals hat sie ihre Stimme dem notwendigen Ausbau versagt, stets war sie bestrebt, die Bedeutung des Welthandelsplatzes zu erhalten und zu vergrößern, um dadurch der werktätigen Bevölkerung Arbeit zu sichern. Entschieden setzte sich die sozialdemokratische Fraktion gegen den Eingriff des Reiches in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Bremens ein. Hier waren Ruhe und Ordnung gewährleistet. Die politische Verantwortung trug eine Mehrheit des verfassungsmäßigen Parlaments. Die Einsetzung eines Reichskommissars läßt sich deshalb weder aus den tatsächlichen noch aus der Reichsverfassung rechtfertigen . . . Die sozialdemokratische Fraktion bedauert, daß dem Welthafenplatz Bremen die Ereignisse der letzten Tage nicht erspart geblieben sind. Sein Ansehen ist dadurch weder im Inland noch insbesondere im Ausland gestärkt worden. Die politischen Unruhen sind im Verein mit der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung geeignet, alle Keime der Wirtschaftsbelebung zu ersticken. Niemals diente die brutale Gewalt dem Fortschritt . . ."

Mit dieser Rede Theils schloß die parlamentarische Tätigkeit der SPD, schloß auch die parlamentarische Tätigkeit der anderen bremischen Parteien.

Auf Grund einer Ermächtigung der Reichsregierung setzte der Reichskommissar Markert einen neuen Senat ein. Er trat am 18. März erstmalig zusammen. Als eine seiner ersten Amtshandlungen wurde Hitler zum Ehrenbürger der Freien Hansestadt Bremen ernannt. Nach Ende der Hitlerzeit wurde sein Name aus der Ehrenbürgerliste gestrichen. Am 22. März erfolgte das Verbot des Reichsbanners. Den Beamten und Angestellten des bremischen Staates wurde die Zugehörigkeit zur SPD verboten. Sämtliche Beamte und Lehrer, die der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion angehört hatten, wurden aus ihren Ämtern entlassen. Zu einer Neuwahl der Bremischen Bürgerschaft kam es nicht mehr. Vielmehr wurde ein Verfahren angewandt, nach dem unter Zugrundelegung der Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März eine Bürgerschaft zusammengestellt wurde nach den Prozentzahlen, welche die Parteien, die an der Reichstagwahl teilgenommen hatten, bei dieser Wahl bekamen. Die auf die Kommunistische Partei entfallenden Mandate wurden als ungültig erklärt. Diese Bürgerschaft, die nach einem Festgottesdienst noch einmal am 28. April zusammentrat, beendete am gleichen Tage endgültig jede parlamentarische Tätigkeit in Bremen.

Erste Verbote und Entlassungen

Zerschlagung von Parteien und Gewerkschaften

Ihre wesentliche Aufgabe sahen die neuen Machthaber zuerst einmal darin, die noch vorhandenen politischen Organisationen zu zerschlagen. Nachdem die Kommunistische Partei ausgeschaltet, ihre führenden Vertreter verhaftet und in Schutzhaft genommen, ihr Vermögen und sonstiger Besitz zu Gunsten des Landes eingezogen war, richtete sich der Stoß gegen die SPD. Die Büroräume des Volkshauses wurden durch Polizei und SA besetzt. Der frühere Senator Sommer, der bisherige Syndikus der Arbeiterkammer Oskar Schulze und die Vorsitzenden der größeren Gewerkschaften, Albert Götze, Emil Spindler, Otto Otten und Ludwig Gokert wurden in Schutzhaft genommen. Am 28. April wurde der bremische Reichstags-

Verhaftet und mißhandelt

abgeordnete und Schriftleiter der „Bremer Volkszeitung“ Alfred Faust nach seiner Ankunft in Bremen verhaftet. Er wurde am Morgen des 1. Mai von der SA durch die Arbeiterviertel Gröpelingens gefahren und bald danach im Konzentrationslager grausam mißhandelt. Ein ähnliches Schicksal traf auch den Führer des Reichsbanners Oscar Drees.

Am 2. Mai wurden die freien Gewerkschaften aufgelöst. Das Volkshaus an der Nordstraße und sechs andere Gebäude, die im Besitz der Gewerkschaften waren, wurden von Polizei und SA besetzt. Dreißig Gewerkschaftsangestellte wurden verhaftet. An die Stelle der Gewerkschaften trat die sogenannte „Deutsche Arbeitsfront“. Sie übernahm auch das gesamte Vermögen und sämtliche Einrichtungen der Gewerkschaften. Noch bestand der Ortsverein Bremen der SPD. Aber am 12. Mai schlug auch seine Schicksalsstunde. Der Parteivorstand der SPD in Bremen wurde festgenommen. Wilhelm Kaisen, Max Ethe und die beiden Sekretäre Böhm und Mester waren die ersten Opfer. Man suchte die Mitgliederlisten der Partei, aber Seppl. Böhm (wie wir ihn nannten) hatte, um die Parteimitglieder vor Nachteilen zu bewahren, die Listen längst in der Heizung Am Geeren verbrannt. Blutig geschlagen mußte er seine Tat mit längerer Konzentrationshaft büßen.

Verbot der SPD

Auch der betagte frühere Senator Rhein, der über vier Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung gestanden hatte, wurde ins Gefängnis überführt. Verboten und aufgelöst wurden der Arbeiter-Samariterbund, die Arbeiter-Photo-Gilde, die Kinderfreunde und die Arbeiter-Sportorganisationen. Der Hauptschlag folgte am 24. Juni. Das Parteiverbot war da. Das Vermögen der Partei wurde beschlagnahmt und später zu Gunsten des Landes Bremen eingezogen. Allein der Wert der Druckerei Schmalfeldt mit seinem Inventar betrug etwa 900 000,– Mark. Wie Schwerverbrecher wurden die meisten ehemaligen Bürgerschaftsmitglieder – ein Polizist rechts, ein Polizist links – durch die Straßen zum Polizeidistriktbüro und dann mit der „Grünen Minna“ zum Ostertor ins Gefängnishaus gebracht. Es war eine große Zahl, die nun alle Morgen beim Spaziergang im engen Gefängnishof sich mit stummen Zunicken begrüßten.

Prozesse gegen Sozialdemokraten

Das war zwar das Ende der Parteiorganisation. Es war aber nicht des Ende des Widerstandes. Was blieb und aufrechterhalten wurde, war der Zusammenhang unter den alten politischen Freunden. Und auch das war nicht ohne Gefahr. Das zeigte sich im März 1934, als auf einen Schlag eine große Anzahl ehemaliger Mitglieder des Reichsbanners verhaftet wurde. Die Tageszeitungen meldeten: „Die Geheime Staatspolizei teilt mit: Wegen Fortsetzung der Organisation ‚Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‘ wurden im Laufe der letzten Tage 48 Personen festgenommen. Monatelange Beobachtungen haben einwandfrei festgestellt, daß diese Leute sich zusammengeschlossen hatten, um die verbotene Reichsbannerorganisation zu reorganisieren. Die Organisation wurde äußerst vorsichtig unter Anwendung sehr vieler Tarnungen durchgeführt. Die sehr eingehenden Ermittlungen haben einwandfrei erwiesen, daß sämtliche Festgenommenen sich des Hochverrats schuldig gemacht haben. Infolge des überraschenden Zugreifens gelang es, umfangreiches Material zu beschlagnahmen. Unter anderem wurden Hetzschriften aus dem Ausland, Geheimtinten, Deckadressen, militärische Ausrüstungsgegenstände, Uniformen, Waffen, Zeltausrüstungen – sogar ein Scherenfernrohr gefunden. Aus Gründen des weiteren ungestörten Ermittlungsverlaufes können hierüber weitere Angaben nicht gemacht werden. Sämtliche Angeklagten haben hohe Zuchthausstrafen zu erwarten.

Die Zahl der Festgenommenen wird sich noch beträchtlich erhöhen." Die Zahl der Verhafteten erhöhte sich in den nächsten Wochen auf 88 Personen.

Die Anklage lief unter der Bezeichnung Dehnkamp und Genossen. Als Hauptbeteiligte werden als Mitbegründer der neuen Organisation genannt Fritzsche und Kröplin, Hermann Engel als Kreis- und Bezirkshauptkassierer, Prenzel und andere; für den Bezirk Vegesack/Blumenthal Dehnkamp und Willi Ahrens. In der Anklageschrift wird den Beteiligten vorgeworfen, den Wiederaufbau des verbotenen Reichsbanners in Bremen und Umgegend vorgenommen zu haben, Propagandamaterial selbst hergestellt und aus dem Ausland im Auftrage der Emigranten bzw. des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Prag, gedrucktes Schriftenmaterial wie „Sozialistische Aktion", „Neuer Vorwärts", „Kleiner Vorwärts" und getarnte Schriften aus dem Ausland durch eine besondere Verbindung oder mit auf Bremen, Bremerhaven und Hamburg einlaufenden Schiffen eingeschmuggelt zu haben. Überdies habe die Bremer Organisation Anschluß an andere Gruppen im Reichsgebiet versucht.

Durch diese Handlungen wurden die ehemaligen Mitglieder des Reichsbanners des Hochverrates angeklagt in Tateinheit mit dem Verbrechen gegen das Gesetz gegen die Neugründungen von Parteien. Die Verhandlungen im August 1935, nach mehr als einundeinhalbjähriger Haft, fanden vor dem Sondersenat des Oberlandesgerichts Hamburg im Schwurgerichtssaal in Bremen statt. Viele der Angeschuldigten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, so Dehnkamp zu 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis, Engel zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis, W. Ahrens zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis. Nur wenige wurden freigesprochen.

Im gleichen Jahre, am 20. November, wurde eine große Anzahl von Parteimitgliedern durch die Gestapo verhaftet. Unter ihnen befand sich die in Bremen hochgeachtete Frau Anna Stiegler und der letzte Fraktionsführer der Bürgerschaft Emil Theil. Am 19. November 1935 begann vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts, der zu diesem Zweck in Bremen tagte, das Verfahren gegen 47 Angeklagte, alles ehemalige Mitglieder der SPD. Die Anklage, die gegen sie erhoben wurde, lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat und auf Neugründung von Parteien. Am 28. November wurde das Urteil verkündet. Bestraft wurden u. a.:

Hermann Osterloh	mit	8	Jahren Zuchthaus	und 10	Jahren Ehrverlust
Anna Stiegler	mit	5	Jahren Zuchthaus	und 5	Jahren Ehrverlust
Johann Kühn	mit	3½	Jahren Zuchthaus	und 4	Jahren Ehrverlust
Johann Blunk	mit	4	Jahren Zuchthaus	und 4	Jahren Ehrverlust
Hans Hackmack	mit	3	Jahren Zuchthaus		
Hermine Berthold	mit	3	Jahren Zuchthaus		
Wilhelm Blase	mit	3	Jahren Zuchthaus	usw.	

Zu den Verurteilten gehörte auch Richard Boljahn, der seine zwei Jahre Gefängnis in Vechta absitzen mußte und Henri Lankenau, der mit 18 Monaten Gefängnis bestraft wurde, der Ehemann von Anna Stiegler, Karl Stiegler, sowie Emil Theil und Albert Götze. Eine Anzahl von ihnen wurde nach Verbüßung ihrer Strafen nicht in Freiheit gesetzt, sondern in Konzentrationslägern nach Sachsenhausen, Dachau, Bergen-Belsen, eingewiesen, Anna Stiegler in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Von ihnen haben Johann Kühn und Karl Stiegler die Freiheit nie wiedergesehen; sie haben im Konzentrationslager den Tod gefunden.

Neben denen, die der Geheimen Staatspolizei bekannt waren, gab es eine große

Anzahl von Menschen – und nicht nur Parteigenossen – die sich von jeder Art der Teilnahme an nationalsozialistischen Organisationen und Veranstaltungen fernhielten, die aufmerksam den Lauf der Dinge verfolgten, die weder ihre Ideale noch ihre Überzeugung aufgaben. Und je stärker sich die Herrschaft der Nationalsozialisten austobte, um so gewisser wurden sie in ihrer Überzeugung, daß eines Tages sich doch die Gesetze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit durchsetzen würden. Sie sahen auch hier in Bremen, daß Hitler auf den Krieg losmarschierte und daß das ein schreckliches Ende sein würde.

Hitlers II. Weltkrieg

Und der Krieg kam. Nach fünf Jahren der Aufrüstung, in deren Verlauf die Arbeitslosigkeit beseitigt war, schritt Hitler zum Kriege. Es ist nicht die Aufgabe des Verfassers, den Krieg in seinen einzelnen Abschnitten, von Siegen bis zu Niederlagen, von der Besetzung fremden Landes bis zur Besetzung des eigenen Landes zu schildern. Hier ist nur mit nüchternen Tatsachen zu belegen, was aus unserer Vaterstadt wurde.

12 Jahre Naziherrschaft

Und dies war das Ergebnis nationalsozialistischer Politik:
In dem Kriege fielen 22 000 junge Bremer, ungerechnet die große Zahl derer, die als Krüppel oder schwerverletzt wieder in die Heimat zurückkehrten. In Bremen selbst starben infolge der Bombenangriffe 3 852 Männer, Frauen und Kinder. Die Zahl der durch Bombenfälle Verletzten betrug 7 520.
173 Bombenangriffe mußte die bremische Bevölkerung über sich ergehen lassen. Bis zum Ende des Krieges wurden 41 629 zum Teil schwerste Sprengbomben über Bremen abgeworfen, dazu 850 000 Brandbomben.
Die Stadt war ein einziger Trümmerhaufen. Bei dem schwersten Angriff in der Nacht vom 18. auf den 19. August 1944 wurde innerhalb einer halben Stunde der Westen bis zur Grenzstraße fast völlig zerstört. Der ganze Stadtteil war ein einziges Feuermeer, in dem Menschen verbrannten oder an dem Mangel an Sauerstoff zu Grunde gingen. 49 000 Bremer wurden in dieser Nacht obdachlos.
Als der Krieg geendet hatte, war Bremen bis zu 60 Prozent zerstört. Es gab keine Brücken mehr, keine Verkehrsmittel, kein Gas, kein Trinkwasser und in vielen Stadtteilen keinen elektrischen Strom, selbst das unterirdische Kanalnetz war an vielen Stellen unterbrochen und konnte nur mit Mühe aufrechterhalten werden. 84 Prozent der bremischen Schulen waren teils völlig zerstört, teils schwer beschädigt, nur ganze 28 Schulgebäude waren unbeschädigt. Sie lagen zum größten Teil nördlich der Lesum oder an den dörflichen Randgebieten.
Trostlos sah es in den bremischen Häfen aus. In den stadtbremischen Häfen und der Weser lagen 230 versenkte Schiffe, vom Leichter bis zum großen Seeschiff. Minen, die man in letzter Stunde zur feindlichen Abwehr in der Weser ausgelegt hatte, mußten unter großer Gefahr geräumt werden. Die Kajemauern der Häfen waren zu ein Fünftel, die Hafengeleise zu ein Drittel unbrauchbar. Von 243 Kränen des Hafens waren noch ganze 12 funktionsfähig. Von 443 000 qm Lagerfläche mit Schuppen und Speichern waren nur noch 10 Prozent übrig geblieben. Konnten die Häfen – Lebensnerv der Hansestadt – überhaupt noch aufgebaut werden? Die bange Frage wurde immer wieder gestellt. Hatte Bremen überhaupt noch eine Zukunft? War bei einem solchen Grad der Zerstörung eine weitere Existenz für Bremen gegeben?
Hinzu kam die Vernichtung der bremischen Handelsflotte, die nach der Vernichtung im ersten Weltkrieg in den Jahren der Weimarer Republik wieder eine Größe

von 1,4 Millionen BRT erreicht hatte, und wiederum bis auf 16 000 BRT vernichtet war.
Ein furchtbares Resultat! Was in Jahrzehnten in Bremen aufgebaut war, zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft hatten genügt, es zu vernichten!

Die Not der Jugend

Und wie stand es um die Menschen, denen Bremen Heimat und Hort gewesen war? Je länger der Krieg dauerte, um so schlechter wurde auch die Ernährung. Das galt für alle Altersstufen, aber es galt ganz besonders für die Jugend, die ohnehin oft in ihrer nächtlichen Ruhe durch die vor allem in der letzten Phase des Krieges nicht abreißenden Fliegeralarme (es wurden in Bremen 1 233 Fliegeralarme gezählt) aufgeschreckt worden war. Am Ende des Krieges war die Ernährung auf einen Tiefpunkt angekommen, der einem völligen Zusammenbruch nahekam. Deutschland war von allen Hilfsquellen abgeschlossen.
Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren erhielten täglich 1300 Kalorien und die zwischen zehn und vierzehn Jahren 1400, während nach ärztlicher Berechnung für die erste Altersstufe 2100 und für die Altersstufe zwischen zehn und vierzehn Jahren 2800 Kalorien für einen Menschen bei körperlicher Untätigkeit das Mindeste war. Daß der Körper unter solchen Ernährungsverhältnissen für Krankheiten aller Art anfällig geworden war, bedarf keiner Begründung. So ergaben Untersuchungen im Herbst 1946, daß 5 455 Kinder von der Tuberkulose befallen oder der Tbc verdächtig waren. Das waren sieben Prozent der bremischen Schuljugend. Als am Ende 1946 eine Untersuchung der Kinder des ersten Schuljahres vorgenommen wurde, betrug die Zahl der rachitischen Kinder 15,47 Prozent. Das war ungefähr das Dreifache der Vorkriegszeit. Manche Eltern – besonders die Mütter – haben von ihrer kargen Zuteilung an die Kinder abgegeben, um den Hunger zu stillen. Erst die Hilfe der Amerikaner, die eine allgemeine Schulspeisung ermöglichte, hat die Ernährungsverhältnisse schrittweise bessern können.
Zu der schlechten Ernährung trat verschärfend die unzureichende Bekleidung. Nach einer in dem Sommer 1947 vorgenommenen soziologischen Untersuchung, die von der Schulverwaltung veranlaßt worden war, wurde festgestellt, daß von 51 504 erfaßten Schülern und Schülerinnen, bei den Knaben 28,5 Prozent keinen brauchbaren und über 57 Prozent nur einen einzigen Anzug besaßen. 16 882 Kinder besaßen keinen Mantel und 87 Prozent waren unzureichend mit Unterkleidung und Strümpfen versehen. Ebenso besorgniserregend waren die Wohn- und Schlafverhältnisse. Zwei Fünftel der Kinder besaßen kein eigenes Bett oder eine Behelfsruhestätte mehr. Jedes vierte Kind entbehrte die Erziehung durch den Vater, der gefallen, vermißt, noch in Kriegsgefangenschaft, oder aus anderen Gründen nicht bei der Familie war. Alle diese Zahlen gaben ein erschütterndes Bild der Not und der Hoffnungslosigkeit. Dazu setzte eine Entwertung des Geldes ein, die erst durch die Schaffung einer neuen Währung im Juni 1948 überwunden werden konnte.

Die politische Erbschaft

Was aber war die politische Erbschaft, die die Nationalsozialisten hinterließen? Nach einer grenzenlosen Hetze der Nationalsozialisten gegen die Sozialdemokraten, nach der Behauptung Hitlers, daß „14 Jahre Marxismus ein Reich vernichtet“ hätte, mit der er – aller Wahrheit zuwider – durch die deutschen Lande gezogen war und versucht hatte, es in die Hirne der Deutschen zu trommeln, zeigte sich folgendes:
Unter der Präsidentschaft Friedrich Eberts blieb 1918 nach der Niederlage im ersten Weltkrieg:

a) das deutsche Reich in seiner Einheit mit Ausnahme der Abtretung von Elsaß-Lothringen und Ost-Oberschlesien erhalten.
b) Deutschland unbesetzt. Die Siegermächte blieben an den deutschen Grenzen stehen.
c) das deutsche Land, seine Städte, Wirtschaft und der Verkehr unzerstört.

Nach der Kapitulation, der sich Hitler durch Selbstmord entzog, wurde
a) das deutsche Reich gespalten, die Einheit ging verloren. Fast der ganze deutsche Osten wurde von Deutschland abgetrennt.
b) das gesamte Deutschland von den Siegermächten besetzt.
c) die deutsche Wirtschaft, das deutsche Land, besonders seine Großstädte und die Verkehrsmittel in einem unvorstellbaren Maße zerstört.

Keine Niederlage in der mehr als tausendjährigen Geschichte des deutschen Reiches war mit der Katastrophe zu vergleichen, in die Hitler Deutschland geführt hatte. Dazu kam die Schändung des deutschen Ansehens in der Welt, die durch die Untaten gegen die jüdische Bevölkerung durch ihre systematische Vergasung in den Konzentrationslägern und durch Unmenschlichkeit gegen Teile des deutschen Volkes und andere Völker im Namen des deutschen Volkes begangen worden waren.

Abschnitt 1945 Neuaufbau Bremens

Am 26. April 1945 gegen 10 Uhr vormittags erreichte der erste englische Panzer das Rathaus. Am Abend des gleichen Tages war Bremen zum größten Teil in der Hand der englischen Truppen. In den Morgenstunden des nächsten Tages wurde der Befehlsbunker im Bürgerpark von englischen Truppen angegriffen und erobert. Der letzte Befehlshaber der deutschen Truppen, der General Becker, kapitulierte und wurde mit seinem Stab in die Gefangenschaft geführt. Als der Zeitpunkt der Besetzung Bremens durch die Siegermächte wurde der 27. April, 18 Uhr, festgelegt. Am Vormittag dieses Tages rückten die ersten amerikanischen Truppen in Bremen ein. Bremen wurde Besatzungsgebiet der Amerikaner. Der letzte regierende Bürgermeister wurde abgesetzt. Die Nationalsozialistische Partei wurde aufgelöst. Soweit ihre führenden Funktionäre nicht geflohen waren, wurden sie von den Amerikanern verhaftet. Gleichzeitig übernahmen die Amerikaner durch die Einsetzung der amerikanischen Militärregierung die Verwaltung der Stadt.

Aus der Stadt Bremen, seinem Landgebiet, der Stadt Delmenhorst und den Kreisen Osterholz-Scharmbeck, Wesermarsch und dem Stadt- und Landkreis Wesermünde wurde von den Amerikanern die „Enklave Bremen“ gebildet.

Die ersten Schritte zur Regierungsbildung

Sofort nach der Besetzung Bremens begannen die Bemühungen um die Neubildung der Sozialdemokratischen Partei. Dreimal hatten die staatlichen Gewalten versucht, die Sozialdemokratische Partei zu vernichten. Es zeigte sich auch jetzt wieder, daß man zwar Organisationen zerschlagen, Menschen vernichten, aber nicht den Geist und die Idee der Gerechtigkeit und der Menschenwürde auslöschen kann. Am Sonntag, dem 29. April, wurde für Männer nach einigen Tagen des Ausgehverbots eine Ausgehzeit von 10 bis 16 Uhr freigegeben.

An diesem Tage begab sich Emil Theil als der letzte Fraktionsführer der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion zum Rathaus, wo er den nach dem Rücktritt Dr. Duckwitz als Nachfolger eingesetzten Generalmajor der Polizei Schroer antraf. Theil hatte das Rathaus von seiner Wohnung in der Neustadt nur über das Brükkengeländer einer der zerstörten Brücken erreichen können. Im Rathaus erklärte er, daß er als letzter Fraktionsführer der SPD den Anspruch der Sozialdemokraten auf eine künftige Regierungsbeteiligung anmelde. In der Besprechung, die er an-

schließend mit dem Verfasser führte, wurde vereinbart, sofort mit Wilhelm Kaisen in Verbindung zu treten.
Es möge hier gestattet sein, persönlich zu berichten:
Am nächsten Tage gelang es, Kaisen zu erreichen. Borgfeld war noch nicht besetzt. Er erklärte, nachdem er von dem Schritt Theils Kenntnis genommen hatte, daß er, wenn es so weit wäre, zu einer verantwortlichen Mitarbeit bereit sei und schloß mit der Mahnung, Theil solle nicht drängen: „Laß die Nazis man erst den Dreck wegräumen. Wir kommen früh genug!" Wenige Tage später fand ich im Hause eine Mitteilung vor, in der ich aufgefordert wurde, am Abend gegen 8 Uhr im Hause von Max Jahn, Carlshafener Straße zu sein. Es handele sich um eine wichtige Besprechung. Als ich dort eintraf und Jahn mir die Tür öffnete, antwortete er auf meine Frage, weshalb ich denn hierher bestellt sei, es solle eine Besprechung mit einem amerikanischen Oberst stattfinden. Bei dieser Besprechung waren anwesend: Wilhelm Kaisen, Emil Theil, Oskar Schulze, unser früherer Parteisekretär Joseph Böhm, Max Jahn und ich. Mag sein, daß noch sonst jemand anwesend war. Dann fuhr nach kurzer Zeit ein Jeep vor und in das Haus trat in amerikanischer Offiziersuniform Prof. Doorn.

Erste Besprechung mit Amerikanern

In seinen einleitenden Ausführungen erklärte er, daß er beauftragt sei, in Bremen die Vorbereitungen zur Einsetzung einer neuen bremischen Regierung zu treffen. Es solle eine Regierung sein, die nach Übereinkunft der Alliierten aus Mitgliedern aller Bevölkerungsteile bzw. Parteien unter Einschluß der Kommunisten zusammengesetzt werden sollte. Er bat dann jeden Einzelnen, mitzuteilen – die Verhandlung wurde in deutscher Sprache geführt – in welcher Weise sie früher tätig gewesen seien und richtete dann die Frage an uns, ob einige von uns bereit seien, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Wir möchten drei Personen benennen. Aus dem Kreise wurden dann Kaisen, Theil und ich benannt: Kaisen für das Wohlfahrtswesen, Theil für das Bauwesen und ich für das Schulwesen. Unter uns selbst wurde abgesprochen, daß Oskar Schulze den Wiederaufbau der Gewerkschaften und Böhm den Neuaufbau der Partei übernehmen solle.

Ein Senat wird ernannt

Am 5. Juni fand dann im Hause der Militärregierung die Einsetzung des Senats statt. Den neuen Senatoren wurde die Ernennungsurkunde überreicht. Jedem Senator wurde auf der Seite der Militärregierung ein Gegenoffizier als Berater zugeordnet, der zu jeder größeren Maßnahme seine Zustimmung geben mußte und in der ersten Zeit auch berechtigt war, von sich aus Maßnahmen zur Durchführung zu bestimmen. Es erfolgte dann eine gegenseitige Vorstellung der einzelnen Offiziere und der Senatoren, wobei man sich mit einer gegenseitigen stummen Verbeugung begnügte. Im Anschluß daran fanden sich die Senatoren im Rathaus zur ersten Senatssitzung ein, die Vagts als schon früher ernannter Bürgermeister präsidierte. An seine Stelle trat einen Monat später Wilhelm Kaisen. Der Senatssaal war kalt, es war ein trüber Tag. Die Fenster des Senatssaales waren zum Teil mit Pappe provisorisch abgedichtet. An der Decke waren Schäden von Geschoßeinschlägen. Es war dunkel und unbehaglich. Nur wenig Licht fiel in den Raum. Mir kam der Beginn vor wie ein Spiegelbild dessen, was wir draußen in der Stadt vorfanden. Später habe ich mich oft gefragt, woher wir eigentlich den Mut nahmen, aus dem Trümmerhaufen Bremen wieder eine Stadt aufzubauen, die ihren Bewohnern eine wirkliche Heimat wieder sein könnte.
Was hatte der Senat für diesen Wiederaufbau denn zur Verfügung? An materiellen

Werten, die der Not hätten steuern können, soviel wie nichts. Aber einen Besitz hatte er, der mehr wert war, als alle materiellen Werte: die moralische Kraft der bremischen Bevölkerung, die, befreit von der Last des Krieges und der Unfreiheit, bereit war, Hand anzulegen. Das war die moralische Reserve, die es nun zu organisieren galt. In einer Ansprache an die werktätige Bevölkerung sagte Kaisen: „Wir müssen die Menschen zum Aufbau tüchtigmachen, sie zu Menschen heranziehen, die sich nicht vergeuden in fortwährende zersetzende Kritik, sondern sich in aufopfernder Mitarbeit an dem großen Aufbau, der vor uns liegt, beteiligen. Wir müssen die Menschen ständig dazu aufrufen, alle ihre verbleibende Kraft und ihre Hilfsbereitschaft in den Dienst der Abhilfe dieser ungeheuren Not zu stellen. Wir verlangen nicht von den Arbeitern, in rastloser Arbeit unter Bombenangriffen Kasernen, Bomben und Granaten herzustellen, wir verlangen nicht von der Jugend, daß sie zu Millionen auf den Schlachtfeldern verblutet, wir verlangen nichts weiter als aufopferungsvolle Mitarbeit am Aufbau des Friedens, wir verlangen nichts anderes als den ernsten Willen zur Einkehr und Selbstkritik, jeden Kleinmut, jede falsche Verzagtheit zu unterdrücken, weil sie den Menschen unfruchtbar macht zur Mitarbeit am Friedenswerk. Mögen wir uns dieser tiefen Verantwortung bewußt sein! Wird es uns gelingen, der bremischen Politik und dem Aufbauwerk neuen Impuls zu geben? Wir müssen die Zuversicht aufbringen, daß es gelingt, alle Kraft zu wecken zum Aufbau Bremens."

Aufruf zur Mitarbeit der Bevölkerung

Der erste Aufruf, den der Senat an die Bremer richtete, war der Aufruf zur Trümmerbeseitigung. Aber er rief nicht nur auf, sondern er ging mit gutem Beispiel voran. Selbst die älteren Senatoren, der 70jährige Dr. Apelt und auch Dr. Spitta klopften Steine sauber, fuhren Schutt ab. Schmutzig und verstaubt gingen wir von der ungewohnten Arbeit heim. Und die ganze Bevölkerung, Männer und Frauen, Jungen und Mädchen und Schüler halfen mit. Der Bann war gebrochen. Schon in einer Ansprache am 1. August 1945 konnte Kaisen nicht ohne Stolz sagen: „Ein auswärtiger Gast, der viel in zerbombten Städten herumkommt, sagte mir kürzlich, es herrsche in Bremen im großen und ganzen mehr Ordnung, als billigerweise aus diesem Chaos überhaupt hervorgehen konnte. Eure Sparanlagen sind gestiegen, sie betragen 800 Millionen Mark. Euer Haushalt kommt in Ordnung, eure Stadtwerke haben Wunder an Wiederherstellungsarbeit geleistet, eure Enttrümmerungsaktion ist beispielhaft für viele andere Städte und in eure verwaisten Ämter sind Leute eingezogen, die in kurzer Zeit die Verwaltung wieder auf Touren brachten. Eure Häfen sind nach unsäglichen Mühen wieder flottgeworden und berechtigen zu neuen Hoffnungen."

Trümmerbeseitigung

Die bremische Bevölkerung hatte wieder Vertrauen zur eigenen Kraft gefunden. Die Mutlosigkeit war verschwunden. Der Appell an den gesunden Sinn der bremischen Bevölkerung hatte sich bewährt. Der Wiederaufbau der bremischen Häfen war im Fortschreiten. „Will Bremen seine Geltung gewinnen und behaupten, so müssen tatenfrohe, wagemutige Männer in der Bürgerschaft, im Senat, in den Kammern und Verbänden – und nicht zuletzt in den Parteien – immer wieder aufstehen und getrosten Mutes der alten Hansestadt immer wieder den Weg zur See bahnen!" Und fortfahrend sagte Kaisen: „Die Nazis haben das nie begriffen. Erst wollten sie nicht buddeln und nach 1939 konnten sie nicht mehr buddeln." (Der Gauleiter Röwer hatte 1934 die Aufrechterhaltung des Fahrwassers der Weser abgelehnt, er „wollte

Vertrauen zur eigenen Kraft

die ‚Buddelei‘ nicht mitmachen, das hätten die Roten zu lange schon betrieben“, so seine damaligen Worte).
Und hier stellte sich das neue Problem: die Wiedergewinnung der Selbständigkeit Bremens, das in der Nazizeit mit Oldenburg zu einer Stadthalterschaft mit der Hauptstadt Oldenburg vereinigt war. Und es gelang auch, die Selbständigkeit eines eigenen Bundesstaates zurückzugewinnen. Nach einigen Jahren entbehrungsvoller Arbeit, nachdem die Währung wieder hergestellt war, begann ein neues Bremen aus den Trümmern zu erblühen und die Folgezeit zeigte, daß die Fundamente sicher gelegt, auch tragfähig für die Zukunft sein würden.

Eine demokratische Verfassung

Mit dem wirtschaftlichen Aufbau vollzog sich gleichzeitig der staatliche Neuaufbau Bremens. Am 27. Oktober 1947 wurde die bremische Verfassung in der Bürgerschaft angenommen. Im Auftrage des Senats hatte der Justizsenator Bürgermeister Dr. Spitta einen Verfassungsentwurf hergestellt. In gleicher Zeit hatte eine Kommission der Sozialdemokraten ebenfalls eine Verfassung entworfen. Die endgültige Verfassung war das Resultat einer gegenseitigen Verständigung.
Mit der Annahme der Verfassung hatte Bremen wieder nach 12jähriger Unterbrechung eine demokratische Verfassung. In ihrer Präambel heißt es: „Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Mißachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“ Mit dieser Verfassung, die den Weg zu einer sozialen Demokratie freilegt, begann ein neuer Abschnitt im bremischen Verfassungsleben. Es mit sozialem Geist zu erfüllen, bleibt die Aufgabe der bremischen Bevölkerung.
Schon bevor die Verfassung verabschiedet war, war im Oktober 1946 eine Bürgerschaft ernannt worden. Ihr folgte eine Bürgerschaftswahl, die nach dem Persönlichkeitswahlrecht der britischen Wahlordnung vorgenommen wurde. Am 10. Oktober 1947 wurde erstmalig nach dem Verhältniswahlsystem, wie es in der bremischen Verfassung festgelegt war, gewählt. 218 858 Wahlberechtigte gaben gültige Stimmen ab. Auf die SPD entfielen 91 235, auf die KPD 19 290 und auf die verschiedenen bürgerlichen Gruppen 108 333 Stimmen. Die Regierung wurde aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten gebildet. Bürgermeister blieb Wilhelm Kaisen. Die folgenden Wahlen zeigen ein dauerndes Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen. Die nachstehende Aufstellung zeigt diese Entwicklung:

Bürgerschaftswahl	abgegebene Stimmen	SPD	KPD	CDU/FDP u. andere
7. Okt. 1951	333 500	130 471	21 244	181 785
9. Okt. 1955	364 706	174 127	18 229	172 350
10. Okt. 1959	384 171	210 808	–	173 363
29. Sept. 1963	395 365	216 347	–	179 018

Seit 1945 waren die Sozialdemokraten im Senat maßgebend vertreten und Wilhelm Kaisen war seit Juli 1945 der Präsident des Senates. Er konnte sich in der Bremischen Bürgerschaft auf eine sichere Mehrheit stützen, wie sie für die schwierige Aufgabe

des Wiederaufbaus erforderlich war. Regierungspartner war in all diesen Jahren die Freie Demokratische Partei, nur in den Legislaturperioden von 1951 bis 1959 war auch die CDU an der Regierung beteiligt.

XI Neuaufbau der Partei in Bremen

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1945 begann der Wiederaufbau der alten Sozialdemokratischen Partei. Hierbei zeigte sich, daß alle Bedrängnisse, denen ihre früheren Mitglieder ausgesetzt gewesen waren, es nicht vermocht hatten, sie in ihrer Gesinnung wankend zu machen. Jetzt kamen sie zu Hunderten, manche mit ihren alten Mitgliedsbüchern zu dem provisorischen Parteibüro, das der frühere Parteisekretär Joseph Böhm in dem Kellerraum des Hauptwohnungsamtes eingerichtet hatte, schüttelten ihm in der Wiedersehensfreude die Hand und ließen sich erneut als Mitglieder einschreiben. Schon am 1. Januar 1948 zählte der Ortsverein Bremen wieder 6 261 Mitglieder. Am 31. Dezember 1963 war seine Zahl auf 8 256 Mitglieder angewachsen, ohne die Mitglieder in Bremerhaven und Bremen-Nord. Der Landesverband Bremen zählte 11 809 Mitglieder.

Heute ist die Organisation so fest gefügt wie in früheren Jahren. Ihr finanzielles Fundament ist durch die Opferbereitschaft der Mitglieder gesichert, der Zustrom junger Kräfte dauert fort. In ihnen das staatsbürgerliche Bewußtsein zu stärken, sie für künftige auch parlamentarische Arbeit zu schulen, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die Partei hat es nicht mehr nötig, die Wähler mit Versprechungen für sich zu gewinnen. Sie kann auf eine Leistung verweisen, die in den 18 Jahren ihrer Regierungstätigkeit in Bremen entstanden ist. Deshalb sei in zusammengefaßter Form dargestellt, was in diesem Zeitraum, in dem die Sozialdemokratie die Hauptverantwortung trug, in Bremen neu erstand.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau

Obgleich nach 1945 in jeglicher Hinsicht Not vorhanden war, war man sich in Senat und Bürgerschaft darüber einig, daß die Wiederherstellung der Häfen mit ihren sämtlichen Einrichtungen für die Entwicklung nicht nur des Handels und der Schiffahrt, sondern auch als Arbeitsplatz für die bremische Bevölkerung eine gewisse Vorzugsstellung einnahm. In der Nachkriegszeit hat die Stadtgemeinde Bremen rund 500 Millionen für die Wiederherstellung und Modernisierung der Häfen aufgewandt. Waren Bremen und Bremerhaven in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege Anlandungsplatz für die Nachschubgüter der amerikanischen Besatzungsarmee, so entwickelte es sich doch schon sehr bald wieder zu einem weltoffenen Hafen.

Schon im Jahre 1951 war der Seegüterumschlag des letzten Vorkriegsjahres 1938 fast erreicht. Aber es blieb dabei nicht stehen.

Er betrug	im Jahre 1952	9 731 000 t
	im Jahre 1955	12 022 000 t
	im Jahre 1958	13 325 000 t
	im Jahre 1961	14 872 000 t
	im Jahre 1962 ca.	15 000 000 t Güter der verschiedensten Art

Niemand hätte sich 1945 vorgestellt, daß in den Jahren nach dem Kriege der Schiffsverkehr in den bremischen Häfen sich so entwickeln würde, daß neue Pläne entwickelt werden mußten, um der Verstopfung der bremischen Häfen vorzubeugen und den Ruf Bremens als eines schnellen Umschlaghafens sicherzustellen.
Neben der Wiederherstellung der bremischen Industriebetriebe, die wie die Borgward-Werke, die Atlas-Werke, die AG Weserwerft fast bis auf den Grund zerstört worden waren, wurden zusätzlich neue Betriebe angesiedelt: Die Klöckner-Werke, der Betrieb Nordmende, die Cadbury-Schokoladenwerke und andere mehr. Alle diese Werke beschäftigen so viel Arbeitskräfte, daß nicht nur die in Bremen ansässigen Arbeitnehmer voll beschäftigt sind, sondern täglich noch mehr als 60 000 Pendelarbeiter, die in Niedersachsen ihren Wohnsitz haben, in Bremen beschäftigt werden. Selbst als die Borgward-Werke ihren Betrieb einstellen mußten, gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit den beschäftigungslos gewordenen Betriebsangehörigen eine neue Arbeitsstelle zu schaffen.
Neben der Schaffung ausreichender Arbeitsplätze bestand die dringende Notwendigkeit, der Bevölkerung gesunde Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Krieg hatte in Bremen 56 000 Wohnungen durch Luftangriffe zerstört. Über den Umfang der Bautätigkeit in Bremen mögen folgende Zahlen Auskunft geben. Es wurden fertiggestellt in den Jahren.

1945 bis 1949 in der Stadt Bremen	9 689 Wohnungen
1950 bis 1962 in der Stadt Bremen	99 020 Wohnungen
1963	6 740 Wohnungen

Das sind insgesamt 115 449 Wohnungen. Zählt man die in Bremerhaven geschaffenen Wohnungen hinzu, so ergibt sich die stattliche Zahl von rund 143 000 neuen Wohnungen. Aber diese Wohnungen sind nicht nur nach neuen architektonischen und hygienischen Gesichtspunkten erstellt. Durch staatliche Hilfe ist gesichert, daß diese Wohnungen zu erträglichen Mieten auch der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen. Was auf diesem Gebiete durch die Initiative insbesondere des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion geschaffen wurde, ist als eine von sozialem Geiste erfüllte Leistung von vielen Seiten als vorbildlich bezeichnet worden.
Durch die gesetzliche Neuordnung des Bremischen Schulwesens wurde die Grundlage für eine Demokratisierung des Schulwesens und der Erziehung im Geiste einer sozialen Demokratie gelegt. Nach dem Kriege wurden mehr Schulgebäude und Klassenräume geschaffen als in 100 Jahren vorher. Es waren keine Schulkasernen, sondern neue lichtdurchflutete Gebäude, in denen neue Formen des Unterrichts möglich wurden. Auch hierin war Bremen für viele andere Städte Vorbild. Dazu kam der Wiederaufbau von kulturellen Einrichtungen.

Soziale Leistungen

Was aus dem sozialen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der bremischen, und hier besonders der minderbemittelten, Bevölkerung in diesen Jahren entstand, kann im einzelnen nicht aufgeführt werden. Für die Unterhaltung, die Wiederherstellung und den Neubau von Krankenhäusern wurden 230 Millionen DM aufgewandt. Seit 1949 wurden 18 moderne Kindergärten und zehn neuzeitliche Jugendheime errichtet und mit seinen Sportanlagen steht Bremen an der Spitze aller vergleichbaren Städte in der Bundesrepublik. Es war nicht nur ein Wiederaufbau, es war ein vom sozialen Geist erfülltes neues Beginnen, getragen von der Verantwortung gegenüber den Menschen dieser Stadt.

Besinnung und Prüfung

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik wurde sowohl in Deutschland als auch bei den Parteimitgliedern, die außer Landes gehen mußten, die Frage aufgeworfen, welche Umstände denn nun eigentlich für diesen Zusammenbruch maßgebend gewesen und welche Lehren die Sozialdemokratie aus dieser Tatsache für die Zukunft zu ziehen habe. Einigkeit bestand darüber, daß jede Massenarbeitslosigkeit, die sich über Jahre erstreckt, zur Demoralisierung breiter Volksschichten – und das nicht nur in der Arbeiterschaft – führen mußte. Es mußten hinfort Mittel und Wege gefunden werden, um solche Möglichkeiten auszuschließen. Einig war man sich auch darüber, daß der Zerfall der früher einheitlichen Arbeiterbewegung in Kommunisten und Demokraten und der Kampf der beiden Richtungen gegeneinander die Kraft der Bewegung gelähmt hatte. Aber es bestand auch wenig Hoffnung auf die Wiederherstellung einer Einheit, wenn man nicht auf einen freiheitlichen Sozialismus Verzicht leisten wollte. Ein Blick nach Rußland zeigte, daß unter der Diktatur Stalins jede persönliche Meinungsfreiheit brutal unterdrückt wurde.

Offen blieb, ob der Neu-Aufbau der Sozialdemokratischen Partei nicht auch ein neues Programm erforderte, und auf welche Grundsätze dieses Programm gegebenenfalls aufzubauen sei. Als 1945 die Katastrophe über Deutschland hereinbrach, waren zwar die alten Parteimitglieder in großer Zahl wieder zur Stelle, aber sie standen, wie in Bremen, so auch in anderen Landesteilen und Städten vor Aufgaben, die es erzwangen, alle programmatischen Fragen zurückzustellen, um sich den dringendsten Aufgaben des Tages zuwenden zu können. Als im Mai 1946 der erste Parteitag der neuerstandenen Sozialdemokratischen Partei in Hannover stattfand, hatten sich nicht nur alle Gruppen der Partei wieder zusammengefunden, sondern die Partei fand zugleich in Kurt Schumacher eine Persönlichkeit, die bedingungslos für einen demokratischen Sozialismus, frei von jeder Einengung, eintrat. Mit ihm gemeinsam übernahm Erich Ollenhauer, der aus der Emigration zurückgekehrt war, die Führung der Partei.

Kurt Schumacher

Verhältnis zur KPD

Wenn es auch nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches anfangs Versuche gegeben hatte, mit der KPD eine tragbare Grundlage für eine Zusammenarbeit zu finden – ein solcher Versuch wurde auch in Bremen gemacht – so zeigte doch das Verhalten der kommunistischen Besatzungspolitik in der Sowjetzone, daß es den Kommunisten nicht auf ehrliche Zusammenarbeit, sondern auf eine Unterdrückung der Sozialdemokratie ankam. Die erzwungene Einheit der Arbeiterschaft in der Sowjetzone war für die Sozialdemokraten eine Einheit in der Knechtschaft, nicht eine Einheit in Freiheit. Für die Kommunisten waren die Sozialdemokraten Feind Nr. 1. Alle Versuche der Kommunisten und der sie stützenden sowjetischen Besatzungsmacht, ihr Einflußgebiet zu erweitern, oder ihrer Ideologie Anerkennung zu gewinnen, scheiterten sowohl in der Zone als auch im freien Teil Deutschlands. Sie erreichten bei den Wahlen zum Bundestag nicht mehr als etwas über zwei Prozent. Aber auch der Widerstand in der Zone und der Widerstand Berlins waren nicht zu brechen. Das zeigte sich 1948/49 bei der von den Russen durchgeführten Blockade Berlins, die an dem Widerstand der Berliner unter der Führung ihres Bürgermeisters Ernst Reuter zerbrach. Es zeigte sich auch am 17. Juni 1953, als der Widerstand der Arbeiter den Bestand der Regierung der Sowjetzone bedrohte und erst mit dem Einsatz sowjetischer Truppen und Panzer niedergeschlagen wurde. Es

zeigte sich auch in der Massenflucht der Menschen aus der Zone in den freien Teil der Bundesrepublik. In immer stärkerem Maße setzte sich das Bekenntnis zu einem freiheitlichen Sozialismus durch, nicht zuletzt durch die Schuld der kommunistischen Regierungspraktiken in der Sowjetzone, und veranlaßte eine größere Anzahl ehemals kommunistischer Arbeiter- und Funktionärkräfte zum Übertritt in die SPD. Die bremischen Senatoren Ehlers und Wolters verließen schon im Mai 1946 die KPD und wurden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Errichtung der Bundesrepublik

Die Besatzungsmächte hatten zuerst auf der Ebene der Gemeinden und der Städte deutsche Verwaltungskörperschaften ernannt. Sie hatten dann ihre Zonen untereinander vereinigt, hatten in Frankfurt/Main zuerst für die britische und amerikanische Zone, dann auch für die französisch besetzte Zone einen Wirtschaftsrat eingesetzt. Am 1. September 1948 wurde der Parlamentarische Rat nach Bonn einberufen. Er bestand aus 75 Mitgliedern, davon 27 Sozialdemokraten, und hatte die Aufgabe, für die zu errichtende Bundesrepublik eine Verfassung zu schaffen. Als Vertreter Bremens wurde Senator Ehlers vom Senat bestimmt. Nachdem das Grundgesetz fertiggestellt war, wurde es am 23. Mai 1949 in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz gilt als ein Provisorium, wie auch Bonn für die Bundesrepublik nur als provisorische Hauptstadt gedacht ist.

Grundgesetz

Die Präambel zum Grundgesetz lautet: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken untersagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Der Schlußartikel 146 des Grundgesetzes unterstreicht seinen zwischenzeitlichen Charakter: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."
Ein Vergleich des Grundgesetzes mit der Verfassung der Weimarer Republik ergibt wesentliche Unterschiede:

1) Es legt die Menschenrechte gesetzlich fest.
2) Es stärkt die Stellung des Bundeskanzlers.
3) Es schwächt dagegen die Stellung des Bundespräsidenten.
4) Es verhindert unstabile Regierungen.
5) Es schafft das Bundesgericht als Schiedsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten in Verfassungsfragen.
6) Es gibt den Frauen volle Gleichberechtigung.
7) Es erklärt die Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat.
8) Es bekennt sich zur internationalen Solidarität und übernimmt Grundsätze des Volksrechts.

Wahlen zum Bundestag

Bei der Wahl am 14. August 1949 erhielt die SPD 29,5 Prozent der abgegebenen Stimmen und 131 Mandate im Bundestag:

Am 14. September 1953 : 28,8 Prozent = 162 Mandate
Am 15. September 1957 : 31,8 Prozent = 181 Mandate
Am 17. September 1961 : 36,2 Prozent = 203 Mandate

Der Weg nach Godesberg

Die Erfahrungen mit den Totalitätsansprüchen des Nationalsozialismus und den autoritären Methoden des Kommunismus hatten die Erkenntnis auch in der Arbeiterschaft reifen lassen, daß nur eine freiheitliche Demokratie die Freiheit der Bürger sichern könnte. Sie alle hatten gelernt, daß die Freiheit ebenso notwendig ist für den Menschen wie die Luft zum Atmen. Demokratie verstand man seitens der SPD nicht primär als eine Regierungsform, sondern vielmehr als eine Lebensform, in der Freiheit und Recht und soziale Verantwortung als die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens in allen Teilbereichen zu gelten habe. Daß ein Staat allein durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie es von Marx und vom Erfurter Programm gefordert wurde, diese Freiheit sichern konnte, war nach den Erfahrungen, die man in Rußland hatte machen müssen, zweifelhaft geworden. Auch ein Staat mit vergesellschaftlichter Produktion konnte den Menschen zum Objekt des Staates degradieren und ihn so jeder eigenen Entscheidungsfreiheit berauben.

Die Vergesellschaftung wurde als ein Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus auch fernerhin anerkannt, aber sie galt nicht mehr als das alleinige Mittel. Immer stärker setzte sich die Auffassung durch, daß auch die sozialistische Wirtschaft eine freiheitliche sein könne, und daß nicht das Eigentumsverhältnis entscheidend sei, sondern die jeweilige Verfügungsgewalt, auf die der Staat lenkend und, wenn erforderlich, bestimmend einwirken kann. Ein erstes Bekenntnis zu einer freiheitlichen Form des Sozialismus war der Beitritt der deutschen Sozialdemokratie zur sozialistischen Internationale.

Sozialistische Internationale

In der Erklärung der sozialdemokratischen Internationale, wie sie am 3. Juli 1951 in Frankfurt/Main beschlossen wurde, heißt es im Absatz I:

1) Die Sozialisten erstreben mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit.
2) Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.
3) Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.

Fortfahrend heißt es: „sie sichere jeden Schutz des persönlichen Lebens gegen willkürliche Eingriffe des Staates, sie sichere auch die politischen freiheitlichen Rechte, wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Streikrecht und die Freiheit der religiösen Bekenntnisse." In bezug auf wirtschaftliche Demokratie heißt es: „Der Sozialismus will das kapitalistische System überwinden durch eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele sozialistischer Politik sind: Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrößerung des Wohlstandes, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen."

Mit der Anerkennung dieser Erklärung durch die deutsche Sozialdemokratie klärte sie zugleich ihre Stellung zu Marx bzw. zum Marxismus und die Analyse der Wirtschaft, wie sie durch Kautsky für das Erfurter Programm formuliert und im Heidelberger Programm im wesentlichen erhalten geblieben war. Man besann sich auf

das ursprüngliche Anliegen von Marx, die Befreiung des ausgebeuteten Arbeiterstandes und die Aufhebung der „Selbstentfremdung des Menschen" aus einem aller Rechte beraubten arbeitenden Wirtschaftsobjektes für Rückgewinnung seiner eigenen Freiheit und seiner Menschenwürde. Gegenüber diesem Grundanliegen war die Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch Überführung in Gemeinschaftseigentum nicht das eigentliche Ziel, sondern das Mittel zur Befreiung des Menschen. „Wesentlicher aber war ihm (Marx) der Mensch, seine Freiheit, sein Wohlergehen und das Zusammenleben in einer echten Gemeinschaft" (Eichler auf dem Berliner Parteitag 1954).

Im Mittelpunkt der Mensch

Damit entfiel zugleich die Theorie von Marx, daß der Kapitalismus sich mit einer Art Naturgesetzlichkeit zum Sozialismus entwickeln werde. Der Sozialist von heute sieht in der geschichtlichen Entwicklung vor allem das Werk der Menschen selbst. Er ist deshalb zu seinem Teile aufgerufen, an dieser Entwicklung mitzuwirken, seine Verantwortung wird dadurch größer. Von seiner Aktivität wird mehr gefordert. Der Sozialismus wird als eine dauernde Aufgabe verstanden, an der alle mitzuwirken haben, die sich als Sozialisten bekennen, gleichviel aus welchen Motiven sie sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen. „Der Wert des Menschen kann nicht durch das Motiv bestimmt werden, aus dem heraus er zur Partei gekommen ist. Mag es der Geist des kommunistischen Manifestes oder der Geist der Bergpredigt, mögen die Erkenntnisse rationalistischen oder sonst welchen philosophischen Denkens ihn bestimmt haben, oder mögen es die Motive der Moral sein, für jeden, für die Motive seiner Überzeugung und deren Verkündigung ist Platz in unserer Partei. Ihre geistige Einheit wird dadurch nicht erschüttert." (Kurt Schumacher, Hannover 1946).

Damit weitet sich die Partei von ihrer ursprünglichen Stellung als Arbeiterpartei zur Volkspartei. Das feste Fundament wird – wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft – die Arbeiterschaft sein und bleiben.

Den vorläufigen Schlußstein unter die Entwicklung der letzten Jahrzehnte setzte der Godesberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der vom 13. bis 15. November 1959 tagte. Er beschloß ein neues Grundsatzprogramm. Es wird nicht das letzte Programm sein. Wie der gesellschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit immer wieder nachgespürt wurde, wie immer erneut die Richtigkeit des jeweiligen Standpunktes nachzuprüfen war, so wird die Sozialdemokratische Partei es auch in Zukunft tun, um immer wieder erneut Freiheit und Recht des Menschen zu sichern, weil jede Politik dem Menschen zu dienen hat und dadurch erst ihren Sinn erhält. An dieser Aufgabe auch in Zukunft mitzuwirken – eingedenk des langen und harten Kampfes unserer Vorgänger – wird Aufgabe all derer sein, die sich hinfort zur Erfüllung dieses Programms bereitfinden, den Sozialismus zu verwirklichen. Gestützt auf diese Bereitschaft wird vollendet werden, was einst vor 100 Jahren begonnen wurde.

Die Aufgabe für die vor uns liegende Zeit faßt die Präambel zum Godesberger Programm so zusammen:

„Das ist der W i d e r s p r u c h unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und
sich jetzt vor den Folgen fürchtet,

daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte,
ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen
gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen,

daß der Mensch sich die Räume dieser Erde unterwarf,
die Kontinente zueinander rückte, nun aber
in Waffen starrende Machtblöcke die Völker mehr
voneinander trennen als je zuvor und totalitäre Systeme
seine Freiheit bedrohen.

Darum fürchtet der Mensch, gewarnt durch die Zerstörungskriege
und Barbareien seiner jüngsten Vergangenheit, die eigene Zukunft,
weil in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt
durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung
ausgelöscht werden kann.

Aber das ist auch die H o f f n u n g dieser Zeit,
daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern,
von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann,
wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte
nur für friedliche Zwecke einsetzt,

daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er
die internationale Rechtsordnung stärkt,
das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert
und das Wettrüsten verhindert,

daß der Mensch dann zum ersten Mal in seiner Geschichte
jedem die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer gesicherten
Demokratie ermöglichen kann zu einem Leben in kultureller
Vielfalt, jenseits von Not und Furcht.

Diesen Widerspruch aufzulösen, sind wir Menschen
aufgerufen. In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine
glückliche Zukunft oder für die Selbstzerstörung der Menschheit.

Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft
öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.

Diese neue und bessere Ordnung erstrebt
der demokratische Sozialismus."

So mag denn der Bericht über 100 Jahre der Sozialdemokratischen Partei in Bremen geschlossen werden mit den Worten, die Willy Brandt auf dem Deutschlandtreffen der Partei am 31. August 1963 in Hamburg sprach:
„Wir überschreiten nun die Schwelle ins zweite Jahrhundert. Wesentliche der ursprünglichen Forderungen unserer Partei sind heute erfüllt. Es wurden Schlachten geschlagen, auf die wir stolz sein können.
Das Ziel war die soziale und die wirtschaftliche Sicherung des Menschen. Im freien Teil Deutschlands sind wir ihm nahegekommen, aber das Ringen geht weiter.
Das Ziel war ein Deutschland in Selbstbestimmung und auf freiheitlichem Grund. In der Bundesrepublik sind wir ihm nahegekommen, aber das Ringen geht weiter.
Wir treten nicht mit leeren Händen vor unser Volk. Vom Arbeitsschutz und der gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau bis zum Schutz der Jugend und der sozialen Sicherung im Alter trägt das Gesicht unseres Volkes unauslöschliche Züge sozialdemokratischer Gedanken und Arbeit. Wir haben geholfen, Bildung und Kultur zum gemeinsamen Gut breiter Schichten unseres Volkes zu machen. Aus rechtlosen Arbeitern sind selbstbewußte Bürger unseres Staates geworden." Und er schließt mit den Worten:
„Aber wir geben uns nicht zufrieden mit dem, was erreicht worden ist. Unser Volk will weiter voran. Und deshalb gilt es, an morgen zu denken. Wir können die großen Probleme unserer Zeit meistern. Wir werden die großen Gemeinschaftsaufgaben bewältigen. Gemeinsam werden wir dies schaffen. August Bebel hat gesagt: „Dieses, unser Vaterland wollen wir zu einem Lande machen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht."



◀ Bremen in der Mitte des 19. Jahrhunderts

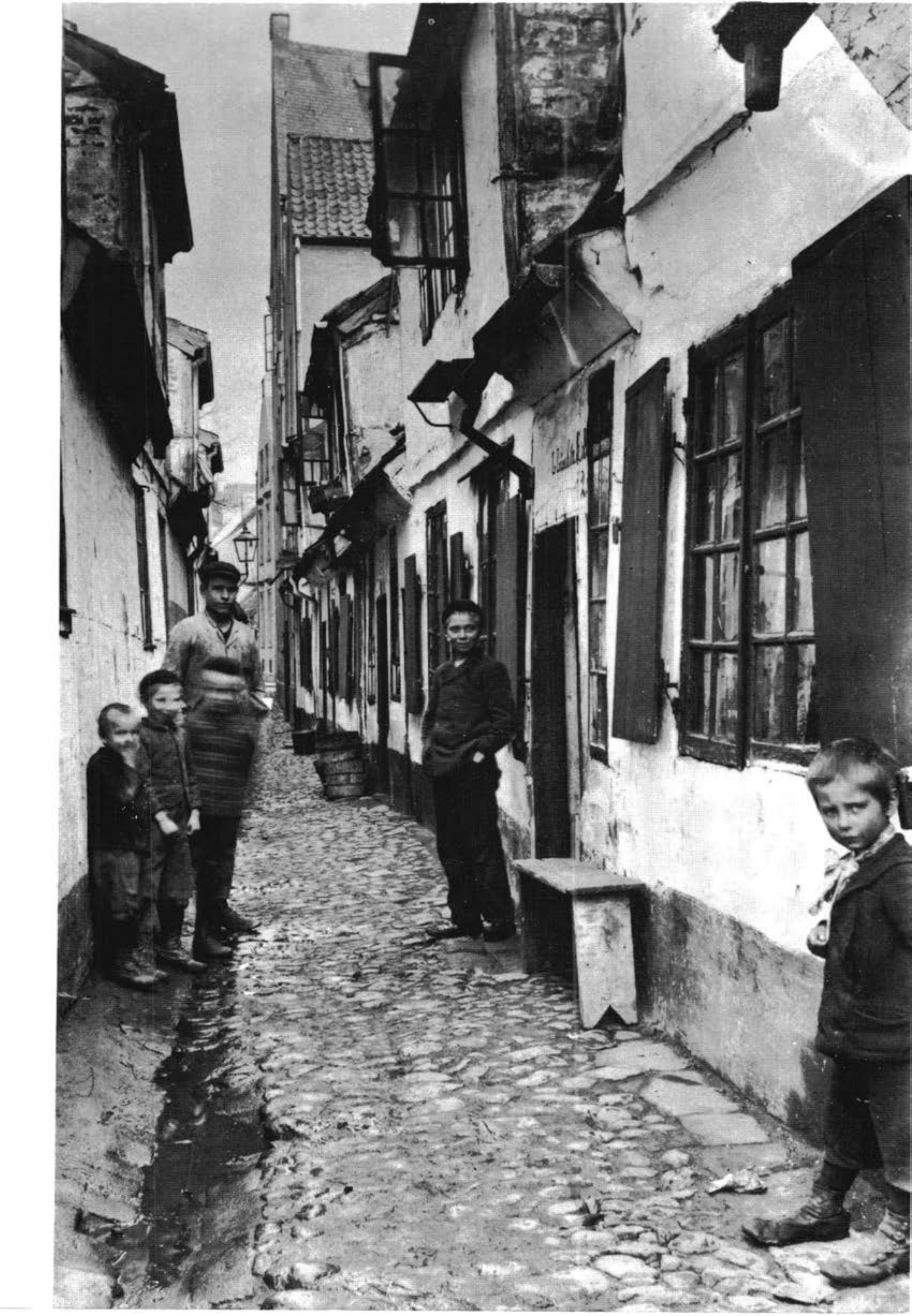
Ich ernenne hierdurch Herrn Gustav Deckwitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für Bremen

Der Präsident

Berlin 6/7 64.

F. Lassalle.

Schreiben Lassalles an den ersten Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Bremen



Alt-Bremen: Arbeiterhäuser im Prallengang (Neustadt)

[3]





1875.

Bremen.

Band VI

Seite 1566.

№ 169.

Staatsbürger-Eid.

Ich will dem Bremischen Freistaate treu und hold und der Obrigkeit und den Gesetzen gehorsam sein.

Meine Pflichten als Staatsbürger will ich redlich erfüllen und alle Abgaben, welche auf Eid erhoben werden, insbesondere Schoß, Consumtionsabgabe und Umsatzsteuer, gewissenhaft entrichten.

Wenn ich in öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken habe, will ich keine andere Rücksicht walten lassen, als die auf das gemeine Beste.

So wahr helfe mir Gott!

Im Jahre Tausend Achthundert fünf und siebenzig, am siebenten Mai, hat vorstehenden Eid feierlich vor dem Senate abgestattet:

Johann Carl Christian Klein aus Breslau.

Bremen wie oben.

REGIERUNGS CANZLEI BREMEN

J. Focke

Bremischer Bürgereid 1875



Der Dichter Peter Hille,
sozialdemokratischer
Redakteur an der
„Bremer Bürgerzeitung“
Gemälde von Lovis Corinth
in der Bremer Kunsthalle

Abschrift für den Angeklagten
Wilh. Lampe

Eröffnungs-Beschluß.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird auf erfolgte Berichterstattung seitens des Richters Reuter gegen

1. Büscher, Johann Heinrich, Tischlergesell
2. Fischer, Carl Wilhelm, Tischlergesell
3. Lampe, Heinr. Friedr. Wilh. Schuhmachermeister
4. Godske, Niels, Stuhlmacher
5. Hoeppner, Otto Friedr., Wirth, früher Maler

sämmtlich zu Bremen

das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht zu Bremen eröffnet, weil dieselben hinreichend verdächtig sind:

1. Büscher:
hierselbst seit etwa einem Jahre in der Regel alle 14 Tage am Sonntag Abend in der Wirthschaft des Angeschuldigten Hoeppner, vor dem Steinthor No 106, mindestens zu 30 bis 40 malen socialistische Versammlungen ohne die erforderliche Anzeige veranstaltet zu haben

2. Fischer, Lampe und Godske:
in den letzten 3 Monaten hierselbst in mindestens 4 Fällen an diesen fälschlich als Kartenclub bezeichneten Versammlungen zu socialistischen Zwecken Theil genommen zu haben, obwohl sie wußten, daß Anzeige von denselben nicht gemacht war

3. Hoeppner
als Wirth sein Local zu diesen Versammlungen in mindestens 4 Fällen hergegeben zu haben, obwohl er wußte, daß Anzeige von denselben

nicht

Gerichtlicher Eröffnungsbeschluß gegen Julius Bruhns und Genossen während des Sozialistengesetzes

nicht gemacht war –

ad 1 Vergehen, strafbar nach § 6 sub b des bremischen Vereinsgesetzes vom 22. März 1871

ad 2 Uebertretung nach § 4 dss.

ad 3 Uebertretung nach § 5 dss.

in Verbindung mit § 74 des Str. G. B.

Dagegen wird die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeschuldigten:

Bruns, Julius Aug. Friedr., Cigarrenmacher

und

Brügmann, Heinrich Friedr. Nikolaus, Cigarrenmacher

beide zu Bremen

wegen Theilnahme an den Versammlungen im Hause des Wirths Holssner abgelehnt, weil die stattgehabten Erhebungen irgend erhebliche Anhaltspunkte für deren Betheiligung an diesen Versammlungen nicht ergeben haben. Die durch die Untersuchung gegen die beiden Letztgenannten verursachten besonderen Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die Untersuchungshaft des Angeschuldigten Godske ist durch besonderen Beschluß aufgehoben.

Bremen, den 29. November 1886

Das Landgericht, Strafkammer I

(gez.) Carstens Mohr Reuter

Für die Richtigkeit der Abschrift

[illegible]

Gerichtsschreiber des Landgerichts.

An unsere Mitbürger!

Sie naht, sie kommt, die Reaction! Mich macht nicht bang ihr Kommen:
Ich weiß' es doch, wie einmal schon sie hat ein End' genommen.
Reich', Knabe, mir den Bogen dar, den Köcher mit den Pfeilen,
Und dräng' dich um mich, kleine Schaar, um mein Geschick zu theilen.
Gekommen ist sie einmal schon und einmal schon gegangen;
Wenn nun sie kommt, wenn nun sie naht, den Kopf bekränzt mit Schlangen,
Dann stimmt die alten Lieder an, die wir vor Zeiten sangen,
Und seid bereit, auf daß wir sie, wie sich's gebührt, empfangen.

Kladderadatsch.

Am Montag Abend gegen 7 Uhr wurde der Redacteur des politischen Theils unseres Blattes, Herr Max Reisser, verhaftet. Etwa eine halbe Stunde später erschienen die Herren Staatsanwalt Dr. Rapp und Criminalcommissär Heuer auch im Comptoir der Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei und ordneten die sofortige Schließung und Versiegelung aller Geschäftslocalitäten an.

Es wurde uns somit nicht allein unmöglich gemacht, gestern unser Blatt herauszugeben, wir waren auch verhindert, unsere werthen Privatkunden so prompt zu bedienen, wie dies dieselben von uns jederzeit gewohnt gewesen sind.

Veranlassung zu der uns begreiflicherweise in hohem Grade schädigenden Maßregel haben, soweit uns bis jetzt bekannt, zwei Gedichte in den beiden letzten Sonntagsnummern gegeben. Um die betreffenden Exemplare zu confisciren, wurde unser Geschäftsbetrieb mehr als 24 Stunden unterbrochen, denn erst gestern Abend gegen 8 Uhr wurden dem Geschäftsführer der Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei die Schlüssel wieder ausgehändigt.

Wir müssen uns selbstverständlich derjenigen Ausdrücke enthalten, mit welchen das Verfahren seitens aller billig denkenden Menschen bezeichnet werden wird, aber wir fühlen uns gedrungen, nicht allein an unsere engeren Parteigenossen, sondern an alle freisinnige Mitbürger die Aufforderung zu richten, uns in der voraussichtlich herannahenden schweren Zeit nicht zu verlassen, sondern uns sowohl durch Abonnements auf die „Bremer Freie Zeitung" als auch durch Erweiterung unseres anderweitigen Geschäftsbetriebes nach Kräften zu unterstützen. Es handelt sich, wie die Reichstagsdebatte über das sog. Socialistengesetz bewiesen hat, nicht nur um die Verfolgung unserer Partei, sondern um die Unterdrückung aller freisinnigen Elemente.

Die Bürger der alten Hansestadt Bremen dürfen und werden sich das Attentat auf die Freiheit des Volkes nicht gefallen lassen. Bremen wird nach wie vor seinen Stolz darein setzen, als die freieste Stadt im deutschen Reiche zu gelten.

Wir werden mit aller Energie den Kampf gegen die Reaction aufnehmen, aber wir bedürfen dazu die Unterstützung aller Derer, welche für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten gewillt sind, und wir hoffen — sie wird uns werden!

Darum keine Zaghaftigkeit, sondern muthig vorwärts mit dem Bewußtsein, einer guten Sache, der Sache der Freiheit, zu dienen!

Die Redaction und Expedition der „Bremer Freien Zeitung".

Wähler Bremens!

Wen wählen wir in den Deutschen Reichstag?
Wir wählen unsern Mitbürger

„**Wilhelm Hasselmann**" in **Berlin.**

Wir wollen uns nicht mehr von der Kaufmannschaft und der Senatspartei am Gängelbande führen lassen, wir die große Masse der Wähler, wir Arbeiter, Handwerker, Seefahrer und Landleute.

Bei der letzten Wahl gelang es dem Kaufmann **H. H. Meier** in den Reichstag zu kommen, weil er versprach für den **Freihandel** zu wirken und die Zölle des Zollvereins zu **erniedrigen.** Er hat sein Versprechen **nicht** erfüllt, sondern für die Erhöhung dieser Zölle gestimmt; die **Taback-** und die **Caffeesteuer** sind z. B. höher geworden unter seiner Mitwirkung und der Handel Bremens wurde somit schwer geschädigt. Desgleichen ist Bremen noch immer von der chinesischen Mauer der Zollgränze umgeben, welche die Handwerker verhindert, ihre Erzeugnisse in der Umgegend abzusetzen. Ja sogar die letzte Errungenschaft des Jahres 1848, die Abschaffung der **Todesstrafe,** ist beseitigt worden, und **H. H. Meier** hat für jenen mittelalterlichen barbarischen Brauch gestimmt. Daß für Gesetze zum Schutz der Arbeit gegen das Capital jener Kaufmann nicht gewirkt hat, ist selbstverständlich.

Herr **H. H. Meier** wagt nicht mehr als Candidat aufzutreten; er schiebt den Herrn **Mosle** statt seiner vor.

Der Seefischfängereipräsident **Mosle** hat in seinem Programm erklärt, Freihändler zu sein und in demselben Athemzug, daß er für Finanzzölle, also für die Caffee- und Tabackzölle sei.

Solche confuse Programme können uns Bremern Nichts nützen; wir sind es satt von der Kaufmannschaft zu ihren Privatzwecken ausgenutzt zu werden.

Wählen wir darum einen Mitbürger, der für das Wohl der Arbeiter, Handwerker, Seefahrer und Landleute eintritt.

Wählen wir den Schriftsteller **Wilhelm Hasselmann.**

Er hat wie folgt sein Programm dargelegt:

Bremer Mitbürger!

Das **Arbeiter Wahl-Comitee** hat mich aufgefordert, als Candidat für den deutschen Reichstag in meiner Vaterstadt aufzutreten; ich nehme bereitwillig diesen Ehrenposten an.

Vollste sociale und politische Freiheit für das Volk, Einigung Deutschlands zu einem freien Volksstaat ist meine Loosung.

Jeder **Arbeiter** steht unter dem von der Wissenschaft anerkannten ehernen Lohngesetz, wonach sein Lohn ihm nur gestattet, mit knapper Noth dahinzuleben; der übrige Ertrag seiner Arbeit fällt der Capitalmacht anheim. Der kleine Landwirth und Handwerker wird durch die Concurrenz mit dem Großcapital in die Lage des Lohnarbeiters hinabgedrückt. Darum ist **Endziel** meines Strebens, diese Capitalherrschaft zu brechen und den **Volksstaat** herbeizuführen, in welchem es nicht mehr **arme Arbeiter** und **reiche Faullenzer** giebt, sondern in dem **das Volk in Genossenschaft arbeitet und den Ertrag seiner Arbeit unverkürzt genießt.** Ein freies deutsches **Parlament** muß zur Anbahnung dieser neuen Gesellschaft, wie Lassalle es vorgeschlagen, den Staat zum Eingreifen vermögen.

Außerdem müssen die ärgsten Auswüchse der Gesellschaft schon heute beseitigt werden.

Das Coalitionsrecht muß den Matrosen und Dienstboten gegeben werden, die noch bestehenden Beschränkungen desselben müssen fallen.

Ein Gesetz muß bestimmen, daß Bergwerks- und Eisenbahnbeamte, Fabrikanten, Gutsbesitzer und Rheder, durch deren **Fahrläßigkeit** Arbeiter, sowie Seefahrer und Auswanderer **verunglücken, gerichtlich zur Rechenschaft gezogen** werden, und daß allen Verunglückten oder ihren Familien auf Kosten der Capitalmacht **ein sorgenfreies Dasein** geschaffen werde.

Für alle Unternehmungen der Großindustrie und des großen Landwirthschaftsbetriebs muß ein **zehnstündiger,** für Bergwerke ein **achtstündiger Normalarbeitstag** festgesetzt werden.

Alle **indirekten Steuern** müssen wegfallen, also Schlacht- und Mahlsteuer, Salz-, Taback-, Zucker-, Caffee-, Branntwein-, Biersteuer, desgleichen die Steuer auf Fabrikate, die Gewerbe-, Stempel- und Grundsteuer. Die isolirte Stellung **Bremens** gegenüber dem **Zollverein** muß beseitigt werden durch **Aufhebung jener Zölle.** Eine progressive Einkommensteuer muß allein die Ausgabe des deutschen Staates decken.

Deutschland muß frei und einig werden. Noch immer ist es zerrissen. Das österreichische Volk muß sich **in der Freiheit** mit den übrigen Stämmen vereinigen. Erst dann ist der Frieden Europa's und die Größe Deutschlands gesichert.

Als Grundlage der **politischen Freiheit** muß ein durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ernanntes **Parlament,** aus dem die Arbeiter nicht durch Diätenlosigkeit ausgeschlossen sind, die volle Gesetzgebung ausüben, und über Krieg und Frieden entscheiden. Der europäische, den Frieden und die Freiheit bedrohende **Militairrismus** muß durch Wehrhaftmachung der Völker, wie es in der Schweiz der Fall ist, ersetzt werden.

Preß-, Vereins- und **Versammlungsfreiheit** müssen im vollsten Maße existiren, desgleichen allgemeines Wahlrecht für die Einzelstaaten und die Gemeinde.

Durch **freien unentgeltlichen Schulunterricht** muß Deutschland sich zu erheben streben, nicht durch **Eroberungskriege** und Annexionen wider den Willen der Völker.

Zur Aufrechterhaltung des reactinären Militarismus darf kein Demokrat ein Budget bewilligen. Aber die vom norddeutschen Reichstage im Elend gelassenen Opfer des Krieges, Invaliden und Familien Gefallener haben ein **Recht** auf Staatsunterstützung.

In diesem Sinne zu wirken, und zwar mit **imperativen Mandat,** das heißt, mit vollster Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern, mache ich mich anheischig auf Ehre und Gewissen. Die Bewohner Bremens mögen entscheiden, ob der Abgeordnete der Stadt die Interressen der Capitalisten oder der Arbeiterclasse vertreten soll.

Berlin, 25. Februar 1871. **Wilhelm Hasselmann.**

Wähler Bremens!

Hier habt Ihr das Programm des Arbeitercandidaten! Gedenkt Eurer einstigen Kämpfe gegen die Kaufmanns- und Senatspartei! Gedenkt unsres in der Verbannung gestorbenen **Dulon,** und wählt den Mann der in seine Fußtapfen tritt, den Arbeitercandidaten, den Demokraten, unsern Mitbürger, den Schriftsteller **Wilhelm Hasselmann,** gegenwärtig in Berlin.

Das Arbeiter Wahl-Comitee.

☛ **Gedruckte Stimmzettel, auf unsern Candidaten lautend, werden vom Arbeiter Wahl-Comitee vertheilt und sind selbe ohne jede weitere Ausfüllung zusammengelegt in die Wahl-Urne zu werfen.**



1. Mai 1890 - Maifeier-Spaziergang am Bürgerpark

Herrn Senator gehorsamst vorzulegen. [illegible] Flugblatt [illegible] 26/4. 96. [illegible]

[illegible] 26. 4. 96 [illegible]

Der Weltfeiertag naht!

Rep. 27. 4. 96. [illegible]

Der Lenz treibt mächtig junges Grün, — noch wenige Tage und wir haben wieder **den 1. Mai, den Festtag des Proletariats aller Länder.**

Millionen Herzen schlagen dem herrlichen Tage entgegen, in freudigem Stolz aufflammend. Viele aber stehen noch abseits, mißgünstig, voll schalen Spotts, voll Aerger und Groll über den eisernen Willen, mit dem das Volk der Arbeit aller Zonen seinen in geweihter Stunde der hundertjährigen Wiederkehr der großen französischen Revolution aus eigener Machtvollkommenheit geschaffenen Feiertag heiligt.

Der Völkerverbrüderung, der Völkerbefreiung,

diesen hehren Idealen, gilt unser 1. Mai. Es ist ein

Friedensfest,

ein Friedensfest inmitten des hochwogenden Klassenkampfes.

Hier das Kapital, die unterdrückende Macht! dort das arbeitende Volk, die unterdrückte Klasse!

Jene das Recht zu Gunsten der Ausbeuterfreiheit einer Klasse vergewaltigend, diese mit dem Wahlspruch auf hochflatterndem Panier:

Gleiches Recht für Alle!

Der Kapitalismus zwingt das arbeitende Volk, Männer, Weiber und Kinder, zu schlimmster Frohn. Die, welche ihm stets wachsende Reichthümer schaffen, läßt er darben und entbehren. Schätze auf Schätze häuft er, während die Arbeiter einem frühen Tode verfallen und auf dem Schlachtfelde der Industrie durch Mangel und Entbehrungen zu Millionen ein zu frühes Grab finden.

Der **Kapitalismus,** der mit Hilfe des Proletariats den tyrannischen Absolutismus stürzte, er ist selber eine **absolutistische Geißel** geworden. Ihm das freule Handwerk zu legen, ist das stolze Ziel, ist die **geschichtliche Aufgabe des Proletariats.** Und die Zeit, wo das Ziel erreicht, die Aufgabe erfüllt sein wird, rückt sichtbar nahe heran.

Das reißende Anwachsen der Arbeiterbataillone weist auf die Nähe des Zieles hin. Der neue 1. Mai wird eine Heerschau des Proletariats sehen, gewaltiger als bisher; der Beweis, daß das arbeitende Volk allem lügnerischen Geschrei der kapitalistischen Reaktion zum Trotz die Fahne, der es zu folgen hat, immer mehr erkennt.

Es naht heran eine Weltenwende!

Verläumdung, Verhetzung, Verfolgung spritzt die kapitalistische Reaktion geifernd in gerütteltem Maße über das vorwärtsdrängende Proletariat, aber all diese schändlichen Kampfmittel sind nicht im Stande, die Weltenwende — „Umsturz" nennt sie die Reaktion — auch nur eine Minute hinauszuzögern. Die **Sozialdemokratie,** die Trägerin der großen Ideen der Zukunft, in die wir hineinwachsen, ist **unüberwindlich.**

Die Mächte, die für die Sozialdemokratie arbeiten, sind mächtiger als alle Reichen und Besitzenden, stärker als alle Polizeigewalt und Heeressäulen, mächtiger als alle Fürsten dieser Welt und deren Diener. Die Mächte, die für die Sozialdemokratie arbeiten, rekrutiren sich aus der technischen, industriellen und kapitalistischen Entwicklung eines Landes einerseits und der zunehmenden geistigen und politischen Entwicklung seines Volkes andererseits.

Der Kapitalismus zwingt seine Vertreter zur gegenseitigen Vernichtung; unablässig untergräbt er seine eigene Grundlage: den Bedarf. Je rastloser die Technik neue Maschinen erfindet und dadurch die Herstellung der Produkte verbilligt, noch schneller raubt sie der Waare die Käufer, indem sie die Arbeiter brodlos macht oder ihre Löhne herabdrückt und ihnen dadurch die Möglichkeit nimmt, die Waare zu konsumiren! Je umfangreicher der Besitz Einzelner wird, je mehr sich in einigen Händen [illegible] Nationen häuft, [illegible] der Kapitalismus [illegible] Produzenten in die Reihen der Besitzlosen, bringt sie um Hab und Gut, raubt ihnen die Möglichkeit, andere zu berauben.

Und während so der **Selbstvernichtungsprozeß des Kapitalismus** sich vollzieht, zwingt dieser seine Vertreter zum erbittertsten Kriege gegen einander, zerspaltet sie in Hunderte von befehdenden Gruppen, macht sie zu einem Chaos Ertrinkender, von denen Jeder nur an **sich** denkt, nur **sich** retten will, sei es auch um **jeden** Preis, sei es um Ehre und Gewissen, sei es auf Kosten des Nebenmannes, des eigenen Bruders! Der

Krieg Aller gegen Alle

— das ist das Losungswort des kapitalistischen Zeitalters.

Nur die Besitzlosen, **nur die Arbeiter,** können sich losreißen aus diesem verderblichen Strudel! Wohl sind sie noch ein Spielball in der Hand der Kapitalisten, wohl werden sie durch diese gegeneinander kommandirt und müssen sich bekämpfen; mit der Hungerpeitsche werden die Widerstrebenden hineingetrieben in den wilden Streit, und wenn sie ermattet und erschöpft sind von den erlittenen Entbehrungen, werden ihnen neue auferlegt:

verlängerte Arbeitszeit, verkürzter Lohn.

Doch wenn die Arbeiter auch durch den Kapitalismus in den Konkurrenzkampf gedrängt werden — sie erkennen immer mehr, daß dieser ihnen nur aufgezwungen ist und ihre Interessen gemeinsame, gleiche sind in allen Berufen, in allen Ländern, bei allen Nationen, allen Rassen! Denn alle stehen in gleicher Weise im Frohndienst des Kapitalismus.

Und aus dieser

Erkenntniß der Nothwendigkeit, solidarisch zu handeln,

ist die internationale Macht erwachsen, die am 1. Mai von gleichem festlichen Gefühle beseelt der nahenden sozialistischen Zukunft ihre brausenden Grüße entgegensendet.

Es ist ein Tag, an dem das zielbewußte Proletariat der Welt laut seinen Ruf ertönen läßt:

Acht Stunden Arbeit sind genug!

Eine Demonstration für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages, für die Erringung des

gesetzlichen Schutzes der Arbeit,

das sollte zunächst der Zweck dieses herrlichen Festtages sein. Aber er ist mehr geworden. Er gilt der Demonstration für alle Ideale einer fortschreitenden Kultur überhaupt. Er gilt der Demonstration wider alle die finstern Mächte, die sich dem Fortschritt der Kultur feindlich entgegenstemmen.

Und wenn sich die deutschen Arbeiter am kommenden Feiertag in unübersehbaren Schaaren um ihr rothes Banner sammeln, so richten sie insbesondere ihren Blick zürnend gegen jene im Reiche schaltenden Schichten, die ein System unterstützen, das dem Proletariat Lasten um Lasten auf die Schultern häuft und obendrein mit deutlich sichtbarer Geberde die Hand ausstreckt nach dem besten Rechte, das die unterdrückten Klassen heute noch haben, nach dem zur Zeit geltenden

Reichswahlrecht!

Beseitigt man die arbeitende Klasse aus der Volksvertretung, so beseitigt man zugleich — und das gerade wollen die sozialistischen Reaktionäre — die Aussicht auf eine baldige Verwirklichung eines nennenswerthen gesetzlichen Arbeiterschutzes. Zwar das rollende Rad der Geschichte hält man damit nicht auf, die geschichtliche Nothwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft läßt sich nicht durch äußere Gewaltakte aus dem Wege räumen, aber man verlängert und verschärft die Leiden, die heute das Volk aufstöhnen machen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, der kommende 1. Mai muß der Reaktion eine Lehre sein! **Es muß ihr mit Wucht deutlich gemacht werden, daß es eine Macht giebt, mit der man nicht mehr zu spielen wagen soll.**

[illegible]

Seid solidarisch! Demonstrirt mit begeistertem, überwältigendem Ernste am 1. Mai!

Bremens Arbeiterschaft darf nicht zurückstehen hinter dem Proletariat anderer Städte; würdig, in mächtigen Schaaren [illegible] sie ihren Platz aus!

Vorwärts mit dem donnernden Rufe:

Hoch der Achtstundentag!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Das Bureau des Sekretariats ist zur Auskunftsertheilung an Wochentagen von Vormittags 11 Uhr bis Mittags 1 Uhr und von Nachmittags 5 Uhr bis Abends 7 Uhr geöffnet.

Mittwoch Nachmittags findet keine Sprechstunde statt.

Etwaige Aenderungen der Bureauzeit werden im Organ des Sekretariats, der „Bremer Bürger-Zeitung", bekannt gegeben.

Ueber ertheilte Auskünfte und schriftliche Arbeiten ist Buch zu führen.

Die schriftlichen Ein- und Ausläufe sind in einem zu diesem Zweck angelegten Journal zu verzeichnen.

Zur Bestreitung von Porti und sonstigen kleinen Auslagen werden dem Sekretär monatlich fünfzehn Mark zur Verfügung gestellt, worüber am Schluß des Monats Rechnung zu legen ist. Ausgaben, welche den Betrag von fünf Mark übersteigen, bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsstelle.

Inventar, Zeitungen, Bücher und sonstige Utensilien des Bureaus unterstehen der Aufsicht des Sekretärs.

Die finanzielle und sonstige Verwaltung des Arbeitersekretariats, insbesondere Bureaumiethe und -Kündigung erfolgen durch die Aufsichtsstelle.

Anstellung, Festsetzung des Gehaltes, der Kündigungsfristen und Dienstpflichten sowohl des Sekretärs wie etwa nothwendiger Hilfsarbeiter erfolgen nach den Anordnungen der Aufsichtskommission. Mit den Beamten sind Dienstverträge abzuschließen.

Alle hier nicht vorgesehenen Fälle, soweit sie nicht durch Dienstverträge ihre Erledigung finden, unterliegen der gemeinsamen Berathung und Beschlußfassung der Aufsichtsstelle und des Sekretärs.

In gleicher Weise finden auch etwaige Abänderungen dieses Reglements ihre Erledigung.

Briefe und Sendungen sind mit folgender Adresse zu versehen:

An das Arbeitersekretariat Bremen und Umgebung
in Bremen
(Telephon 3183). Osterthorstraße 26 I.

Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen. Schriftliche Anfragen müssen mit der vollständigen Adresse der Fragesteller versehen sein. Wenn briefliche Beantwortung gewünscht wird, ist eine Freimarke beizulegen.

Beschwerden über die Geschäftsführung sind an den Vorsitzenden der Aufsichtskommission, Herrn **A. Schweida**, Kantstraße 75c, zu richten.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember.

Die Arbeitersekretäre haben alljährlich einen schriftlichen Jahresbericht bis spätestens 4 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres an die Aufsichtskommission zu erstatten, sowie alljährlich eine sozialpolitische Arbeit über ein mit der Aufsichtskommission zu vereinbarendes Thema zu liefern. Diese hat die Berichte und die Arbeit zu berathen, dieselben spätestens 5 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres in der ihr geeignet erscheinenden Form und Ausdehnung mit einem Kassenbericht zu veröffentlichen und zum Selbstkostenpreis an die Gewerkschaften abzugeben.



Arbeiter-Sekretariat Bremen
und Umgebung.

Das Arbeitersekretariat **Bremen** ist eine von den im Bremer und Hastedter Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften, sowie der gewerkschaftlich-organisirten Arbeiterschaft von Woltmershausen und Schwachhausen ins Leben gerufene Einrichtung. Das Arbeitersekretariat Bremen untersteht der Aufsicht einer aus acht Personen bestehenden Kommission, welche von derjenigen Versammlung zu wählen ist, welche den Jahresbericht entgegennimmt. Die Amtsdauer der Mitglieder der Aufsichtskommission beträgt 2 Jahre. Alljährlich scheiden 3 resp. 4 Mitglieder davon aus. Die erstmalig Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Wiederwahl der ausscheidenden Aufsichtskommissionsmitglieder ist zulässig. In den Kommissionssitzungen haben die Sekretäre Sitz und Stimme.

Bei der Wahl der Kommission soll möglichst darauf Rücksicht genommen werden, daß verschiedene Industriezweige in derselben vertreten sind.

Zur Erledigung der Geschäfte wird bis zu anderweitiger Beschlußfassung Folgendes bestimmt:

A. Arbeitsplan.

Das Arbeitersekretariat ertheilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterstehen; über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrechte, sowie über die Gewerbeinspektion. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretär angefertigt.

Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Sekretär zur Erledigung von Auskunft in Heimaths-, Bürgerrechts-, Verehelichungs- und Armensachen, sowie bei Miethsstreitigkeiten.

In allen Fällen, wo erkenntlich ist, daß die Auskunftssuchenden sich ihrer moralischen oder gesetzlichen Verpflichtungen (böswillige Verweigerung der Alimentationspflichten, Entziehung von Pfandgegenständen usw.) entziehen wollen, ist die Auskunft zu verweigern.

Statistische Erhebungen sind nach Bedarf zu pflegen und können sich erstrecken auf: Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Wohnung und Nährung der Arbeiter, Betriebsunfälle, Gewerbekrankheiten, Sterbefälle, Ab- und Zuzug von Arbeitern, Gewerbebewegung, Arbeiterorganisationen, Arbeiterschutz, Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeitslosigkeit, auf alle innerhalb der wirthschaftlichen Arbeiterbewegung auftauchenden Zeit- und Streitfragen.

B. Geschäftsordnung.

Zur Inanspruchnahme des Sekretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Konfession, der Parteistellung und des Wohnortes berechtigt.

Gebühren werden nicht erhoben, Portoauslagen fallen dem Auftraggeber zur Last.

Erster Prospekt des Arbeiter-Sekretariats Bremen

Bremer Bürger-Zeitung

Organ für die Interessen des Volkes.

Illustrierte Sonntagsbeilage: Die Neue Welt.

Die „Bremer Bürger-Zeitung" erscheint täglich morgens, mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Festtagen. **Abonnementspreis** in Bremen frei ins Haus vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 85 Pfennige, wöchentlich 20 Pfennige, bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,90 Mark. Einzelne Nummer 10 Pfennige. — **Insertionspreis:** Lokalanzeigen 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, kleine Anzeigen jedes Wort 3 Pfennige, nur das erste Wort fett. — **Inseraten-Annahme** bis 4 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition, Hankenstraße 21/22. • Telephon Nr. 1564.

Redaktion und Haupt-Expedition: Hankenstraße 21/22. — **Filial-Expeditionen:** Bremen: J. Immolde, Dammweg 22 c. A. Schweida, Kantstraße 75 c. J. Voigt, Gröpelingerdeich 49. H. Schöttner, Westerdeich 22. J. Hentrich, Malerstraße 63. **Vegesack und Umgegend:** Hermann Liebelt, Grohn, Fürthstraße 26. **Achim a. W.:** C. Brennecke, Langestraße 90. **Oslebshausen:** H. Höth. **Osterholz-Scharmbeck:** Alb. Thomer, Paßweg 390. **Brinkum:** J. Seeger. **Verden an der Aller:** F. Güntheroth, Gr. Fischerstr. 24. • **Post-Zeitungskatalog Nr. 1264.**

No 257 | **Sonntag den 2. November 1902.** | **13. Jahrgang.**

Arbeiter, Bürger, Parteigenossen!

Vom 24.—29. November finden die Wahlen zur bremischen Bürgerschaft statt.

Leider geben nicht die gesamten Mitglieder der Bürgerschaft ihr Mandat in die Hände der Wähler zurück, sondern nur die Hälfte, so daß insgesamt 75 Mandate zur Neuwahl stehen.

Leider vermag die Socialdemokratie sich auch nicht um sämtliche Mandate zu bewerben. Das rückständige, überlebte und ungerechte Klassenwahlsystem in Bremen hindert uns daran. Obwohl nach dem Gesetze alle Bürger einander gleich sein sollen, werden doch bei den Wahlen zur gesetzgebenden Körperschaft die Bürger in eine Anzahl der ungerechtfertigsten Klassen geschieden. Die Schwere des Geldsackes ist bei dieser Klassentrennung das wichtigste und ausschlaggebende Moment.

Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung Bremens, die erst den Reichtum der übrigen durch ihrer Hände Fleiß schafft, wird also durch das Klassenwahlsystem Bremens in der unerhörtesten Weise benachteiligt, und zwar angesichts der starken Zunahme der industriellen Arbeiterbevölkerung in Bremen — von Jahr zu Jahr in verstärktem Maße.

Nur die 26 Mandate der 4. und die 2 Mandate der 8. Klasse kommen für die Arbeiterschaft in Betracht. Man sollte meinen, daß die durch das Klassenwahlrecht Bremens schon ohnehin ...dlich bevorzugten bürgerlichen Kreise unseres Staates diese wenigen Mandate der Arbeiterschaft kampflos überließen. Weit gefehlt! Auch diese paar Mandate hat man jahrzehntelang der Arbeiterschaft vorenthalten und bestreitet man ihr auch heute noch, wobei den bürgerlichen Herren ihre wirtschaftliche Stellung als Arbeitgeber, ferner eine Anzahl kleiner Schönheiten des Wahl„rechts" und eine ungünstige Beschränkung der Wahlmöglichkeit am Wahltage zu Hilfe kommen.

Aber die Socialdemokratie hat sich weder durch diese, noch durch sonstige Schwierigkeiten davon abhalten lassen, sich das Recht, das man ihr schnöde vorenthält, zu erkämpfen! Und wenn sie so ...ie in früheren Jahren handelte, so tritt sie mit noch weit größerem Nachdrucke und mit noch größerer Siegeszuversicht in diesem Jahre in den Wahlkampf ein.

Drei arbeitsreiche Jahre liegen hinter der socialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft. Noch niemals war die Socialdemokratie in solcher Stärke in der Bürgerschaft vertreten wie in den ver...ssenen drei Jahren. Noch niemals bisher konnte sie deshalb mit einer derartigen Energie und Kraftentfaltung in der Bürgerschaft thätig sein. Wir verweisen nur auf die große Reihe der zu Gunsten einer ...nden Socialpolitik gestellten Anträge, z. B. auf Errichtung einer Arbeiterkammer, auf Regelung der Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter, auf Einrichtung von Notstands...rbeiten; wir erinnern an den Kampf der Socialdemokratie um Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter; wir rufen den Vorstoß der Socialdemokratie in der Wahlrechtsfrage in Erinnerung; ...ir verweisen auf die Energie, mit der sie die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung in der Befreiung der kleinen Einkommen von Einkommensteuer und in der Aufhebung der Ver...brauchsabgabe wahrgenommen; wir machen auf den bedeutenden Einfluß, den die Socialdemokratie in allen Schulfragen im echt volkstümlichen Sinne geltend zu machen wußte, aufmerksam; wir ...innern endlich daran, daß der bremischen Socialdemokratie die wenigen Verbesserungen im hiesigen Armenhause zu danken sind.

Hat die bremische Socialdemokratie somit gezeigt, was sie leisten kann, und was sie leisten würde, wenn sie nicht auf Schritt und Tritt mit dem Unverstande oder mit der Böswilligkeit ihrer ...rgerlichen Gegner zu rechnen hätte, so zeigt das diesem Aufrufe folgende Programm der bremischen Socialdemokratie, was für Ziele sie sich für ihre weitere Thätigkeit gesteckt hat. Kein denkfähiger Leser des ...rogramms wird bestreiten können und wollen, daß diese Forderungen sämtlich ebenso zeitgemäß wie notwendig sind.

Arbeiter! Bürger! Wir fordern Euch nunmehr auf, ungesäumt in die Agitation für die Bürgerschaftswahlen einzutreten. Noch drei Wochen liegen vor uns. Diese Zeit muß dazu benutzt werden, ...e Gleichgiltigen aufzurütteln, die Lauen und Lässigen anzufeuern, die Indifferenten aufzuklären über das, was die Bürgerlichen für die Arbeiter nicht gethan und über das, was die Socialdemokraten für die ...rbeiter gethan haben und was sie thun werden, sobald es der bremischen Arbeiterschaft gelingt, ihre Macht und ihren Einfluß in der Bürgerschaft noch zu erhöhen.

Parteigenossen! Wir rufen euch die glänzenden Landtagswahlsiege unserer Genossen in Oldenburg, in Schwarzburg-Rudolstadt und in Hessen in die Erinnerung. Die bremischen ...rbeiter dürfen hinter diesen glänzenden Beispielen nicht zurückbleiben.

Darum sorgt dafür, daß die Woche vom 24. bis zum 29. November Ehrentage für die bremische Socialdemokratie und damit für die Socialdemokratie überhaupt werden.

Auf in den Kampf mit dem bewährten Ruf: Hoch die Socialdemokratie!

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

17181a

Bremen, den 12. September 1904.

An
die Polizeidirektion

Bremen.

Der ergebenst Unterzeichnete bringt zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 18. d. M. und die folgenden Tage in dem Lokale „Casino", Auf den Häfen 106, hier die Verhandlungen des „Sozialdemokratischen Parteitages" stattfinden.

Die Verhandlungen werden am 18. d. M. abends 7 Uhr eröffnet und werden in den nächstfolgenden Tagen voraussichtlich in der Zeit von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr bis 7 Uhr abends stattfinden.

Die endgültige Tagesordnung wird in der Verhandlung vom 18. d. M. festgesetzt werden.

Mit aller Hochachtung

Fr. Ebert

Osterthorsteinweg 26 I.

Ebert [illegible] Vorlage
reichte, erklärte [illegible]

12. Sept. 1904.
de Laubell
R-Wr

U. RR. A z. Kenntn.
12.9.04 F.

Bremische Arbeiter-Einfamilienhäuser

Dessauerstraße, erbaut 1897/98

Mauerstraße, erbaut 1863/1870



◀ 1904: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bremen (Casino)



1905: Eine Aufnahme von Emil Sonnemann
Von links nach rechts sitzend: Heinrich Schulz, Heinrich Schulz (Vater), Wilhelm Holzmeier; stehend: Frau Sonnemann, Johann Knief, Rita Bardenheuer, W. Bardenheuer, Frau Henke, Alfred Henke, Wilhelm Pieck.



Friedrich Ebert
Bildnisbüste
von Georg Kolbe
im Bremer Rathaus

Bremer Volkszeitung

Wählt Liste 2

Bremer Arbeiterzeitung • Bremer Volksblatt • Bremer [illegible]ung

Organ der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerksch[aften]

Die „Bremer Volkszeitung" erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspr[eis] [illegible] Bremen beträgt monatlich 2.30 ℳ. — Preis der Einzelnummer 15 ₰. — Anzeigen: [illegible] die Millimeter-Zeile 14 ₰, auswärtige 18 ₰, im Textteil 50 ₰ [illegible] Anzeigen bis 25 mm-Zeilen bei Vorauszahlung 8 ₰, Familienanzeigen (ohne Firmennachrufe) bei Vorauszahlung 6 ₰. Bei Betriebsstörung oder Einflüssen höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptschriftleiter: Alfred Faust. Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Gewerkschaftliches, Feuilleton: Kurt Hampf; für Lokales: Paul Hackmack; für Umgegend: Paul Hackmack; für Anzeigen: [illegible]

[illegible] Schmalfeldt u. Co. [illegible] Anzeigenannahme [illegible] Redaktion: Bremen, Sangstraße [illegible] Fernsprecher Sammelruf: [illegible]

Nr. 52 — Donnerstag, 2. März 1933 — 45. Jahrgang

An die deutsche Arbeiterschaft!

Am Abend des 27. Februar ist von ruchlosen Händen der Reichstag in Brand gesteckt worden. Das ist ein Attentat nicht nur gegen den Reichstag, gegen das Gebäude, das wie kein anderes dem Dienst am ganzen deutschen Volke geweiht sein soll, das ist ein Attentat gegen Demokratie und Volksherrschaft.

Die Gewerkschaften, Bundesvorstand und Bundesausschuß, wenden sich mit Abscheu und Entrüstung gegen diese frevelhafte Brandstiftung und gegen ihre Urheber. Sie würden ihrem Wesen und ihrer Ueberlieferung widersprechen, wenn sie diese Untat nicht aufs schärfste verdammten. Ihre eigene Geschichte ist ein unablässiger Kampf für die Erweiterung der Volksrechte, für den Ausbau der Volksherrschaft.

Die Gewerkschaften haben diesen Kampf geführt aus dem Geist der deutschen Arbeiterschaft und in steter Uebereinstimmung mit dem Freiheitswillen, der die Reihen ihrer Anhänger beseelt. Sie nehmen daher die deutsche organisierte Arbeiterschaft gegen den Verdacht in Schutz, daß einer von ihr zu den Brandstiftern gehöre.

Der Deutsche Reichstag sollte nach dem Willen der deutschen Arbeiterschaft eine Hochburg der Freiheit sein. Wer sie zerstört und damit ihren Gegnern bequemen Anlaß zu brutalen Zwangsmaßnahmen, zur rücksichtslosen Beschneidung der Volksrechte bietet, ist ein Feind der Arbeiterschaft. Das weiß jeder organisierte Arbeiter, jede organisierte Arbeiterin. Ebenso wissen sie, daß die Gewerkschaften die entschiedensten Gegner jedweder Terrorakte sind. Es widerspräche dem Geist und der Selbstzucht ihrer Anhänger, mit den Mitteln roher Gewalt ihre Gegner zu bekämpfen. Ihre eigene Freiheit war für sie niemals Knechtung und Unterdrückung anderer Volksgenossen.

Niemals in der Geschichte der Gewerkschaften, niemals in der Geschichte der ganzen deutschen Arbeiterbewegung war die Zahl ihrer Feinde größer als in den letzten Jahren. Dieser Flut halt zu gebieten ist der Sinn der Wahlen am 5. März.

Die deutsche Arbeiterschaft bedarf keiner Mahnung, für welches Ziel sie an diesem Tage ihre Stimme in die Waagschale legt.

F r e i h e i t ! Das war und ist für sie Losungswort und Symbol einer neuen Lebensordnung für das ganze Volk, einer Lebensordnung, in der das Volk der Staat und der Staat das Volk sein sollen. Das war und ist der Sinn ihres Kampfes für ein freies sozialistisches Deutschland.

**Bundesvorstand und Bundesausschuß
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Ihr könnt das Wort verbieten ....

Wer vermöchte zu sagen, wann die l e t z t e n Sicherungen des Rechtszustandes verschwunden, der durch Jahrzehnte in Deutschland landesüblich war und nach der Beendigung des Weltkrieges, wenn auch unter Schwierigkeiten, wieder stabilisiert wurde?

Augenblicklich ist die Unsicherheit das Wesentliche, Sicherheit des einzelnen und der Gesamtheit schwebt völlig in der Luft. Eine Notverordnung, eine Ausführungsverordnung folgt der anderen. Die folgende enthält immer s c h ä r f e r e Bestimmungen als die vorhergehende. Kommentatoren haben keine Zeit mehr, ihre Bemerkungen niederzuschreiben. Was in dieser Stunde noch als geltendes, wenn auch notverordnetes Recht angesehen werden konnte, ist in der nächsten bereits außer Kurs gesetzt. Das Volk, das am 5. März über sein Geschick für viele Jahre abstimmen soll, wird in Riesenschrift auf Plakaten und den Titelseiten der rechtsbürgerlichen Presse mit erlassenen und angekündigten Verboten überschüttet. **Die ganze sozialdemokratische Presse in Preußen und ein Teil im übrigen Reich ist unterdrückt. Kein aufklärendes Wort kann den sozialdemokratischen Wählern in diesen Teilen des Reiches gesagt werden. Versammlungen werden gleichfalls aufgelöst oder von vornherein verboten.**

Derweil wird im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrande eine Schauermär nach der anderen ins Land gejagt. Aus unbestimmten Andeutungen in amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen machen die Gebärdenspäher und Gerüchteträger nicht nur bestimmte Tatsachen, sondern sie vergröbern und vergrößern sie in unverantwortlicher Weise. Der als Brandstifter verhaftete Maurer van der Lubbe aus Holland soll gestanden haben, daß er Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei gehabt hätte. Diese vage Behauptung eines in seiner Persönlichkeit durchaus unbekannten Mannes muß dazu herhalten, der Sozialdemokratie Begünstigung eines Attentats gegen den Reichstag nachzureden mit einer Beharrlichkeit, die kaum in der Attentatshetze von 1878 ein Vorbild findet!

Es liegt auf der Hand, daß im Augenblick die K r ä f t e mehr als u n g l e i c h verteilt sind. Mit Verordnungen, die Todes- und Zuchthausstrafen für eine Reihe von Delikten verhängen, die sonst mit wesentlich niedrigeren Strafen bedacht waren, wird zweifellos der Eindruck erweckt, als wenn der Landesverrat oder ähnliche Dinge gewissermaßen landesüblich in Deutschland wären. Wer das jedoch annimmt, befindet sich auf einem Irrwege.

Der Zustand der absoluten Unsicherheit im öffentlichen und privaten Leben, wie er durch die neuesten Notverordnungen mit ihren bisher unbekannten Möglichkeiten des **Eingriffs in die Rechte der Person und des** Eigentums gekennzeichnet wird, ist allerdings so geartet, daß er nicht auf sehr lange Frist ertragen werden kann. Besonders nicht von einem Volke, das bisher an demokratische Selbstbestimmung gewöhnt war und sicher in seinen breitesten Schichten nicht daran denkt, auf sie für immer Verzicht zu leisten. Vielleicht gibt es hier und da Volkskreise, die sich durch die Fülle von abenteuerlichen Erzählungen, die jetzt offen und unter der Hand verbreitet werden, eine Zeitlang beeinflussen lassen. Aber auf die Dauer erträgt auch der politisch wenig Interessierte in Deutschland nicht den Zustand, der [illegible] über ihn hereingebrochen ist. Die Tatsache, daß die amtliche Propaganda — unterstützt **von freiwilligen Helfern** — mit aller Wucht gegen die Sozialdemokratie gerichtet, gleichzeitig aber die Verteidigungsmittel der Angegriffenen völlig unterdrückt werden, macht auch Blinde sehend.

Für die wenigen Tage, die bis zur Wahl bleiben, steht der sozialistischen Wählerschaft fast nur noch die Werbung von Mann zu Mann, von Mund zu Mund zur Verfügung. Das ist zweifellos ein ungleicher Kampf. Aber die Massen der Sozialdemokratie sind an Arbeit für ihre Sache gewöhnt. Sie werden auch die letzten Tage nutzen zur Werbearbeit für die [illegible] Recht [illegible] Wort verb[ieten] kann, niemals aber den Geist, dessen Wort nur Ausdrucksform ist.

Verbotswelle rast weiter .....

Stuttgart, 1. März. Die württembergische Regierung hat auf Ersuchen der Reichsregierung mit sofortiger Wirkung sämtliche in Württemberg erscheinenden kommunistischen Zeitungen und Druckschriften sowie alle kommunistischen Versammlungen verboten. Alle kommunistischen Druckschriften, einschließlich Plakate und Flugblätter wurden beschlagnahmt.

•

Dessau, 1. März. Das Druckereigebäude des „Volksblatts für Anhalt" [illegible] am Mittwoch nachmittag von der Dessauer Polizeiverwaltung geschlossen worden. Die Räume wurden versiegelt.

Die sozialdemokratische „V o l k s w a c h t" in Bernburg und ihr Kopfblatt, der „Volkswille" in Cöthen, sind bis einschließlich 4. März vom anhaltischen Staatsministerium verboten worden.

•

Das demokratische Berliner „8-Uhr-Abendblatt" ist am Mittwoch auf 14 Tage verboten worden.

•

Chemnitz, 1. März. Die Chemnitzer „Volksstimme" [illegible] am Mittwoch auf Verlangen der Kreishauptmannschaft auf 14 Tage verboten worden. Das Verbot stützt sich auf § 2 der neuen Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat.



Das Erbe des Hitlerkrieges: Der Bremer Westen 1945



6. Juni 1945: Erste Sitzung des ernannten Senats
Sitzend von links nach rechts: Senator Paulmann, Senator Theil, Bürgermeister Kaisen, Bürgermeister Dr. Spitta, Bürgermeister Vagts, Senator Dr. Apelt. – Stehend von rechts nach links: Senator Dr. Nolting-Hauff, Senator Wenhold, Senator Harmssen, Senator Dr. Hillmann, Senator Bölken.



Einweihung des Friedrich-Ebert-Saales
Von rechts nach links: Hermann Rhein, Joseph Böhm,
Anna Stiegler, Hermann Mester, Christian Paulmann.



Das neue Bremen